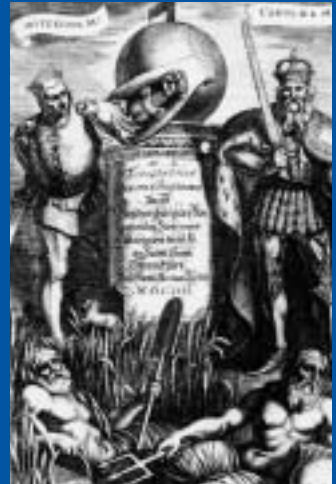


Carl-Hans Hauptmeyer

NIEDERSACHSEN



Landesgeschichte
und historische
Regionalentwicklung
im Überblick



Carl-Hans Hauptmeyer

NIEDERSACHSEN

*Landesgeschichte und historische
Regionalentwicklung im Überblick*



ISENSEE VERLAG
OLDENBURG

Herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung **N L P B**
<http://www.nlpb.de>
Hannover 2004

Redaktion: Peter Hoffmann

Umschlagentwurf: Stefanie Heinrich

*Abbildungen: Die Abbildungen sind - wenn nicht anders vermerkt -
von den Autorinnen und Autoren zur Verfügung gestellt worden.*

*Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Niedersächsischen Landeszentrale für
politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.*

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnd.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 3-89995-064-X

© 2004 Isensee Verlag, Haarenstraße 20, 26122 Oldenburg - Alle Rechte vorbehalten
Gedruckt bei Isensee in Oldenburg

Inhalt

<i>Vorwort</i>	7
<i>Aktuelle Herausforderungen</i>	8
Chancen und Probleme	8
Aktuelle Regionalentwicklungen - vier Beispiele	9
 <i>Raum und Geschichte</i>	12
Tradition und Gegenwart	12
Niedersachsen in Deutschland - heutige Bevölkerungsstruktur in historischer Dimension	13
Niedersachsen – Land und Name	14
Naturpotential und Geschichte	17
Stufen der kulturlandschaftlichen Entwicklung	19
 <i>Historische Entwicklungen und Strukturen</i>	22
<i>Aufbauen (bis um 1500)</i>	22
Ur- und Frühgeschichte	22
Germanen und Römer, Altsachsen und Friesen	23
Eingliederung in das Reich der Franken, Sachsen als Königsland	25
Staufer und Welfen	28
Hochmittelalterliche Agrarverfassung	29
Eine spätmittelalterliche Grafschaft – das Beispiel Schaumburg	32
Territorialisierung von Herrschaft	34
Bäuerliche Freiheiten und Gemeinden	36
Landwirtschaft und Grundherrschaft im Spätmittelalter	37
Adel und Landstände	38
Rohstoffe und Rohstoffverarbeitung	40
Städte	41
Gewerbe, Zünfte, Stadtbewohner	44
Verkehr und Handel	47
Städtische Verfassung – die „Große Braunschweiger Schicht“	50
Menschen und ihr Lebensalltag	52
Religion und Kirche	54
Regionen in Niedersachsen - Aufbau im Mittelalter	55
 <i>Mithalten (bis um 1800)</i>	59
Ein Herrschaftskonflikt zwischen Mittelalter und Neuzeit - die Hildesheimer Stiftsfehde	59
Städtische Reformation – das Beispiel Hannover	60
Ein Fürst der Reformationszeit - Herzog Heinrich der Jüngere	62
Staat und Kirche im 16. Jahrhundert	63

Dorf und Landwirtschaft im 16. Jahrhundert	65
Blüte und Krise des Städtewesens	68
Der Dreißigjährige Krieg und seine Folgen	69
Ausbau frühmoderner Staatlichkeit	71
Niedersächsische Residenzstädte im 17. und 18. Jahrhundert	73
Ein Universalgelehrter in der Provinz - Gottfried Wilhelm Leibniz	78
Merkantilismus und Wirtschaftsmodernisierung	80
Der Harz als europäischer Wirtschaftsraum	82
Aufklärung und moderne Bildung	83
Beginn der agrarischen Modernisierung - die Celler Landwirtschaftsgesellschaft	87
Revolution im Kleinstaat? Der schaumburg-lippische Bauernaufstand	88
Menschen in Stadt und Land	91
Regionen in Niedersachsen - Mithalten durch Imitation	92
 <i>Nachholen (19. Jahrhundert)</i>	 96
Napoleonische Zeit - Innovationen und Zusammenbrüche	96
Agrarreformen	98
Restitution der alten politischen Ordnung - die „Göttinger Sieben“	101
Revolution 1848 – das Beispiel Oldenburg	102
Massenarmut und Auswanderung	103
Eisenbahnen	106
Preußen in Niedersachsen	106
Industrialisierung und Urbanisierung – das Beispiel Hannover	108
Regionen in Niedersachsen – Nachholen zwischen Identität und Zivilisationskritik	112
 <i>Konkurrieren (20. Jahrhundert)</i>	 115
Nach dem Ersten Weltkrieg - neue Politische Systeme	115
Wenig golden - die zwanziger Jahre	116
Blut, Boden und Zerstörung	119
Kontinuität zwischen Zusammenbruch und Neuanfang	123
Konkurrieren - Beharrung versus Modernität	128
 <i>Zukunftspotentiale im historischen Gefüge</i>	 133
 <i>Literaturhinweise</i>	 136
<i>Ausgewählte Internetseiten</i>	141
<i>Abbildungsnachweise</i>	142
<i>Kurzvita</i>	143

Vorwort

In den letzten drei Jahrzehnten ist eine Fülle von landes- und regionalgeschichtlicher Fachliteratur über Niedersachsen und seine Landesteile entstanden. Große, detailreiche Übersichtswerke stehen neben tiefschürfenden Einzelstudien. Schwerpunkt der Forschung ist mittlerweile die neue und neueste Geschichte. Daher ist es an der Zeit, einmal mehr in einem politisch bildenden Sachbuch einen Überblick zur Geschichte Niedersachsens zu liefern und dabei die offensichtlich große Bedeutung der mittelalterlichen und der frühneuzeitlichen Geschichte sowie den Stellenwert der externen ökonomischen Kräfte hervorzuheben.

Eine thematische, regionale und zeitliche Vollständigkeit ist hierbei nicht er-

reichbar. Um nicht nur knappe Überblicke zu geben, wird eine gemischte Darstellungsweise gewählt, die Zusammenhänge vermitteln möchte und zusätzlich konkretisierende Beispiele anbietet. Die Auswahl ist zwangsläufig abhängig von den wissenschaftlichen Interessen und Defiziten des Autors.

Für kritische Anregungen, wertvolle Hinweise und Hilfe danke ich: Mareile Bernard, Dr. Manfred von Boetticher, Julia Borchers, Gerburg Brückner, Dorothea Hauptmeyer, Peter Hoffmann und Dr. Hans Otte.

*Hannover, im Januar 2004,
Carl-Hans Hauptmeyer*

Aktuelle Herausforderungen

Chancen und Probleme

Heimat in Niedersachsen ist keinesfalls nur mit Fachwerkbauernhaus samt „Groot Dör“ und gekreuzten Pferdeköpfen oder Grünkohl mit Wurst zu verbinden, sei diese nun Pinkel oder Brägenwurst, sondern ebenso mit dem Veranstaltungspark „Autostadt Wolfsburg“ oder dem türkischen Döner-Lokal am kleinstädtischen Marktplatz. Das vorherrschend lutherische Niedersachsen hat heute nicht nur calvinistische und römisch-katholische Minderheiten, sondern auch russisch-orthodoxe und muslimische. Niedersachsen ist seit seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg ein Zuwanderungsland. Um 1950 waren über 2 Millionen Menschen als Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus Ost- und Mitteldeutschland in Niedersachsen neu ansässig. Neben den deutschstämmigen Zuwanderern der jüngsten Zeit aus Osteuropa lebt heute ca. eine halbe Million Ausländerinnen und Ausländer in Niedersachsen. Arbeitsmigranten der 1960er Jahre aus Süd- und Südosteuropa sehen nun bereits ihre Großkinder in Niedersachsen aufwachsen.

Niedersachsen verändert sich, dennoch bleibt das Land langdauernd, trotz vieler kleiner Erfolge, wirtschaftlich hinter den ökonomischen Zentren des deutschen Südwestens zurück. Wirtschaftswissenschaftliche Modelle können ungleichzeitige historische Regionalentwicklungen nicht mehr zureichend deuten. Finanzielle Förderung einer Region garantiert dort keinesfalls wirtschaftliches Wachstum. Soziale Milieus, regionale Identitäten und Mentalitäten rücken zunehmend in das Interesse von Wissenschaft, Planung und Politik. Die regionalen

Entwicklungspotentiale Niedersachsens sind über Jahrhunderte immer wieder von nachholender Modernisierung oder Konkurrenzfähigkeit durch Imitation geprägt gewesen. Charakteristisch für Niedersachsen ist im interregionalen Vergleich die hohe Stabilität sozialer Milieus und eine Langlebigkeit regionaler Identitäten. Damit verbunden sind eine große Einflussnahme öffentlicher Institutionen und eine aus relativer Rückständigkeit Lehren ziehende Zukunftsorientierung, die Entwicklungssprünge ermöglicht.

Nicht verlässlich geklärt ist eine Fülle von Fragen: Warum verändern sich manche Regionen rasch? Warum verharren andere? Warum bedeutet finanzielle regionale Förderung nicht zwangsläufig Wachstum? Wie wird Wandel ausgelöst? Worauf beruhen die oft jahrhundertelangen Kontinuitäten? Unter welchen Umständen kommt es zu Brüchen? Bedarf es zur flexiblen regionalen Entwicklung generell starker regionaler Bindungselemente zwischen den Menschen? Lässt sich durch öffentliche Stärken-Schwächen-Diskussionen binnen kurzem regionales Bewusstsein konstruieren? Auf welche Elemente der Vernetzung von wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Aktivitäten muss in einer Region zurückgegriffen werden, um neue Entwicklungsschübe anzuregen? Wie lässt sich bei zurückweichendem staatlichen Einfluss eine zerstörerische Konkurrenz der Regionen verhindern? Können aus der tradierten, charakteristisch mitteleuropäischen Qualität des Kleinteiligen Anhaltspunkte für soziale Integrationsprozesse in den expandierenden Megazentren der Welt gewonnen werden?

Zentral für regionale Entwicklungsprozesse ist es, in Zukunft auf diese Fragen Antworten zu finden und zu klären, ob die

Globalisierung Chancen für eigenständige regionale Entwicklungen schafft oder nur regionale Handlungsspielräume für Reaktionen belässt. Überall drängt die Anpassung der Wirtschaftsstrukturen und -entwicklungen an Globalisierungsprozesse und steht oft im Widerspruch zum als ebenso dringend angesehenen Schutz der Umwelt und der behutsamen Nutzung der Naturpotentiale. Gerade im Durchgangsland Niedersachsen erscheint zum einen der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur dringend geboten, während sich zum anderen in der wirtschaftlich weniger bedeutenden Fläche die Aufrechterhaltung von öffentlichem Personenverkehr und die Pflege des Straßensystems nicht mehr rechnen.

Gleichwertige Bildungs- und Berufschancen sowie gleichartige Lebensqualität in allen Regionen des Landes sind trotz langwährender Regionalförderungen keineswegs gegeben. Wenige Standorte blühen, aber mancherorts, wie im nördlichen und südlichen ehemaligen Zonenrandgebiet, wird dringend nach Zukunftsvisionen gesucht. Landkreise wie Lüchow-Dannenberg dürften kaum ohne finanzielle Umverteilung oder den gänzlich neuen Zuschnitt der kommunalen Gebiete und Zuständigkeitsbereiche lebensfähig bleiben. Zwar wächst weiterhin das private Vermögen einer kleinen Gruppe von Menschen, und manche gut situierte Unternehmen tragen wenig zur Finanzierung des Gemeinwohls bei, aber vielerorts droht ein Finanzkollaps und verlangt die Aufgabenüberprüfung und Neuordnung von Tätigkeitsfeldern der Öffentlichen Hand. Hatte Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg sehr von Migranten profitiert, so zeigt sich heute eine Abkapselung einzelner aktueller Zuwanderergruppen bis zur Integrationsunwilligkeit.

Unter solchen Bedingungen externer Prägung wird der Ruf nach Stärkung des

freiwilligen Bürgerengagements laut, wird an örtliche und regionale Identitäten angeknüpft und steigt das Bemühen, Heimat als Entwicklungspotential zu begreifen. Der führende amerikanische Wirtschaftshistoriker Jeffrey Williamson von der Harvard Universität stellt an der Entwicklung der Einkommenssituation in Europa seit Ausgang des 19. Jahrhunderts keine wesentlichen großräumigen Veränderungen fest, also ausgerechnet für jene Zeit, in der wegen der Industrialisierung grundsätzliche Veränderungen zu erwarten gewesen wären. Dies verweist auf die Notwendigkeit, zur Lösung aktueller Probleme die langen Linien der Geschichte zu betrachten und legt nahe, am ehesten innerhalb der kleinteiligen Regionen statt im großen Zusammenhang Wandel zu erwarten.

Aktuelle Regionalentwicklungen - vier Beispiele

Prognosen zeigen, dass die Bevölkerung Niedersachsens insgesamt abnehmen dürfte, obgleich für die westlichen Landesteile Zunahmen erwartet werden. Ein rechtwinkeliges Dreieck der wirtschaftlichen Entwicklung zeichnet sich ab. Die eine Kathete zeigt vom rheinisch-westfälischen Raum über Bremen hinauf nach Hamburg, die andere von Wolfsburg über Lüneburg nach Hamburg, die Hypotenuse bildet der Städtегürtel von Osnabrück über Hannover bis Wolfsburg. Den niedersächsischen Gebieten außerhalb und im Kern dieses Dreieckes werden große Zukunftsprobleme vorhergesagt, dem Westen Niedersachsens hingegen vom Landkreis Emsland bis zum Landkreis Rotenburg ein reges Wachstum. Ein Blick auf vier ausgewählte niedersächsische Regionen zeigt die gänzlich unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen. Es wird zu fragen sein, ob sich dies auf kurzfristige

Veränderungen oder auf langfristige Strukturen zurückführen lässt.

Traditionell war der im Südwesten des Landes gelegene niedersächsische Teil des Weserberglands ein ökonomisches Intensivgebiet. Heute aber haben die Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden und Schaumburg erhebliche wirtschaftliche Probleme. Hier leben auf einer Fläche von 2.164 km² 409.000 Menschen. Die Besiedlungsdichte liegt mit 189 Ew/km² deutlich über dem Landesdurchschnitt, wobei diese innerregional von Nord (Schaumburg) nach Süd (Holzminden) abnimmt.

Das Weserbergland ist als Teil des niedersächsischen Berg- und Hügellandes eine altindustrialisierte Region. Gestützt auf regionale Rohstoffvorkommen (u.a. Holz, Steine und Erden) entwickelten sich hier bereits im Mittelalter zahlreiche Gewerbe und hernach frühe Industrien. Im Norden des Raumes gibt es zudem ein starkes Dienstleistungsgewerbe, u.a. im Gesundheitstourismus. Der Raum Weserbergland leidet heute jedoch unter den Folgen der Strukturkrisen im industriellen Sektor und unter den Einbußen im Gesundheitstourismus. Die teils ungünstige Verkehrslage verstärkt diese Schwierigkeiten. Gegenwärtig gibt es Bemühungen zur besseren regionalen Kooperation und zur Entwicklung von Konzepten zum Standortmarketing.

Eine gegenteilige Entwicklung zeigt das Oldenburger Münsterland, also die Landkreise Vechta und Cloppenburg. Dieser im Westen Niedersachsens zwischen den Städten Oldenburg im Norden und Osnabrück im Süden gelegene Raum galt lange Zeit als rückständig, zeigt aber während der letzten beiden Jahrzehnte nächst dem Raum Wolfsburg im niedersächsischen Vergleich die relativ höchsten Wachstumsquoten. Das Gebiet umfasst 2.231 km², in dem 273.000 Menschen leben. Das entspricht einer um 45 Personen je km² geringeren Einwohnerdichte als im übrigen Niedersachsen.

Das Oldenburger Münsterland ist seit Ende des 30-jährigen Krieges ein katholisches Diaspora-Gebiet. Aus dieser Sondersituation ergab sich nicht zuletzt durch die Auseinandersetzung mit konfessionell abweichenden Obrigkeiten ein ausgeprägtes regionales Selbstbewusstsein. Die Region sticht bundesweit heraus durch demographische Auffälligkeiten wie hohe Kinderzahl und niedrige Scheidungshäufigkeit, durch eine produktive Landwirtschaft sowie ein hohes Wirtschaftswachstum, das sich auf der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Bereiche stützt. In der Region werden 7 % der Schweine, 12 % aller Schlacht- und Masthühner, 18 % aller Legehennen und 27 % aller Puten, Enten und Gänse von ganz Deutschland gehalten.

Das überproportionale Wachstum gegenüber anderen Regionen ist zum einen aus dem Nachholbedarf zu erklären, der z.B. aus eher geringem Bildungsniveau resultiert, zum anderen aus flexiblen Anpassungen an moderne Marktmechanismen basierend auf hoher sozialer Stabilität. Wichtig ist der Katholizismus, die Langlebigkeit sozialer Milieus, das Bewusstsein von einer spezifischen regionalen Identität (Heimat), die Einflussnahme öffentlicher regionaler Institutionen und eine aus Traditionen Lehren ziehende Zukunftsorientierung. Die nachholende Modernisierung beruht auf Nutzbarmachung der endogenen agrarischen Potentiale bis in Hochtechnologiebereiche. Die regionale Ungleichzeitigkeit ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungen scheint zumindest in diesem Fall ein Zukunftspotential zu sein.

Als der bedeutendste Wachstumsraum Niedersachsens werden in der jüngeren Statistik die kreisfreie Stadt Wolfsburg und der nördlich angrenzende Landkreis Gifhorn ausgewiesen. Das Gebiet umfasst bei 292.000 Einwohnern eine Fläche von

Region	Einwohner 30.6.2002	Fläche 2001	Besied- lungsdichte	Einwohner 2016 (Prognose)	BIP 2000	BIP- Wachstum 1992 - 2000	Erwerbs- tätige 2000
	Anzahl	km ²	EW/km ²	Anzahl	Mio. Euro	%	1 000
Hameln- Pyrmont	162 201	796,12	203,7	154 428	3 569	11,4	69,6
Holzminden	80 491	692,47	116,2	76 176	1 784	8,5	32,3
Schaumburg	166 721	675,55	246,8	165 781	3 044	13,0	60,1
Weserraum	409 413	2 164,14	189,2	396 385	8 397	11,4	162,0
Cloppenburg	152 208	1 418,13	107,3	163 707	2 611	36,2	60,9
Vechta	128 885	812,52	158,6	140 636	2 917	56,0	64,
Ol.-Münsterland	281 093	2 230,65	126,0	304 343	5 528	46,0	124,9
Gifhorn	173 310	1 562,73	599,0	187 025	2 317	26,5	49,4
Wolfsburg	122 198	204,01	110,9	95 670	8 449	49,2	98,3
Raum Wolfsburg	295 508	1 766,74	167,3	282 695	10 766	43,7	147,7
Hannover, Std.	516 807	204,07	2 532,5	473 574	22 529	20,1	386,7
Umland	606 830	2 086,21	290,9	604 348	11 203	31,4	219,9
Reg. Hannover	1 123 637	2 290,28	490,6	1 077 952	33 732	23,7	606,6
Niedersachsen	7 970 012	47 616,48	167,4	7 889 621	175 809	20,4	3 485,8

Statistische Angaben zu ausgewählten niedersächsischen Regionen
Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik

1.766 km². Die Besiedlungsdichte entspricht nahezu der des Landes, wobei es erhebliche innerregionale Unterschiede zwischen der Stadt Wolfsburg und dem direkt angrenzenden südlichen Teil des Landkreises einerseits und dem dünn besiedelten Norden des Landkreises Gifhorn andererseits gibt.

Wäre 1938 nicht die „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ gegründet worden und hätten sich nicht britische Offiziere nach dem Zweiten Weltkrieg für einen Fortbestand des Rüstungsbetriebes als PKW-Produktionsstätte entschieden, bestünde hier ein Durchschnittsgebiet in der südöstlichen niedersächsischen Geest. Nun aber ist Wolfsburg als Sitz des VW-Konzerns Standort des mit Abstand größten Industrieunternehmens Niedersachsens. Die Stadt Wolfsburg und der Landkreis Gifhorn sind dicht miteinander verflochten, vor allem durch intensive Pendlerbeziehungen und durch im Landkreis Gifhorn ansässige Zulieferbetriebe für das VW-Werk. Eng ist zudem die Verbindung mit dem Großraum Braunschweig (Braunschweig, Salzgitter, Wol-

fenbüttel, Peine). Zusätzlich existieren regionale Kooperationen (z.B. Wolfsburg AG), die im Zusammenhang mit neuen Gewerbeansiedlungen sowie neuen Sport- und Eventstätten zugleich das kulturelle Angebot stärken. Offenbar entsteht auf diese Weise ein neues Wir-Gefühl in dieser Region.

Als viertes Beispiel sei auf den Raum Hannover verwiesen. Die mit großen Hoffnungen besetzte EXPO 2000 brachte einen Innovationsschub vor allem durch Infrastrukturinvestitionen, deren langfristig Wirkung noch nicht abzusehen ist. Die nur teilweise gelungene Nachnutzung des EXPO-Geländes verweist allerdings auf große Folgeprobleme.

Am 1.11.2001 vereinigten sich der ehemalige Landkreis Hannover sowie die Landeshauptstadt Hannover zur Region Hannover. Diese besteht aus der Landeshauptstadt sowie den 20 Städten und Gemeinden ihres unmittelbaren Umlandes. In der Region Hannover leben auf einer Fläche von 2.290 km² insgesamt 1.114.000 Menschen. Die Besiedlungsdichte der Region insgesamt ist mit 487 Einwohnern pro

km² ungefähr drei Mal so hoch wie im Landesdurchschnitt, wobei diejenige der Landeshauptstadt nach wie vor erheblich höher als die des Umlandes ist.

Die Region Hannover ist das politische, kulturelle und wirtschaftliche Zentrum Niedersachsens. Hier befinden sich 14 % der Einwohner und 17 % der Arbeitsplätze Niedersachsens, hier werden 19 % der wirtschaftlichen Leistung des Landes erbracht. Zwischen der Stadt und ihrem Umland existieren intensive funktionale Beziehungen (Pendler, Wanderungen, Verkehr), wobei es einen klaren Trend gibt: Einwohner und Arbeitsplätze gehen der Kernstadt verloren und wandern ins Umland ab. Die Bildung der Region Hannover ist der Versuch, auf die nur noch im Verbund zu lösenden Probleme eine politische Antwort zu geben.

Für die im Mittelalter nur durchschnittliche Stadt brachte die Erhebung zur weltlichen Residenz 1636 einen Schub, mit dem

die äußerst günstige Verkehrslage fortan bis hin zum industriellen Wachstum genutzt werden konnte. Die Region Hannover ist die einzige Großstadtreion des Landes. Sie hat bundesweite Bedeutung u.a. als Messeplatz oder als Standort wichtiger Unternehmen und Institutionen im Dienstleistungsbereich sowie in Wissenschaft und Forschung.

Die ausgewählten Entwicklungen und Probleme zeigen einerseits, dass die in Niedersachsen zukünftig zu beschreitenden Wege keinesfalls einheitlich sein können. Andererseits werden die bekannten Schwierigkeiten des Landes in einer auf Wirtschaftswachstum ausgelegten globalisierten Vernetzung deutlich. Aus der Geschichte lassen sich für solche Probleme nicht einfache Antworten finden. Wohl aber vermag mit einem Blick auf die Geschichte das vorhandene Potential für zukünftige Entwicklungen ausgelotet zu werden.

Raum und Geschichte

Tradition und Gegenwart

Heutige Gegebenheiten sind Ergebnisse historischer Prozesse und Strukturen, gleichgültig ob diese von außen einwirken oder im Innern entstehen. Wer freilich heutzutage in Wirtschaft, Verwaltung oder Politik erfolgreich sein möchte, wirft das Hergebrachte über Bord, ist kreativ, innovativ und will modernisieren. Dies ist nur das übliche Auf und Ab in kurzen Schwingungen. Die schnelllebigen Ereignisse geschehen vielmehr in tradierten Strukturen. Die Handlungsspielräume sind begrenzt. Geschichte verläuft für einzelne Sachverhalte nebeneinander in ganz unterschiedlichen Phasen. Klima und Landschaft sind, gemessen an histori-

schen Zeiträumen, gleichsam Konstanten der Geschichte. Strukturen der Herrschaft und Gesellschaft oder die Mentalitäten der regionalen sozialen Gruppen verändern sich gemächlich, Brüche sind selten. Nur an der Oberfläche der Geschichte flackert das alltägliche Geschäft. Die Geschichtswissenschaft ermittelt, beschreibt und interpretiert diese Veränderungen, und sie erklärt Kontinuität oder Wandel.

Diese Überlegungen auf den niedersächsischen Raum bezogen zeigen in einem Vergleich der heutigen Bevölkerungsdichte Deutschlands rasch, dass aktuelle Interpretationen erst durch historische Erörterung Tiefe erlangen. Wer nur auf die großräumige Einordnung schaut, wird anhand der zentralen Lage Nieder-

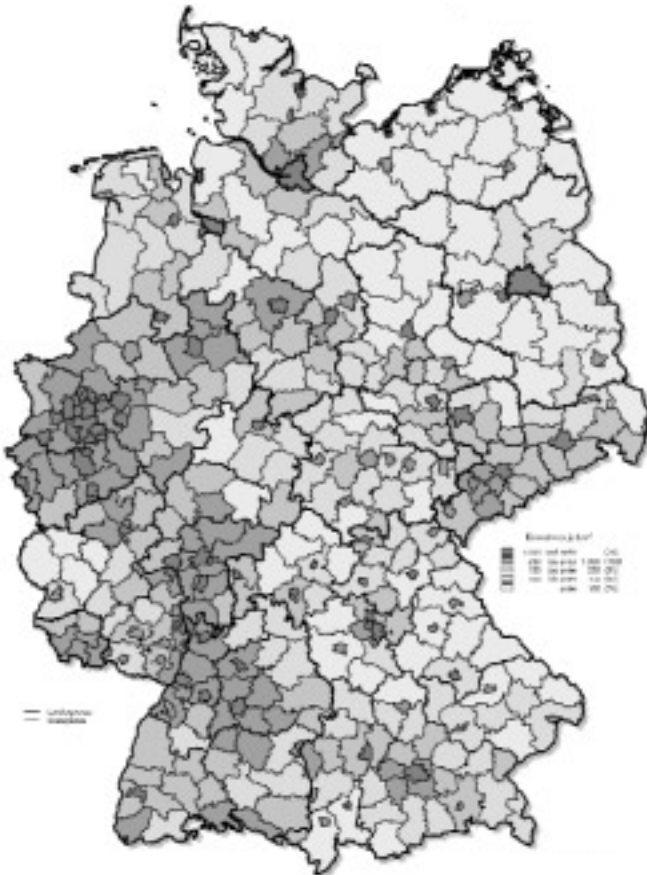
sachsens in Europa auch eine zentrale Rolle Niedersachsens in Europa vermuten. Dies war und ist aber nicht so. Das von der Fläche her zweitgrößte Bundesland liegt nur an vierter Stelle der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftsleistung unter den 16 Ländern. Niedersachsen hat, simpel ausgedrückt, mehr als der Osten Deutschlands, aber weniger als der Süden.

Niedersachsen in Deutschland - heutige Bevölkerungsstruktur in historischer Dimension

Die jüngere Bevölkerungsverteilung der Bundesrepublik Deutschland belegt speziell für Niedersachsen die eingangs

angedeuteten regionalen Ungleichheiten. Der dicht besiedelte Ost-West-Gürtel von Wolfsburg im Osten bis Göttingen im Süden und Osnabrück im Westen hebt sich klar vom dünnbesiedelten Norden ab, in dem Bremen und vorrangig Hamburg als insulare Zentren liegen.

Bei einer historischen Interpretation einer Karte der Bevölkerungsdichte kann zurückgegriffen werden bis auf die Spätantike. Der Limes, der das römische Reich von Germanien trennte, zeichnet sich noch heute ab. Im damals römischen südwestlichen Teil Deutschlands ist auch aktuell die Bevölkerungsdichte höher. Reichte die Karte weiter, so ließe sich die so genannte „EU-Banane“ erkennen, jener hoch entwickelte Bereich Europas, der



Eine Karte der aktuellen Bevölkerungsdichte Deutschlands zeigt von Südwesten nach Nordosten Leitlinien der regionalen historischen Entwicklung.

sich von Oberitalien bis nach Südengland erstreckt und bereits in der Spätantike herausragende wirtschaftliche Bedeutung nördlich des Mittelmeerraumes besaß. Erst vor 1200 Jahren, zur Zeit Karls des Großen, wurde der niedersächsische Raum missioniert und in das, antike Gedanken mit christlichen Argumenten mischende, geistige Geflecht Europas integriert. Der deutsche Süd-Nord-Unterschied hat seine Ursprünge in der Spätantike und im frühen Mittelalter.

Als zweite historische Phase bildet die Bevölkerungsdichtekarte die Zeit der Handels-Expansion und des Städtewachstums im hohen Mittelalter ab. Im Rahmen der Ostexpansion und Ostkolonisation wurden landwirtschaftliche Modernisierung und entwickeltes Städtewesen in den Norden und Osten Mitteleuropas importiert, doch im Nordosten nicht im gleichen Maße wie im Süden und Westen verwirklicht. Die Grundzüge des deutschen Ost-West-Gegensatzes gehen bis auf das hohe Mittelalter zurück.

Diese regionale Grundgliederung wurde in der frühen Neuzeit stabilisiert, doch traten im Rahmen der Westverlagerung des Handels nach 1500 neue interne Zentren hinzu, die ebenfalls in der Bevölkerungsdichtekarte dargestellt werden. Hier sind zunächst die von der Handelsexpansion profitierenden neuen Metropolen wie Hamburg oder Leipzig zu nennen. Sodann sind die Hauptorte der Territorien zu beachten, die nicht direkt am neuen Wirtschaftssystem Anteil hatten und daher auf staatlicher Ebene Modernisierung betrieben: am wichtigsten Berlin, aber auch Dresden oder München. Darüber hinaus sind exportorientierte Bergbau- und Gewerbelandschaften wie Sachsen hervorzuheben. Aus der Industrialisierungsphase des 19. Jahrhunderts belegt die Bevölkerungsdichtekarte schließlich die Industrialisierung auf Kohle und Eisen am Beispiel des Ruhrgebietes.

Innerhalb dieser groben historischen Interpretation einer aktuellen Bevölkerungsdichtekarte Deutschlands wird deutlich, dass die für den niedersächsischen Raum wirksamen interregionalen Disparitäten im Wesentlichen bereits im Mittelalter feststanden. Selbst die Industrialisierung fand hier nicht in Gebieten neuer Rohstoffgewinnung statt, sondern vorrangig in bereits dichter besiedelten Zonen. Der niedersächsische Raum lag im frühen Mittelalter am nordöstlichen Rand der europäischen Wirtschaftszentren West- und Südeuropas. Im Hoch- und Spätmittelalter rückte Niedersachsen in die Mitte zwischen die ökonomisch hoch entwickelten Landschaften Oberitaliens, Süddeutschlands oder Flanderns und die vom europäischen Handel erreichten Randzonen Skandinaviens und Osteuropas. Diese Mittellage blieb in der frühen Neuzeit erhalten, wurde aber von der sich rasch ausweitenden Kluft zwischen West- und Osteuropa überformt. Während der Hauptindustrialisierungsphase seit der Mitte des 19. Jahrhunderts holte Deutschland den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den Zentren im Westen auf. Innerhalb des deutschen Wirtschaftsraumes stand Niedersachsen allerdings stets hinter den ökonomisch bestimmten Gebieten zurück, auch wenn es interne Zentren besaß und besitzt.

Niedersachsen – Land und Name

Niedersachsen ist Teil der westlichen, modernen, international verflochtenen Welt, gehört aber nicht zu den ökonomisch führenden Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Das Bundesland ist mit ca. 47.500 km² Fläche größer als Belgien, als die Schweiz, als die Niederlande oder als Dänemark. Die Einwohnerzahl von knapp 8 Millionen reicht nahezu an diejenige Schwedens oder Österreichs



Niedersachsen liegt zentral im europäischen Raum.

heran und übertrifft diejenige Norwegens, Finnlands, Dänemarks oder der Schweiz.

Dieses im europäischen Kontext keinesfalls bedeutungslose Land der Bundesrepublik entstand als ein Ergebnis der politischen Neuordnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung vom November 1946 wurde es aus den Ländern Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Braunschweig sowie der

vordem preußischen Provinz Hannover geschaffen. Diese alten Länder und deren Landesteile besitzen langwährende, eigenständige Traditionen, die in Niedersachsen bis heute die regionale Vielfalt prägen.

Dennoch wird häufig auf „die“ Niedersachsen hingewiesen, die sturmfest und erdverwachsen seien, so wie sie das Niedersachsenlied benennt. Auch wird gern der über hundert Jahre alte Vers von den Eichen, die, solange sie in alter Kraft

um Hof und Haus wüchsen, offensichtlich verhindern sollten, dass in Niedersachsen „die alte Stammesart“ aussterbe. Der Versuch, von der Abstammung her für die Zeit von der Spätantike bis in unsere Tage eine Einheitlichkeit des menschlichen Verhaltens im Gebiet des heutigen Niedersachsens zu konstruieren, führt allerdings in die Irre. Es gab im frühen Mittelalter zwei Stämme, nämlich im Nordwesten die Friesen und im Süden, in der Mitte sowie im Osten die Sachsen. Zumindest seit der frühmittelalterlichen Ansiedlung im nordwestdeutschen Raum teilten sich die Sachsen zudem in verschiedene regionale Stammesverbände auf, deren Trennung sich schematisch für den niedersächsischen Raum von West nach Ost in Westfalen, Engern und Ostfalen beschreiben lässt.

Jene frühmittelalterliche Dominanz sächsischer bzw. friesischer Bevölkerung hat sich bis in das 20. Jahrhundert hinein nur graduell verändert. Zu denken ist hierbei an die teilweise slawische Besiedlung des östlichen Niedersachsens im Mittelalter, an die zunehmende jüdische Bevölkerung der größeren spätmittelalterlichen Städte, an Flamen oder Holländer in hochmittelalterlichen Gründungsdörfern. In der frühen Neuzeit kamen Hugenotten, Salzburger oder obersächsische Bergarbeiter hinzu, im 19. Jahrhundert ost- und ostmitteleuropäische Landwirtschaftsarbeiter. Die wesentliche Bevölkerungsveränderung trat nach dem Zweiten Weltkrieg ein, als sich weit mehr als 2 Millionen Menschen in Niedersachsen niederließen: als Heimatvertriebene und Flüchtlinge, als Übersiedler aus der DDR, als Arbeitskräfte aus dem mediterranen Raum und jüngst als aus Osteuropa Hinzuziehende.

Um Einheitliches in Niedersachsen zu verlangen, müssen Hilfskonstruktionen gebaut werden. Das Pferd wurde als Landeswappen erst 1952 festgelegt, wenngleich es an sächsischen Stammesmythos anknüpft, im Stader Raum schon am Aus-

gang des 12. Jahrhunderts als Wappen erscheint und 1361 auf einem Siegel eines Welfenherzogs auftaucht. Auf diese Weise versuchten die Welfen den Anspruch auf die Vormachtstellung ihres Hauses im Gebiet des alten Stammesherzogtums zu dokumentieren. Damit konnte der Eindruck erweckt werden, es handele sich um das Wappen des alten Herzogtums, obwohl dies noch keine Wappen gekannt hatte. Darüber hinaus trug die „Sachsenchronik“ von 1492 zur weiteren Verbreitung des Sachsenrosses bei. Hier wurde fälschlich behauptet, das Pferdewappen gehe auf den sächsischen Herzog Widukind (Ende 8. Jahrhundert) zurück, denn dessen Taufe habe aus dem schwarzen, dem heidnischen Ross, ein weißes, ein christliches, werden lassen.

Seit dem 13. Jahrhundert prägte der schriftlich zusammengefasste „Sachsenspiegel“ das Recht im Gebiet von Ems und Ruhr bis zur Elbe. Gern wird auch die hochdeutsche Lautverschiebung im 16. Jahrhundert als Beispiel für Tradition und Einheitlichkeit genutzt. P, t und k wurden in der Alltagssprache des Nordens eben nicht zu pf, ts und ch. Aber die Verbreitung der plattdeutschen Sprache gilt ebenso für Schleswig-Holstein, Mecklenburg oder den westfälischen Teil Nordrhein-Westfalens. Sofern Trennendes hieran deutlich werden sollte, dann die lange währende Differenzierung zwischen Oberdeutschland und Niederdeutschland.

Zudem gab es den Begriff Niedersachsen bis zum 14. Jahrhundert nicht. Denn die lockeren Stammesverbände der Friesen und Sachsen nahmen getrennte Entwicklungen. Erst den Cirkseua gelang es im 15. Jahrhundert in (Ost-)friesland eine dominierende Stellung über konkurrierende Herren, Klöster und Großbauern zu erreichen. Für das sächsische Stammesgebiet erwies sich die teils gewaltsame Christianisierung zur Zeit Karls des Großen als bedeutungsvoll. Zum einen wurden

Bistümer gegründet, die speziell für die territoriale Ordnung der nächsten Jahrhunderte wichtig wurden, zum anderen gelangten neue Herrscherfamilien in herausragende Positionen, voran schließlich die Welfen. Doch selbst Heinrich dem Löwen glückte es im 12. Jahrhundert nicht, die verschiedenen räumlichen Herrschaften zu einen.

Als 1354 die Reichskanzlei erstmalig den Nordwesten bis nach Vorpommern mit dem Begriff „saxonia inferior“ abgrenzte („niederer Sachsen“), diente dies nur der Unterscheidung gegenüber demjenigen Teil Mitteldeutschlands, den wir heute als Sachsen benennen. Ursache war, dass das Recht, den deutschen König zu wählen, die Kurwürde also, nicht etwa den Nachfahren des Welfen Heinrich des Löwen zustand, sondern den konkurrierenden Askanern und hier speziell den Wittenbergern. Als diese ausstarben, fiel die Kurwürde 1422 an die Markgrafen von Meißen, die Wettiner, sie wanderte gleichsam nach Osten und führte zur Bezeichnung des südostdeutschen Raumes als (Ober-)Sachsen.

Erst als am Ende des 15. Jahrhunderts die Idee einer grundsätzlichen Reichsreform gedieh und die Hoffnung keimte, einen Ausgleich zwischen aufstrebenden Territorialfürsten und kaiserlicher Oberhoheit zu finden, wurde der Name Niedersachsen 1512 schließlich verstetigt, und zwar als Bezeichnung für einen der Reichskreise. Dieser „niedersächsische Reichskreis“ ließ allerdings Gebiete des heutigen Niedersachsens im Westen aus, z.B. die Grafschaft Schaumburg, und reichte im Osten bis in die Altmark und nach Mecklenburg. Anders als dem schwäbischen oder dem fränkischen Reichskreis, in denen dominierende Territorialfürsten rar waren, gelang es dem bis zur Auflösung des Alten Reiches 1806 bestehenden Niedersächsischen Reichskreis nie, eine Macht zu erreichen, die

Kompetenzerweiterungen der Territorialfürsten brach. Immerhin stammt aber aus jener Zeit die Gewohnheit, mit dem Begriff Niedersachsen überterritoriale Zusammenschlüsse zu bezeichnen. Ein gutes Beispiel ist der 1835 gegründeten „Historischen Verein für Niedersachsen“.

Seit der frühen Neuzeit zeigte sich die zunehmende Verbindung des Niedersachsenbegriffes mit dem welfischen Hoheitsgebiet wegen der wachsenden Bedeutung der Welfen als Territorialfürsten im Gebiet des niedersächsischen Reichskreises. Den letzten Anstoß gab die Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen 1866. Wenn es nicht mehr opportun erschien, Begriffe, die an die Welfen erinnerten, zu verwenden, bedienten sich vor allem die Preußenskeptiker des Begriffs Niedersachsen. Die am Ende des letzten Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung gewinnende Heimatbewegung tat ihr übriges. Man entsann sich des alten Sammelbegriffs Niedersachsen, um primär auf das hiesige bauerliche Element hinzuweisen, das es gegen Verstädterung und Proletarisierung zu schützen und als gesellschaftliches Vorbild zu pflegen gälte.

Die gerade seit den 1920er Jahren um den Geographen Kurt Brüning gedeihenden Forschungen zur wirtschaftlichen Entwicklung zeigten dazu manche Verflechtungen auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens. Brüning selbst legte Denkschriften vor, die ein Niedersachsen unter Einschluss u.a. beider Teile Schaumburgs und Lippes für sinnvoll hielten. Das Bundesland Niedersachsen hat zwar keine tiefen historischen Wurzeln, entstand 1946 jedoch keineswegs aus dem Nichts.

Naturpotential und Geschichte

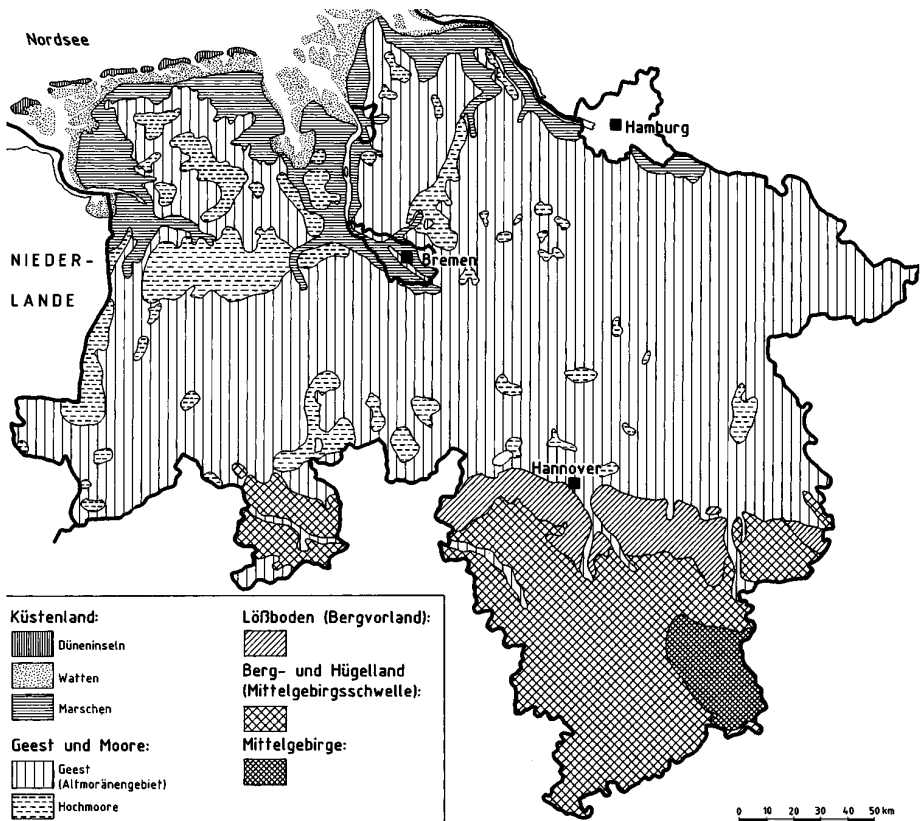
Eine natürliche landschaftliche Abgrenzung Niedersachsens gibt es, sieht man einmal vom Küstensaum ab, ebenso

wenig wie eine bevölkerungsbezogene. Dies macht deutlich, wie sehr die Raumabgrenzung von den territorialen und staatlichen Entwicklungen abhing.

Bis auf das Hochgebirge umfasst Niedersachsen alle Landschaftstypen, die in Mitteleuropa vorkommen. Das Naturpotential, in dem sich menschliche Gesellschaften je nach ihrer Entwicklungsstufe entfalten konnten, ist demnach äußerst vielfältig. Prägend für die Differenzierung der Landwirtschaft, die wesentlich abhängiger von den naturräumlichen Voraussetzungen war als heute, wirkten die Bodennutzungsmöglichkeiten. Für die gewerblichen Entwicklungen waren Rohstoff- sowie Energievorkommen und für den Handel günstige Verkehrssituationen

wichtig. Die wesentlichen Landschaftstypen sind: die Marsch des Küstensaumes und der Mündungsgebiete von Ems, Weser und Elbe; die Geest samt ihren Mooren und den Urstromtälern der Elbe und Aller-Weser; die Lößböden; das Berg- und Hügelland mit dem Westharz als Mittelgebirge.

Von dem Naturpotential, das den Menschen zur Verfügung stand, gewährten die ohnehin eher raren Bodenschätze bis weit in die Neuzeit geringe wirtschaftliche Anreize, mussten sie doch sehr oberflächennah anstehen, um unter den mittelalterlichen Bedingungen genutzt werden zu können. Die Erze des Rammelsberges und das Salz Lüneburgs bildeten Ausnahmen, die für die wirtschaftliche



Marsch, Geest, Lößbörde und Berg- und Hügelland sind die wichtigen Landschaften Niedersachsens.

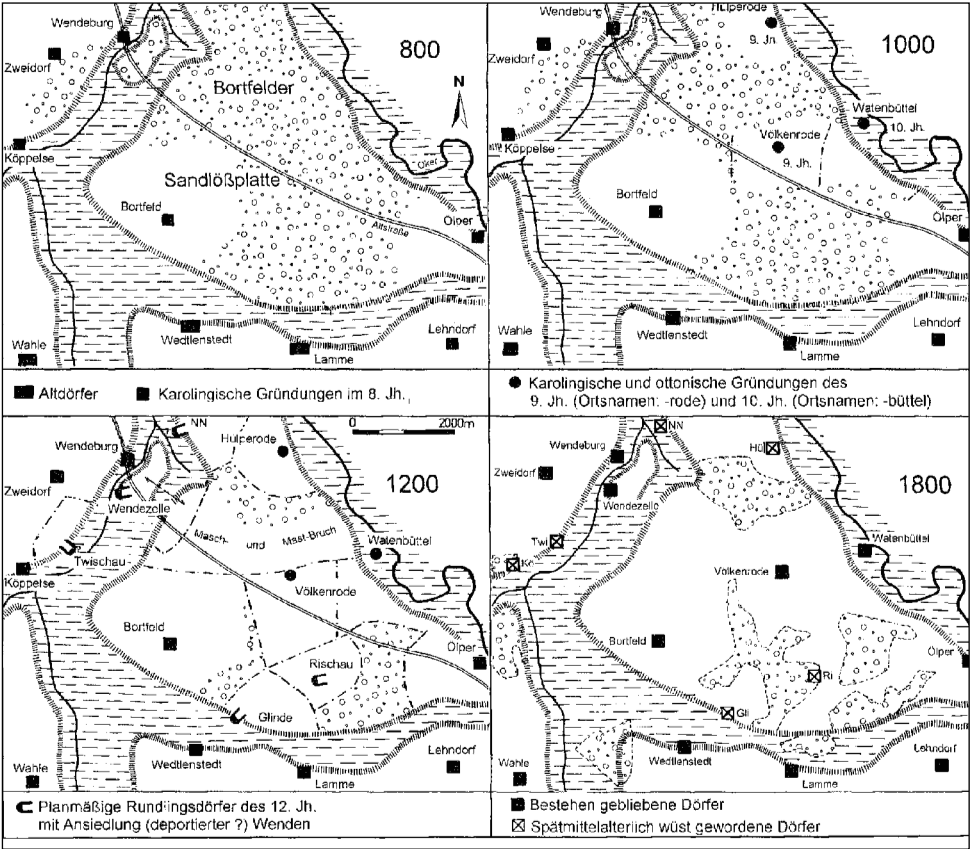
Bedeutung des mittelalterlichen Niedersachsens Höhepunkte setzten. Vereinzelt wurde im Berg- und Hügelland oder in der Geest (Raseneisenstein) Eisen gewonnen. Holz und Holzkohle waren leichter zugängliche Brennstoffe. Torf zum Heizen, Ton zur Töpferei und zur Backsteinherstellung, Kalke, Sande oder Steine zum Bauen standen nicht in allen Landstrichen, vergleichsweise aber an vielen Orten zur Verfügung. Nur im „Pötjerland“ - zwischen Weser und Leine östlich und nördlich des Sollings - gewannen die Tonwarenherstellung und im Solling selber die Glasproduktion am Ausgang des Mittelalters eine gewisse überregionale Bedeutung. Neben der Landwirtschaft und den direkt Landwirtschaftsgebundenen Nahrungsmittelgewerben hing die Mehrzahl der übrigen Produktionsbereiche weniger von hiesigen Bodenschätzen als von forst- und landwirtschaftlich erzeugten Rohstoffen ab, wie Holz (als Bau-, Werk- und Brennstoff), Viehprodukten (auch Knochen, Felle) oder Gewerbebepflanzen (insbesondere Lein). Insgesamt weist das Naturpotential Niedersachsens ein in erster Linie landwirtschaftliche und im Übrigen auf Verkehrsdurchgang und weniger auf Gewerbe und originären Handel bezogene Funktionen zu.

Wichtige Vorbereitungen für graduelle Veränderungen wurden in den frühneuzeitlichen Territorialstaaten getroffen. Mit der breiten Nutzung der Erzvorkommen im Oberharz gedieh der Westharz zu einer wichtigen europäischen Montanregion des 17. und 18. Jahrhunderts. Auch wurden die Steinkohlevorkommen am nördlichen Rand des Berg- und Hügellandes mehr und mehr zum Brennen von Kalk oder zum Befeuern von Schmieden genutzt. Dies schuf die Basis für eine kleinteilige und auf den vorhandenen Rohstoffen (z.B. Asphalt, Sand zur Glasherstellung) aufbauende Industrialisierung im Berg- und

Hügelland, und für eine industrielle Expansion der verkehrsgünstig am Nordrand des Berg- und Hügellandes und im fruchtbaren Ackerbaugebiet gelegenen Städte von Osnabrück über Hannover bis Braunschweig. Hinzu trat gerade in diesem Raum um 1900 die Möglichkeit, die Kalisalze des Zechsteins auch in größeren Tiefen abzubauen, wodurch Niedersachsen bis zum Ausgang des 20. Jahrhunderts ein wichtiger Bergbaustandort blieb. Bis heute haben Braunkohletagebau bei Helmstedt, zunächst Erdöl- und sodann Erdgasförderung in der Geest, Erdgasgewinnung mittlerweile gar im Offshorebetrieb der Nordsee und Zementherstellung auf Mergelbasis insbesondere östlich Hannovers ihre Kontinuität bewahrt. Hingegen wurden der Kalibergbau drastisch reduziert und der Steinkohleabbau sowie die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts noch einmal kräftig prosperierende Erzgewinnung im Harz eingestellt. So bleiben vom Naturpotential als wichtige Basis die günstigen Verkehrsdurchgangslagen im Binnenland und die Verkehrsvorteile der Küste sowie die großen weiterhin land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen mit ihren besonderen Möglichkeiten für Naturschutz und Tourismus.

Stufen der kulturlandschaftlichen Entwicklung

Die heutige Kulturlandschaft erhielt ihre Prägung seit dem Übergang jungsteinzeitlicher Siedler zur Landwirtschaft. Rodungen und Wiederbewaldungen sind allerdings bis in die Zeit zum Ende des ersten nachchristlichen Jahrtausends in der Fläche kaum nachzuvollziehen. Das nachfolgende allmähliche Bevölkerungswachstum führte zur Ausdehnung des Altsiedellandes über die Inseln besserer Geestböden und leichter zu bearbeitender



Die vier Stufen der Siedlungsentwicklung im Bereich der Bortfelder Sandlößplatte nordwestlich von Braunschweig zeigen die charakteristischen Veränderungen der ländlichen Kulturlandschaft vor den Agrarreformen.

Böden in der Börde und im Hügelland hinaus. Die Ortsnamen auf –rode oder –hagen verraten noch heute den Landesausbau des hohen Mittelalters. Im Hannoverschen Wendland entstanden die Vorformen der Rundlinge als charakteristische Siedlungsform im Durchmischungsgebiet slawisch-sächsischer Bevölkerung.

Die bis dahin kleinen zentralen Orte gediehen zu Städten, neue Städte wurden gegründet. Dort, wo nunmehr Rohstoffe mit hohem Energieaufwand verarbeitet wurden, schritt die Entwaldung besonders rasch voran. Dies gilt für den Harz um die Hüttenplätze bei Goslar ebenso wie für den Raum um Lüneburg, wo große Mengen

Holz für das Salzsieden benötigt wurden. Um 1300 war die bewaldete Fläche geringer als heute. In der Geest bei Lüneburg trugen Schafhaltung und Abschlagen des humosen Bodenhorizontes zur Verbesserung der kargen Felder (Plaggendüngung) dazu bei, dass ein großes Gebiet verheidete (Lüneburger Heide). Der Waldbestand im Harz konnte sich seit Mitte des 14. Jahrhunderts nur erholen, weil Bergbau und Hüttenwesen aus Brennstoffmangel und wegen des Bevölkerungsrückganges in eine tiefe Krise gerieten.

Lagen in der Marsch die Siedlungen anfangs wie, teils künstlich geschaffene, Inseln (Warften und Wurten) im Über-

schwemmungsgebiet der Küste und der Flussmündungen, so entstanden in der Zeit nach 1000 Ringdeiche und bald ganze Deichlinien. Diese waren auch dringend notwendig, um die mit Meeresspiegelanstieg und Absinken des Landes einhergehenden schweren Flutschäden zu dämmen. Dennoch fielen gerade im 14. Jahrhundert große Siedlungsbereiche, z.B. im Jadebusen, dem Meer zum Opfer.

Die erste prägende Phase der Kulturlandschaftsentwicklung neigte sich ab 1300 ohnehin dem Ende zu, da die Bevölkerungszahl gemessen an den Ernährungsmöglichkeiten und dem Güteraustausch zu groß geworden war. Landwirtschaftliche Grenzertragsgebiete wurden bis ca. 1450 aufgegeben und bewaldeten erneut. Auch in den übrigen Gebieten konzentrierten sich die Siedlungen auf wesentlich weniger Plätze, und viele Fluren wurden brachgelassen (Orts- und Flurwüstungen). Infolge dieser so genannten Wüstungsphase bildet sich der Siedlungsausbau des hohen Mittelalters heute nur noch bedingt in der Kulturlandschaft ab.

Als die Bevölkerung seit der Mitte des 15. Jahrhunderts für erneut ca. 150 Jahre wieder wuchs, standen anders als im Hochmittelalter kaum mehr Gebiete zur Verfügung, die mit einfachen Mitteln hätten urbar gemacht werden können oder als Wälder und Heiden nicht bereits wichtige Ergänzungsareale für Landwirtschaft und Gewerbe waren. Daher blieben die kulturlandschaftlichen Veränderungen zunächst gering, vielmehr wurden die genutzten Bereiche intensiviert. Anders war dies, als die erneute Bevölkerungsreduktion des 17. Jahrhunderts sich dem Ende neigte. Nach dem Dreißigjährigen Krieg nahmen mehr noch als zuvor die Territorialfürsten das Heft in die Hand, um die Wirtschaft zu fördern. Der den braunschweigischen und hannoverschen Welfen gehörende Westharz gedieh seit

der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu einer Bergbaulandschaft von europäischer Bedeutung, die das Umland einbezog. Im Westen Niedersachsens begannen die Moorkolonisation mit Anlage so genannter Fehnkolonien und die Landgewinnung durch Einpolderung am Meer.

Nachhaltig wurde das Landschaftsbild jedoch erst durch die Agrarreformen verändert, die am Ausgang des 18. Jahrhunderts begannen und teils ein Jahrhundert lang währten. Statt vieler langer, schmaler Besitzparzellen dominierten nun rechteckige Felder die Agrarflächen. Große Heidegebiete wurden, oft mit der schnellwachsenden Kiefer, planmäßig wiederbewaldet, bisherige zur Weidewirtschaft genutzte Wälder wurden Forsten. Der zunehmende Maschineneinsatz in der Moorkultivierung verringerte die weiten Feuchtgebiete in Niedersachsen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts auf ein Minimum. Mit der Industrialisierung wuchsen etliche Städte rasch in die Fläche hinein, wengleich der urbanisierte Raum in Niedersachsen zunächst vergleichsweise klein blieb. Eisenbahnlinien und Kanäle legten Schneisen in die Landschaft. Großflächige Felder, trockengelegte, agrarisch genutzte ehemalige Moore besonders im Nordwesten, die aufgeforsteten Heiden und die Ballungsgebiete um die Stadtkerne gestalten die Kulturlandschaft seit Agrarreformen und Industrialisierung.

Diese agrarisch geprägte, von urbanisierten Inseln unterbrochene Kulturlandschaft wurde noch einmal innerhalb der letzten 50 Jahre verändert. Die zunehmend mechanisierte Landwirtschaft benötigte immer weniger Arbeitskräfte, zwang zu Hofaufgaben, verlangte nach großen Parzellen, asphaltierten Wegen und begrabigten Gräben und Bächen. Manche Fehlentwicklungen der Flurbereinigung wurden allerdings während der letzten 15 Jahre unter ökologischen Gesichtspunkten zurückgenommen. Um die Dörfer, vorrangig der

stadtnahen Regionen, wuchsen rasch Neubausiedlungen von Berufspendlern. Die Städte ihrerseits erschlossen neue Siedlungen im Randbereich. Die so genannte Suburbanisierung reicht heute tief in den ländlichen Raum. Zugleich wurden ganze Industriezweige aufgegeben, die das Landschaftsbild prägten, so der Bergbau im Harz. Die Expansion der Mobilität, vor allem des Individualverkehrs, ließ die Verkehrsflächen drastisch wachsen. Auf diese Weise gibt es Areale, in denen die menschliche Nutzung der Landschaft nachlässt, während große Gebiete weiterhin umgestaltet werden. Das ökonomisch im Bundesgebiet keineswegs führende Niedersachsen ist

trotz vieler Räume, die für die Zukunft Sorge bereiten, Standort moderner wirtschaftlicher Entwicklung, sei es in der Automobilindustrie in Wolfsburg, in hochwertigen Dienstleistungen in Hannover oder in der Agrarwirtschaft im Oldenburger Münsterland.

Insgesamt zeigt die Kulturlandschaft Niedersachsens zum größeren Teil gleichwohl ein für Mitteleuropa vergleichsweise agrarisches, dörflich und kleinstädtisch geprägtes Bild. Die weiterhin die physiogeographischen Bedingungen widerspiegelnde Landschaft verweist auf die Leitlinien ihrer regionalen Differenzierungen seit dem Mittelalter.

Historische Entwicklungen und Strukturen

Aufbauen (bis um 1500)

Ur- und Frühgeschichte

Phasenhaft gab es im niedersächsischen Raum zwischen den Eiszeiten kleine Jäger- und Sammlergruppen, wie steinzeitliche Funde früher menschlicher Kultur vorrangig in den Terrassenschottern der Flüsse zeigen. Mit der letzten Eiszeit endete diese Altsteinzeit. Für eine Sesshaftigkeit kommt aber erst die Zeit nach der letzten Eiszeit in Frage, als die Menschen von einer aneignenden zu einer produzierenden Lebensweise übergingen, also als sich auch im Süden Norddeutschlands vor gut 6000 Jahren allmählich der Ackerbau durchsetzte. Archäologische Zeugnisse gehen von da an über Feuersteinmaterialien oder einfaches Werkzeug weit hinaus. Namensprägend für diese noch vor-schriftlichen Kulturen bleiben die Leitfundstücke. Daher werden, in chronologischer Reihenfolge, die Kulturen der Bandkeramik, der Trichterbecher, der Einzelgräber, der älteren und jüngeren Bronzezeit sowie der älteren Eisenzeit unterschieden. Von der römischen Kaiserzeit

an gibt es auch erste schriftliche Überlieferungen.

Die frühe Landwirtschaft dürfte keine dauerhaft offenen Feldformen und lang-



Gut erhalten ist der Grabhügel von Evessen bei Wolfenbüttel (Ende 3./Anfang 2. Jahrhundert v. Chr.).

währenden festen Siedlungsplätze gekannt haben. Die bandkeramischen Funde konzentrieren sich auf die Lößbörden und das Leinetal der Zeit zwischen 4500 und 3200 v. Chr. und deuten neben Töpferei auch auf frühe Textilherstellung. Trichterbecher finden sich im Verlauf des dritten vorchristlichen Jahrtausends auch in der Geest. Beeindruckt haben die späteren Menschengenerationen die aus jener Zeit herrührenden Großsteingräber. Unter den vielen Theorien, die um jene gewoben werden, dürfte zumindest der Hinweis wichtig sein, dass die Gesellschaft über einzelne Familiengruppen hinaus organisiert gewesen sein könnte. Während der nachfolgenden Einzelgrabkultur unterschied sich die jeweilige Wirtschaftsweise nur wenig. Immerhin waren Schwein und Rind domestiziert, der Hakenpflug verbreitet, die Ernte mit scharfem Feuersteingerät üblich, und das Wohnen in einfachen Hausformen kann belegt werden.

Auf die Zeit von ca. 1700 v.Chr. werden die ersten, offensichtlich importierten Bronzeobjekte datiert. Die jüngst immer weiter zurückverfolgten Verhüttungen am Harz lassen es wahrscheinlich werden, dass die Kupferverarbeitung am Rammelsberg bereits auf die Bronzezeit zurückgeht. Die Beilagen der Grabhügel weisen auf verschiedene regionale Kulturkreise in Niedersachsen hin, die Stufungen zwischen Bauern, Handwerkern und Kriegern kannten.

Die Verhüttung von Eisen setzt in Niedersachsen in der Zeit nach 700 v. Chr. ein. Der vielerorts in der Geest unter dünner Bodendecke anstehende Raseneisenstein wurde direkt vor Ort verarbeitet. Bäuerliche Siedlungen an der Küste und Burgsiedlungen im Binnenland deuten auf Siedlungskonstanz über etliche Generationen hinweg. Der schollenwendende Pflug fand vermehrt Anwendung, die Textilherstellung wurde immer differenzierter, die Marsch wurde in Kultur ge-

nommen, und Knüppeldämme im Moor verweisen auf die zunehmende Handelsintensität selbst zwischen entfernteren Gebieten. Erstmals gab es große, permanent besiedelte und agrarisch genutzte Gebiete in Niedersachsen in diesem von den Römern fortan als germanisch gekennzeichneten Gebiet.

Germanen und Römer, Altsachsen und Friesen

Die Wiege der heutigen europäischen Kultur stand im östlichen Mittelmeerraum. Für die Griechen war Norddeutschland offenbar unbekannte Peripherie. Erst die römische Expansion ließ auch dieses Gebiet in das Interesse einer über Schriftlichkeit verfügenden Hochkultur gelangen. Von dort aus betrachtet, war der Norden Mitteleuropas barbarisch. Versuche, ihn zu durchdringen oder dichter an das römische Imperium zu fügen, scheiterten, nicht zuletzt mit der Vernichtung des Heeres von Quintilius Varus im Jahre 9 nach Christus durch die Cherusker, offenbar bei Bramsche in Kalkriese.

Claudius Ptolemäus (ca. 100-178 n. Chr.) verfasste eine tabellarische Zusammenstellung von über 8000 Orten und Gegenden. Er schrieb, dass Sachsen östliche Nachbarn der bis zur Elbe siedelnden Chauken seien, nach Norden begrenzt durch die Landenge der kimbri-schen Halbinsel, also das heutige Schleswig-Holstein. Tacitus nannte in seiner Germania 50 Jahre zuvor noch keine Sachsen, aber viele gemeinsame Gottheiten verehrende Stämme. Die Anfänge der Sachsen als kriegerischer Stammesbund auf religiöser Basis im Gebiet nördlich der Elbe liegen im Dunkeln.

Die Chauken im Westen Niedersachsens, die Langobarden in der nördlichen Mitte, die Angrivarier, Bructerer und die Cherusker in der Mitte waren vielleicht



Aus den Überlieferungen verschiedener antiker Schriftsteller lassen sich die germanischen Siedlungsgebiete vor der Völkerwanderungszeit rekonstruieren.

die wichtigsten unter den germanischen Stämmen in der Zeit vor der Völkerwanderung. Viele Funde, hervorzuheben ist der Hildesheimer Silberfund, verweisen auf Kontakte und Handelsbeziehungen der Germanen mit dem Gebiet südlich des Limes. Durch die Ausgrabungen auf der Wurt Feddersen-Wierde bei Bremerhaven sind wir sehr gut über die differenzierten Wirtschafts- und Wohnformen der Nordseegermanen informiert.

Die Siedlungsverhältnisse wurden auch in Norddeutschland während der Völkerwanderungszeit des 4. und 5. Jahrhunderts grundsätzlich verändert. Die Friesen begannen ihre Expansion aus dem niederländischen Gebiet entlang der Küste nach Norden, die Sachsen drangen seit dem 4. Jahrhundert aus dem dänischen Gebiet in den niedersächsisch-westfälischen Raum ein. Im 6. Jahrhundert siedelten sie bereits am Mittelgebirgsrand. Ob die Abwanderung von Stämmen nach Süden, wie im Fall

der Langobarden, den nötigen Siedlungsfreiraum schuf oder kriegerische Expansion im Mittelpunkt stand, ist nicht eindeutig zu klären. Als das römische Reich zerfiel, festigte sich die bis in die heutige Zeit prägende Besiedlung Niedersachsens durch Friesen und Sachsen.

Handelsbeziehungen mit dem sich seit Ausgang des 5. Jahrhunderts konsolidierenden fränkischen Herrschaftsbereich im Raum zwischen Frankreich und Südwestdeutschland gediehen rasch. Die politischen Kontakte nahmen mit dem Machtzerfall der Merowinger ab. Daher konnten sich die Friesen im 7. Jahrhundert auch nach Süden ausdehnen. Die unter den Karolingern im 8. Jahrhundert wiedererstarkenden Franken setzten sich aber bis 733/34 gegen die friesische Expansion durch und weiteten ihren Einfluss bis auf die Höhe Groningens aus. Seit dieser Zeit sind zudem mehrere Feldzüge der Franken unter Karl Martell und seinen Söhnen ge-

gen die Sachsen in Westfalen und Nordhessen belegbar. Thüringen wurde fester an Franken angefügt. Da die Franken Burgen im Südosten und Südwesten des sächsischen Stammesgebietes anlegten, kann von einer latenten weiteren Expansion der Sachsen ausgegangen werden, der die Franken vorbeugen wollten.

Stamm heißt weniger gemeinsame Abstammung, sondern lockere kulturelle, religiöse und militärische Gemeinschaft verschiedener Sippenverbände von oft unterschiedlicher Abstammung. Weder das friesische noch das weiträumige sächsische Gebiet des 8. Jahrhunderts waren einheitlich verfasst, sondern es gab große regionale Unterschiede. Ein gemeinsames Stammeskönigtum hatte sich beispielsweise bei den Friesen nicht behauptet. Eine relativ genaue Bestandsaufnahme der inne-

ren sächsischen Stammesgliederung liefert der von Utrecht aus um 770 nach Sachsen reisende Missionar Lebuin, dessen Lebensgeschichte in Form einer Heiligenvita knapp ein Jahrhundert später aufgeschrieben wurde. Hier erfahren wir von der angeblich einmal im Jahr stattfindenden Stammesversammlung in Marklo, ein uns heute nicht bekannter Ort im Südwesten Niedersachsens (Marklohe bei Nienburg wurde erst 1934 in diesem Sinne umbenannt). Aus verschiedenen Siedlungsregionen kamen dazu 12 Adlige und ebenso viele Freie und Halbfreie, um gemeinsame Gesetze zu erneuern, zentrale Fragen der Rechtsprechung zu klären oder Beschlüsse über Krieg und Frieden zu fällen. Auch in Sachsen existierte kein gemeinsames Königtum, aber es gab herausragende Geschlechter, von denen uns u.a. die Familie der Widukinde im Westen Sachsens bekannt ist. Regionale Grundherrschaften des Adels über Bauern gelten als wahrscheinlich.



Merians Beschreibung des Niedersächsischen Reichskreises aus dem Jahr 1653 zeigt Widukind (links) und Karl den Großen (rechts) aus historisierender Sicht des 17. Jahrhunderts.

Eingliederung in das Reich der Franken, Sachsen als Königsland

Von Westen und Süden her erreichten einzelne Missionare den niedersächsischen Raum. Ob allerdings der Missionsgedanke allein im Mittelpunkt der Expansion des Frankenreiches während der letzten drei Jahrzehnte des 8. Jahrhunderts nach Norden zur Zeit Karls des Großen stand, muss offen bleiben. In einer ersten Phase wurde der Raum des südöstlichen Niedersachsens eingenommen. Während der zweiten Phase stand die Auseinandersetzung der Franken im Westen Niedersachsens mit dem sächsischen Fürsten Widukind im Vordergrund, der sich 785 unterwerfen musste. Wenn gleich in der dritten Phase bis 804 noch Aufstände zu bekämpfen waren, so stand nun der Ausbau eines Netzes von Bistümern im sächsischen Bereich im Mittel-

punkt (Paderborn, Münster, Osnabrück, Bremen, Minden, später Verden und Hildesheim). 815 wurde das für die nordwestdeutsche Geschichte so wichtige Kloster Corvey zunächst im Solling gegründet, dann an die Weser verlegt.

Durch die Umsiedlung regionaler Machthaber und ihre Einbeziehung in das fränkische Herrschaftssystem entstand eine neue Gruppe fränkisch-sächsischer Großer, während im friesischen Bereich nur die lockere Eingliederung individueller Herrschaftsbereiche in die Bistümer festzustellen ist. Die Bischofsstühle wurden zumeist von Angehörigen der neuen Führungsgruppe besetzt. Die Sprengel der Bistümer boten erste Ansätze zu einer überregionalen Herrschaftsgliederung, durchbrochen von den gestreuten Herrschaften der neuen Abteien und denjenigen des lokalen Adels. Eine einheitliche Gauordnung unter vom Frankenkönig eingesetzten Grafen gab es nicht, wohl aber den Versuch, das Gerichtswesen regional zu ordnen. Im Osten Niedersachsens gewannen die Liudolfinger bis zum 10. Jahrhundert eine herzogliche Stellung, im Westen überragten die Widukinde andere Herrscherfamilien, während in Ostfriesland regional bedeutende Herren recht unangetastet dominierten.

Generell gab es in Mitteleuropa im modernen Sinne keine Staaten. Überörtliche Herrschaft basierte auf der Verfügung über Land und Leute. Verschiedene Herrschaftsbereiche durchdrangen einander. Macht hatte, wer über seine angestammte Sippe hinaus einen weiten Kreis von Menschen an sich binden konnte („familia“) und in sein Gefolge viele lokal bedeutende Große einzufügen vermochte. Die Festigung der Macht übergeordneter gegenüber untergeordneten Herren geschah zwar oft in Formen des Lehnrechts, wenn der Lehnsherr Schutz und Schirm versprach und vom Lehnsman Rat und Tat erwartete, doch gab es in Norddeutschland bei weitem kein einheitliches Lehnssystem, das verlässlich Herrschaft organisiert hätte. Wer über größere Bereiche gebot, musste reisen, um sich immer wieder vor Ort seiner Macht zu vergewissern.

841 und 843 schienen im Süden Niedersachsens Aufstände die neue Ordnung zu bedrohen, und auch die Normanneneinfälle entlang der Flüsse schädigten die sich konsolidierenden Verhältnisse, aber vom Ende des 9. Jahrhunderts an setzte eine Phase der politischen Beruhigung und des wirtschaftlichen Wachstums ein. Der vornehmlich



Die ehemalige Benediktinerklosterkirche St. Michaelis Hildesheim ist ein vorzügliches Beispiel für romanische Baukunst in Niedersachsen.

um den Harz begüterte Liudolfinger Heinrich (um 876-936) konnte sogar den Machtkampf mit dem ostfränkischen König Konrad wagen. Nach dem Tod Konrads erhielt er die Königswürde. Fünf Könige bzw. Kaiser aus der sächsischen Herzogsfamilie regierten mehr als hundert Jahre das sich festigende Reich. Heinrichs Sohn Otto I., genannt der Große, (912-973) knüpfte ab 936 bewusst an das königliche karolingisch-fränkische Erbe und an die Rückbesinnung auf imperiale römische Tradition an. Mit der Expansion nach Mitteldeutschland und der Gründung des Erzbistums Magdeburg gelangte der niedersächsische Raum erstmalig in die für ihn so charakteristische Mittellage.

In seinen Stammlanden beauftragte Otto I., ab 962 Kaiser, mit Grenzsicherung und Hoheitsrechten Hermann Billung. Schon dieser nannte sich Herzog. Für über 150 Jahre konnten die Billunger die sächsische Herzogswürde bewahren. Als 1024 mit Heinrich II. der letzte deutsche König aus dem Haus der Liudolfinger, nunmehr zumeist Ottonen genannt, starb, waren die Billunger in Sachsen das mächtigste Geschlecht.

Das östliche sächsische Stammesgebiet gedieh im 10. Jahrhundert zu einer Zentrallandschaft des Reiches. Um den Harz lagen wichtige, immer wieder besuchte Herrschaftsorte (Pfalzen) wie Werla und dann Goslar. Goslarer Kupfer und Silber sowie Lüneburger Salz gehörten zu den ökonomischen Grundlagen des Königtums. Der niedersächsische Raum erlebte eine kulturelle Blüte. Im von den Ottonen geförderten Stift Gandersheim wirkte in der Mitte des 10. Jahrhunderts eine wohl dem sächsischen Adel entstammende Dame namens Hrotsvith, bekannt als Roswitha von Gandersheim, die in lateinischer Sprache Lesedramen, Verslegenden und Geschichtsdichtungen verfasste. Zu Beginn des 11. Jahrhunderts entfaltet sich in den kirchlichen Zentren eine rege

Bautätigkeit. Hier hebt sich zur Zeit des Bischofs Bernward (ab 993 im Amt) Hildesheim ab, u.a. mit der Michaeliskirche oder den technisch und künstlerisch herausragenden Domtüren von 1015.

Mit Konrad II. folgten den sächsischen Herrschern ab 1024 für ein Jahrhundert Könige aus dem salischen Haus. Brachten die Salier zwar Hausgut aus dem deutschen Süden ein, so übernahmen sie doch die königlichen Besitzungen im Norden. Strei zwischen den sächsischen Großen und den Saliern schien vorprogrammiert zu sein und eskalierten zur Zeit Heinrichs IV. Zwischen 1073 und 1075 kam es zu einem militärischen Konflikt, den der deutsche König gewann. Dennoch gelang es ihm nicht, den Harzraum als zentrale Landschaft des Reiches gegenüber den Billungern oder den Grafen von Norheim zu behaupten. Im Westen Niedersachsens bemühten sich die Bischöfe von Osnabrück, vorrangig jedoch die Erzbischöfe von Bremen, ihre Herrschaftsbereiche auszubauen. Sie nutzten hierzu wie alsbald auch die weltlichen Herrscher immer öfter unfreie Personen, die sie zur Verwaltung herrschaftlicher Rechte oder zur militärischen Sicherheit einsetzten (Ministerialität). Zwischen diesen und den hochadligen Herren nahmen Grafen eine regional die Herrschaft gliedernde Funktion ein. Diese verdankten ihre Position oft dem König oder einem Bischof, standen zu diesen in Lehnverhältnissen und summierten zahlreiche ältere, gestreute Rechte.

Ostfriesland wich hiervon weiterhin ab. Benachbarte Herren, seien es nun die Bischöfe oder weltliche Fürsten, bemühten sich vergeblich, übergeordnete gräfliche Rechte zwischen Ems und Weser aufzubauen. In der Marsch verstanden es aus dem Händlerbuerntum erwachsene regionale Machthaber in den verschiedenen friesischen Ländern ("terrae"), entsprechende Versuche abzuwehren, ohne allerdings selbst eine sichere und längerwäh-

rende Hoheit erlangen zu können. Wenn gleich die von Karl dem Großen den Friesen verliehene Freiheit eine Legende ist, drückt diese doch die faktischen Verhältnisse richtig aus.

Staufer und Welfen

Nach dem Aussterben der Billunger 1106 schien es, als ob zwei adlige Familien in der Mitte und im Osten Niedersachsens die Nachfolge antreten könnten, nämlich die Welfen und die Askanier, mit denen über die weibliche Linie der Billunger Erbverbindungen bestanden. Zunächst setzte sich aber der im Osten Niedersachsens begüterte Lothar von Süpplingenburg durch, auch in den Konflikten mit dem deutschen König. Von 1125 bis 1137 folgte er, ab 1133 Kaiser, dem letzten Salier, Heinrich V., auf dem deutschen Königsthron. Unterdessen stärkten die Welfen in Norddeutschland ihre Stellung. Sie waren ursprünglich im nördlichen Bodenseeraum beheimatet und besaßen auch italienische Vorfahren. Dank kluger Heiratspolitik weitete sich ihr Einflussbereich stetig aus, so dass sie im Norden u.a. in die vormaligen Besitzungen der Billunger, der Brunonen (Raum Braunschweig) und der Grafen von Northeim gelangten und dazu in Bayern die Herzogswürde innehatten. Heinrich der Stolze, Schwiegersohn Kaiser Lothars, konnte sich Hoffnung auf die deutsche Königskrone machen, scheiterte freilich gegenüber Konrad III. aus dem in Schwaben begüterten Haus der Staufer. Ein über ein Jahrhundert immer wieder aufbrechender Konflikt zwischen den Staufern und den Welfen begann.

Heinrichs des Stolzen gleichnamiger Sohn stellte den Löwen als Herrschaftssymbol heraus und erhielt daher den prägenden Namen: Heinrich der Löwe. Sein Vetter aus dem staufischen Haus, Friedrich I., genannt Barbarossa, (König von

1152-1190, ab 1155 Kaiser) beließ ihm aus reichspolitischen Gründen große Freiräume, die Heinrich als Herzog von Bayern und Sachsen insbesondere im Norden zur Ausdehnung von Hoheitsansprüchen und Herrschaftsrechten nutzte. Die zunehmende Bevölkerungszahl und das Wirtschaftswachstum der Zeit konnte Heinrich, wie viele andere Fürsten auch, zur Förderung von Markt, Gewerbe und Handel in den entstehenden Städten nutzen, war in der Ostexpansion allerdings nicht so erfolgreich wie Albrecht der Bär aus dem askanischen Haus.

Von seiner der Reise eines Königs nicht nachstehenden Pilgerfahrt in das Heilige Land brachte Heinrich zur Ausstattung des Braunschweiger Domes den Grundstock für den Reliquienschatz mit. Denn Heinrichs Hauptort im Norden wurde Braunschweig, wo an ihn das bronzene Löwenstandbild ebenso wie der Dom erinnern. Hier ist sein Grabmal, gemeinsam mit seiner zweiten Ehefrau Mathilde von England, zu finden. Das Grab wurde übrigens in der NS-Zeit geöffnet, als der Dom zu einer nationalsozialistischen Weihestätte missbraucht wurde. Dass Heinrich dunkelhaarig und eher kleinwüchsig war, musste bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg strengstens verschwiegen werden.

Heinrich wählte zur Ausdehnung seiner Herrschaft keineswegs – wie oft zu jener Zeit üblich – nur rechtmäßige Mittel. Den zuvor in Holstein eingesetzten Grafen von Schaumburg nahm er beispielsweise den entwicklungssträchtigen Handelsplatz Lübeck ab, dem im Westen mächtigen Erzbischof von Bremen das Erbe der in Sachsen einst bedeutenden Grafen von Stade. Kritik, Opposition und Widerstand mehrten sich, häufig unterstützt von dem Askanier Albrecht dem Bären. Dies und Heinrichs Weigerung, 1176 dem Kaiser die Gefolgschaft bei dessen Italienfeldzug zu leisten, nutzte schließlich Kaiser Friedrich, um einen lehnsrechtlichen Prozess gegen

Heinrichs Gewalttätigkeiten und Rechtsbrüche anzustrengen. Heinrichs Absicht, Zugriff auf die am Rammelsberg gewonnenen Metalle zu gewinnen, darf hierbei auch zu bedenken sein. Heinrich widersetzte sich dem Prozess, wurde 1180 in Abwesenheit geächtet und seiner Herzogswürde sowie aller Lehen und Eigengüter entledigt. Dies nahm der Welfe nicht widerstandslos hin, konnte aber, zeitweilig im englischen Exil, nur seine Eigengüter im Osten Niedersachsens bewahren. Eine Herzogswürde für Gesamtsachsen gab es fortan nicht mehr, ja, wahrscheinlich war 1180 sogar die Bildung eines großen norddeutschen Herrschaftsraumes gescheitert, und zwar bis in das 18. und 19. Jahrhundert hinein, als Preußen dies gelang.

Der Erzbischof von Köln übernahm im westfälischen Teil Sachsens die Herzogswürde, der Askanier Bernhard von Anhalt, Sohn Albrechts des Bären, für die östlichen Teile. Da die Askanier, und in ihrer Rechtsnachfolge die Wettiner, ihren Herrschaftsbereich stetig nach Südosten verlagerten, wanderte - vermittelt durch das Herrschaftshaus - auch der Name Sachsen in das heute so benannte Gebiet. Als Heinrich 1195 starb, war das Welfenhaus aber keineswegs völlig entmachteter. Sein Sohn Otto konkurrierte in der Königswahl von 1198 mit dem Staufer Philipp von Schwaben und herrschte nach dem Tod Philipps 1208 für sieben Jahre allein im Reich. Der Staufer Friedrich II. folgte dem Welfen als deutscher König. Eine Versöhnung deutete sich an, so dass Heinrichs Enkel Otto, genannt das Kind, 1235 vom Kaiser wieder als Herzog eingesetzt wurde. Räumliche Basis hierfür war das Eigengut der Welfen. Da dieses breit gestreut im Osten Niedersachsens lag, hier aber mittlerweile zwei Städte herausragten, nämlich Braunschweig und Lüneburg, wurde das neue, als Reichslehen vergebene Herzogtum (vereinfacht) „Braunschweig-Lüneburg“ genannt.

Im weiteren Verlauf des Mittelalters und erst recht in der frühen Neuzeit konzentrierte sich die Macht auf eine stetig abnehmende Zahl von Territorialfürsten. Innerhalb dieses Verdrängungsprozesses war die Expansion der Welfen von ihrem Kerngebiet in Ostniedersachsen nach Westen die erfolgreichste. Seit dem 13. Jahrhundert wurde immer häufiger darauf geachtet, dass die Herrschaftsgebiete nicht gestreut in einzelnen Dörfern lagen, sondern eng beieinander. Dies wird oft als Übergang vom „Personenverbandsstaat“ zum „institutionalisierten Flächenstaat“ beschrieben. Dieser Prozess geschah nach der Entmachtung Heinrichs des Löwen 1180 in weiten Teilen Niedersachsens sehr gemächlich, denn der Erzbischof von Köln, Heinrichs Nachfolger im Westen, vermochte es nicht, sich die Terrains im mittleren und westlichen Niedersachsen zu sichern. So entstand in der Mitte und im Westen Niedersachsens ein neuer Herrschaftsfreiraum. Hier festigten nunmehr einzelne Grafen, ob sie sich nach der Schaumburg oder nach Hoya benannten, ihre Herrschaft neben derjenigen der Bischöfe, wie z.B. der Osnabrücker. Bereits das Leine-Wesergebiet lag anfangs außerhalb des welfischen Zugriffs.

Von allen diesen dargestellten Vorgängen auf herrschaftlicher Ebene des 8. bis 13. Jahrhunderts dürften die einfachen Menschen im Lande wenig erfahren haben: Am ehesten dann, wenn sich der Tross eines Herrn im nahen Umfeld niederließ und versorgt werden wollte oder wenn kriegerische Ereignisse das Leben unsicher machten.

Hochmittelalterliche Agrarverfassung

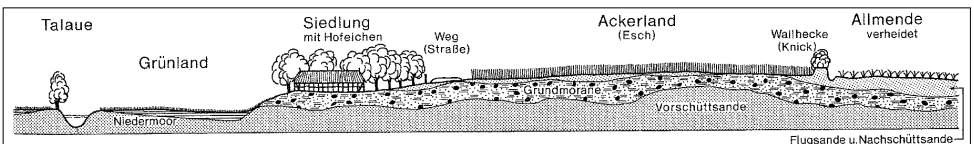
Fränkische und sächsische Adlige hatten im 9. Jahrhundert nach der Einbeziehung Sachsens in den fränkischen

Herrschaftsbereich als Grafen Amtsgüter erwerben können, die oft zu Familiengütern entfremdet wurden. Zugleich waren auch die entstehenden Bistümer, Kirchen und Klöster mit Land und Leuten ausgestattet worden. Diese kirchlichen Institutionen schufen am ehesten gestreute und um Haupthöfe gruppierte Großgrundherrschaften (Villikationen) oder übernahmen Vorformen hierfür vom Adel. Gebiete mit fruchtbaren, aber leicht zu bearbeitenden Böden und mit bereits um 1000 dörflicher Siedlungsweise (Altsiedelland) eigneten sich vorrangig hierfür. Wegen der wenig entwickelten Marktbeziehungen spielten grundherrliche Eigenwirtschaften noch eine bedeutende Rolle.

Seit dem 10. Jahrhundert wird eine allmähliche Erweiterung der Getreideanbauflächen und Zunahme der Kleindörfer angenommen. „Liberi“ (Freie) gab es nach der Jahrtausendwende immer weniger, „servi“ oder „mancipia“ (Unfreie) weiterhin, „liti“ (Halbfreie/Hörige) immer mehr. Diese Halbfreien machten den wesentlichen Kreis der Menschen aus, die in Landwirtschaft und Gewerbe arbeiteten. Sie hatten das herrschaftliche Land gegen eine Naturalabgabe zu bestellen und Transportdienste zu leisten, konnten fallweise aber auch Naturalrenten liefern oder gewerblich wirtschaften. Grundlage für eine vollwertige bäuerliche Existenz war die dem Hof (oft „curia“) zugeordnete Hufe („mansus“), deren Größe häufig gut 7 ha betrug, jedoch regional weit differierte.

Gestufte Großgrundherrschaften waren

am ehesten bei Bischöfen und Klöstern zu finden. Ein gutes niedersächsisches Beispiel für eine kirchliche Villikationsorganisation liefert die Benediktinerabtei Corvey (heute Bundesland Nordrhein-Westfalen), im 11. Jahrhundert die größte Grundherrschaft in Sachsen überhaupt. Ihr Besitz ballte sich mit Herrenhöfen und zugeordneten Bauernhöfen in Klostersnähe, außerdem im Weserbergland, im Leinetal sowie in einem breiten Gürtel zwischen Ems und Hunte. Dazu kamen kleinere Streubesitzeinheiten in ganz Nordwestdeutschland, so dass Corvey zu Beginn des 12. Jahrhunderts ca. 100 Herrenhöfe und ca. 3.000 Hufen Land (über 20.000 ha) besaß. Im Durchschnitt gruppierten sich 25 Bauernhöfen (Zinsland) um einen Fronhof, der wiederum eine Durchschnittsgröße von 4-5 Hufen (Salland) besaß. Seit dem 12. Jahrhundert wurden die bäuerlichen Naturalabgaben mehr und mehr durch Geldzahlungen abgelöst und immer häufiger kirchliche Ländereien gegen Nutzungsentgelte (Pacht, Lehen) an den niederen Adel vergeben. Viele dieser Hofbesitzer betrachteten ihr Gut zunehmend als Privateigentum. Daher gingen die Einnahmen des Klosters gerade aus schwierig zu kontrollierenden Liegenschaften stetig zurück, bis schließlich viele Höfe in Besitz gehobener Bediensteter (Ministeriale) übergingen und oftmals die Grundlage für ein späteres ritterschaftliches Gut bildeten. So etablierten sich aus ehemaligen Villikationsgütern, insbesondere in Westniedersachsen, räumlich enger konzentrierte Grundherrschaften eines neuen, vorwiegend aus



Viele niedersächsische Siedlungen liegen an der Grenze zwischen einem feuchten Niederungsbereich und höher gelegener Ackerflur.

kirchlichen Ministerialen hervorgegangen niederen Adels.

Bis zum 12. Jahrhundert verfestigten sich zunächst die grundherrschaftlichen Bindungen der Landbevölkerung, dann brachten Städtewesen und Landesausbau neue Formen relativer Freiheit und Freizügigkeit. Die ältere geburtsständische Gesellschaft wandelte sich in eine berufsständische. An die Stelle von Herrschaft über Personen und einzelne Landwirtschaftsflächen trat jene über Orte und Gebiete. Unter den Bedingungen des Wirtschaftswachstums zerfiel das Villikationssystem, denn die mit der Rodungsexpansion und dem Städtewachstum verbundenen Freiheiten und Freizügigkeit vertrugen sich nicht mit der auf Hörigkeit ausgerichteten alten Ordnung. Doch blieben Geld-, Produkt- und Arbeitsrenten die ökonomischen Grundlagen des Herrenlebens. Wichtigste Einnahmequelle war der hofbezogene Grundzins, gefolgt vom dorfbezogenen Zehnt. Verschiedene Besitz-, Rechts- und Herrschaftsformen überlagerten sich oft auf engstem Raum, so dass ein Bauer häufig das Land verschiedener Herren bewirtschaftete. Seit dem 14. Jahrhundert wurden die Bauern zusätzlich von der Umlage der Beden (Steuern) zur Finanzierung der entstehenden Territorialherrschaften belastet.

Durch die flächenhafte Verbreitung seit längerem bekannter effektiverer Agrartechniken erhöhte sich, vorrangig seit dem 12. Jahrhundert, auch im niedersächsischen Raum die agrarische Produktivität. Hierzu zählen: die wachsende Bedeutung des Getreidebaus gegenüber der Viehwirtschaft, die allmähliche Verbreitung neuer oder veränderter landwirtschaftlicher Geräte, die bessere Ausnutzung der tierischen Arbeitsenergie, das allmähliche Vordringen der Pferde- gegenüber der Ochsenbespannung, die optimierte Bodenbearbeitung durch Lockerung mit Mergel, Verwendung tierischen Düngers oder der

Heide- und Moorplaggendüngung und schließlich die sich wenigstens auf besseren Böden durchsetzende Mehrfelderbrachwirtschaft. Da die Bevölkerung schneller wuchs als die Agrarproduktion und -vermarktung, sicherten steigende Getreidepreise die Rentabilität der Innovationen. Als Folge des Bevölkerungsdrucks wurden im Altsiedelland verstärkt neue, nur noch mit wenig Land ausgestattete Hofstellen am Rande der Dörfer angelegt. Sie waren oft auf gewerblichen Zuerwerb angewiesen. Auch durch Rodung und Expansion in bisher unbesiedelte Gebiete wurden neue landwirtschaftliche Nutzflächen gewonnen. Am meisten profitierten jedoch die Städte von dem Bevölkerungsboom.

In derselben Phase, als die Städte wuchsen und das Villikationssystem zerfiel, wurden auch viele neue Klöster gegründet. Besondere Bedeutung erlangten seit Mitte des 12. Jahrhunderts die wegen der effizienten Methoden des Grundbesitzererwerbs und der Nutzung der Ländereien für die mittelalterliche Landwirtschaft innovativ wirkenden Zisterzienserklöster. Weite arrondierte Gebiete wurden zu Großgrundherrschaften (Grangien) zusammengefasst, die von abhängigen Arbeitskräften bewirtschaftet wurden. Je mehr die niedersächsischen Zisterzienserklöster allerdings im 14. Jahrhundert zur Rentengrundherrschaft zurückfanden, desto häufiger legten sie in den Städten Höfe als Abgabestätten ihrer Hintersassen und Verkaufsplätze an. Agrarüberschüsse wurden vermarktet und Geldüberschüsse gewinnbringend z. B. in Salinen investiert.

Ganz offensichtlich erfasste auch den niedersächsischen ländlichen Raum in der Zeit vom 12. bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts eine erste Welle der Kommerzialisierung.

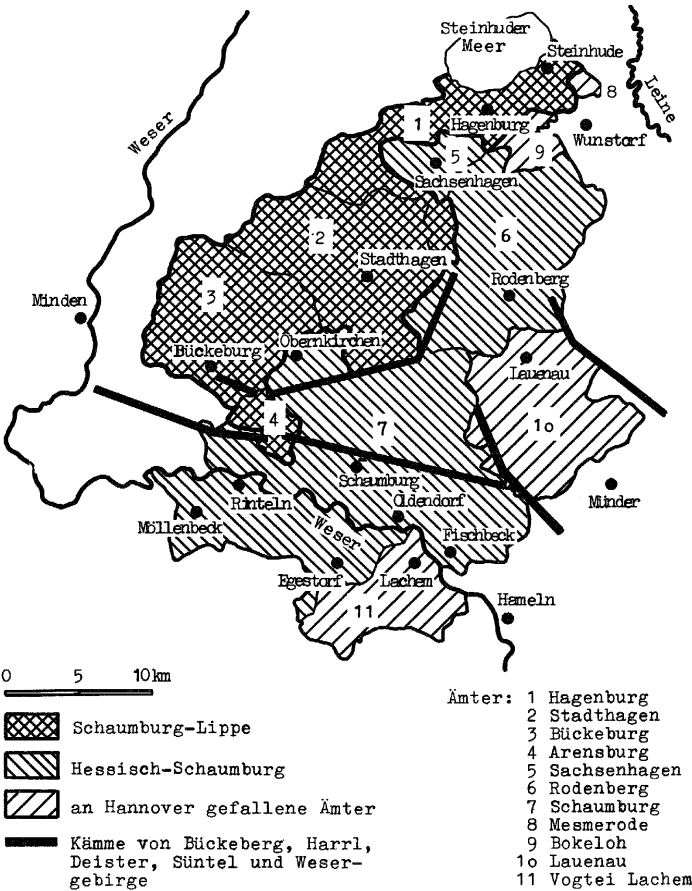
Eine spätmittelalterliche
Grafschaft – das Beispiel
Schaumburg

Ein anschauliches Beispiel für die Entstehung von Territorialstaaten in Niedersachsen bietet die Grafschaft Schaumburg im Raum zwischen Steinhuder Meer, Deister, Süntel und Weser. Erleichtert wurde die Territorienbildung der Grafen von Schaumburg durch das Machtvakuum im östlichen Westfalen nach 1180. Die Schaumburger ragten zunächst nicht gegenüber anderen Adelsgeschlechtern des Weserraumes hervor, beteiligten sich aber im 12. Jahrhundert als in Holstein eingesetzte Grafen bereits an der Binnen- und Ostexpansion, die mit dem Bevöl-

kerungs- und Wirtschaftswachstum des hohen Mittelalters einherging, z.B. mit der Stadtgründung Lübecks.

Im 16. Jahrhundert war die Grafschaft in die Ämter Sachsenhagen, Stadthagen, Arensburg, Bückeburg, Schaumburg, Rodenberg, Lauenau, Bokeloh und Mesmerode eingeteilt. Diese Ämter gingen auf ältere Drosteien zurück, die zumeist um herrschaftliche Burgen des Spätmittelalters entstanden waren. Die Ämter besaßen eigene große Landwirtschaftsbetriebe. Zugleich wurden vom Amt aus die bäuerlichen Dienste organisiert und die landesherrlichen Steuern erhoben.

Kommerzialisierung und Kapitalisierung von Herrschaftsrechten spielten beim Aufbau des Gesamtterritoriums stets



Die Ämter der Grafschaft Schaumburg des 16. Jahrhunderts entstanden aus verschiedenen Hoheitsbezirken. Nach Aussterben des Grafenhauses 1640 wurde die Grafschaft 1647 geteilt.

eine Rolle. Im Rahmen des Bevölkerungswachstums und der Freizügigkeit des hohen Mittelalters beteiligten sich die Schaumburger Grafen an der Rodung des Düllwaldes nördlich des Bückeberges, gründeten hier zahlreiche Dörfer mit besonderen Vorrechten für die Bauern (Hägerrecht) und schufen mit Stadthagen einen überlokal bedeutenden Wirtschafts- und Herrschaftsmittelpunkt. Durch Kauf, Verpfändung, aber auch durch finanziell unterstützte Erbschaft und Belehnung erreichten die Schaumburger noch im 13. Jahrhundert die Territorialhoheit über dieses Gebiet. Das Amt Sachsenhagen erwarben die Schaumburger 1297 durch einen längeren Verpfändungsprozess von den sächsischen Herzögen aus dem Hause der Askanier. Das Amt Arensburg scheint im 13. Jahrhundert als eine Gründung der Schaumburger um die Arensburg, die einen Pass über das Wesergebirge sicherte, entstanden zu sein. Im Amt Bückeburg waren das Kloster Obernkirchen und die adlige Familie von Arnheim sehr begütert. Das Kloster Obernkirchen musste die Schaumburger im 13. Jahrhundert als Vögte anerkennen. Die Ausübung von Vogteirechten war oft ein erster Schritt zur weltlichen Einflussnahme auf kirchlichen Besitz. Die Arnheimer wurden durch militärische Aktionen und durch Verpfändungen aus ihren Herrschaftsrechten gedrängt. Hier lässt sich auch besonders gut verfolgen, wie im 13. und 14. Jahrhundert die Schaumburger verschiedene Gerichtsrechte an sich brachten und welche Bedeutung diese und die damit verbundenen bäuerlichen Dienste für den Ausbau eines Territoriums besaßen.

Selbst im Kernbereich der Herrschaft um die Schaumburg herum entstand das gleichnamige Amt aus verschiedenen Teilen, nämlich den Klöstern Möllenbeck und Fischbeck, den Vogteien Exten, Lachem und Hattendorf. Vögte des

Klosters Möllenbeck und der Vogtei Exten waren seit dem 13. Jahrhundert die Grafen von Sternberg. Am Ende des 14. Jahrhunderts kauften die Schaumburger, nachdem sie die Grafschaft Sternberg bereits ererbt hatten, diese Vogtei anderen Erben ab. Die übrigen Teile des Amtes Schaumburg erwarben die Schaumburger ebenfalls durch Kauf und Verpfändung unter Abstoßen von Randbezirken von den Edelherren zur Lippe und dem Bistum Minden. Die Ämter Rodenberg, Bokeloh und Mesmerode stammten weitgehend aus dem Besitz der ausgestorbenen Grafen von Wunstorf-Roden, aber auch aus verpfändetem Gut, das die Herzöge zu Braunschweig-Lüneburg den Schaumburgern zusammen mit dem Amt Laue-nau überlassen mussten.

Diese Art von Territorialbildung forderte ein politisches Unternehmergeschick der Grafen. Sie verlangte aber auch die Bereitstellung der zum territorialen Ausbau notwendigen Mittel durch die Landstände, denn die Grafen waren durch ihre Machterweiterungen, die zudem von Teilungen der Herrschaftsbefugnisse untereinander begleitet wurden, stets in arger Finanznot. Die Bischöfe in Minden, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, die mit den Fürstentümern Lüneburg und Calenberg direkte Nachbarn der Schaumburg waren und die in Norddeutschland immer aktiveren Landgrafen von Hessen (-Kassel) konnten, da sie sich gegenseitig blockierten, die Herrschaftsbildung der Schaumburger nicht verhindern. Immerhin erreichten sie aber bis zum 16. Jahrhundert, dass die Schaumburger Grafen Teile ihres Gebietes diesen Nachbarn zu Lehen auftrugen, ohne dass zunächst die Herrschaftsbefugnisse der Schaumburger dadurch eingeengt wurden. Eine Auflösung der Grafschaft in zwei Hauptteile (ab 1647 Schaumburg-Lippe und Grafschaft Schaumburg hessischen Anteils) konnte

nach dem Aussterben des schaumburgischen Grafenhauses im Mannesstamm 1640 dennoch nicht verhindert werden.

Territorialisierung von Herrschaft

Wird der Blick wieder auf das gesamte Niedersachsen gelenkt, so konnten nach 1180 zunächst die Bischöfe ihre tradierten Rechte am besten zur Ausbildung territorialer Hoheit nutzen. Stets muss zwischen der Diözese, also dem geistlichen Sprengel, und dem Hochstift, also dem weltlichen Herrschaftsbereich, unterschieden werden. Im Regelfall war die Diözese weitaus größer. Voran stand der Bremer Erzbischof, der sich das Erbe der Grafen von Stade sicherte. Er ließ vorrangig entlang der Unterweser gezielt neue Siedlungen anlegen und schreckte keineswegs vor militärischen Mitteln zurück, um beispielsweise die Stedinger links der Wesermündung zu unterwerfen. Die Entwicklung des Hochstiftes Osnabrück zeigt, wie benachbarte Bischöfe um Hoheitsgebiete rangen und Bischöfe in unmittel-

barer Herrschaftskonkurrenz zu weltlichen Herren standen. Der Bischof von Münster griff, erfolglos, bis nach Ostfriesland, der Osnabrücker Bischof konkurrierte mit den Grafen von Ravensberg und von Tecklenburg. Während es den Verdener Bischöfen nie gelang, ein über die Bischofsstadt und Rotenburg (Wümme) hinausgehendes Gebiet zu herrschen, profitierten die Hildesheimer Bischöfe von ihrer gesicherten Stellung, als nach 1235 die welfische Expansion begann. Seit dem 14. Jahrhundert war auch der Mainzer Erzbischof Landesherr in Niedersachsen, da er von den Grubenhagener Welfen das südliche Eichsfeld um Duderstadt erwarb.

Familienverbindungen spielten auch beim Aufbau oder bei der Bewahrung bischöflicher Territorien eine Rolle. Mit wenigen Ausnahmen stammten nämlich die Bischöfe aus hochadligen Familien, die ihrerseits territoriale Fürstentümer aufbauten. Die notwendigen geistlichen Weihen wurden rasch erteilt oder Dispense vom Papst erwirkt. Zwar waren die Domkapitel bei der Wahl des Bischofs im Prinzip frei, doch stammten deren Angehörige zu-



Nach der Entmachtung Heinrich des Löwen 1180 und der Einsetzung der Welfen als Herzöge zu Braunschweig und Lüneburg 1235 konnten sich im mittleren Niedersachsen zunächst viele kleine Grafschaften behaupten.

meist ihrerseits aus dem Adel. Hier dominierte allerdings der niedere Adel. Dieser freilich war auch in den weltlichen Territorien auf vielerlei Weise in Politik und Herrschaft eingebunden. Die Domkapitulare führten mehr und mehr ein adliges, denn ein spezifisch geistliches Leben. So verwundert es wenig, wenn zum einen nachgeborene Söhne von Territorialfürsten die Bischofsstühle besetzten und um die Wahl der Bischöfe bisweilen harte Kämpfe entbrannten.

Charakteristisch für die Zeit nach 1180 ist der Ausbau von selbständigen Grafschaften, ähnlich wie am Fall der Schaumburger dargestellt. Hier ist für das niedersächsische Gebiet neben den westniedersächsischen Grafschaften Lingen, Tecklenburg und Bentheim auf Oldenburg hinzuweisen, das im Grenzbereich des sächsischen und des friesischen Siedlungsgebietes eine eigenständige Stellung behauptete. Das Paktieren der Oldenburger Grafen von Fall zu Fall, mal mit, mal gegen den Erzbischof von Bremen, mal mit, mal gegen die friesischen Regionalherrschaften, wird hier besonders deutlich. Im mittleren Weserraum waren es vor allem die Grafen von Hoya, die geschickter als die Diepholzer, ein eigenes Territorium aufbauten. Besonders groß war die herrschaftliche Zersplitterung im engeren Bereich von Leine und Weser. Einzelne, zeitweilig sehr erfolgreiche Grafen konnten kleine Territorien aufbauen, verloren sie aber fast alle an die Welfen. Ein Sonderfall blieb das Pyrmont-Territorium, das erst 1922 zur preußischen Provinz Hannover kam.

Die welfischen Kernlande um Lüneburg, Celle, Braunschweig und den Harz wurden bereits im 13. Jahrhundert um den Raum Hannover und Teile des Weser-Leineberglandes bis Hannoversch-Münden erweitert. Bis zum 16. Jahrhundert entstand ein recht geschlossener, im Wesentlichen nur vom Hochstift Hildes-

heim durchbrochener Territorialkomplex, der von der Weser bis zur Elbe reichte. Den Welfen gelang es jedoch trotz kluger Expansionspolitik nicht, eine reichspolitische Stellung wie im 12. Jahrhundert wiederzugewinnen. Vom Wahlrecht für den deutschen König blieben sie seit 1356 endgültig ausgeschlossen. Faktisch war das große ostniedersächsische Gebiet der Welfen in viele Einzelfürstentümer aufgeteilt, die volle territoriale Hoheitsrechte besaßen. Dies lag daran, dass das Herzogtum nicht in der Hand eines Herzogs allein blieb, sondern zwischen den Söhnen in einzelne Fürstentümer aufgeteilt wurde. Die königliche bzw. kaiserliche Belehnung galt aber für alle Teillinien. Mit der Aufsplitterung begannen bereits die Söhne Ottos des Kindes 1267, die mit der Teilung des Lüneburger vom Braunschweiger Bereichs eine fast sieben Jahrhunderte währende Trennung begründeten. Sie war die Basis für die letzte Teilung von 1635, die ihrerseits die Voraussetzung für die noch 1946 gültige Differenzierung zwischen dem von Hannover und von Braunschweig aus verwalteten Gebiet schuf. Trotz aller Konflikte zwischen den verschiedenen Häusern der Welfenfamilie und ihren einzelnen Linien gerieten die welfischen Herrschaftsbereiche nur einmal in ernsthafte Gefahr, als nämlich 1369 das Haus Lüneburg ausstarb. Kaiser Karl IV. übergab aus seinen reichspolitischen Interessen heraus das welfische Haus Braunschweig und setzte die Herzöge von Sachsen-Wittenberg aus dem Haus der Askanier als Nachfolger ein. In einer blutigen, das Land sehr schädigenden Auseinandersetzung von 1371 bis 1388, dem Lüneburger Erbfolgekrieg, setzten sich letztlich die Braunschweiger Welfen durch und erlangten die Reichsbelehnung.

Weiterhin gesondert verlief die Entwicklung in Ostfriesland, die speziell für die Marsch auf die Gestaltungsspielräume freier Bauern verweist.

Bäuerliche Freiheiten und Gemeinden

Förderte die Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft im hohen Mittelalter einerseits die Entstehung höherer Freizügigkeit und neuer persönlicher Freiheit, so zwangen zugleich die steigende Siedlungsdichte und die wachsende Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung die Menschen zu mehr Zusammenarbeit. Hierdurch entstanden ländliche Gemeinden, die am Küstensaum auch politische Aufgaben übernahmen, während die Gemeinden des Binnenlandes in die Abhängigkeit der entstehenden Territorialstaaten gerieten, von denen sie allerdings auch gegen Interessen des niederen Adels oder der Klöster geschützt wurden.

Über Freiheit oder Unfreiheit der Bauern ist viel debattiert worden. Generell muss zwischen persönlicher Freiheit (Fehlen eines Leihherrn, Freizügigkeit) und Freiheit des Besitzes unterschieden werden. Unstrittig ist, dass es nach dem Ende der Karolingerzeit im heutigen Niedersachsen so genannte Freibauern gab, der Grad und die rechtliche Bestimmung ihrer Freiheit aber sehr unterschiedlich gewesen sein dürften. Die Zahl der nichtadligen Freien verringerte sich stetig, allerdings konnten sich Bauern persönlich freikaufen.

Einen Sonderfall stellt die im 13. Jahrhundert voll ausgebildete Freiheit der Großbauern in der friesischen Marsch dar. Sie war primär Freiheit nach außen, und zwar einer Minderheit von Großbauern, die ihrerseits Kleinstellenbesitzer, Lohnarbeiter und Gesinde abhängig hielten. Auch wenn einige Kontinuitätsmerkmale in vorfränkische Zeit zurückreichen, lässt sich die friesische Freiheit nicht, wie gern behauptet, auf Karl den Großen zurückführen. Die friesische genossenschaftliche Agrarverfassung wurde durch die Notwendigkeit des Deichbaus gefördert. Die Großbauern profitierten von dem regen

Handelsaustausch mit den benachbarten florierenden Städtelandschaften, trieben sogar selber Handel, und einige besonders Wohlhabende übernahmen im 14. Jahrhundert schließlich als Häuptlinge regionale Herrschaftsfunktionen. Gegen deren Versuche, im 15. Jahrhundert grundherrschaftliche Bindungen aufzubauen, wehrten sich die freien Marschbauern erfolgreich, so dass die politische Organisationsform der „Landesgemeinden“ aktiviert wurde und persönliche Abhängigkeitsverhältnisse eher zwischen freien Bauern und deren Warfs- und Heuerleuten als zwischen Häuptlingen und Bauern existierten. In den blutigen Konflikten der Häuptlinge konnte sich während des 15. Jahrhunderts die Familie Cirksena durchsetzen, die von 1464 bis zu ihrem Aussterben 1744 die ostfriesischen Grafen stellte. Stets mussten sie allerdings auf die Sonderrechte der Marschbauern Rücksicht nehmen, und die seit dem 15. Jahrhundert rasch wachsende Stadt Emden spielte eine Sonderrolle.

In den Flussmarschen von Weser und Elbe entstanden im 11. Jahrhundert im Rahmen der u.a. vom Bremer Erzbischof initiierten Kolonisation neue bäuerliche Freiheitsrechte, die sich in größerer Freizügigkeit sowie in Dienst- und Abgabenerleichterungen ausdrückten. In der Folge gelang es den Territorialfürsten, grundherrliche Strukturen auszubauen und die bäuerliche Selbstorganisation zurückzudrängen. Dies geschah im Falle des Stedingerkreuzzuges 1234 auch durch gewaltsame Unterwerfung. In Teilen des niedersächsischen Berg- und Hügellandes und in vorgelagerten Geestbereichen entstanden seit dem 12. Jahrhundert in Form so genannter Hufendörfer angelegte Siedlungen mit Hägerrecht. Hier konnten die Bauern ihre Gemeindeangelegenheiten selbständig regeln, ihr Land teilen oder veräußern und die niedere Gerichtsbarkeit ausüben.

Die Bildung bäuerlicher Gemeinden als häufigster Selbstorganisationsform auf dem Lande mag auf Hofrechtsverbände des Villikationssystems ebenso zurückgehen wie auf freie, den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasste Zusammenschlüsse. Wirtschaftliche Basis der genossenschaftlichen Gemeindebildungen war die Nutzung der landwirtschaftlichen Ergänzungsflächen und der nicht an einzelne Bauern zur Individualbewirtschaftung vergebenen Areale wie Wälder, Heiden, Wiesen und Weiden, in der Neuzeit oft „Gemeinheiten“ genannt. Fragen der gemeinsamen Nutzung dieser Flächen wurden von den Markgenossenschaften geregelt, auf deren Markgerichten zumeist die älteren Berechtigten mit überwiegend größeren Höfen oder auch die Grundherren ihrem höheren Nutzungsanteil entsprechend dominierten. Im Streusiedlungsgebiet der westniedersächsischen Geest überschritten sich häufig die verschiedenen Bauerschafts-, Kirchspiel- und Markgenossenschaftsgemeinden. Stärker dorfbezogen waren dagegen die Gemeinden der mittleren Geest, des Berg- und Hügellandes und am ausgeprägtesten in den zentralniedersächsischen Börden.

Über diese Formen der ländlichen Gemeinden gingen die „Landesgemeinden“ Ostfrieslands, der Elb- und Wesermarschen allerdings hinaus, weil sie eigenständige Aufgaben innerhalb der politischen Organisation einer Region erlangten (kirchspielbezogene landständische Mitbestimmungsrechte). Im Binnenland war den entstehenden fürstlichen Territorialstaaten zur Durchsetzung ihrer Staatlichkeit die Domestizierung des Adels zumeist wichtiger als die Kontrolle über die Gemeinden. Hier stärkte am Ausgang des Mittelalters die zu fiskalischen Zwecken betriebene „Bauernschutzpolitik“ der Landesherrschaften die dörflichen Gemeinschaften gegenüber den regionalen Grundherren.

Landwirtschaft und Grundherrschaft im Spätmittelalter

Von der zu Beginn des 14. Jahrhunderts in Europa einsetzenden Agrardepression, die bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts anhielt, blieb auch der niedersächsische Raum nicht verschont, doch waren die Auswirkungen sehr differenziert. Es handelte sich um eine Krise des Getreidebaus. Diese wurde offensichtlich ausgelöst durch einen Bevölkerungsüberhang im Vergleich zur Ernährungsbasis.

In dieser von Mangelernährung und Bevölkerungsrückgang gekennzeichneten Phase breitete sich 1349/50 die Pest aus. In den Städten forderte sie zwar Tausende von Todesopfern, doch wurde nach dem Abebben der Epidemie die Bevölkerungszahl durch Zuwanderung und Geburtenzunahme rasch wieder stabilisiert. Auf dem Land führten Seuchenverluste und Abwanderungen in Verbindung mit der Agrardepression häufig zur Aufgabe von Feldern und ganzen Dörfern (Flur- und Ortswüstungen). Auf unterschiedliche Weisen bemühten sich die Grundherren um Anpassung an die neue Situation. Der Rückgang der Agrayeinkommen zwang zur Sicherung der Eigenversorgung. Schen-



In den späteren mittelalterlichen Bilderhandschriften des Sachsenspiegels sind viele Abbildungen über bäuerliche Arbeit zu finden. Hier wird der Acker mit einem vom Pferdegespann gezogenen schollenwendenden Beetpflug bearbeitet.

kungen, Rentenverschreibungen, Verkäufe und Verpachtungen von Land oder von Einnahmen aus Land mehrten sich.

Westniedersachsen war von der Agrardepression weit weniger betroffen als das mittlere und südliche Niedersachsen. Gebiete mit ausgeprägter Viehwirtschaft, vorrangig die Fluss- und Seemarschen, konnten sogar profitieren, ebenso wie unterbäuerliche Gruppen, für die Hofstellen frei wurden. Einzelne Klöster vermochten sich durch Erschließung zusätzlicher Einkunftsmöglichkeiten (Erweiterung von Zehntrechten, Investitionen in die Lüneburger Saline, Arrondierung landwirtschaftlichen Besitzes) weitgehend schadlos zu halten. Generell bemühten sich die Grundherren, ihren Besitz auf ein engeres Gebiet zu konzentrieren. So war das Ergebnis der Wüstungsphase ein intensivierter Anbau auf deutlich reduzierter Fläche.

Im Verbreitungsgebiet bäuerlicher Unfreiheit wurden verstärkt Zeitpachtverhältnisse mit Bauern abgeschlossen. Daneben wuchs die Zahl von vererblichen Hof- und Landverpachtungen gegen Naturalabgaben. Langfristig setzte sich das Erbrecht nur eines Kindes (Anerbenrecht) gegen Leistung eines festen Naturalzinses durch. Eine wichtige Folge der spätmittelalterlichen Krise war für Niedersachsen die Herausbildung des so genannten Meierrechts, einer Lebenszeiterbpacht. Es nimmt eine Mittelstellung zwischen westeuropäischer freier Zinspacht und osteuropäischer Gutsuntertänigkeit ein. Auffällig ist, dass sich das Meierrecht am ehesten in den von der Krise des Getreidebaus betroffenen Gebieten im mittleren Niedersachsen verbreitete, also im Umkreis von Städten, deren Getreidenachfrage besonders hoch war. Historische Stationen zur Entstehung des Meierrechts waren zeitlich befristete Landverpachtungen im Mittelalter, das Vordringen der Lebenszeiterbpacht während der Agrardepression und die Aneignung

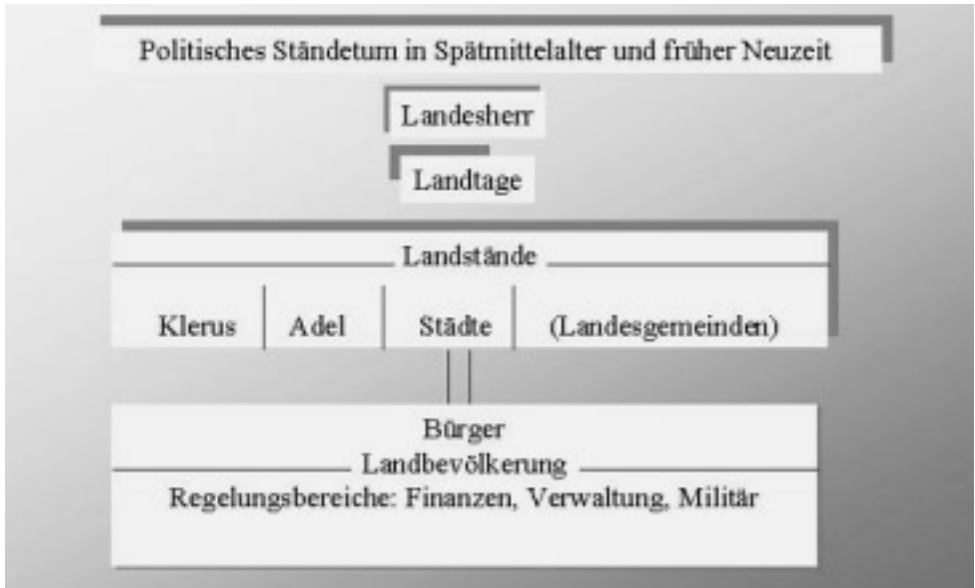
bäuerlicher Dienste und Gelderträge zum Aufbau von Amtswirtschaften durch die entstehenden Territorialherrschaften. Die Durchsetzung des Meierrechts beruhte auf dem fiskalisch begründeten landesherrlichen Schutz der Bauern vor steigenden grundherrlichen Belastungen seit dem 16. Jahrhundert und auf der Vereinheitlichung der Grundherrschaftsformen sowie der Festlegung von so genannten Bauernklassen durch den Territorialstaat vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Das Meierrecht sicherte dem Landesherrn Steuern und Dienste, dem Grundherrn eine feste Einnahme und dem Bauern durch Lebenszeiterbpacht und Anerbenrecht die dauerhafte Bewirtschaftung einer Hofstelle. In Gebieten mit weniger intensivem Ausbau der Landesherrschaft und in Regionen mit vorherrschender Viehwirtschaft, also besonders in Westniedersachsen, setzte sich das Meierrecht nicht oder erst spät durch.

Ab der Mitte des 15. Jahrhunderts zeichnet sich eine neue Agrarkonjunktur ab, die zu einer Konsolidierung der Landwirtschaft mit steigender Bevölkerungszahl, Neuansiedlung von Kötnerhöfen und Anlage von Kleinstellen (Brinksitzer) führte.

Adel und Landstände

Grundherren der Bauern waren Klöster, selten Städte und Bürger, oft der jeweilige Landesherr, häufig der so genannte niedere Adel. Dieser entstammte oft der Ministerialität, aber auch alten freien Geschlechtern. Charakteristisch für Niedersachsen ist, dass der Adel zumeist über Streubesitz verfügte. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, dass am Ausgang des Mittelalters auch kleine geschlossene Herrschaftsbereiche entstanden waren, in denen Grundherrschaft und Gerichtsherrschaft zusammenfielen.

Zum einen verfügte der niedere Adel über eigenen Grundbesitz und diesen be-



Die Landesherren waren im späten Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit auf die finanzielle und politische Unterstützung der Landstände angewiesen.

wirtschaftende Menschen, zum anderen stand er zum Landesherrn in lehnsrechtlicher Bindung und war diesem zu Rat und Tat verpflichtet. Daher war mit dem niederen Adel der Begriff Ritter verbunden. Für den Fürsten zogen gerüstete Reiter in den Krieg, begleitet von Hilfspersonen. Oft verwaltete der niedere Adel als Drost auch die landesherrlichen Sitze und Burgen. Da der Adel über Einkünfte und zum Teil auch Dienstleistungen der bäuerlichen Hintersassen verfügte, brauchte er seinerseits nicht landwirtschaftlich tätig zu sein, ja er besaß oft eigene Geldmittel, die dem Landesherrn zur Verfügung gestellt werden konnten. Oft wurden zur Geldbeschaffung Zollrechte, Burgen, ja ganze regionale Herrschaftsbereiche (Ämter) an den Adel verpfändet.

Auf diese Weise erwarb der niedere Adel im Spätmittelalter zahlreiche Mitbestimmungskompetenzen in den sich herausbildenden Territorialstaaten. Ausnahmen blieben Ostfriesland, die Weser- und Elbmarschen sowie Oldenburg, allesamt

Gebiete mit nur wenigen Adelsfamilien. Hier entstanden langwährende bäuerliche politische Mitwirkungsmöglichkeiten (Ostfriesland) oder eine frühzeitige adelsunabhängige Herrschaft des Landesfürsten (Oldenburg). Besonders weit gedieh die politische Partizipation in den bischöflichen Territorien, wo das zumeist adlige Domkapitel neben den ritterschaftlichen Ständekollegen eine starke Stellung durch das Recht der Bischofswahl erhielt.

Wie in weiten Teilen des Reiches war der Ausbau territorialer Herrschaft ohne die Mitbeteiligung des Adels nicht durchzusetzen. Lehns- und Hoftage konnten die Vorgänger der Landtage gewesen sein, die sich in den meisten der niedersächsischen Territorien im Laufe des 14. Jahrhunderts etablierten. Landstände waren neben dem Adel die Klöster und in bischöflichen Territorien das Domkapitel. Eine bedeutende Rolle, gerade in Finanzangelegenheiten, spielten die Städte. Alle drei bzw. vier Landstände verfügten über Einkommen aus bäuerlicher Arbeit oder

aus Handel. Im Regelfall reichte das Hausgut der Landesherren nicht aus, um die für die territoriale Erweiterung und Absicherung notwendigen Mittel aufzubringen. Daher gehörte es zu den zentralen Aufgaben der Landtage, über Krieg und Frieden zu entscheiden oder die Ausstattung der Töchter des Landesherrn zu finanzieren, wenn dies für die Heiratspolitik wichtig erschien. Ob Landtage jährlich, öfter oder seltener gehalten wurden, ob sie an festen oder wechselnden Orten stattfanden, war in den einzelnen Territorien unterschiedlich. Die Landstände ihrerseits suchten sich die Gewährung der landesherrlichen Bitten (daher „Bede“ als Begriff für Steuerzahlungen der Zeit) mit Privilegien zu versüßen. Für den Adel war dabei das Recht wichtig, Herrschaftsämter in die Hand zu bekommen, für die Städte die Autonomie in Gewerbe, Handel und Politik. Als im Fürstentum Lüneburg beispielsweise die Herzöge nach dem Lüneburger Erbfolgekrieg sehr geschwächt waren, mussten sie in der so genannten „Sate“ mit den Landständen 1392 einen Vertrag schließen, der die fürstliche Regierungsgewalt eng beschränkte und von den Ständen abhängig machte.

Rohstoffe und Rohstoffverarbeitung

Will man sich der Bedeutung der im Vorangegangenen schon oft erwähnten niedersächsischen Städte nähern, ist auf die Bodenschätze hinzuweisen. Rammelsberger Erze und Lüneburger Salz waren im Mittelalter zwei europaweit bedeutende und für die Stadtentwicklung wichtige Rohstoffe.

Im Übrigen ermöglichten die lokalen Sandsteinvorkommen immerhin einen Export in die glazial oder marin geprägten Regionen. Töpferfähige Tone standen vielfältig an, und die Ziegelherstellung war für

Marsch und Geest bedeutungsvoll. Auch wenn die planmäßige Moorkolonisation erst in der frühen Neuzeit begann, waren Torfstich und Handel mit dem in den Städten begehrten preiswerten Brennmaterial bereits im Mittelalter üblich. Das Berg- und Hügelland verfügte über diverse nutzbare Steinvorkommen und im Harz bei Goslar auch über Schiefer. Die Waldungen waren nicht nur lebenswichtig für die Bau- und Brennholzversorgung sowie die Weidewirtschaft, sondern boten die Basis für Holzflößerei und Köhlerei. Die Kohlelager bei Osnabrück und im Schaumburgischen wurden zur lokalen Versorgung von Schmieden genutzt. Die vereinzelt Eisenerzvorkommen erbrachten geringe Ausbeute, und auch die im Spätmittelalter einsetzende Glas- wie die Papierproduktion blieben bescheiden.

Herausragende Bedeutung in der mittelalterlichen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung besaß der seit dem 9. Jahrhundert sicher belegte, aber deutlich ältere Harzbergbau. Er war eine der Grundlagen des sächsischen Königtums. Silber und Kupfer erreichten Süddeutschland, Flandern, England und den Ostseeraum. Mit der Reichsfürstenbelehnung Ottos des Kindes 1235 gingen die königlichen Rechte über den Harzer Bergbau an die Welfen über. Seit dem ausgehenden 13. Jahrhundert gewann die Stadt Goslar wichtige Verfügungsmöglichkeiten über die Produktion in den Gruben und Hütten. Die gewerbliche Verarbeitung der Metalle fand vorwiegend in Braunschweig statt.

Mitte des 14. Jahrhunderts kam der Harzer Bergbau jedoch fast völlig zum Erliegen. Die wasser- und bergtechnischen Probleme häuften sich, die Pest raffte viele Arbeiter dahin, die Übernutzung der Wälder ließ die Holzkohleproduktion sinken, und es fehlte an Kapital für notwendige Investitionen. Goslar nutzte die folgenden Jahrzehnte, um die von vielen

Adligen, Klöstern und anderen Städten gehaltenen Grubenanteile billig zu erwerben. Mit effektiverer Wasserhebetechnik wurde der Bergbau ab 1445 umfangreicher als zuvor wieder aufgenommen. Nach langen Konflikten musste die Stadt aber 1552 zugunsten der Welfen auf die wesentlichen Rechte am Rammelsberg verzichten. Zunehmend geriet die Silber- und Kupfergewinnung gegenüber dem zwar weniger wertvollen, aber gewerblich nützlicheren Blei ins Hintertreffen.

Bis zu der Krise im 14. Jahrhundert wurde auch in drei Revieren des Oberharzes durch nahe Klöster Erz abgebaut, die geförderten Mengen dürften mit Ausnahme des Klosters Walkenried nicht über den Eigenbedarf hinausgegangen sein.

Ebenfalls herausragende wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung besaß die Gewinnung des bis ins 19. Jahrhundert hinein wichtigsten Konservierungsmittels: Salz. Die Lüneburger Saline war die größte im mittelalterlichen Reich und für das nördliche und östliche Mitteleuropa die wichtigste. Daneben existierten noch diverse kleinere Salinen in Niedersachsen. Urkundlich ist die Lüneburger Salzgewinnung seit 956 nachzuweisen, um 1231 wurde bereits in 48 Siedehütten mit drei, später vier Pfannen gesotten. Wegen der Bevölkerungszunahme und der Entfaltung des hansischen Handels stieg die Salznachfrage rasch an, 1269 wurde unter herzoglicher Obhut die „neue Sülze“ angelegt. Von der wachsenden Nachfrage profitierten vorrangig die Bürger, insbesondere die Führungsgruppe der die Pfannen bewirtschaftenden Sulfmeister, aber auch die immer häufiger in Salzrenten investierenden kirchlichen Institutionen.

Da die Geestgebiete in der Umgebung der Stadt durch den immensen Holzverbrauch der Saline und der Schafbeweidung auf den abgeholzten Flächen

verheiden, wurden seit dem 13. Jahrhundert die Verkehrsverbindungen immer weiter ausgebaut. Um Holz zu importieren und Salz zu exportieren, erwarb die Stadt Handels- und Zollprivilegien und beteiligte sich am Bau des Stecknitzkanals nach Lübeck, über den der Salzbedarf des gesamten Ostseeraumes gedeckt wurde. Durch die Salzgewinnung und insbesondere durch die Einnahmen aus dem Salzhandel gedieh Lüneburg neben Braunschweig zur wichtigsten niedersächsischen Hansestadt.

Städte

Die mittelalterliche Gesellschaft war eine agrarische. Etwa vier Fünftel der Menschen wohnten auf dem Lande und lebten zumindest mittelbar von der Landwirtschaft. Die Entwicklung der Städte ist deshalb eng verbunden mit der allgemeinen und primär agrarischen Wirtschaftsentwicklung sowie mit den Verhältnissen der auf der Verfügung über Land und Leute basierenden weltlichen Herrschaft. Vom Land hob sich die mittelalterliche Stadt ab. In ihr dominierten Bürger, die frei über Eigentum verfügen konnten. Die Bürger wählten selbst einen Stadtrat. Sie umgaben ihre Stadt mit einer Mauer. Städte konnten sich selber verteidigen. Städte waren also viel unabhängiger als das unter feudaler Herrschaft stehende Land. Sie zeigten im Mittelalter im Kleinen, was für die modernen Staaten später charakteristisch wurde. Städte waren aber keineswegs Orte früher Demokratie, sondern kannten Dominanz weniger Geschlechter ebenso wie Unfreiheit von Randgruppen und Unterschichten.

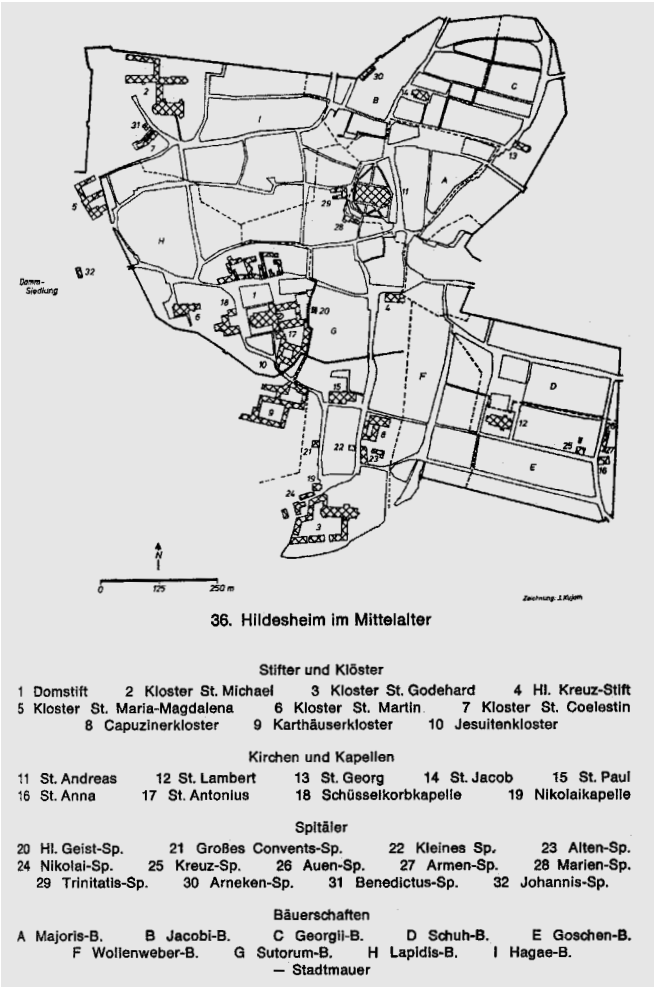
Städte konzentrieren sich im niedersächsischen Raum auf ein West-Ost-Band, verlaufend am nördlichen Fuß des Berg- und Hügellandes (Osnabrück bis Braunschweig) und auf die im Osten gele-

gene Süd-Nordlinie des Leinetals und des nördlichen Harzvorlandes (Göttingen bis Lüneburg). Schließlich sind die Flussübergangs- und Hafenlagen bedeutungsvoll (Bremen, Hamburg, Stade, Emden). Im rohstoffreicheren Berg- und Hügelland ist die Städtedichte höher als in der kargen Geest. Die Marsch kannte bis an die Schwelle zur frühen Neuzeit keine Städte. Hier fand in Großdörfern eine unmittelbare Durchmischung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel statt.

Die Entstehung der niedersächsischen Städte verlief der allgemeinen Entwicklung entsprechend. Da der deutsche Norden allerdings außerhalb des vom Limes begrenzten Herrschaftsgebietes des römischen Imperiums lag, kann es hier keine Städte geben, die bis in die Spätantike zurückreichen und mit Hilfe früher kirchlicher Einrichtungen eine Kontinuität ins Mittelalter wahrten. Dennoch gehen auch im niedersächsischen Raum die frühesten Stadtkerne auf kirchliche Einrichtungen seit dem Beginn der Christianisierung zur Zeit Karls des Großen zurück. Die Bischofsitze in Bremen und Hamburg, Osnabrück, Verden, Minden und Hildesheim des 9. Jahrhunderts vereinten Domburg, Herrschaftssitz, Landwirtschaft, erste Handwerke zur Versorgung und frühen Warenaustausch auf einem alsbald privilegierten Markt. Ähnliches gilt für frühe Siedlungen an Klöstern (z.B. Gandersheim), nur war deren Zahl im Vergleich zu Süddeutschland deutlich geringer. Etliche Städte gehen zudem auf Burgplätze wichtiger regionaler Herrscher zurück, so Braunschweig auf den Sitz der Brunonen. Handel als wesentlicher Niederlassungsgrund der Menschen allein ist nur für wenige frühstädtische Siedlungen zu finden, wie im Fall von Bardowick. In einzelnen Fällen konnte die Konzentration klösterlicher Landwirtschaftsgüter wesentlich für eine Stadtentwicklung werden, wie im Fall des bereits genannten Klosters Corvey am

Villikationsmittelpunkt Meppen. Zur Zeit der deutschen Könige und Kaiser aus dem sächsischen Herrscherhaus der Liudolfinger nahm zwar der Handel zu und Markt-, Zoll- oder Münzrechte wurden vergeben, doch fehlten den expandierenden Siedlungen freilich wesentliche weitere Merkmale und Privilegien der späteren Jahrhunderte.

Das für die Entwicklung der Landwirtschaft und für den Landesausbau so wichtige Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum des 12. und 13. Jahrhunderts bot die Basis für das Gedeihen der Städte über die frühen Kerne hinaus. Wichtiger Ort für die städtische Entwicklung war der herrschaftlich geförderte Markt an einer günstigen Stelle, z.B. einem Flussübergang. Der Markt musste durch eine Burg bewacht werden. Handwerker ließen sich am Markt nieder, Landbewohner zogen hinzu. Bewohnergruppen verschiedener Herkunft und Rechtsstellung wuchsen allmählich zur rechtsgleichen Bürgerschaft zusammen. Durch Handel und Gewerbe wurde Geld verdient. Der Bischof oder der Herzog, der die entstehende Stadt gefördert hatte, war auf dieses Geld begierig. Nicht immer gaben die Bewohner der entstehenden Stadt es ihm freiwillig als Marktabgabe oder Zoll. Waren sie mächtig genug, verlangten sie Privilegien, z.B. selbst Münzen schlagen zu dürfen, Gericht auszuüben oder einen Rat zu wählen. Städtische Rechte wuchsen also, je wohlhabender eine Stadt wurde und je finanzschwächer der Stadtherr war. So konnten sich viele Städte allmählich ganz und gar von ihrem Stadtherrn lösen und handelten politisch völlig unabhängig von ihm. Celle und Wolfenbüttel gediehen zu Residenzstädten, weil die Landesherren ihren Einfluss in Lüneburg und Braunschweig nicht halten konnten. Doch nur Goslar, einem der Hauptorte der Könige und Kaiser aus dem sächsischen und dem salischen Haus, gelang es, im Mittelalter



Hildesheim zeigt, wie eine mittelalterliche Stadt aus verschiedenen Teilen zusammenwuchs (Domburg, klösterliche und kirchliche Einrichtungen, Stadtteile).

allein den deutschen König als Stadtherrn zu haben, also Reichsstadt zu sein. Faktisch war auch Bremen bereits im Mittelalter Reichsstadt.

In der Expansionsphase wurden im Rahmen gezielten herrschaftlichen Landesausbaus nicht nur Wälder gerodet oder Marschen und Sümpfe urbar gemacht, sondern auch Städte neu gegründet. Ein gutes Beispiel hierfür ist Stadthagen. Die Schaumburger Grafen, aber auch die Mindener Bischöfe, die sächsischen Herzöge aus dem askanischen Haus und die nördlich von Hannover begüterten Grafen von Roden begannen den Düllwald nördlich

des Bückeberges roden zu lassen, um hier Hagenhufendörfer anzulegen, also Reihendörfer mit großen Freiheiten für die Bewohner. Dass die Schaumburger Grafen letztlich Herren über das Gesamtareal wurden, lag nicht zuletzt daran, dass sie in der Mitte zwischen ihren Dörfern eine Burg-, Kirchen- und Marktsiedlung schufen und diese mit Stadtrechten ausstatteten.

Zwar lebten die Städte von ihrem landwirtschaftlichen Umland, und auch die städtischen Einwohner hatten ihre Gärten oder konnten den städtischen Wald und die Weiden nutzen. Wirtschaftliche Basis einer jeden Stadt jedoch waren die

Gewerbe. Aus dem nahen städtischen Umland wurde ein Teil der gewerblichen Rohstoffe gewonnen. Hier lagen auch Verarbeitungsstätten für agrarische und gewerbliche Produkte (z.B. Mühlen, Bleichen). Offenbar im Zusammenhang mit dem Bodenpreisverfall anlässlich der Agrardepression im 14. Jahrhundert konnten die Städte ihren Einflussbereich auf Teile des Umlandes ausdehnen. Landwehrringe und Bannmeilen wurden zum Schutz vor wirtschaftlicher Konkurrenz um die Städte herum geschaffen, aber auch Gerichtsrechte in umliegenden Dörfern ausgeübt oder ganze Dörfer erworben. Außerdem wurden die Wald- und Weideflächen außerhalb des Stadtgebietes durch die Bürger genutzt.

Es gab in Niedersachsen am Ausgang des Mittelalters nur wenige Mittelstädte mit 2.000-5.000 Einwohnern (Duderstadt, Einbeck, Emden, Göttingen, Hannover, Stade und Verden), Großstädte mit 10.000-20.000 Einwohnern (Goslar, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück, Bremen und Braunschweig) und keine Weltstadt. Dies spricht für eine mehr gewerbliche als fernhändlerische Funktion der wichtigen niedersächsischen Städte. Das Bevölkerungswachstum im 12. und 13. Jahrhundert war hauptsächlich das Resultat des Zuzugs von Gewerbetreibenden aus der näheren Umgebung. In den Städten waren die Handwerkerbürger zwar die zahlenmäßig größte Gruppe, doch dominierte, vornehmlich in den größeren Städten, ein Patriziat, das sich in der Regel durch Fernkaufhandel und privilegierten Grundbesitz die faktische Herrschaftsausübung sicherte.

Gewerbe, Zünfte, Stadtbewohner

Das Handwerkerbürgertum stellte den Kern der Stadtbewohnerschaft. Ohne korporative Zusammenschlüsse von Händlern und Handwerkern wäre die im Vergleich

zum Früh- und Hochmittelalter expansive städtische Wirtschaft nicht zu organisieren gewesen. Gilden und Zünfte gestalteten Bereiche des menschlichen Zusammenlebens und der Ökonomie, für die die Kräfte der adligen oder kirchlichen Stadtherren und der städtischen Räte nicht ausgereicht hätten.

Von der städtischen Frühzeit an lassen sich jene korporativen Organisationsformen nicht nur bei Kaufleuten, sondern auch bei Handwerkern feststellen (Bruderschaften, Gilden, Ämter). Der Entstehungsprozess von Zünften und Gilden verlief gemäß der jeweiligen Stadtentwicklung und dem Stand der Autonomie gegenüber dem Stadtherrn unterschiedlich. In Hildesheim oder Bremen standen die frühen Handels- und gewerblichen Vereinigungen unter der Obhut des Bischofs, während die nachfolgenden Zünfte ihre Privilegien durch den Rat der Stadt erhielten. In Braunschweig, der wichtigsten Gewerbestadt Niedersachsens, erreichten die Zünfte der einzelnen Stadtteile eine sehr unabhängige und die Geschicke des Stadtregiments stets mitprägende Position. In Lüneburg nahmen die Sülzmeister wegen der überregionalen Bedeutung der Saline eine Sonderstellung ein. Hier war im Vergleich zu Braunschweig die Ratsaufsicht über die Zünfte zugleich deutlich strenger. In kleineren Städten wurden erst im späten Mittelalter unter landesherrlicher Aufsicht Zünfte eingerichtet, die oft auf religiöse Bruderschaften zurückgingen. In Ostfriesland ist aufgrund der späten Stadtentwicklung erst 1455 eine Zunft von Goldschmieden in Emden nachweisbar.

Die Zünfte trugen zu einer Professionalisierung der Handwerke und zur sozialen Regulierung bei. Sie nahmen soziale, karitative und rituelle Aufgaben wahr, wobei die geselligen und religiösen Funktionen die wirtschaftlichen weit überwiegen konnten. Da die Mehrheit der Stadtbürger korporativ organisiert war und das ökonomische Gewicht einer Stadt

zunächst einmal vom Gewerbefleiß abhing, musste der Rat der Stadt stets Handwerkerinteressen berücksichtigen. Allerdings waren die niedersächsischen Korporationen nirgendwo so einflussreich wie vergleichsweise in den oberschwäbischen Reichsstädten.

Generell ist im Spätmittelalter eine Verfestigung der zünftigen Organisationsformen, eine Differenzierung der Gewerbeordnung und eine Professionalisierung der Handwerksausbildung festzustellen. Als Basis für die wirtschaftliche Expansion und zur Ausschaltung außerzünftiger Konkurrenz bemühten sich die Zünfte um den Erwerb von Privilegien und Monopolen (Prinzip der Nahrung). Einerseits sollten die Zünfte nicht durch überörtliche Konkurrenz bedroht, andererseits aber auch nicht der städtische Handel geschmälert werden. So gab es in manchen Städten Strategien zur gänzlichen Abschottung, in anderen Städten zur Öffnung der Märkte. Stetig nahm der ausschließende Zunftzwang zu, der vor einer Überbesetzung schützen sollte. Davon betroffen waren vorrangig Kinder aus Berufsgruppen, die als unehrlich galten. Verlangt wurden nunmehr die eheliche Geburt, eine spezielle Berufsausbildung und die persönliche Freiheit. Verstärkte Reglementierungen, wie langjährige Lehr- und Wanderjahre, die Anfertigung eines Meisterstücks und die Zahlung von Aufnahmegebühren, trugen dazu bei, dass Söhne, die das väterliche Handwerk erlernten, bevorzugt wurden. Nichtzünftige gewerbliche Arbeit wurde am Ausgang des Mittelalters in den Städten zurückgedrängt, ja nichtzünftige Handwerker wurden als „Bönhasen“ verfolgt, allerdings bildeten von der Stadtobrigkeit organisierte Eigenbetriebe wichtige Ausnahmen (z.B. Ziegeleien).

Die Spezialisierung der Gewerbe und die Professionalisierung der Berufe veränderte insbesondere das Leben der Frauen. Der Anteil der Frauen, die erwerbstätig

außerhalb des Haushaltes der Kernfamilie arbeiteten, war in Niedersachsen ohnehin offenbar geringer als in wirtschaftlich höher entwickelten Gebieten. Da die stadtbürgerlichen Freiheitsrechte im Wesentlichen familien- und erbrechtlicher Art waren, kamen sie zwar auch den Frauen zugute, doch durften Frauen nicht wie Gesellen wandern oder die Gymnasien und Universitäten besuchen. Die Mitwirkung der Frauen in der gewerblichen Produktion der Städte beschränkte sich auf zeitweilige Betriebsführung im Fall der Verwitwung, auf Zu- und Hilfsarbeiten, auf Tätigkeiten in den haushaltsverwandten Nahrungs- und Bekleidungsgewerben sowie auf die den Mütterpflichten nahen Heilberufe. Somit waren eigenberuflich arbeitende Frauen in den unteren sozialen Gruppen weit überrepräsentiert, und in diesen waren viele Mägdle zu finden.

Frauen waren nicht von vornherein als gewerbetreibende Mitglieder von den Gilden und Zünften ausgeschlossen, doch arbeiteten sie selten eigenverantwortlich. Allerdings finden sich im Handwerk von Stadthagen unverheiratete weibliche Familienmitglieder als Gesellinnen, und es gab eine eigene Zunft der Leinweberinnen. Selbständige Meisterinnen arbeiteten in Bremen und in Lüneburg.

Der soziale Status der Väter und Ehemänner prägte denjenigen der Frauen. Letztlich galt für die Mehrheit der Bevölkerung, dass Ehefrau und Ehemann zum Erhalt der Subsistenz und der Versorgung ihrer Herrschaft als „Arbeitspaar“ zusammenwirkten. Den größten Verantwortungsfreiraum konnten Frauen erreichen, die einem Großhaushalt vorstanden. Im Übrigen boten allein karitative und religiöse Tätigkeiten Frauen die Möglichkeit, eine selbständige Existenz zu führen (z.B. Beginen). In städtische Führungspositionen konnten sie nicht gelangen.

Der im Stadtrat und den leitenden Ämtern dominierende Herrschaftskreis



In Herman Botes Weltchronik um 1500 wird Braunschweig mit Stadttor, Bürgerhäusern und Kirchen gezeigt.

kam im Wesentlichen durch Fernhandels-tätigkeiten zu Macht, Vermögen und Ansehen, war aber unterschiedlicher sozialer Herkunft. Bis zum 14. Jahrhundert hatten sich in allen größeren Städten die Führungsgruppen zum stadt- und wirtschaftsbeherrschenden Patriziat zusammengefügt. Dessen Charakteristika waren: eine spezifische, von der übrigen Bürgerschaft abgehobene Lebensweise, ständischer Abschluss in einem Heiratskreis, wirtschaftliche Macht durch Fern- und Großhandel sowie durch Rentenbezüge aus Grundbesitz, Ratsfähigkeit und faktische Herrschaftsausübung in der Stadt. Bei aller Tendenz zur ständischen Verfestigung konnte das Patriziat aber gerade dort seine wirtschaftliche Leitungs-

position besonders gut bewahren, wo es sich gegenüber erfolgreichen Aufsteigern nie völlig abschloss oder Standesgleiche von außen immer wieder einheiraten ließ.

Wenngleich sich unter Patriziat und Handwerkern während des Spätmittelalters ständische Verfestigungen und Abschließungstendenzen abzeichnen, war die soziale Flexibilität immer noch variabler als auf dem Land. Da in der Stadt wachsender Reichtum, Übergang zum Fernhandel und zunehmender Grundbesitz sozialen Aufstieg ermöglichten, sind die aus Steuerbüchern ermittelten Vermögen als Maßstab für die soziale Gliederung genutzt worden. Das Idealmodell sieht eine in drei Bereiche horizontal getrennte zwiebelähnliche Figur vor, die sich von einer Unterschichtbasis der unterständischen Stadtbewohner (unehrliche Handwerker, Arbeiter, Tagelöhner, Mägde, Knechte, Ausgestoßene) in einem dicken Bauch des Mittelschichtbürger-tums wölbt, um in einer schmalen patrizischen Oberschichtspitze zu münden. Diese Vorstellung trifft aber die tatsächlichen Ungleichheiten nicht vollständig. Beispielsweise konnten Geistliche ebenso arme, auf die Stiftung von Seelenmessen angewiesene Vikare sein wie auch angesehene, politisch mächtige, wohlhabende Äbte der in Städten gelegenen und an ihrer Wirtschaft beteiligten Klöster.

Über soziale Schichten hinaus lassen Analysen von Steuerbüchern auch soziale Viertelsgliederungen der Städte erkennen. Die Ballung bestimmter Handwerker in einzelnen Vierteln ergab sich vorrangig aus dem sozialen Status und aus geselligen oder religiösen Gründen, richtete sich aber bisweilen auch nach der Produktionsmethode. Gerber brauchten nahes Wasser, Weber feuchte Produktionsräume. Die besten Wohnquartiere lagen zumeist in der Stadtmitte nahe dem Markt und fielen zum Rand hin ab. Die Hauptverkehrsachsen waren die „reichsten“ Straßen.

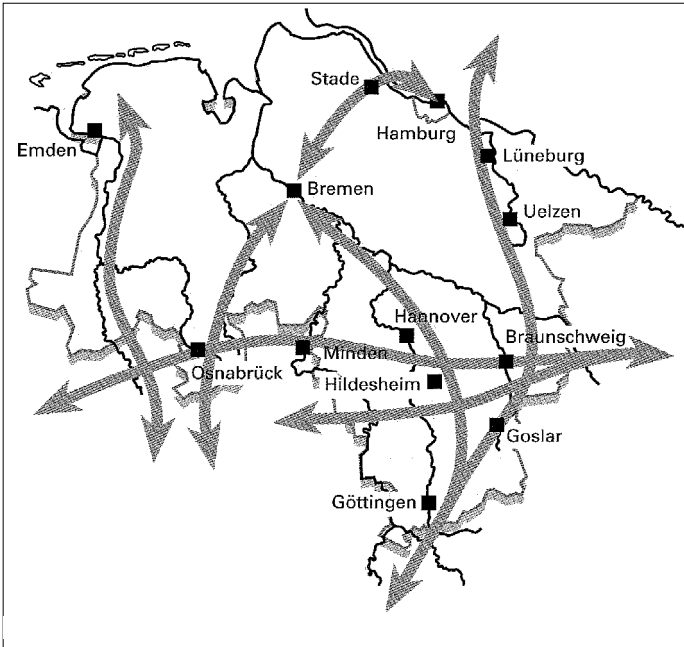
Das Testament des Göttinger Ratsherrn Hans von Oldendorp bietet einen Einblick in patrizische Mentalität zwischen irdischem Gewinn- und Erfolgsstreben und Besinnung angesichts des Todes. Oldendorp plagte das schlechte Gewissen, sich nicht die Mühe für Wallfahrten genommen zu haben. Seinen reichlichen Geld- und Pretiosenbesitz stiftete er diversen kirchlichen und karitativen Einrichtungen, dafür sollten in 13 Kirchen für ihn sowie seine erste und seine zweite Ehefrau Seelenmessen gelesen werden. Redlichkeit und Ehrlichkeit als Berufsprinzipien spätmittelalterlicher Fernhändler könnten nicht nur dem Wunsch nach sicherer Geschäftspartnerschaft, sondern auch der Kompensation einer nicht den kirchlich-religiösen Prinzipien gemäßen Lebensweise entstammt haben. Selbst die Frömmigkeit und die Armenfürsorge besaßen kommerziellen Charakter. Denn Erwerbsprinzip und ökonomischer Rationalismus waren zwei Berufsmerkmale, die jeder Großkaufmann entwickeln musste. Reichtum war der soziale Wertmaßstab, Rechenhaftigkeit ein Alltagsverhalten, die Planung in Zeitrhythmen, die nicht die Natur vorgab, unabdingbar. Insofern glich der Fernhändler mehr den modernen Menschen als seinen Zeitgenossen.

Die zunehmenden Sozialregulierungen des späten Mittelalters förderten offensichtlich die Abschottung gegenüber nicht in das Handwerkerbürgertum integrierten Gruppen. Beispielhaft deutlich wird das an der Ausgrenzung von Juden, die parallel zum Ausbau und zur organisatorischen Verfestigung der Handwerke zunahm. Juden sind im 11. Jahrhundert erstmals für Bremen und Goslar erwähnt, spätestens im 13. Jahrhundert gehören sie in allen niedersächsischen Städten zu einer wichtigen Bevölkerungsgruppe, gerade in den Gewerben. Waren die Juden schon im hohen Mittelalter Opfer von Vertreibungen und Gelderpressungen, so erreichte die Juden-

feindschaft nach der ersten Pestwelle 1349/50 einen vorläufigen Höhepunkt. In Lüneburg wurden 1350 sämtliche Juden ermordet, während sie offenbar nur in Goslar vor Übergriffen geschützt werden konnten. Im 15. Jahrhundert setzte sich die systematische Verdrängung und Vertreibung von Juden in Niedersachsen fort, entweder durch direkte Ausweisung oder durch horrenden Schutzgeldforderungen. Aus Bremen gibt es seit dem Ende des 14. Jahrhunderts keine Nachrichten mehr über die schon zuvor sehr kleine Judengemeinde. In Braunschweig reichte die wirtschaftliche Bedeutung der Juden und auch der Judenschutz am weitesten.

Verkehr und Handel

Der niedersächsische Raum war eine Verkehrsdurchgangslandschaft. Auch wenn die exakte Lage mittelalterlicher Verkehrswege nur noch schwer zu rekonstruieren ist, lassen sich aufgrund schriftlicher Quellen der Städte die Transportwege bestimmter Handelsgüter z. T. sehr genau nachvollziehen. Der seit der Ostexpansion ständig zunehmende West-Ost-Handel wurde überwiegend entlang der Nord- und Ostseeküste abgewickelt, auf dem Landweg aber hauptsächlich durch die Börden am Nordrand des Berg- und Hügellandes (Helweg). Der Nord-Süd-Verkehr konzentrierte sich auf Ostniedersachsen und das Leinetal; am Ausgang des Mittelalters gewann der Weserhandel an Bedeutung. Städte gediehen vor allem dort, wo an wichtigen Handelsrouten der Verkehr den mittelalterlichen technischen Bedingungen gemäß gebrochen werden musste, ein Umladen also notwendig war. Handel und Herrschaft bedingten einander. Verkehrsknotenpunkte wie Bremen, Osnabrück, Verden oder Hildesheim waren Bischofsitze, Lüneburg und Braunschweig dienten den Welfen als Hauptorte.



Niedersächsische Städte liegen an den wichtigsten Verkehrswegen des Mittelalters. Bedeutendstes Verkehrskreuz war Braunschweig.

Zwischen Göttingen, Hameln, Hannover und Braunschweig kreuzten sich die wichtigsten Handelsrouten. Beispielsweise durch den Erwerb von Pfandschlössern oder wichtigen Zöllen gelang es Städten wie Lüneburg oder Braunschweig, große Verkehrskontrollräume zu schaffen. Ostfriesland aber war nur über die Weser mit Zentralniedersachsen verbunden, durch die Ems jedoch mit Westfalen und dem Rheinland. Größere Bedeutung besaß der Seeverkehr nach Flandern, England und den norddeutschen Küstenstädten.

An der Küste waren noch am Ausgang des Mittelalters ehrlicher Handel und Piraterie nicht eindeutig voneinander getrennt. Da Straßenraub ein weit verbreitetes Übel war, entwickelten die Städte im Binnenland ein eigenes Geleitswesen, das oft besseren Schutz bot als das landesherrliche oder adlige. Geleit und Wegeunterhaltung bildeten die Rechtsgrundlage für die Erhebung von Zöllen, die im spätmittelalterlichen Leinebergland

schließlich ca. alle 10 km erhoben wurden. Zölle wuchsen zu einer allgemeinen Handelsbelastung an, die nur fallweise durch gegenseitige Zusicherung von Zollfreiheiten ausgeräumt werden konnte.

Wurden im Früh- und Hochmittelalter Höhenwege auf Gebirgrücken, Talschultern oder Terrassenrändern bevorzugt, konzentrierten im Spätmittelalter die Städte den Verkehr auf die Fläche. Die meisten mittelalterlichen Landverbindungen waren unbefestigte Erdwege, die bestenfalls in den Städten und ihrer nächsten Umgebung gepflastert waren. Zunächst dominierten Ochsen gespanne auf den Landwegen, dann bis ins 15. Jahrhundert zweirädrige pferdebespannte Wagen und Saumtiere. Schließlich setzten sich mehrspännige Frachtwagen durch, die allerdings selbst auf den Haupthandelswegen über eine Transportleistung von 30 km pro Tag nicht hinauskamen. Massentransporte, vor allem von Getreide, wurden möglichst auf den Flüssen oder küstenparallel durchgeführt.

Die Kosten des Land-, Binnenschiffs- und Seetransports standen etwa im Verhältnis von 10:2:1. Den Handel auf den unbegradigten Binnenflüssen erschwerten freilich zahlreiche natürliche und auch künstliche Hindernisse wie Mühlen, Zoll- und Stapelplätze. Für die Entfaltung des hansischen Küstenhandels spielte die hochbordige, einmastige Kogge eine herausragende Bedeutung. Sie wurde im 15. Jahrhundert von den größeren Hulks und diese wiederum von den geräumigeren Dreimastern der immer stärker werdenden niederländischen Konkurrenz verdrängt.

Mit dem Florieren des hochmittelalterlichen europäischen Fernhandels ging eine Ausweitung der Geldwirtschaft sowie der Wechsel- und Kreditgeschäfte einher. Die Bezahlung mit Geld drängte den Tausch zurück. Das Münzrecht, vom deutschen König als Regal beansprucht, wurde faktisch an viele regionale Herrscher verliehen. Die Lokalinteressen verhinderten einen überregional einheitlichen Münzfuß, doch setzten sich seit dem 12. Jahrhundert die aus einer Lübischen oder Kölner Silbermark gemünzten Pfennige im nordwestdeutschen Raum durch. Im Laufe des hohen und späten Mittelalters erwarben viele Städte zumindest das Recht auf Nutzung der Münze.

Für ein differenziertes Kreditwesen bestand noch kein Bedarf. Die wichtigste wahrgenommene Kreditquelle des Handels lieferte der an Immobilien oder feste Einkünfte gebundene städtische Rentenmarkt. Handelsplatz war der Markt, der zunächst unter herrschaftlichem, dann unter städtischem Schutz stand. Märkte dienten der lokalen Versorgung. Gemeinsam boten Markt, Zoll und Münze wichtige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Handelsplatz und die Basis für die Stadtentwicklung.

Der Aufschwung des niedersächsischen Handels im hohen Mittelalter war qualitativ

und quantitativ nicht mit demjenigen Oberitaliens oder Flanderns zu vergleichen. Die Städte importierten vor allem Getreide und exportierten Leinwand oder Bier. Allerdings übernahmen die größeren niedersächsischen Städte gegenüber den externen Zentren Vermittlerpositionen. Immer häufiger schlossen fernhandelsorientierte Städte untereinander Verträge über Handelserleichterungen. In der Hanse engagierten sich die niedersächsischen Städte erst spät. 27 niedersächsische Städte, Bremen eingeschlossen, agierten zeitweise im hansischen Verbund. Insbesondere in der Zeit der spätmittelalterlichen Agrarkrise, als Nahrungsmittel billig waren und sich nach den Pestumzügen viel Kapital in wenigen Händen ballte, erreichte der Handel seine Hochblüte. Seit Mitte des 15. Jahrhunderts verlangsamte die Konkurrenz der Niederländer und der Territorialfürsten die Handelsexpansion.

Bedeutendster Handelsort des Spätmittelalters war Braunschweig, gefolgt von Lüneburg und Bremen. Auch Goslar exportierte nicht nur Metalle, sondern trieb regen Handel mit anderen Gütern. Hildesheim verfügte über weiterreichendere Handelsverbindungen als Hannover. Im südniedersächsischen Raum kooperierten Göttingen, Northeim, Münden und das seit Mitte des 14. Jahrhunderts als „Bierstadt“ bekannte Einbeck miteinander.

Die ostfriesischen Fernhändler wurden im Spätmittelalter von denjenigen der benachbarten Städte, insbesondere Bremen und Hamburg, verdrängt. Beide Städte bemühten sich um zunehmende Einflüsse in Ostfriesland. Hamburg etablierte sich nicht nur an der Elbmündung, sondern erreichte im 15. Jahrhundert zeitweilig eine Kontrolle der Emsmündung, konnte freilich nicht den Übergang der Stadt Emden an die Grafen aus dem Haus Cirksena verhindern.

Bremens Handel expandierte bis 1358 zunächst in Konkurrenz zum hansischen.

Stades Bedeutung sank in dem Maße, wie Hamburg wuchs. Osnabrück behauptete seine Vermittlerposition zwischen Westfalen und Norddeutschland. Am Ausgang des Mittelalters allerdings überragte Hamburg alle anderen Städte des Küstenbereichs. Die Hanse verlor seit Mitte des 15. Jahrhunderts rasch an Handelskapazität gegenüber den Holländern, während Nürnberg, Köln, Hamburg und Leipzig den Handel aus den norddeutschen Städten zunehmend abzogen. Die Handelskraft Antwerpens, die Frachtkapazitäten der Niederländer und das Silber Böhmens verwiesen am Ausgang des Mittelalters auf neue wirtschaftliche Verhältnisse, denen sich die niedersächsischen Handelsstädte in den Folgejahrhunderten zu stellen hatten.

Städtische Verfassung - die „Große Braunschweiger Schicht“

An der so genannten „Großen Braunschweiger Schicht“ von 1374, einem Bürgeraufstand, lässt sich die spätmittelalterliche Sozialordnung und Verfassung einer niedersächsischen Stadt exemplarisch erläutern.

Braunschweig war noch ausgeprägter als die anderen niedersächsischen Städte eine Gruppenstadt, in der verschiedene privilegierte Orte und Siedlungskerne allmählich zu einer Stadt am Verkehrskreuz des Okerüberganges zusammenwuchsen: Burgbezirk, Altstadt (mit eigenen älteren Siedlungskernen), Altwiek, Hagen, Neustadt, Sack, Chorherrenstift St. Blasius / Dom), Benediktinerkloster St. Ägidien. Braunschweig war am Ausgang des 14. Jahrhunderts zur wichtigsten Handelsstadt zwischen westfälischen und mitteldeutschen, süd- und norddeutschen Städten gediehen, zählte mehr als 15.000 Einwohner und war damit die größte Stadt des niedersächsischen Raumes.

Nach der Entmachtung Heinrichs des Löwen war der Einfluss der welfischen Stadtherren zurückgedrängt worden. Die Räte der Stadtteile erreichten weitgehende Autonomie und bildeten seit 1269 zudem einen Gesamtrat. In diesem dominierten die Patrizier, die als wohlhabende Fernhändler zunehmend ihr Vermögen in Immobilien und Landbesitz sicherten.

Was sich im Nachfolgenden als vermeintlich sicheres Geschehen ab 1374 darstellt, beruht wie so oft auf einer problematischen Quellenlage. Als wichtigstes Zeugnis soll eines herausgehoben werden, das so genannte „Schichtbuch“ von Hermen Bote, das 1514 abgeschlossen wurde. Bote ist der wichtigste Autor in Niedersachsen am Ausgang des Mittelalters, als das Mittelniederdeutsche noch



Hermen Botes „Schichtbuch“ (vor 1514) berichtet über die Bürgerkämpfe im mittellalterlichen Braunschweig.

die übliche Schriftsprache war. Neben einer bekannten Weltchronik schrieb er wohl auch die berühmten Geschichten über Til Eulenspiegel nieder. In seiner Heimatstadt, wo er als städtischer Bediensteter arbeitete, verfasste Bote eine „Chronik der Unruhen“ für den Zeitraum von 1292 bis 1514, erläuterte also die verschiedenen Bürgeroppositionen in Braunschweig. Seine Intention war eindeutig. Er bemühte sich zu beweisen, wie verderblich die Auflehnung gegen die Herrschaft des Rates und die alte Ordnung sei. Hierbei erleide jeder nur Schaden, und niemand trage einen Nutzen davon.

In Braunschweig brach 1374 ähnlich wie bereits 1292 ein Aufstand aus. Anlass war eine geplante Steuererhöhung. Der Rat der Stadt war einer Aufforderung des Welfenherzogs Ernst gefolgt, sich an einer Fehde gegen den Erzbischof von Magdeburg zu beteiligen. Diese lag durchaus im Interesse der Stadt, da der Magdeburger Erzbischof einer der territorialen Konkurrenten im Braunschweiger Umland war. Die Fehde schlug fehl, etliche Braunschweiger Bürger wurden gefangen genommen, und der Erzbischof verlangte für deren Freilassung 4.000 Mark Silber, eine ungeheure Menge. Der Rat war der Ansicht, dieses Geld könne nur durch eine Sondersteuer aller Bürger aufgetrieben werden, wollte sich aber zunächst der Zustimmung der wichtigsten Zunftvorsteher, der Gildemeister, verschern. Diese versammelten sich am 17. April 1374. Das Gerücht über die geplante Steuererhöhung verbreitete sich rasch. Es sollte eine Kornsteuer, eine Steuer auf das Grundnahrungsmittel also, sein. Aufgeregte Menschenmassen kamen noch während der Besprechung der Gildemeister zusammen; als diese der versammelten Schuster- und Gerberzunft von der zu erwartenden Steuererhöhung berichteten, brach der Aufstand los. Es kam zu Plünderungen und Gewalttaten

gegenüber einem wesentlichen Teil der Ratsoligarchie. Sechs Ratsmitglieder wurden noch am selben Tag getötet, zwei weitere vier Tage später nach einem Schnellgerichtsverfahren hingerichtet. Teils freiwillig, teils gezwungenermaßen verließen viele Angehörige der bisherigen Patriziatsfamilien die Stadt. Ihre Vermögen wurden konfisziert. Rasch wurde ein neuer Rat gebildet.

Die Vertriebenen aber, die in den benachbarten Hansestädten Unterschlupf fanden, erreichten, dass im Sommer 1375 Braunschweig verhanst wurde, d.h. faktisch ein Handelsboykott durchgeführt werden sollte. Die Zusammensetzung des neuen Rates wechselte rasch, allmählich fand eine Annäherung zwischen alten Geschlechtern und den neuen statt; das waren einige Patrizier, viele bisher nichtpatrizische Kaufleute und etliche führende Gildemeister. 1380 wurde in Lübeck schließlich ein Kompromiss zwischen Vertriebenen und dem neuen Rat geschlossen und Entschädigungen festgesetzt. Auf diesem Willen zum Ausgleich beruhte die Verfassungsreform von 1386. Der neue „Gemeine Rat“ wurde mit 105 Personen aus allen Stadtteilen besetzt und die ökonomisch wie politisch bedeutendsten 14 „ratsfähigen“ Gilden am Stadtreghment beteiligt. Quantitativ war das Patriziat nun in der Minderheit, faktisch besetzte es aber auch hernach die wichtigsten Führungsämter.

Bürgeroppositionen und Bürgerkämpfe gab es in vielen der größeren niedersächsischen Städte des Spätmittelalters, wenngleich nicht in der Häufigkeit und Intensität wie in Braunschweig. Stets ging es um das neue Austarieren der Rats Herrschaft und den Versuch der Einbeziehung neuer Gruppen. Trotz der Dominanz der Stadtpatriziate wurde bürgerliche Mitbestimmung daher nie völlig zurückgedrängt.

Menschen und ihr Lebensalltag

Das Alltagsleben der Menschen war vermutlich mehr durch Missernten, Viehsterben, Hunger, Not und Krankheit als durch Freude, Lust und Erfolge geprägt. Der Tod war allgegenwärtig. Etwa 40% der Kinder starben vor ihrem 14. Lebensjahr, und nur 3,5% der Menschen erreichten das 70. Lebensjahr. Wer aber bis zum Erwachsenenalter überlebt hatte, wurde immerhin durchschnittlich gut 40 Jahre alt. Ältere Menschen litten unter hochgradigen degenerativen Veränderungen, die auf ernährungsbedingte Stoffwechselstörungen hindeuten. Die Erwachsenensterblichkeit lag besonders in der Altersphase zwischen 30 und 40 sowie 50 und 55 Jahren besonders hoch. Haushaltsgrößen überstiegen durchschnittlich kaum 4 Personen.

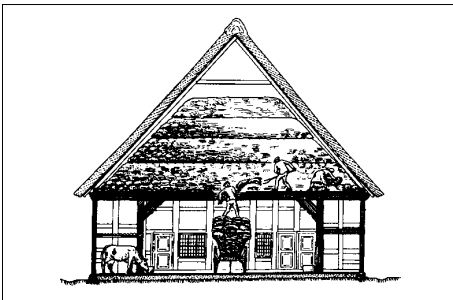
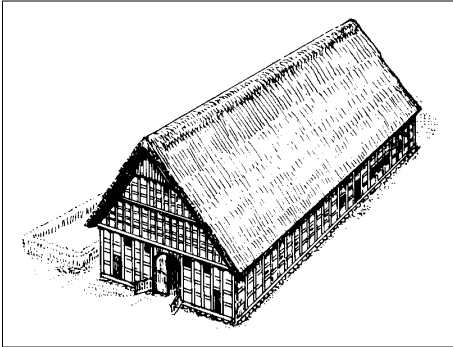
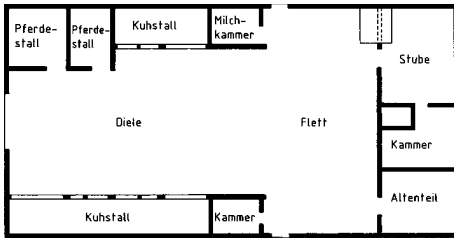
Durch Hungerkrisen, Kriege und Seuchen, aber auch durch die systematische Ausgrenzung von Randgruppen wuchs vornehmlich der Bedarf der Städte an karitativen Einrichtungen. Ende des 15. Jahrhunderts sind für Hildesheim 11 Spitäler, für Braunschweig 23 und für Osnabrück 15 Armen- und Krankenpflegeeinrichtungen bekannt, die den notwendigen Bedarf aber bei weitem nicht decken konnten.

Die sich ausprägende berufsständische Gliederung der Gesellschaft förderte die Bildung von Kernfamilien aus Eltern und Kindern. Mittelpunkt der Wirtschaft auf dem Land oder in der Stadt war der Haushalt, in dem der notwendige Lebensunterhalt und die zur Versorgung der Herrschaft geforderten Leistungen erwirtschaftet werden mussten. Kinder wurden so jung wie möglich in die Arbeitsprozesse integriert. Die Erwachsenen arbeiteten bis ins Alter und gaben erst spät die Haushaltsführung an die Folgegeneration ab, die erst dann heiraten durfte.

Die Ernährung der Menschen war mit Ausnahme der Wohlhabenden einseitig

und oft nährstoffarm. Roggen war das alltägliche Grundnahrungsmittel, das Brotgetreide schlechthin. Hungerkrisen führten nicht nur zu Krankheitsanfälligkeit, sondern auch zu Trägheit und Apathie. Vom landwirtschaftlichen Jahreslauf hingen die saisonalen Lebenszyklen ab, wie Todeshäufungen im Spätwinter oder Hochzeiten nach der Ernte und Geburten im Spätfrühjahr zeigen. Aufgrund der geringen Konservierungs- und Lagerungsmöglichkeiten richtete sich der Speiseplan im Jahresgang nach der Pflanzenreife oder den Einstallungsmöglichkeiten für Vieh. Trocknen, Räuchern, Einsalzen, Einkochen und Kühlen waren die üblichen Mittel, Nahrungsmittel zu konservieren. Weil die Zähne der Menschen schon in jungen Jahren miserabel waren, wurden die meisten Speisen lange gekocht, bis sie einen Brei ergaben. Dadurch war die Kost vitamin- und mineralstoffarm. Die weichen und geschmacklosen Speisen mussten durch kräftiges Würzen wieder genießbar gemacht werden. In Niedersachsen standen Salz, die einheimischen Küchenkräuter und Honig zur Verfügung. Man trank Wasser, auch Milch, seltener gesüßten und gewürzten Wein. Seit im 14. Jahrhundert Hopfen zum Brauen genutzt wurde, eignete sich Bier am besten als haltbares Getränk.

Der Hausbau in Stadt und Land unterschied sich erst allmählich. Im hohen Mittelalter waren Grubenhäuser in Pfostenbauweise auch in den Städten noch üblich, Steinhäuser (Kemenaten) wohlhabender Stadtbewohner besondere Ausnahmen. Vom Land her drangen die Ständerbauten auch in die Stadt vor. Vorbild war das niederdeutsche Hallenhaus; dieser Haustyp breitete sich seit dem 12. und 13. Jahrhundert auf dem Land rasch aus. Er bot großen Speicher-, Stallungs- und Wohnplatz. Während der Agrarkonjunktur mussten die Bauern allmählich größere Erntemengen lagern und mehr



Das nordwestdeutsche Heimhaus setzte sich im Laufe des Mittelalters in vielen niedersächsischen Regionen durch. Es vereinte Scheune, Stall und Wohnraum unter einem Dach.

Vieh überwintern. Eine Trennung von Vieh und Mensch gab es ebenso wenig wie Intimität, ausreichende Wärme, Sauberkeit und reine Luft. Städtische Häuser wurden bis zum Ausgang des Mittelalters nach diesem Vorbild errichtet, alsbald aber auch zweigeschossig und mit Kammern links und rechts der Diele gebaut. Je höher der soziale Status lag, desto eher wurde zur Neuzeit hin das Leben in einem großen Raum durch die räumliche Trennung der Verrichtungen in kleine Einzelräume abgelöst.

Mittelalterliche Haushalte waren schlicht ausgestattet. Einfache Holzgeräte und graue Keramikartikel bildeten den Grundstock des Küchengeschirrs. Erst in der spätmittelalterlichen Stadt wuchs die Vielfalt, und die städtischen Führungsgruppen begannen, sich durch den Seltenheitswert ihrer Haushaltsgeräte von den übrigen Stadtbewohnern abzusetzen. Während seit dem späten 13. Jahrhundert reiche Familien ihr Steinzeug aus Siegburg einführen ließen, blieben die ärmeren Menschen bei der örtlich gefertigten Holzschale und dem Holzbecher oder erwarben die einfachen Kugeltöpfe aus der heimischen Produktion. Buntmetallgeschirr blieb den Festtagen vorbehalten.

Gewöhnlich kamen die Menschen nur zur Morgen- und Abendmahlzeit zusammen. Auf dem Tisch stand das Holz- und Keramikgeschirr. Löffel und Messer trug man bei sich. Eng saß die Speiserunde auf Bänken um den frei beweglichen Tisch. Das Universalmöbel war die Truhe. Das Mobiliar erfüllte die Grundbedürfnisse der Mahlzeiten und des Ruhens, des Sitzens und des Liegens, der Lagerung und der Lebensmitt zubereitung. Soziale Differenzierung wurde an Kleidung, Geschmeide, Bett-, Tisch- oder Wand schmuck deutlich, kaum am Mobiliar.

Die Kleidung der Menschen war überwiegend funktional und schlicht. Bis weit in das 15. Jahrhundert trugen Männer wie Frauen die hemdartige Tunika aus Leinen, Wolle oder Barchent mit ausgeschnittenen Ärmeln, dazu knöchellange strumpfähnliche Hosen oder weite Röcke, Halbstiefel oder niedrige Schlupfschuhe, eine kugelige Kappe oder ein Kopftuch. Wie das Mobiliar, so unterschied sich die Kleidung der einfachen Leute zwischen Stadt und Land kaum. Im Verlauf des Mittelalters aber nahm die soziale Differenzierung der Kleidung ständig zu und wurde gerade innerhalb der Stadtbe-

völkerung ein wichtiger, vom Rat gesteuerter Indikator für den gesellschaftlichen Rang. Hieran zeigt sich die wachsende Bedeutung der Sozialregulierung in der spätmittelalterlichen Stadt.

Religion und Kirche

Seit zur Zeit Karls des Großen die ersten Bistümer in Niedersachsen gegründet worden waren und alsbald Benediktinerabteien folgten, ist auch die niedersächsische Geschichte eng mit derjenigen der christlichen Kirche verquickt. Es waren Angehörige der Kirche, die wie Widukind von Corvey in der Mitte des 10. oder Adam von Bremen und auch Roswitha von Gandersheim in der Mitte des 11. Jahrhunderts über das historische Geschehen berichteten. Unsere frühen Kenntnisse über Land und Leute beruhen fast völlig auf bischöflichen und klösterlichen Überlieferungen. Der Verdener Dom oder die Marktkirche Hannovers sind bauliche Zeugnisse bischöflicher oder bürgerlicher christlicher Baukultur. Prächtige Bildhandschriften, voran das Evangeliar Heinrichs des Löwen, sind sakrale Kunstschätze von herausragender Bedeutung.

Neben die Benediktinerklöster der frühen Zeit traten seit dem 12. Jahrhundert Zisterzienserabteien wie Hude, Loccum oder Riddagshausen. Der Stellenwert der Ritterorden in Niedersachsen war gering. Als in den Städten die soziale Kluft zunahm, ließen sich im 13. Jahrhundert Bettelmönche nieder, voran die Franziskaner. Das Gebäude des niedersächsischen Landtages geht auf das hannoversche Franziskanerkloster zurück. In einzelnen Städten und auch auf dem Lande traten Augustinerklöster hinzu. Das Netz der Kirchen wurde während des hochmittelalterlichen Bevölkerungswachstums stetig dichter, und bischöfliche Sprengel wurden unterteilt in einzelne

Archidiakonate. Eine kirchliche Organisation in der Fläche entstand. Aus den Städten wissen wir von christlich-weltlichen Vereinigungen wie den Beginen und Begarden, die Frauen oder Männern ein der Religion und Nächstenliebe geweihtes Leben in persönlicher Autonomie boten. Städtische Heilig-Geist-Spitäler entstanden zur Versorgung Armer und Kranker. Gebetsbruderschaften traten hinzu (Kalande). Zünfte hatten in Kirchen eigene Altäre. Wohlhabende Menschen statteten aus Sorge um ihr Seelenheil Kirchen aus oder schufen Memorienstiftungen.

Welt und Kirche, Religion und Alltag waren nicht voneinander getrennt, sondern lagen eng zusammen. Dennoch wissen wir bis in das 14. Jahrhundert hinein wenig über die Religiosität der Menschen. Während die Menschen zum Teil noch in feuchten Grubenhäusern wohnten, wuchsen große steinerne Kirchen. Mittelalterliche Kirchen waren „ewige Baustellen“, sie waren Alltagsorte, Stätten des Gebetes und der Kommunikation. Die Messe in den Kirchen war, da in lateinischer Sprache gehalten, unverständlich. Die Zeremonie, die Bildsprache der ausgemalten Kirchen, der Klang der Gesänge oder der Duft von Räucherartikeln bekamen daher eine kaum zu überschätzende rituelle Bedeutung. Vieles deutet darauf hin, dass vorchristliche alltägliche Religionsvorstellungen tradiert wurden. Offensichtlich gehören Heiligenverehrung und Reliquienglaube hierzu.

Die allgemeinen Entwicklungen kirchlicher Probleme, seien es nun der Investiturstreit des 11. Jahrhunderts oder die neue Armutsbewegung des 13. Jahrhunderts, bilden sich auch in der niedersächsischen Geschichte ab. Im Spätmittelalter erreichten die Stadträte mit Kirchenpatronatsrechten und Aufsicht über das Kirchenvermögen eine konkurrierende Position zu den Bischöfen. Religion wurde

quasi kommunalisiert. Gleichzeitig schlossen sich mehr und mehr Menschen zu frommen Laienbewegungen zusammen. Am Ende des Mittelalters, im 15. Jahrhundert, ging von Niedersachsen ein wichtiger Impuls zur Klosterreform aus. Während der Konzilien von Konstanz (1415 bis 1419) und Basel (1431 bis 1447) wurden grundsätzliche Reformen debattiert. Im niederländischen Windsheim konzipierte Ideen zur Klosterreform wurden insbesondere im südniedersächsischen Bursfelde rasch aufgegriffen. Bis zu 115 Klöster fühlten sich in der „Bursfelder Kongregation“ zur alten Klosterzucht, zur Verbreitung erbaulicher Schriften und zur Pflege kirchlicher Musik verpflichtet. Zwar war dies kaum eine die einfachen Leute berührende Veränderung, doch wurden mit ihr Spiritualität und Mystik verbreitet, gerade im Lied. Frömmigkeit und Kirchenkritik nahmen zu gleichen Teilen am Ausgang des Mittelalters zu und deuten auf die folgende, in Niedersachsen sehr wirksame, Reformation.

Regionen in Niedersachsen - Aufbau im Mittelalter

Ein Rückblick auf das Mittelalter zeigt, wie wichtig diese Zeit für die weitere niedersächsische Geschichte ist, vorrangig für die ökonomische Entwicklung.

Die wirtschaftlichen Strukturen des niedersächsischen Raumes wurden von den naturräumlichen Bedingungen vorgeprägt. Die Inwertsetzung des physiogeographischen Potentials erfolgte jedoch gemäß den historisch-kulturellen regionalen Entwicklungsmustern. Niedersachsen trat erst spät, als Ergebnis der karolingischen Expansion gegen Ende des 8. Jahrhunderts, in engere Verbindungen zu den ökonomisch höher entwickelten Gebieten West- und Mitteleuropas. Insbesondere Friesland und die Geest blieben

immer am Rande des Reichsinteresses; lediglich der Harzraum mit der einzigen niedersächsischen mittelalterlichen Reichsstadt Goslar avancierte unter Ottonen und Saliern kurzzeitig zu einer Zentrallandschaft des Reiches. Selbst während der Blüte der Hanse kamen die bedeutendsten niedersächsischen Hanseorte kaum über eine Vermittlerrolle hinaus. Bis zur spätmittelalterlichen Agrarkrise und dem Ausbau der Territorialstaaten bestimmten Adel und Klerus – vor allem Klöster – in erheblichem Umfang die Wirtschaft. Nur Braunschweig, Lüneburg und Bremen besaßen anerkannt überregionale Bedeutung. Von regionaler Wichtigkeit waren ferner Hildesheim, Osnabrück, Stade und an der Wende zur Neuzeit Emden.

Auch wenn Niedersachsen im Mittelalter feiner als in späteren Zeiten in wirtschafts- und sozialhistorische Teilräume gegliedert war, unterlag es doch den allgemeinen mitteleuropäischen wirtschaftlichen Grundstrukturen und Tendenzen. Zumindest vier Fünftel der Menschen waren in der Landwirtschaft oder der Verarbeitung ihrer Produkte tätig (agrarisches Gesellschaft). Herrschaft war überwiegend an Land und die hier tätigen Leute gebunden (Feudalordnung). Mit Ausnahme weniger Städte spielten Handel und Gewerbe nur eine geringe Rolle.

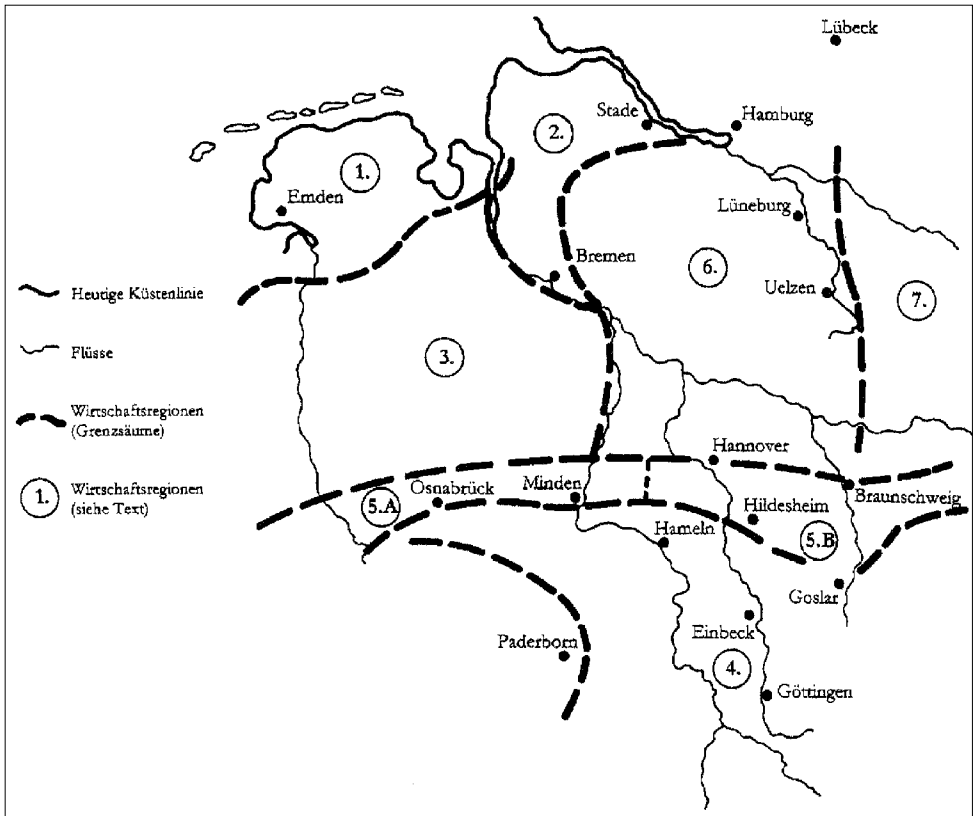
Diese agrarische Gesellschaft unterlag langfristigen wirtschaftlichen Schwankungen, die sich in Bevölkerungswachstum und -rückgang, ökonomischer Konjunktur und Krise ausdrückte. Mit dem fast ununterbrochenen Bevölkerungswachstum vom 10. bis 14. Jahrhundert gingen, vorrangig seit dem 12. Jahrhundert, einher der Landesausbau, eine Intensivierung der Agrarwirtschaft, eine Belebung des Markt- und Geldverkehrs, eine Lockerung der herrschaftlichen Bindungen, eine Spezialisierung des Handwerks und schließlich die Entwicklung von Städten zu Gewerbe- und Handelszentren. Dank neuer

Bewirtschaftungsformen, ertragreicherer Pflanzensorten und besserer Geräte kam es zu Produktions- und Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft. Zugleich wurden die Herren-Bauern-Beziehungen kommerzialisiert: Bäuerliche Frondienstleistungen wurden zunehmend durch Naturalabgaben und Geldzahlungen ersetzt. In den Städten entstand unter herrschaftlicher Aufsicht eine sozial gestufte arbeitsteilige Bürgerschaft. Händler und Handwerker versorgten die lokalen und überlokalen Märkte, waren aber weit mehr auf die Nahrungsmittelzufuhr aus dem Umland angewiesen.

Das ausgehende 12. und das 13. Jahrhundert waren gekennzeichnet von den Entfaltungen des Markt- und Geldver-

kehrs, der Gewerbe, des Handels und der Städte. Bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts wuchs die Bevölkerung schneller als die Nahrungsmittelproduktion, zunehmende Fehl- und Unterernährung und schließlich die Pest von 1349/50 führten zu hohen Bevölkerungsverlusten. In Folge der mangels Nachfrage sinkenden Getreidepreise stürzte der Ackerbau in eine schwere Krise: Wüstungen und wieder engere Bindungen der Bauern an ihre Herren waren die Folge.

Ab ca. 1450 deuten viele Indizien auf graduelle Veränderungen der wirtschafts- und sozialhistorischen Bedingungen hin. Die bäuerlichen Hofstellen konsolidierten sich, das Anerbenrecht setzte sich fast überall durch, die städtischen Zünfte



Am Ausgang des Mittelalters lassen sich sieben Regionen in Niedersachsen unterscheiden.

schlossen sich ab, der hansische Handel geriet ins Stocken. Neue Formen der Volksfrömmigkeit entstanden, während zugleich die Juden aus den Städten verdrängt wurden. Die Bevölkerungsverluste auf dem Lande waren inzwischen ausgeglichen, das kultivierbare Land verteilt. Bevölkerungswachstum erfolgte fortan zugunsten der unterbäuerlichen und unterbürgerlichen Gruppen, die bestenfalls über einen Garten verfügten und auf Zuerwerb angewiesen waren.

Werden diese naturräumlichen, politischen und vor allem ökonomischen Differenzierungen des niedersächsischen Raumes während des Mittelalters zusammengeführt, so deutet sich für den Ausgang des Mittelalters eine Gliederung in sieben Regionen an, die zugleich die Trennung Westniedersachsens (1.-3.) vom mittleren und östlichen Niedersachsen (3.-7.) anzeigen. Eine solche Differenzierung macht selbstverständlich nicht an den heutigen Landesgrenzen halt. Sie ist im Detail überformt von abweichenden Auswirkungen der hochmittelalterlichen Verdorfung sowie der spätmittelalterlichen Wüstungsphase, von der unterschiedlichen Verbreitung adliger Güter, von den bäuerlichen Leistungen in Geld-, Natural- oder Arbeitsrenten und von Marktnähe oder Marktferne.

1. Ostfriesland: Ostfriesland lag isoliert vom wirtschaftlichen Geschehen im niedersächsischen Hinterland, verfügte aber über gute Verbindungen nach Westfalen und Westeuropa sowie nach Bremen, Hamburg und Dänemark. Die Wirtschaft stützte sich auf die Vieh- und Viehproduktexporte aus der Marsch, war jedoch auf Getreide und Holzeinfuhren angewiesen. Die reiche Marsch besaß eine ökonomisch wesentlich größere Bedeutung als die arme Geest. In der Geest herrschten adlige und klösterliche Grundherrschaft vor, die Marschbauern hingegen waren persönlich frei, und die kleine

Gruppe der wohlhabenden Händlerbauern dominierte in den Landesgemeinden. Städte mit mittelalterlichen Charakteristika gab es - mit Ausnahme Emdens seit dem 15. Jahrhundert - nicht. Die Markt- und Handelsorte unterschieden sich nicht prinzipiell von den Dörfern.

2. Die Seemarschen und anrainende Geestgebiete der Weser- und Elbemündung (Elbe-Weser-Winkel): Der Elbe-Weser-Winkel war wirtschaftlich eng mit Bremen und Hamburg verflochten. Beide Städte wurden u.a. aus diesen Gebieten mit Agrarprodukten versorgt. Die bäuerlichen Gemeinden, organisiert in den einzelnen „Ländern“, vermochten aber eine zumeist mit den beiden Städten und auch dem Bremer Erzbischof vertraglich geregelte weitgehende Autonomie zu bewahren. Auch hier stand die reiche Marsch der armen Geest weit voran. Wiederum kannte die Geest grundherrschaftliche Bindungen der Landbevölkerung, während in der Marsch relativ selbständig agierende Bauern voranstanden, die jedoch nicht die Freiräume der führenden Landbewohnergruppe Ostfrieslands erreichten. Nur Stade kam in diesem städtearmen Gebiet über eine kleinräumliche Marktbedeutung hinaus. Bremen spielte als Handelsmittelpunkt zwischen West- und Nordeuropa sowie als Umschlagplatz für binnenländische Waren eine Sonderrolle.

3. Südwest-Niedersachsen: Dieser Raum gehörte im südlichen Teil wirtschaftlich und politisch zu Westfalen, war mit Westfalen jenseits der heutigen Landesgrenze eng verbunden - im westlichsten Teil auch mit den Niederlanden - und zugleich Durchgangsgebiet von dort nach Bremen, Hamburg und dem Ostseeraum. Es überwog die landwirtschaftliche Selbstversorgung der häufig in Streusiedlungen lebenden, aber in vielfältigen gemeindlich-genossenschaftlichen Verbänden organisierten Bauern. Selbst wenn diese als Eigenhörige persönlich un-

frei waren, wirtschafteten sie von herrschaftlichen Auflagen eher unbeschränkt. Die soziale Kluft zwischen Vollbauern und Kleinstellenbesitzern konnte an der Wende zur Neuzeit ähnlich weit sein wie an der Küste. Im wiederum städtearmen Gebiet spielte das südlich anschließende Osnabrück als Gewerbe- und Handelsort (ebenso zur West-Ost-Verkehrslandschaft gehörend, siehe 5.) eine hervorgehobene Rolle, insbesondere seit dem Aufblühen der Leinenwirtschaft in seinem Umland.

4. Das südniedersächsische Berg- und Hügelland: Durch das südniedersächsische Berg- und Hügelland zog sich die Nord-Süd-Verkehrsachse des Leinetals. Diese band den Raum an Mittel- und Südwestdeutschland ebenso wie an die nördlich anschließenden niedersächsischen Landschaften bis hinauf zum Ostseegebiet. An ihr lagen zahlreiche Städte als Etappenorte und Gewerbeplätze. Die Landbevölkerung blieb grundherrschaftlich gebunden, überwiegend in frühen Formen des Meierrechts oder auch des Erbenzinsrechts. Die soziale Differenzierung klappte zumeist nicht gar zu weit auseinander, da die durchschnittliche Hofgröße eher klein blieb. In etlichen Gebietsteilen konnten regionale Rohstoffwirtschaften exportorientiert betrieben werden: z.B. Tonwaren, Glas (Raum Ith-Solling), Bier (Einbeck), Textilien (Göttingen).

5. Die mittelniedersächsische Börde samt dem Harzvorland: Das heute am dichtesten besiedelte, städtereichste und das höchste Bruttosozialprodukt erwirtschaftende Gebiet Niedersachsens stand bereits im späten Mittelalter voran. Von Einbeck-Seesen aus schloss es sich bruchlos an den südlichen Bereich an. Hier kreuzten die meisten Ost-West-Wege die Nord-Süd-Achse, hier lagen mit Braunschweig, Goslar, Hildesheim bedeutende Städte nahe beieinander, hier boten die Harzmetalle gerade für Braunschweigs gewerbliche Wirtschaft gute Grundlagen.

Vor allen anderen Städten besaß Braunschweig Handelsverbindungen nach Nordwesteuropa und in das östliche Mitteleuropa. Die Bauern standen zwar in grundherrschaftlichen Abhängigkeiten zumeist in Frühformen des Meierrechts, und vereinzelt existierten noch alte Formen der Unfreiheit, aber in den mit stattlichen Dörfern dichtbesiedelten Lößbörden zwischen Hannover, Hildesheim, Braunschweig und Helmstedt wurden die weitaus höchsten Ernten eingefahren. Die Landwirtschaft verlangte viele Hilfskräfte, die wiederum zeitweilig in der gewerblichen Produktion (Spinnerei, Weberei) aktiv waren, so dass die innerdörfliche soziale Differenzierung zwischen Vollspännern und Kleinbauern weiter reichte als im südlich anschließenden Gebiet und viel weiter als in der nördlichen Geest. Für den agrarischen Bereich kann das westfälische Gebiet mit einem höheren Anteil eigenhöriger Bauern vom östlichen Gebiet, dem Kernraum des späteren Meierrechts, unterschieden werden.

6. Die mittlere niedersächsische Geest: Die locker mit kleineren Dörfern besiedelte mittlere niedersächsische Geest besaß mit Ausnahme des Uelzener Beckens nur karge landwirtschaftliche Möglichkeiten. Die grundherrschaftlich abhängigen Bauern waren auf große Ergänzungsflächen angewiesen, um die Subsistenz zu erreichen. Die sozialen Gegensätze in den Dörfern blieben daher eher gering. Im Osten wurde das Gebiet von der Nord-Süd-Verkehrsachse durchschnitten, an der mit Uelzen wenigstens eine kleinere, mit Lüneburg - quasi der südlichen Partnerin Lübecks - aber eine Braunschweig und Bremen kaum nachstehende Stadt lag, die durch Salz zu Reichtum gekommen war und mittlerweile den Handel im gesamten mittleren Niedersachsen kontrollierte.

7. Die östliche niedersächsische Geest: Die östliche niedersächsische Geest unter-

schied sich von der westlichen nur insofern, als sie zum größeren Teil Kolonisationsgebiet mit den charakteristischen Rundlingsdörfern war. Im äußersten

Osten deuteten sich am Ende des Mittelalters bereits Ansätze zur Gutsherrschaft an. Die Städte blieben klein und gerieten über Marktorde kaum hinaus.

Mithalten (bis um 1800)

Ein Herrschaftskonflikt zwischen Mittelalter und Neuzeit - die Hildesheimer Stiftsfehde

Territorialstaatliche Expansion, reichspolitische Einordnung, ständische Mitbestimmung oder Veränderung der Kriegstechnik: viele noch ganz mittelalterliche, aber bereits auf die Neuzeit deutenden politischen Probleme zeigt die Hildesheimer Stiftsfehde 1519-1523, insbesondere, wenn sie aus der Perspektive der Calenberger Welfen beobachtet wird. Ab 1495 war Calenberg im Gefolge der erneuten welfischen Erbteilung endgültig ein eigenes Fürstentum innerhalb des Gesamtherzogtums Braunschweig-Lüneburg geworden. Erich I. regierte hier bis 1540 im zweigeteilten Gebiet von Nienburg bis Hannoversch-Münden. Im gesamten Spätmittelalter lebten die Herzöge noch nicht in festen Residenzen. Sie wohnten mal auf dieser, mal auf jener ihrer Burgen. Ihre zahlreichen Fehden, die sie nicht zuletzt zur Festigung ihres Territoriums anzettelten, führten sie noch gemeinsam mit ihren Rittern. Kamen sie in Gefangenschaft, musste das Geld der Landstände zur Auslösung gesammelt werden. Im Dienste des Kaisers oder gar fremder Herren fochten sie auf vielen Schlachtplätzen Europas, so auch Erich I.

Kaum der Kinderstube entwachsen, ging er an den Hof des bayerischen Herzogs und später in das Gefolge Kaiser Maximilians, den er 1504 vor dem Tode bewahrte. Er kämpfte gegen Türken,

Venezianer oder Schaumburger und focht Schlachten in Frankreich, Italien oder bei Soltau. Als der Hildesheimer Bischof sich 1519 nicht mit seinen Landständen über die Tilgung der Schulden des Landes einigen konnte, waren Erich und seine welfischen Vettern zur Stelle, hofften sie doch, jeder auf seine Weise, aus der Adelsfronde gegen den in Hildesheim residierenden Bischof Johann IV. ihr Kapital zu schlagen. Erich, sein Wolfenbütteler Vetter Heinrich und dessen Bruder Franz, der Mindener Bischof war, schlossen sich dem aufständischen Adel an. Ihr Interesse lag im unmittelbaren territorialen Zugewinn. Für Herzog Heinrich von Lüneburg war ein Erstarken seiner Calenberger und Wolfenbütteler Verwandten wenig angenehm. Er hielt deshalb zum Hildesheimer Bischof, wie auch die kleineren Grafen der näheren Umgebung, also die Schaumburger, Lipper, Hoyaer und Diepholzer.

Leidtragende dieser Fehde waren die Bauern und Bürger. Im Frühjahr 1519 überzog die Partei des Hildesheimer Bischofs das Calenberger Land mit schlimmer Verwüstung. Die Dörfer brannten, auch die Städte Pattensen und Springe wurden Opfer der Flammen. Die nicht minder brutale Gegenpartei unterlag am 29. Juni bei Soltau. Erich I. wurde gefangen genommen. 20.000 Gulden hätten die Stände zahlen müssen, die Städte bürgten dafür. 20.000 Gulden, dafür hätte man mehr als 3.000 Fässer Heringe für die Fastenzeit kaufen können. Doch die Summe wurde nicht fällig. Karl V. war 1519 zum König gewählt worden. Die unterlegene Partei der Stiftsfehde hatte

ihn unterstützt. Zum Dank setzte sich Karl nun für diese ein, so dass sich nach weiteren kriegerischen Aktionen der Wolfenbütteler und der Calenberger Herzog 1523 den größten Teil des Hildesheimer Territoriums für die nächsten 120 Jahre sichern konnten.

Auch wenn er noch Fehde und nicht Krieg heißt, so war dieser Konflikt dennoch keine Adelsfehde mehr, wie sie im späten Mittelalter vielfach gestritten wurde. Im Mittelalter kämpften kleine Trupps von höchstens ein paar hundert Rittern gegeneinander. Bei Soltau sollen dagegen 15.000 Personen auf dem Schlachtfeld gestanden haben. Artillerie, wenn auch noch eine primitive, führte das braunschweig-wolfenbüttelsche Heer, und viel Fußvolk kämpfte auf beiden Seiten. Das waren vorrangig mit langen Lanzen (daher Landsknechte) ausgerüstete Reislüthe, die im Karree erfolgreich den schwer gepanzerten Reitern widerstehen konnten. Erich I. war als Herzog der letzte Ritter. Landsknechtsheer und Artillerie ließen aus den Rittern in wenigen Jahrzehnten nur noch Gutsherren, Verwaltungsbeamte, Hofbedienstete oder hier wie dort sich verdingende Heerführer werden. Andersherum betrachtet, benötigte ein Landesherr seit dem 16. Jahrhundert immer weniger seinen Adel zur Kriegsführung. Auf die Dauer verfügte der Landesherr im Vergleich zu allen anderen Herrschaftsträgern im Lande über die besten Ressourcen, Artillerie und Fußvolk zu bezahlen. An Erich I. und seiner Zeit wird ein Stück von beginnender Stärkung landesherrlicher Obrigkeit deutlich, die langfristige absolutistische Tendenzen annahm, kurzfristig aber von Erich nicht ausgenutzt werden konnte. Finanziell begab er sich immer stärker in die Abhängigkeit seiner Landstände. Den territorialen Zugewinn im Nordwesten des Hochstifts Hildesheim nahm er gern an. Zwar gehört die Hildesheimer Stiftsfehde noch nicht zu den kriegerischen Auseinandersetzungen der Re-

formationszeit, doch verweisen ihre Ergebnisse bereits auf die Glaubensspaltung: Bis heute überwiegt nur im engeren Umkreis um die Stadt Hildesheim, im so genannten „kleinen Stift“, der katholische Bevölkerungsanteil im Gegensatz zu dem lutherischen des Wolfenbütteler und Calenberger Teiles.

Städtische Reformation - das Beispiel Hannover

Martin Luthers Kirchenkritik verbreitete sich in den Jahren nach 1517 rasch, nicht zuletzt durch Druckschriften. Am 26. Juni 1533 schwor eine Versammlung von Bürgern auf dem hannoverschen Marktplatz, zu Martin Luthers Wort zusammenzustehen. Dies ist der Beginn der Reformation in Hannover „von unten“, ihr wich der Rat im September 1533 durch Flucht in das altgläubige Hildesheim. Dabei waren die Bedingungen für die Aufnahme der evangelischen Lehre in Hannover alles andere als günstig. Die städtische Autonomie war erreicht, zugleich bestand gutes Einvernehmen mit dem welfischen Landesherrn, der wiederum die Beziehungen zu Kaiser und Reich pflegte. Ein städtisches Kirchenregiment war etabliert und der Rat mit dem alten Kirchensystem fest verbunden. Anders als in manchen Städten dieser Zeit drohte keine soziale oder ökonomische Krise, die der führenden Ratsgruppe hätte gefährlich werden können. Allerdings erleichterte die seit 1448 bestehende Verfassung eine Patriziatsherrschaft. Die meisten Zünfte, die so genannten kleinen Gilden, waren gar nicht im Rat vertreten, und im Rat dominierte die Kaufmannschaft. Eine kleine Gruppe wohlhabender Bürger hielt die Macht in der Hand.

Da aber die Wirtschaftslage günstig war, kamen immer mehr Handwerker und Händler aus den nicht ratsbeteiligten



Im Hannoverschen Neuen Rathaus werden die reformatorischen Ereignisse vom Juni 1533 in einem monumentalen Ölbild aus dem Jahr 1912/13 dargestellt.

Gilden zu Vermögen, doch blieb ihnen der Aufstieg in die städtische Führungsgruppe verwehrt. Diese Händler und Handwerker konnten aber auf die charakteristischen genossenschaftlichen Traditionen der Stadt verweisen. Wie in vielen anderen Städten auch, ja letztlich wie beim großen Bauernkrieg von 1525 in Mittel- und Süddeutschland, bot die evangelische Bewegung nach 1517 eine Chance, das verkrustete Herrschaftssystem aufzubrechen. Das Auftreten von Lutheranhängern ab 1524 versuchte der Rat mit repressiven Mitteln zu unterdrücken. Dies stärkte aber diejenigen in der Bürgerschaft, die nach neuer Mitbestimmung drängten.

Diese sehr heterogene Gruppe stellte in Eingaben an den Rat Forderungen nach Kirchenreform und Beschwerden über Missstände, meist wirtschaftlicher Art, zusammen. Unter dem Einfluss auswärtiger Geistlicher standen alsbald eindeutig reformatorische Forderungen im Mittelpunkt. Der einheimische Klerus hielt zum Rat. Dieser machte Zugeständnisse, freilich nicht in der Religionsfrage, ja musste sich sogar der landesherrlichen Unterstützung vergewissern. Dies führte dazu,

dass ein Teil der Bürgerschaft im Juni 1533 die städtische Tradition des Schwurverbandes wieder aufgriff.

Altgläubige Geistliche und Bürger wurden bedroht. Daraufhin ließ der Landesherr die Zufahrtsstraßen sperren. Hunger und Anarchie machten sich breit. Radikale Zwinglianer und Wiedertäufer stellten auch das neu errichtete Ratsregiment in Frage. Benachbarte Städte, in denen die Reformation ebenfalls Fuß fasste, schalteten sich ein und erreichten im Juli 1534 einen Ausgleich, der die Reformation sicherte, die einstige Führungsgruppe aber dauerhaft entmachtete.

Der neue Rat erweiterte in der Kirchenordnung von 1536 seine bisher bereits großen Möglichkeiten der weltlichen Einflussnahme auf kirchliche Angelegenheiten in der Stadt. Die klösterlichen Konvente wurden aufgelöst, eine Disziplinargerichtsbarkeit für den Klerus eingerichtet, Eheangelegenheiten dem Rat unterstellt, Pfründenvermögen eingezogen. Das Abendmahl wurde in beiderlei Gestalt gereicht, und die Predigt in deutscher Sprache gehalten.

Im Detail verlief die Reformation in anderen niedersächsischen Städten unter-

schiedlich. Ein Resultat war am Ende freilich stets das Gleiche: die Erweiterung der obrigkeitlichen und sozialdisziplinierenden Befugnisse des Rates.

Ein Fürst der Reformationszeit - Herzog Heinrich der Jüngere

Die Städte waren Vorreiter der Reformation. Die Territorialfürsten entschieden in Glaubensfragen zumeist weniger aus religiöser Überzeugung denn aus politischer Opportunität. Dabei spielten die jeweilige Machtverteilung im Reich und die Beziehungen zum Kaiser eine wesentliche Rolle. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Welfe Herzog Heinrich der Jüngere (1489-1568) zu Braunschweig-Wolfenbüttel. Zwei seiner Brüder waren Bischöfe in Minden und Verden bzw. Erzbischof von Bremen. In seiner Regierungszeit bewies sich Heinrich als Fürst und Krieger gleichermaßen. Er war machtbewusst, schroff und leidenschaftlich, aber er besaß auch reichlich taktisches und diplomatisches Geschick. In den konfessionellen Auseinandersetzungen der Epoche blieb er als ein getreuer Gefolgsmann Kaiser Karls V. altgläubig, auch wenn er die Notwendigkeit kirchlicher Reformen sah.

Sein außenpolitisches Streben korrespondierte mit dem erfolgreichen Bemühen, sein Herzogtum im Inneren zu festigen und zu modernisieren. Er baute die Verwaltung und Rechtsprechung seines Territoriums aus (Kanzleiordnung / Hofgericht), etablierte die Primogenitur (Erstgeburtsrecht, um Erbteilungen zu verhindern) und förderte seine Festungs- und Residenzstadt Wolfenbüttel. Nicht zuletzt interessierte er sich stark für die ökonomischen Möglichkeiten seiner Zeit und deren fiskalische Nutzung für seine Ziele. Dass er gemäß alten Rechten von der Reichsstadt Goslar den Rammelsberg mit seinen Hütten im Riechenberger Vertrag 1552 für

das Welfenhaus zurückerhielt, passt exakt hierzu. Interessant aber im Zusammenhang der Reformation ist, auf welche Weise dieses erfolgte.

Trotz anfänglicher Niederlagen – er wurde in der Schlacht bei Soltau 1519 vernichtend geschlagen – ging Heinrich als Sieger aus der Hildesheimer Stiftsfehde von 1519 bis 1523 hervor. Sein Braunschweiger Territorium reichte nun in einem Ring um Hildesheim bis zu Innerste, Leine und Weser. Im Jahre 1530 bestätigte Kaiser Karl V. diesen Zugewinn. Zwischenzeitlich war Heinrich 1525 an der Niederschlagung des Bauernkrieges in Mitteldeutschland beteiligt und war auch bei der Hinrichtung von Thomas Müntzer zugegen. Doch die geistlichen Zustände in der Region entwickelten sich nicht im Sinne des Herzogs. Der Reformation in der weitgehend autonomen Stadt Braun-



Das Epitaph zeigt Herzog Heinrich den Jüngeren in charakteristischer Rüstung des 16. Jahrhunderts.

schweig musste er zusehen, auf jene in der Reichsstadt Goslar konnte er keinen Einfluss nehmen. Als beide Städte sich 1532 dann sogar der Vereinigung der evangelischen Reichsstände, dem Schmalkaldischen Bund, anschlossen, nahm die Lage für ihn bedrohliche Dimensionen an.

Dies hing nicht unmittelbar mit Braunschweig oder Goslar zusammen, sondern mit dem viel mächtigeren Landgrafen Philipp von Hessen. Er spielte im Bund eine einflussreiche Rolle und betrieb wie Heinrich eine expansive Herrschaftspolitik. Herzog Heinrich unterstützte so 1538 den Zusammenschluss der katholischen Reichsfürsten zur Liga gegen eben diesen Schmalkaldischen Bund der protestantischen Reichsstände. Während der nun folgenden Auseinandersetzungen war er in der Wahl seiner militärischen Mittel keineswegs zimperlich. Dies brachte ihm in einer Schrift Martin Luthers („Wider Hans Worst“) den Beinamen „Heinz Mordbrenner“ ein.

Im Jahr 1542 erlitt er gegen die Truppen des Schmalkaldischen Bundes eine vernichtende Niederlage. Gegen die Koalition der Reformierten, der u.a. der Landgraf von Hessen, der Kurfürst von Sachsen, Heinrichs eigene welfischen Vettern aus Grubenhagen und Celle sowie alle wichtigen Städte der Region unter Einschluss Goslars angehörten, besaß er zunächst keine Chance, zumal ihn auch der Kaiser aufgrund seiner vielen kleinen und großen Rechtsbrüche nicht dauerhaft unterstützen mochte. Sein Territorium wurde besetzt, die Reformation eingeführt. Heinrich selbst floh und wurde in Hessen gefangen gesetzt.

Doch er hatte politisches Glück, denn im Schmalkaldischen Krieg 1546/47 unterlag der evangelische Bund letztlich dem Kaiser. In der Folge errang auch Heinrich im Juni 1547 seine alte Position wieder, betrieb die Rekatholisierung der Region und führte Feldzüge gegen seine

alten Widersacher. Damit scheiterte er zwar an der relativ starken Stadt Braunschweig, Goslar aber stand schließlich allein gegen den Herzog und musste ihm den Rammelsberg abtreten. Sein Sohn Heinrich Julius profitierte vom politischen Erfolg des Vaters. In der Reformationsfrage anerkannte er jedoch die Fakten, unterstützte überzeugt das Luthertum und gründete mit der Universität Helmstedt eine der Reformation verpflichtete Bildungsstätte.

Staat und Kirche im 16. Jahrhundert

In den Städten war die Reformation teils rasch, teils, wie in Hildesheim, nach etlicher Zeit erfolgreich. In den Territorien setzte sich die Reformation unter den genannten reichspolitischen Bedingungen zumeist ebenfalls durch. Dies spiegelt sich auch im welfischen Fürstentum Calenberg wider, dessen Reformationsgeschehen zwischen den altgläubigen Herzögen Erich I. und Erich II. sowie der lutherischen Ehefrau und langjährigen Witwe Erichs I., Herzogin Elisabeth, und dem Reformator Antonius Corvinus immer wieder hervorgehoben wird. Am Ende des 16. Jahrhunderts war Niedersachsen überwiegend lutherisch.

In weiten Teilen Ostfrieslands verbreitete sich jedoch der Calvinismus. Er fand rasche Verbreitung in den wirtschaftlich aufstrebenden Niederlanden und wurde in der expandierenden Stadt Emden aufgegriffen. Graf Edzard war Lutheraner, sein Nachfolger Graf Enno II. öffnete sich dem Calvinismus, und Ennos Witwe Anna bot dem aus Polen stammenden Johannes a Lasco die Chance, eine exakte Kirchenordnung aufzubauen, die bei aller Strenge die gemeindliche Mitbestimmung sicherte.

Gemessen an der Situation zum Ausgang des Mittelalters erlangte ein

evangelischer Landesherr bereits im 16. Jahrhundert dadurch einen Machtzugewinn, dass er seit der Reformation zugleich als „*summus episcopus*“ fungierte, also die Landeskirche leitete. Regelmäßige Visitationen unterwarfen die Pfarreien einer zumindest halbstaatlichen Kontrolle. Dazu wurden im Regelfall teils kirchlich, teils weltlich besetzte Konsistorien gegründet, denen die Überwachung der Kirchenzucht oblag. Viele lutherische Landesfürsten zogen die Klöster und deren umfangreiche Liegenschaften, Vermögen, Kunst- und Kulturschätze ein. Anders die Welfen: Sie ließen die Klöster bestehen, die nunmehr mehrheitlich der Versorgung von nach lutherischen Prinzipien lebenden Frauen aus Adelsfamilien dienten. Der braunschweigische Klosterkammer sind heute die Rechtsnachfolger dieser landesherrlichen Klosteraufsicht. Obwohl in den welfischen Territorien das Kirchengut, insbesondere dasjenige der Klöster, nicht in das landesherrlich-staatliche Eigentum integriert wurde, standen Kirche und Klöster nunmehr unter landesherrlicher Aufsicht. Vermittelt über die regelmäßigen Versammlungen der Land-

stände und speziell die Arbeit ihrer Ausschüsse lieferten die ständischen und kirchlichen Organisationsmuster die Grundstruktur für einen bürokratischen Staatsaufbau.

Mit Reformation und Herausbildung der Konfessionen wurde die Kirche organisatorisches Vorbild und personelle Mitträgerin des Staates. Auch nach der Reformation blieben die bischöflichen Territorien erhalten, das Hochstift Osnabrück freilich mit einem 1648 festgelegten Wechsel zwischen einem katholischen Wahlbischof und einem welfischen, lutherischen Prinzen. Lutherische Geistliche nahmen Führungsämter im Territorialstaat ein, wie der Abt von Loccum im welfischen Fürstentum Calenberg. Der unter landesherrlicher Aufsicht stehende lutherische Klerus entwickelte im evangelischen Pfarrhaus eine eigene Form von sozialer Disziplin und Vorbildfunktion. In Lehre und Kirchenorganisation wurden allmählich rationalistische Prinzipien verbreitet, und viele Pfarrer trugen gerade auf dem Lande zur besseren Kenntnis über Anbaumethoden bei.

Straffere kirchliche und staatliche Organisationsformen bedingten einander.



Die evangelisch-reformierte Pfarrkirche in Grimmsum (Gemeinde Krummhörn) zeigt die Trennung ostfriesischer ländlicher Kirchen in Langhaus und Glockenturm.

Generell richteten die Landesfürsten im 16. Jahrhundert ortsfeste Kanzleien ein, für den nördlichen Teil des Fürstentums Calenberg z.B. in Neustadt am Rübenberge. Hier arbeiteten nunmehr bürgerliche, juristisch ausgebildete und besoldete Räte und Schreiber. Nicht mehr wie bisher von Fall zu Fall wurde eine Urkunde ausgestellt, wenn ein Rechtsgeschäft schriftlich festgehalten werden musste. Jetzt wurden die Vorgänge als solche niedergeschrieben: Akten entstanden auf diese Weise. Die Neustädter Kanzlei tauschte ihre Verwaltungsprobleme mit dem Vogt auf dem Calenberg (Festung bei Nord stemmen, heute Ruine) fortan in schriftlicher Form aus. Der Vogt dort und später der Amtmann führten eigene Akten über Korrespondenzen und Rechtsgeschäfte. Stets waren die Landesherrschaften darauf bedacht, die lokalen Wirtschaftsbetriebe der Amtleute zu stärken und auf diese Weise die bauerlichen, oft an Gerichtsrechte gebundenen, Dienste an sich zu ziehen.

Die adligen Drostens an den herrschaftlichen Sitzen durch Amtmänner zu ersetzen oder die verpfändeten Burgen vom Adel wieder einzulösen, stärkte zwar langfristig die landesherrliche Verwaltung, doch verschlang dies auch viel Geld. Zudem begannen viele Fürsten an ihren Hauptorten Schlösser zu bauen, so auch Erich II. von Calenberg. In Neustadt am Rübenberge ließ er ab 1562 das für hiesige Verhältnisse prächtige Schloss Landestrost errichten und es mit soliden Befestigungsanlagen sichern. Dazu kamen die hohen Kosten für die Hofhaltung. Der Zugewinn an Macht durch effektivere Territorialverwaltung wurde daher z.T. wieder aufgehoben, denn schließlich waren es weiterhin die Landstände, die außerordentliche Finanzmittel gewähren mussten. In der Grafschaft Schaumburg beispielsweise übernahmen von 1577 bis 1582 wegen der hohen Verschuldung die Landstände die Regierung.

Wesentliche Ämter in den entstehenden Verwaltungen und jeweiligen Kirchen der Länder lagen in der Hand weniger adliger Familien. Darunter stiegen theologisch und juristisch geschulte Beamtengruppen auf, die sich ihrerseits sozial abschlossen. Ganz selbstverständlich galt die Religion als öffentliche Landesfrage. Deshalb war sie immer wieder Thema auf Landtagen. Den Landständen lag sehr daran, dass das aus der Reformationszeit herrührende religiöse Bekenntnis unangetastet blieb. Die Landesfürsten hatten im Gefolge der Reformation ihren Einfluss erhöhen können. Die nicht zuletzt durch die Verwaltungsreformen gestärkten Landesfürsten standen zumeist völlig in Abhängigkeit zu den sie finanzierenden Ständen.

Dorf und Landwirtschaft im 16. Jahrhundert

Der große Bauernkrieg, der 1524/25 Süd- und Mitteleuropa erschütterte und für kurze Zeit die gesamte politische Ordnung im Reich in Frage stellte, fand in Norddeutschland nicht statt. Offensichtlich wuchsen die Spannungen zwischen den Meiern und Kötnern auf der einen, den Grundherren und dem Landesherrn auf der anderen Seite gar nicht bis zur Entladung, weil die Besitz- und Lebensverhältnisse der Bauern auskömmlich blieben, die Landesherrn übertriebene Forderungen der Grundherren gegenüber den Bauern eindämmten und weil die Landesherrn letztlich zu mächtig waren, um überhaupt attackiert werden zu können.

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts hatte sich bereits angedeutet, dass die Bevölkerungszahl wieder zunahm und die Wüstungsphase auf dem Lande überwunden war. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts setzte ein Aufschwung in Handel und Landwirtschaft ein. Die Neuschaffung von Kleinbauernstellen (Kötner,

dann Beibauern, Brinksitzer, Heuerlinge) deuten hierauf ebenso wie der Ausbau der Adelsgüter. Anders als im hohen Mittelalter entstanden während dieser ersten frühneuzeitlichen Phase des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums also keine neuen Dörfer oder große Rodungsfluren. Die Altbauern hielten die guten Ackerflächen fest im Besitz, und die Nutzungen der Waldmarken waren so genau unter den Dörfern und Grundherren aufgegliedert, dass kaum Zurodungen mehr möglich und wirtschaftlich tragbar waren.

In die Dörfer kam auf diese Weise eine neue Bewohnergruppe, die nicht bäuerlich war. In vielen Dörfern gab es fortan Streitereien, ob diese neuen Kleinstellenbesitzer, die oft ca. 20% der Haushalte ausmachten, nun die Gemeinheit mitbenutzen dürften, ob sie die Gemeindelasten mittragen sollten, oder ob sie vielleicht wie Kötner dem Landesherrn mit Handarbeit zu dienen hätten. Und es kam über das zwingend notwendige Handwerk hinaus ein neues wirtschaftliches Element in die Dörfer hinein: Gewerbetreibende.

Im Landtagsabschied von 1601 für die braunschweigischen Welfenlande heißt es z.B., auf dem Lande seien die Leinenweberei und die Handwerke der Schmiede,

Radmacher, Schneider und Schuster allemal erlaubt; Zimmerleute, Tischler und Glaser bedürften einer besonderen Konzession, alle anderen Handwerke seien auf dem Lande verboten. Das Landhandwerk war regulierungsbedürftig geworden. Es gab also auf dem Lande mittlerweile so viele Gewerbetreibende, dass die städtischen Handwerker vor deren Konkurrenz geschützt werden sollten. Den Landesherren kam es darauf an, die Steuerkraft der städtischen Handwerker zu bewahren.

Mit dem Bevölkerungswachstum des 16. Jahrhunderts stieg auch die Nachfrage nach gewerblichen Gütern und nach Leistungen bauender und reparierender Handwerker. Die Vollbauern vermochten die zusätzlichen Arbeiten nicht zu erbringen, wollten sie nicht ihre Haupttätigkeit vernachlässigen. Aber die neuen Kleinstellenbesitzer, die sich von ihrem wenigen Land nicht ernähren konnten, waren geradezu angewiesen auf die handwerklichen Tätigkeiten, und Bauern mit größeren Betrieben setzten gern Kleinstellenbesitzer als Arbeitskräfte beispielsweise in der Ernte ein. Es begann im 16. Jahrhundert eine neue Arbeitsteilung im Dorf.

Diese Entwicklung verlief in Niedersachsen ungleich. Der Anteil neuer



Im Winter wurden auf der Tenne des nordwestdeutschen Hallenhauses die Vorbereitungsarbeiten für die Textilherstellung erledigt (Darstellung aus dem 19. Jahrhundert).

Hofstellen scheint in der kargen Geest geringer gewesen zu sein als in den Gebieten mit besseren Böden. Auch zeichnet sich ab, dass in den Gebieten um die Städte der gewerblich arbeitende Anteil von Kleinstellenbesitzern höher lag als in stadtfernen Bereichen. Deutlich wird dies im Raum Osnabrück, wo die Garn- und Leinenproduktion auf dem Land stetig zunahm und die Ware von städtischen Händlern vertrieben wurde.

Eine flächenhafte Optimierung der Landwirtschaft dürfte nicht erfolgt sein. Wegen des Bevölkerungswachstums stiegen die Getreidepreise. Hiervon profitierten vorrangig die Grundherren, die Getreide vermarkten konnten, Bauern jedoch nur dann, wenn ihre Höfe ertragreich waren und stadtnah lagen. Im Umfeld der Städte, so um Osnabrück, Hannover oder Braunschweig konnte demnach ein doppelter Vorgang beginnen: eine Intensivierung der Landwirtschaft und eine zunehmende gewerbliche Produktion auf dem Lande.

Gemessen an den Niederlanden, wo Städte wie zunächst Antwerpen und sodann Amsterdam sehr schnell wuchsen und weite Bereiche des Umlandes gleichsam zu modernen, oft der Antike entnommenen, Formen der Landwirtschaft zwangen, waren die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Niedersachsen mit ihrem hohen Subsistenzanteil stabil. Fruchtwechsel- und Gartenbauwirtschaft oder freie Zeitpachtverhältnisse blieben in Niedersachsen weitgehend fremd. Auch gemessen am östlichen Mitteleuropa veränderte sich wenig. Dort setzte sich zunehmend die Gutsherrschaft durch. Nicht zuletzt, weil die Nachfrage nach Getreide in den Niederlanden so drastisch stieg, bemühten sich im östlichen Mitteleuropa die Grundherren, möglichst viel Bauernland in die Hand zu bekommen und über die bäuerliche Arbeitskraft mehrtätig pro Woche zu verfügen. So konnten in exten-

siver Wirtschaft dennoch große Mengen Getreide angeboten werden. Die traditionellen Grundherrschaftsverhältnisse und die Freiräume, die den Grundherren von den Landesherrschaften belassen wurden, verschärften diese so genannte „zweite Leibeigenschaft“ im östlichen Mitteleuropa.

Bauernlegen durch Adlige zeigte sich auch in den Getreideanbaugebieten Niedersachsens. Adlige, die sich während der zahlreichen europäischen Konflikte des 16. Jahrhunderts als Heerführer verdingten, konnten ihre von der Getreidepreiserhöhung schon deutlich verbesserten Einnahmen optimieren. Die prächtigen Schlösser der Weserrenaissance gehen auf Markt- und Kriegsgewinne des Adels zurück. Doch war die Stellung des Adels nirgends so stark, um große Gutsbezirke wie in Ostmitteleuropa aufzubauen. Vielmehr waren es die Landesherrschaften, die an der Steuerfähigkeit der Bauern und an der Erbringung von Hand- und Spanndiensten interessiert waren, und daher Überbelastungen der Landbevölkerung zu vermeiden wussten. Der Aufbau der von Amtsmännern organisierten und von vergleichsweise mäßigen bäuerlichen Diensten bewirtschafteten Domänialwirtschaften verweist auf diese Tatsache. Im Sinne einer Konsolidierung der Finanzverhältnisse in den Territorien lag die Sicherung des Bauerntums sogar im Interesse des Adels. Die bereits im Mittelalter deutliche Tendenz zur Erblichkeit und Unteilbarkeit der Bauernhöfe wurde nun mit wenigen regionalen Ausnahmen festgeschrieben.

In den Ämtern wurden im Auftrag der Landesherrschaft im Laufe des 16. Jahrhunderts zunehmend Register über die bäuerlichen Betriebe und ihre Leistungsfähigkeit angelegt. Diese Amts- und Hausbücher geben tiefe Einblicke in das Leben und Wirtschaften auf dem Lande.

Ähnlich wie zu Beginn des 14. Jahrhunderts deuteten sich zu Anfang des 17.

Jahrhunderts erneut Krisenerscheinungen an. Die Balance zwischen Anzahl der Menschen und (Nahrungsmittel-) Güterversorgung geriet erneut ins Wanken. Gerade als die Waage ausschlug, begann der Dreißigjährige Krieg, brachte Handel und Wandel völlig durcheinander und fügte Hunderttausenden von Menschen im mittleren Europa unsägliches Leid zu.

Blüte und Krise des Städtewesens

Bis zum Beginn der Krisenanzeichen im 17. Jahrhundert profitierten zunächst auch die Städte vom Wirtschaftswachstum seit Ausgang des 15. Jahrhunderts. Dies lässt sich bereits an den, allerdings nicht exakt bestimmbar, Bevölkerungszahlen ablesen. Im 16. Jahrhundert stiegen die Einwohnerzahlen in Hannover von gut 5.000 auf mehr als 6.200, in Hildesheim von 7.400 auf 9.200, in Lüneburg von 11.000 auf ca. 16.000, in Braunschweig von ca. 15.000 auf ca. 16.500, in Emden aber von 3000 auf 15.000. Das Bevölkerungswachstum erscheint auf den ersten Blick verwunderlich, zumal die hansischen Handelsverbindungen in der Ostsee zusammenbrachen. Diese wurden jedoch mehr als ersetzt durch die Intensivierung des Handels in der Nordsee und von hier aus in die Niederlande, nach England, Frankreich, Portugal und Spanien. Internationale Handelskontakte in die, von Europa aus betrachtet, neue Welt, oder entlang der afrikanischen Küste, sodann nach Indien oder Ostasien spielten für niedersächsische Städte keine Rolle, wohl aber die Kontakte zu Städten wie Antwerpen und Amsterdam, die ihrerseits den internationalen Austausch pflegten.

Die neuen Abhängigkeiten der Städte von der Verlagerung der Handelsschwerpunkte aus dem Mittelmeer und aus der Ostsee auf Nordsee und Atlantik zeigten sich am eindrucklichsten am Beispiel von Emden. Die Stadt besaß zwar mittelalterli-

che Wurzeln, verdankte aber ihren Aufstieg dem sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts abzeichnenden Wirtschaftswachstum. Hier zog die Stadt zunächst Nutzen aus den Versuchen Hamburgs, einen Handelspunkt an der Emsmündung auszubauen, sodann aus den Interessen der Cirk-sena, einen bedeutenden zentralen Ort zur Stabilisierung der jungen Grafenrechte in Ostfriesland zu besitzen. War Emden am Ausgang des 16. Jahrhunderts bereits zu einem ansehnlichen Handelsplatz gediehen, so profitierte die Stadt letztlich von den spanisch-niederländischen Auseinandersetzungen. Viele holländische Fernhändler flohen nach Emden, englische Händler verlagerten von Antwerpen ihre Geschäfte an die Emsstadt. Ausdruck dieser Blütezeit war das ab 1574 erbaute Rathaus am Delft mit seiner prächtigen Renaissancefassade. Doch als die holländischen Fernhändler die Stadt in den achtziger Jahren wieder verließen, blieb sie zwar ein wichtiger Hafenplatz, konnte aber die kurzzeitige internationale Position nicht behaupten. Konflikte mit der Landesherrschaft um die calvinistische Konfession und um die Unabhängigkeit der Stadt führten zu offenen Auseinandersetzungen, die immerhin für mehr als ein Jahrhundert die Sonderstellung der Stadt sicherten.

Ist Emden also als Stadt zu verstehen, die ihren Aufschwung der frühneuzeitlichen internationalen Handelsverlagerung zu verdanken hat, so zeigt sich ein Beispiel ähnlicher Art auf territorialfürstlicher Initiative am Beispiel des Oberharzes. Die Bergstädte hier wurden von den welfischen Landesherren angelegt, um die Oberharzer Erze zu brechen und zu verhütten. Kupfer, Blei und auch Silber gelangten in den internationalen Handelskreislauf. Ohne die erhöhte Silbernachfrage im internationalen Handel und ohne die hohen, zum Scheiden von Silber notwendigen Bleimengen wären diese fürstlichen Aktivitäten nicht zu verstehen. Es standen also auch hier internatio-

nale Warenbeziehungen und die Hoffnungen, an ihnen lukrativ zu partizipieren, im Mittelpunkt.

Die Welfenherzöge aus dem Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel gingen voran und gewährten die so genannten Bergfreiheiten, die den sich niederlassenden Bergleuten eine Freistellung von staatlichen Belastungen und eine hohe Autonomie in den neuausgebauten Orten beließ. Bergleute und Hüttenfachleute kamen aus dem mitteldeutschen Raum, speziell aus dem Erzgebirge, Handwerker, Fuhrleute usw. aus dem benachbarten Harzvorland. Wildemann, Zellerfeld, Grund, Lautenthal, Clausthal, St. Andreasberg und das erst im 17. Jahrhundert Stadtrecht erhaltende Altenau erreichten bis 1600 eine Gesamteinwohnerzahl von ca. 6.000 Menschen. So wurde im 16. Jahrhundert die Basis geschaffen, dass der Oberharz zu einer europaweit wichtigen und für das östliche Niedersachsen zentral bedeutenden Wirtschaftslandschaft des 17. und 18. Jahrhunderts gedieh.

Mit Ausnahme von Goslar, das seit 1552 unter dem Verlust des Rammelsberges litt, ist bis zu den achtziger Jahren des 16. Jahrhunderts in der Geschichte der einzelnen Städte Niedersachsens überwiegend Wachstum und Ausdehnung der Handelsbeziehungen festzustellen. Lüneburg erlebte seine letzte Blüte als Salzstadt, bevor die südwesteuropäischen Salze als Konkurrenzprodukt erfolgreicher waren, Einbeck als Bierstadt seinen Höhepunkt.

Am Ausgang des Jahrhunderts mehrten sich die Stagnation und Krisenzeichen. Das entsprach durchaus einer gesamteuropäischen Entwicklung, dürfte aber in großen Teilen Nordwestdeutschlands damit zu tun haben, dass die niederländischen Städte und dazu Hamburg einen Vorsprung im überseeischen Handel erreicht hatten, der für expansive Entwicklungen im Binnenland nur sehr eingeschränkte Freiräume beließ. Die teuren Bastionärs-

befestigungsanlagen, die wegen der Verbesserung der Artillerie zukünftig Sicherheit versprochen, konnte die Mehrzahl der Städte fortan nicht finanzieren. Kleinere und mittlere Städte verzichteten zwar nicht auf die mittelalterlichen Mauern, diese boten jedoch keinen militärischen Schutz mehr. Für das Städtewesen galt ähnlich wie für die Landwirtschaft, dass der Höhepunkt des Wachstums im 16. Jahrhundert überschritten war, als der Dreißigjährige Krieg nach Norddeutschland übergriff.

Der Dreißigjährige Krieg und seine Folgen

Als in Böhmen ein Krieg begann, nachdem die evangelischen Stände im Konflikt mit den katholischen Habsburgern Friedrich von der Pfalz zum König gewählt hatten, deutete sich ein wirtschaftlicher Niedergang in Europa insgesamt an. Zunächst wütete der Krieg allein in Böhmen, erst 1625 griff er auf Norddeutschland über und hier speziell auf die welfischen Landesteile. Von 1613 bis 1634 regierte in dem braunschweigisch-calenbergischen Teil Herzog Friedrich Ulrich. Er überließ die Regierung zunächst landständischen Räten, dann seinem Bruder Christian und der Mutter Elisabeth, Schwester des Dänenkönigs Christian IV. Welfenherzog Christian hatte sich schon am Krieg in Böhmen beteiligt, obgleich die norddeutschen Territorialfürsten neutral bleiben wollten. Es lag also nahe, dass die gegnerischen Truppen der katholischen Liga unter Tilly nach der Niederlage des „tollen Christian“ die Stammlande des Welfen heimsuchten, zumal der Dänenkönig 1625 in den Krieg eingriff. Dieser tat es, teils um die Sache des Protestantismus zu retten, teils um seine Macht in Norddeutschland auszudehnen.

Am 30. Juli 1625, die Ernte hatte gerade begonnen, rückten Tillys Truppen von der Deisterpforte aus nach Nordosten

vor. Die Bauern flohen in Scharen nach Hannover, während ihre Dörfer ausgeplündert wurden. Als sich Ende Oktober die Besatzung der Feste Calenberg ergab, fiel mit Ausnahme der Stadt Hannover das Calenberger Land in Tillys Hand. Die in Verden liegenden dänischen Truppen schickten unter der Führung Hans Michaels von Obentraut nur eine Reiterabteilung zur Erkundung aus. Diese konnte Nienburg entlasten, wurde aber von Tillys Heer bei Seelze völlig aufgerieben. Obentraut fiel; das dem „deutschen Michel“ bei Seelze gesetzte Denkmal erinnert weiter an ihn. Als Tilly im August 1626 das niedersächsisch-dänische Heer bei Lutter am Barenberge besiegte, war die welfische Macht in Norddeutschland zunächst gebrochen. Zwar wurde Hannover nicht von den Tillyschen Truppen eingenommen, musste sich aber mit großen Zahlungen freikaufen. Herzog Friedrich Ulrich war in Gefahr, sein Land zu verlieren. Entlastung brachte der Sieg des lüneburgischen Herzogs Georg über die kaiserlichen Truppen bei Hessisch-Oldendorf 1633. Damit fiel die schlimmste Last, zumal die Welfen schon vor dem Westfälischen Frieden mit dem Kaiser 1642 in

Goslar einen Separatfrieden schlossen. Nur einzelne Durchzüge schwedischer Soldaten beunruhigten noch die Menschen.

Der Westen Niedersachsens blieb mit Ausnahme von Ostfriesland von tief greifenden Kriegsfolgen verschont. Die Grafschaft Oldenburg konnte sich in ihrer Anlehnung an Dänemark zur Zeit des Grafen Anton Günther (1603-1667) sogar konsolidieren. In den Verkehrsdurchgangsbereichen des mittleren Niedersachsens aber war das Land zerstört. Eine geordnete landwirtschaftliche Produktion wurde über Jahre hinweg unmöglich. Die Handelskontakte der Städte lagen danieder. Schätzungsweise um ein Drittel war die Bevölkerungszahl hier gesunken. Immerhin vermochten die Überlebenden die Dorfgemarkungen zu bewirtschaften und brauchten keine Fluren dauerhaft aufzugeben. Kein Dorf war so entvölkert, dass sich der Wiederaufbau nicht mehr lohnte. Viele Hofstellen blieben allerdings noch unbewirtschaftet. Bis ins 18. Jahrhundert hinein mühten sich die Landesherrschaften, leerstehende Hofstellen wieder zu besetzen, um die Menge der Steuerzahler zu erhöhen.



Bei Friesoythe gewannen die kaiserlichen Truppen unter Tilly zu Weihnachten 1623 gegen das Mansfeldische Heer. Niedersachsen geriet für drei Jahre unter Tillysche Hoheit.

Am Ende des Dreißigjährigen Krieges deuteten sich politische Verschiebungen an, die für lange Zeit Wirksamkeit bewahrten. Der Lüneburger Herzog Georg erhielt in der letzten großen Erbauseinandersetzung der Welfen das Fürstentum Calenberg und bezog 1636 Hannover als Residenzstadt. Dieser Tatsache ist im Wesentlichen der Aufstieg Hannovers hin zur größten Stadt Niedersachsens zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu verdanken. Die Welfen mussten im Frieden von 1642 auf die nach der Hildesheimer Stiftsfehde gewonnenen Anteile des Hochstifts verzichten, erreichten im Westfälischen Frieden von Münster und Osnabrück 1648 aber die so genannte „Alternation“ im Hochstift Osnabrück, also die abwechselnde Besetzung des Bischofsstuhls durch einen evangelischen welfischen Fürsten und einen Katholiken. Weitere Hoffnungen auf Zuerwerb zerschlugen sich. Die säkularisierten Bistümer Minden, Halberstadt und Magdeburg fielen an den Kurfürsten von Brandenburg, die Bistümer Bremen und Verden erhielt Schweden.

Bescheiden waren dagegen die Bereiche, die von der Grafschaft Schaumburg an die Welfen gelangten. 1640 war das Grafenhaus ausgestorben. In einem langwierigen und rechtsrechtlich schwierigen Prozess wurde Schaumburg 1647 schließlich in zwei Hauptteile zergliedert. Die Grafschaft fiel im Wesentlichen an die Landgrafen von Hessen. Diese nahmen den südwestlichen Teil mit der Stadt Rinteln selbst in Besitz, mussten aber den nordöstlichen Teil mit den Städten Bückeburg und Stadthagen an eine lipplische Nebenlinie verlehnen. Dieser Teil konnte sich, gemeinhin als Schaumburg-Lippe bekannt, trotz aller Zugriffsversuche behaupten und ging als eigenständiges Land 1946 in Niedersachsen auf.

In der Mitte des 17. Jahrhunderts schien die welfische Westexpansion un-

terbunden zu sein. Der territoriale Zugewinn Brandenburgs in Mitteldeutschland und in Westfalen hatte das mittlere und südliche Niedersachsen in eine Zwischenlage gebracht. Zugleich war mit Schweden in den Stiftsgebieten Bremens und Verdens die nordeuropäische Zentralmacht der Zeit kraftvoll in Niedersachsen vertreten. Hinzu kam, dass nach dem Tod des für sein Territorium so erfolgreichen Oldenburger Grafen Anton Günther 1667 die in Dänemark regierende Nebenlinie des Hauses in Personalunion den größten Teil der Grafschaft Oldenburg bis 1773 übernahm und im niedersächsischen Bereich Statthalter einsetzte.

Ausbau frühmoderner Staatlichkeit

Dennoch begannen alsbald territorialpolitische Veränderungen, die vorrangig von den in Hannover zunächst nur über kleine Bereiche im mittleren und südlichen Niedersachsen regierenden Welfen ausgingen. Deren Fürstentümer wurden durch das Erbe des weit größeren Fürstentums Lüneburg 1705 erweitert. Herzog Ernst August war es nach langen Auseinandersetzungen und unter hohen finanziellen Belastungen zudem 1692 gelungen, in die Reihe der Kurfürsten, also der den König wählenden Fürsten, aufzusteigen. Seine Ehefrau Sophie von der Pfalz kam aufgrund verzweigter Verwandtschaften als nicht-katholische Anwärterin für die Nachfolge der englischen Königin in Frage, was 1701 im „Act of Settlement“ festgeschrieben wurde.

Sophiens und Ernst Augusts Sohn Georg Ludwig bestieg 1714 als Georg I. den englischen Thron. Die Personalunion währte bis 1834. Territorialpolitische Vorteile hatte das Kurfürstentum hierdurch beim Erwerb des einst bremisch-verdenschen, sodann schwedischen Elbe-



In der Geschichte des Welfenhauses von Gottfried Wilhelm Leibniz wird Kurfürst Ernst August von Hannover als zeitgenössischer absolutistischer Fürst dargestellt.

Wesergebietes 1715/19. Im Übrigen waren die politischen, ökonomischen und kulturellen Unterschiede zwischen England und Hannover so groß, dass von dort nur wenige Initiativen zur Modernisierung des welfischen Mutterlandes ausgingen. Doch wuchs in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts die Bereitschaft der führenden Gruppen in Hannover, von England zu lernen. 1689 hatte Hannover bereits das Elbherzogtum Lauenburg erworben. 1752 kam die Grafschaft Bentheim, zunächst als Pfand, hinzu. Der Erfolg der hannoverschen Welfen führte zu wachsenden Konflikten mit den Vettern in Braunschweig-Wolfenbüttel, die ihren Bereich nicht wesentlich über den Raum Braunschweig und einen vom Harz zur Weser gerichteten Bereich auszuweiten vermochten. Im Umgang mit der

größten und weitgehend autonomen Stadt Niedersachsens waren sich die Welfen allerdings einig. Gemeinsam unterwarfen sie 1671 Braunschweig.

Mehr und mehr zeigte sich in Niedersachsen eine hannoversch-preußische Konkurrenz. Die Kurfürsten von Brandenburg, ab 1701 Könige in Preußen, erlangten 1702 die Grafschaft Lingen, 1707 die Grafschaft Tecklenburg und folgten 1744 dem 1662 gefürsteten, nun ausgestorbenen, Haus Cirksena in Ostfriesland.

Nicht zu Preußen oder einem der beiden welfischen Häuser gehörten am Ausgang des 18. Jahrhunderts im wesentlichen: Herrschaft Jever, Grafschaft Oldenburg, Niederstift Münster, Hochstift Osnabrück (jedoch welfische Alternation), Amt Ritzebüttel (später Cuxhaven), Grafschaft Schaumburg-Lippe, Grafschaft Schaumburg, Grafschaft Pyrmont, Hochstift Hildesheim, Herrschaft Plesse, Eichsfeld.

Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges wurde der niedersächsische Raum noch einmal vom Siebenjährigen Krieg 1756 bis 1763 in Mitleidenschaft gezogen. Vorrangig der Tatsache, dass Kurhannover durch die Personalunion seiner Landesherren mit England dessen Politik teilen musste, ist die belastende französische Besetzung von Teilen Niedersachsens zuzuschreiben. Die 1754 im amerikanischen Ohio-Tal beginnenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen England und Frankreich dehnten sich rasch auf Westindien, Westafrika und Indien aus. England trachtete mit Hilfe Preußens, Hannover zu schützen und Frankreich zu treffen. Frankreich verbündete sich mit Österreich, Russland, Schweden und dem übrigen Reich. Den europäischen Krieg löste Friedrich II. von Preußen im August 1756 durch seinen Präventivangriff gegen Sachsen aus. Das hannoversche Heer sollte im Frühjahr 1757 ein Vordringen der Franzosen hindern, die mit der Besetzung des Kurfürstentums Eng-

land zu schädigen dachten. Aber nach dem Sieg in der Schlacht bei Hastenbeck am 27. Juli stand den französischen Truppen das Kurfürstentum offen. Preußische Truppen unter dem Braunschweiger Herzog Ferdinand brachten Entlastung. Ihm bereitete Hannover am 12. Februar 1762 einen triumphalen Empfang, wovon ein Kupferstich der eigens errichteten monumentalen Ehrenpforte zeugt. Am 17. Juni 1763 besuchte der aller militärischen Rückschläge zum Trotz letztlich siegreiche Preußenkönig Friedrich II. die Stadt.

In den einzelnen Territorien Niedersachsens hatte sich seit dem 17. Jahrhundert ein allmählicher Wandel zum bürokratischen Staatswesen mit absolutistischen Herrschaftstendenzen vollzogen. Die Interessenkongruenz von Landadel und Staat blieb erhalten. Gleichgültig jedoch, in welchem Umfang der territoriale Adel als Landstand auch während der frühen Neuzeit die politischen Geschehnisse eines Territoriums weiterhin mitbestimmte, seine soziale Stellung als Grundherr blieb unangetastet; vielfach gelang sogar die Schaffung geschlossener Gerichtsbezirke und damit die Exemption aus den territorialstaatlichen Ämtern. Ein Teil der Ritter hatte als Kriegerunternehmer von den Konflikten im 16. Jahrhundert profitiert. Viele sicherten sich seit dem 17. Jahrhundert die wichtigen territorialstaatlichen Heeres- und Staatsämter. Im Regelfall blieb eine politische Mitbestimmung des Adels, teilweise auch der Städte und, wie in Ostfriesland, sogar der Bauern erhalten. Gerade weil die hannoverschen Kurfürsten während der Personalunion immer seltener von England in ihre Heimat kamen, dürfte diese relative Autonomie der Stände in einem wichtigen Teil Niedersachsens gestärkt worden sein.

Auch dort, wo die Landstände faktisch entmachteten wurden, blieben vielfach die

landständischen Ausschüsse bestehen, so dass etliche Adelsfamilien Land- und Schatzräte stellten, die wesentlich die territorialstaatliche Politik zu beeinflussen vermochten. Adlige Regierungstätigkeiten und landständische Aufgaben verschmolzen miteinander. Insbesondere im Kurfürstentum Hannover zeichnete sich immer klarer eine eindeutige Trennung zwischen führenden Adelsfamilien, die Staatsaufgaben wahrnahmen, und den vornehmen Verwaltungsfamilien ab.

Zwar überwog im niedersächsischen Raum ein gemäßigter landesherrlicher Absolutismus, der gerade in der Phase der Aufklärung manche Modernisierung zuließ, doch spielte der jeweilige Hof eine wichtige Rolle für das politische und kulturelle Leben.

Niedersächsische Residenzstädte im 17. und 18. Jahrhundert

In den Residenzstädten trafen ältere städtische Freiheit und neuer fürstlicher Gestaltungswille direkt aufeinander. Da seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert die Entwicklungsmöglichkeiten der niedersächsischen Städte durch internationalen Warenaustausch ohnehin sehr reduziert waren, wird an den Residenzstädten zugleich deutlich, wie abhängig städtische Prosperität fortan von fürstlicher Förderung war.

Hannover nahm die deutlichste Aufwärtsentwicklung. Die Stadt war im Dreißigjährigen Krieg nicht eingenommen worden, konnte sich freilich 1636 dem militärisch erfolgreichen Georg von Calenberg nicht widersetzen, als er entschied, diesen geschützten Ort seines Territoriums als Residenz zu beziehen. Zwar sicherte der so genannte Residenzvergleich der Stadt alle alten Rechte und Privilegien, die - bis auf die finanzielle Einordnung in das landesherrliche Terri-

torium - denjenigen der Reichsstädte kaum nachstanden, doch boten geschickt eingefügte Formulierungen fortan dem Landesherrn die Möglichkeit, selber zu entscheiden, ob er sich an die Einhaltung des Vertrages halten wollte oder nicht. Schon der 1637 begonnene Umbau des alten Franziskanerklosters zum Schloss brachte den ersten Streit. Die hier untergebrachten städtischen Einrichtungen mussten ausziehen, und die Folgekosten wurden der Stadt aufgebürdet. Eine lange Kette von landesherrlichen Eingriffen in die städtischen Angelegenheiten folgte. Ob 1639 der Bauplatz für ein Zeughaus gestellt werden musste, ob 1642 ein städtischer Teich zum herzoglichen Karpenteich deklariert wurde, ob links der Leine gar die Calenberger Neustadt als Konkurrenzsiedlung der Altstadt planmäßig ausgebaut wurde, ob Alt- und Neustadt 1653 mit einer gemeinsamen modernen Bastionärsbefestigung umgeben wurden, ob 1686 die Akziseordnung die Mitsprache Hannovers als Landstand in territorialen Finanzierungsangelegenheiten drastisch einschränkte, ob viele andere kleine und größere Übergriffe geschahen,



Vor den Toren vor Hannover wurde seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die Sommerresidenz Herrenhausen ausgebaut.

stets protestierte der hannoversche Altstadtrat heftig, bewirkte aber so gut wie nichts.

1676 musste er gar zusehen, wie eine landesherrliche Kommission eingesetzt wurde, die alle Missstände in der Stadtverfassung und -verwaltung beseitigen sollte. Das Ergebnis wurde der Stadt 1699 als Weihnachtspräsent überreicht: Entmachtung der bisherigen Führungsgruppe und wesentliche Straffung der Verfassungs- und Verwaltungsorgane, die fortan der landesherrlichen Kontrolle unterstanden. Schon sechs Jahre zuvor hatte der Herzog mit dem Gildereglement tief in die alten städtischen Freiheiten eingegriffen, wenn er die traditionsreichen autonomen Zünfte faktisch zu landesherrlichen Ämtern degradierte.

Wohl mangelt es nicht an lamentierenden Vorsprachen des Rates und bisweilen auch der Zünfte beim Landesherrn über die angeblich unsäglich schlechte wirtschaftliche Lage der Stadt, aber zu innerstädtischen Oppositionen, gar Bürgerkämpfen, die aus der frühneuzeitlichen Stadtgeschichte als Revolten gegen die städtischen und landesherrlichen Obrigkeiten durchaus bekannt sind, kam es in Hannover nicht. Verfassung und Verwaltung waren am Ende des 17. Jahrhunderts - betrachtet man sie aus späterer Sicht - allemal marode und wenig bürgerfreundlich, die gewerbliche Organisation in den Zünften verkrustet. Aber diese Ordnung der Handwerke bot den einzelnen Produzenten Schutz gegen die verdrängenden Kräfte des Marktes.

Die ältere Struktur der Altstadt als Gewerbeort mit gewissem Fernhandel blieb erhalten, obgleich in der Calenberger Neustadt, wo auch Juden, Reformierte und Katholiken sich niederlassen durften, die eigentlichen Hofhandwerke und -lieferanten angesiedelt worden waren. Hannover hatte besser als andere Städte den Dreißigjährigen Krieg

überstanden und erlitt trotz der wachsenden Konkurrenz des Landes und der Calenberger Neustadt keine grundsätzlichen Erwerbseinbußen. Denn der personelle Zuzug in die Stadt schuf Ausgleich zumindest im Dienstleistungsbereich. Darüber hinaus wuchs das im weiteren Sinne kulturelle Angebot in der Stadt voran durch die Sommerresidenz in Herrenhausen, sodann durch Ausbildungsstätten, Theater, neue Bauten, nicht zu vergessen die Karnevalsfeier nach venezianischem Vorbild, an denen sich auch das Bürgertum beteiligte.

Der Fortzug des Hofes mit dem Beginn der Personalunion 1714 wird in der landesgeschichtlichen Literatur stets als Einbruch bewertet. Der Hofstaat wurde reduziert, das Leben in der Stadt insgesamt provinzieller, sieht man von den stetig selteneren Aufenthalten der Könige in der kurfürstlichen Residenz und den bisweilen damit verbundenen Besuchen anderer Monarchen einmal ab. Wer Dresden oder München im 18. Jahrhundert mit Hannover verglich, suchte vergeblich nach herausragenden Attributen der Welfenmetropole.

Aber Hannover blieb herrschaftlicher Mittelpunkt des Kurfürstentums und Sitz der zur Regierung verordneten Räte. Diese befragten zwar in jeder Kleinigkeit die Londoner Kanzlei; hiervon profitierte allerdings alsbald die arg beschränkte Autonomie der Stadt. Lokale und soziale Sonderstellungen konnten sich neu verfestigen, weil fortan der landesherrliche Eingriff fast völlig fehlte. Das Gilde-reglement wurde faktisch nicht mehr beachtet, die Stadtverwaltung kaum mehr kontrolliert. Ein weiterer Ausbau der Calenberger Neustadt unterblieb, so dass beide Städte immer friedlicher nebeneinander existierten. Unter Bürgermeister Gruppen (1725-1761 im Amt) nahm sich die Stadt viele alte Autonomieansprüche wieder heraus; ja die Konfrontations-

partner wechselten völlig. Nicht mehr die städtische Führungsspitze opponierte gegen landesherrliche Eingriffe, vielmehr beklagten sich viele städtische Bürger, letztlich vergeblich, beim Landesherrn über den allzu selbstbewussten Bürgermeister, der unter seiner Regie beispielsweise 1736 das erste städtische Krankenhaus begründen half, 1737 den Neubau des Schnellen Grabens veranlasste, 1740 die Leineschiffahrt gen Bremen wiedereröffnete, ab 1746 den Torftransport vom Altwarmbüchener Moor auf dem Schiffgraben erneut ermöglichte, 1753 durch die Gründung der Brausozietät den zurückgehenden hannoverschen Broyhan-Absatz zu steigern sich bemühte, das Armenwesen mit den zeitgenössischen Mitteln der Arbeitshausdisziplinierung zu verringern suchte und schließlich ab 1747 die Stadt im Süden vor dem Aegidientor erweitern ließ.

Wohnten zur Zeit des Ausbaus der Calenberger Neustadt bald nach dem Dreißigjährigen Krieg vielleicht 6.000 Personen in der Altstadt, so erhöhte sich die Einwohnerzahl beider Städte bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts auf ca. 17.000 und überschritt die Grenze von 20.000 nach dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Das gesamte unmittelbare Umland war in die Residenzfunktion eingegliedert.

Ein merkwürdiges Gemisch von Stagnation und Umbruch prägte die Stadt am Ausgang des 18. Jahrhunderts. Noch standen kleinbürgerliche Enge und zünftiger Geist im Mittelpunkt. Selbst das 1786 geschaffene Commerz-Kollegium schien mehr den agrarisch-gewerblichen Interessen der adligen und beamteten Landbesitzer als dem freien Unternehmertum zuzuarbeiten. Auch Grupens Amtsnachfolger herrschten autoritär. Zugleich aber ließ die größere Autonomie der Stadt insgesamt mehr als noch einhundert Jahre zuvor dem Bürgertum die Möglichkeit zu besserer Bildung und offenerem Denken.

Gerade die Aufstiegschance in der Verwaltung schien die Grenzen zwischen dem traditionellen Landadel und dem im Territorialstaat avancierten Bürgertum zu verwischen. Beamte, Ärzte, Advokaten u.a. verstanden sich weniger als Stadtbürger denn als Bürger im Staat. Der von einer breiten Gruppe Gebildeter finanzierte Leibniztempel von 1789/90 ist eines der äußeren Zeichen dafür, dass Aufklärung, individuelle Bildung, Naturzugewandtheit oder so genannte englische Freizügigkeit miteinander in sinnvolle Verbindung treten konnten. Allmählich ging das altadlig-hofadlig geprägte gesellschaftliche Leben über in eine neue von bürgerlichen Beamten und Literaten bestimmte Form.

Der Blick auf die anderen Residenzstädte zeigt, dass nur Bückeburg und Wolfenbüttel samt dessen Nachfolger Braunschweig während des gesamten 17. und 18. Jahrhunderts Sitze eines im Lande ansässigen Landesherren blieben. Alle anderen Residenzen hatten wenigstens zeitweilig quasi eine auswärtige Residenz über sich, weil aufgrund der schwedischen Kriegsgewinne, aufgrund der dynastischen Verknüpfungen der Herrscherhäuser oder aufgrund der Wahl auswärtiger geistlicher Reichsfürsten zu Bischöfen der Landesherr eine nicht in Niedersachsen gelegene Hauptresidenz besaß. Schaumburg-Lippes Souveränität war dazu durch die hessen-kasselsche Lehnshoheit und die preußischen wie hannoverschen Expansionsbemühungen häufig bedroht.

Den Braunschweiger Welfenherzöge eröffneten sich materielle Ressourcen, die denjenigen der hannoverschen Vettern kaum nachstanden, so dass Wolfenbüttel und nach der Eroberung 1671 Braunschweig spezielle Förderungen erhielten, die Braunschweig gemessen an seiner mittelalterlichen Stellung dringend benötigte. Die umfangreichen Investitionen

für die Wirtschaftsförderung Braunschweig-Wolfenbüttels fallen auf, während, bezogen auf die Territoriumsgröße, Schaumburg-Lippe die höchsten Ausgaben für die Hofhaltung und das Militärwesen kennzeichnet. Generell aber galt, dass die Landesherren zur Finanzierung ihrer Hofhaltungen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel so weit überzogen, dass für binnenwirtschaftliche Investitionen nur wenig Geld zur Verfügung stand.

Die Dauer der Residenzzeit wich stark voneinander ab. Einzig Bückeburg war ab 1607, kaum unterbrochen durch das „Schaumburger Interregnum“ 1640-1647, durchgängig Residenz des landansässigen Herrscherhauses. Wolfenbüttel musste den Hof 1753 nach Braunschweig ziehen lassen, hatte aber durch seinen gezielten Ausbau als Residenzstadt vor den Toren des mächtigen und lange unabhängigen Braunschweigs insbesondere im 16. Jahrhundert die charakteristischste Prägung durch den frühmodernen Staat in Niedersachsen überhaupt erhalten. Doch schon bald nach 1671 begann der allmähliche Verlust höfischer Funktionen zugunsten Braunschweigs, und nach dem Wegzug des Hofes ging die Einwohnerzahl Wolfenbüttels in zwei Jahrzehnten um fast 40% zurück.

Ähnlich erlebte Celle im 16. Jahrhundert eine intensive Förderung als Residenz der Lüneburger Welfenherzöge. Als Celle die Residenzfunktion 1705 verlor, bekam die Stadt mit dem Oberappellationsgericht 1711, mit dem Zucht- und Irrenhaus 1710-1732, dem Landgestüt 1735 und der Landwirtschaftsgesellschaft 1764 im Kurfürstentum Hannover territorialstaatliche Aufgaben, die einen allzu raschen Bedeutungsverlust der Stadt verhinderten.

Aurich, ab 1565 stetig ausgebaute Residenz der Cirksena, wurde zum preußischen Verwaltungsort degradiert, als 1744 das ostfriesische Grafenhaus ausstarb und von Friedrich dem Großen ge-

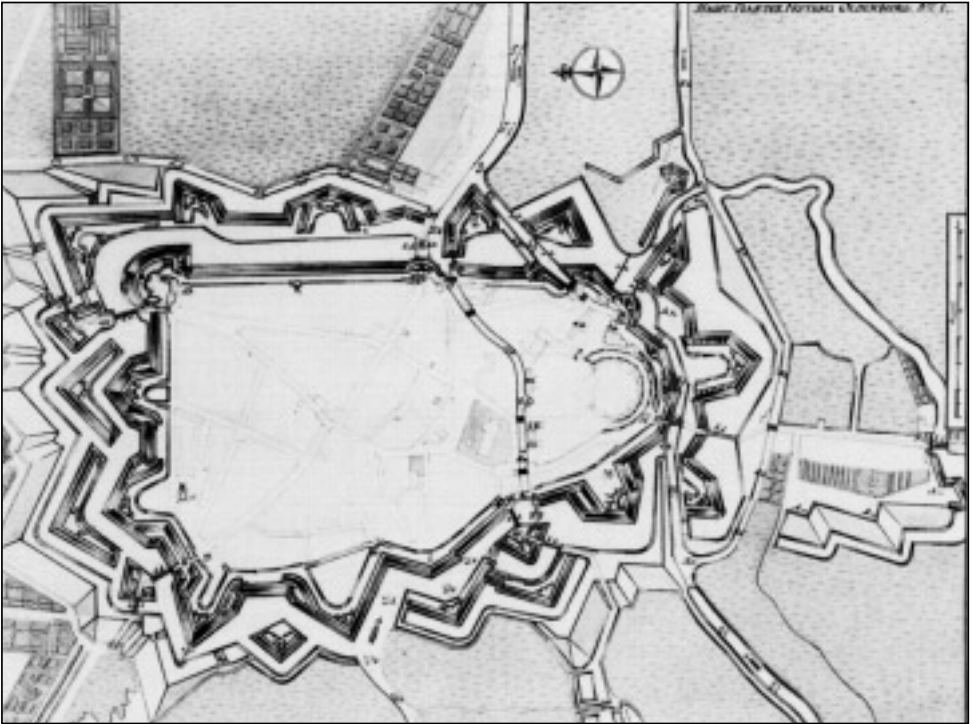
gen heftigste Proteste Kurhannovers beerbt wurde. Zudem hatte Aurich stets Emden, das die landständischen Verwaltungsteile behielt, als erfolgreichere Konkurrentin.

Mit dem Tod von Graf Anton Günther endete ein absolutistisches Hofleben in Oldenburg. Immerhin hielt über das 17. Jahrhundert hinweg ein gewisser Aufschwung der Außenhandelsbeziehungen der Stadt an. Erst 1773 bezog die jüngere Holstein-Gottorper Linie hier wieder Residenz.

Osnabrück und Hildesheim spielten als Bischofsstädte eine Sonderrolle. Da das Hochstift Osnabrück seit dem Westfälischen Frieden alternierend einen gewählten katholischen Bischof oder einen nachgeborenen hannoverschen Welfenherzog zum Landesherrn hatte, unterlag die Stadt wechselnden Einflüssen. Ihre der

Reichsfreiheit nahe Position konnte sie nicht bewahren, als Ernst August eine absolutistische Politik gleichsam übte, die er in Hannover später verwirklichte. Karl von Lothringen und Ernst August II. regierten das Hochstift hernach zeitüblich absolutistisch. Karl war selten im Land, anders als Ernst August, der sich bemühte, die rasch an Kraft verlierende städtische Wirtschaft zu fördern. Boten die lange Zeit der Minderjährigkeit des letzten welfischen Fürstbischofs Friedrich der regionalen Verwaltung gute Mitbestimmungschancen, so blieb das Territorium unter Clemens August 1728-1761 nie vergessenes Nebenland eines der bedeutendsten geistlichen Fürsten der Zeit, woran beispielsweise das prachtvolle Jagdschloss Clemenswerth bei Sögel erinnert.

Das Hochstift Hildesheim hing wesentlich stärker von den Kölner Erz-



Oldenburg ist ein typisches Beispiel für eine barocke Festungsstadt in Niedersachsen (Darstellung von 1764).

bischöfen aus dem wittelsbachischen Hause ab und kannte bis auf die kurze Zwischenphase einer sehr bescheidenen Hofhaltung durch Jobst Edmund von Brabeck 1688-1702 erst ab 1763 mit Friedrich Wilhelm von Westphalen wieder im Lande residierende Fürstbischöfe. Dennoch versuchten die Bischöfe seit der Stiftrestitution 1643, die weitgehend autonome Stadt Hildesheim in ihren Rechten zu schmälern. Das Vertrauen Hildesheims auf welfische Hilfe gegen den Bischof blieb wegen der dortigen Städtepolitik stets zwiespältig. Gerade durch diese Konstellationen bewahrte aber Hildesheim die vergleichsweise stärkste innerstädtische Autonomie, erhielt allerdings auch wenig landesherrliche Förderung.

Betrachtet man vergleichend das Verhältnis der Städte zu den Landesherren und die innerstädtischen Verhältnisse allein, so erscheint zum einen die große Ähnlichkeit aller Residenzstädte untereinander als hervorhebenswert. Zum anderen fällt der unmittelbare Zusammenhang vom Sitz des Landesherrn im Territorium mit dem intensiven Eingriff in städtische Belange auf. Innerhalb dieser beiden Ähnlichkeiten muss aber deutlich unterschieden werden zwischen den Städten, die schon im Mittelalter vollwertig entwickelt waren, und denjenigen Orten, die überhaupt erst in einen städtischen Rang hineingelangten, nämlich Aurich und Bückeburg. Wolfenbüttel stand dazwischen, da es als Neuentwicklung wesentlich schon im 16. Jahrhundert ausgebaut worden war. Trotz vieler kleiner Querelen waren daher Aurich und Bückeburg gefügsamere Residenzstädte als vergleichsweise Osnabrück. Und es weichen innerhalb dieser Ähnlichkeiten selbstverständlich aufgrund der unterschiedlichen überkommenen Infrastrukturen die Einwohnerzahlen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Residenzstädte voneinander ab. Aurich

zählte ähnlich wie Bückeburg 1780 keine 2.000 Einwohner, Braunschweig dagegen 1788 immer noch mehr als Hannover, nämlich ca. 25.000.

Einzelne Charakteristika kehren in den Residenzstädten immer wieder: Schlossneu- oder -ausbau, Errichtung von Kanzleigebäuden, Marställen usw., Anlage von herrschaftlichen Neustädten (insbesondere in Hannover und Celle) vor den kleineren der schon im Mittelalter wichtigen Städten oder Ausbau des Ortes selber wie in Aurich und Bückeburg. Stetig stieg der Anteil der fürstlichen Bediensteten, der Hofhandwerker und Soldaten an der städtischen Bevölkerung. In Aurich bewohnten fürstliche Bedienstete 1735 ein Viertel aller Häuser, in Wolfenbüttel machten sie 1754 samt Soldaten ein Drittel der Haushaltungen aus, Braunschweig zählte 1788 fast 3.400 Garnisonangehörige. In allen Residenzstädten wurde das Ausbildungswesen gefördert, voran das der höheren praktischen Bildung verpflichtete Collegium Carolinum 1745 in Braunschweig. Die Verfassungs- und Gewerbeordnungen wurden jedoch durch die Landesherren gegen z.T. heftigen städtischen Widerstand zu einer so genannten „beauftragten“ Selbstverwaltung hin verändert. Dabei blieb die soziale Gliederung in den Residenzstädten, jedenfalls außerhalb des unmittelbar hofbezogenen und akademischen Milieus, relativ unverändert. Ein rascheres Bevölkerungswachstum ist erst am Ende des 18. Jahrhunderts und auch nur in den ohnehin größeren Städten festzustellen.

Ein Universalgelehrter in der Provinz - Gottfried Wilhelm Leibniz

Mehr als vierzig Jahre wirkte in einer dieser Residenzstädte, in Hannover, einer der größten Gelehrten Europas. Die Be-

deutung von Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716), dessen Kenntnisse, Ideenreichtum und Kreativität nur wenige Wissenschaftler späterer Jahrhunderte zu erreichen vermochten, kann kaum überschätzt werden. Noch vergeblich blieben 1669 die Bemühungen, den gebürtigen Leipziger in Hannover einzustellen. Herzog Johann Friedrich begann zwei Jahre darauf seinen regen Briefwechsel mit Leibniz, umwarb ihn 1673 erneut, doch erst am 21. Januar 1675 erklärte sich Leibniz zögernd bereit, von Paris nach Hannover zu kommen. Zunächst wohnte er im Leineschloß. 1698 bezog er das 1648 errichtete Haus Schmiedestraße 10, das, im Zweiten Weltkrieg zerstört, heute als Neubau am Holzmarkt steht. Als Hofrat und Bibliothekar übernahm er die Leitung der Hofbibliothek, deren Bestand er in den Folgejahren auf ca. 50.000 Bücher ausbaute. Mit allen wichtigen Persönlichkeiten der Zeit stand er in Kontakt. Er regte die Gründung von Akademien der Wissenschaften an, widmete sich der Geschichte des Welfenhauses, begründete die Differential- und Integralrechnung und entwarf als Philosoph ein rationalistisch-idealistisches Denkgebäude, das mechanistische Naturerklärungen mit christlichem Glauben zu verbinden suchte. Leitend dabei war die Überzeugung, dass Gott eine alles verbindende Harmonie und Ordnung geschaffen habe, die sich im Großen und in den kleinsten Spuren des Lebens und Denkens zeige. Konnte Leibniz zur Zeit des Herzogs Johann Friedrich sein gesamtes Potential auch zum Zweck des Hofes nutzen, so wurden seine Tätigkeiten während der Regierungsphase Ernst Augusts stärker auf historisch-politische Aktivitäten zugunsten des Welfenhauses und auf technische Aufgabenstellungen beschränkt. Mit der Kurfürstin Sophie dagegen verband ihn eine enge geistige Beziehung.

Hervorgehoben werden sollten die von Leibniz forcierten Bemühungen aus den Jahren nach 1680, die Konfessionen zusammenzuführen, wozu Konferenzen durchgeführt wurden, die Einigungen verhiessen. Letztlich erwiesen sich freilich die trennenden Elemente als zu stark, so dass die Versuche nach 1700 scheiterten. Für das Fürstenhaus wichtig war der 1685 Leibniz erteilte Auftrag, eine Geschichte der Welfen zu schreiben. Dazu reiste Leibniz 1687 für zwei Jahre nach Süddeutschland, Österreich und Italien, um u.a. Materialien zu sammeln. 1691 wurde Leibniz auch die Leitung der Wolfenbütteler Hofbibliothek übertragen, was seine Verdienste besonders würdigte, die Konkurrenz zwischen beiden Zweigen des Welfenhauses aber einmal mehr anregte.

Aus seinen vielen technischen Überlegungen seien zwei herausgegriffen. 1696 legte Leibniz Pläne zur Wasserversorgung der großen Fontäne in Herrenhausen vor, doch sie wurden verworfen: ein Fehler, wie sich herausstellte, denn sie erwiesen sich im nachhinein als geeignet. Während seiner Zeit als Verantwortlicher für die technische Weiterentwicklung im Harzer Berg- und Hüttenwesen entwickelte er eine neue Mühlenart, bei der sich die Flügel wie bei einer Drehtür um eine senkrecht gelagerte Achse drehen. Diese „Horizontal-Windkunst“ ließ sich allerdings nicht in die Praxis umsetzen.

Seit 1698 konnte Leibniz sich stärker auf seine wissenschaftlich-literarische Arbeit konzentrieren. Die königliche Bibliothek nahm er mit in sein Haus Schmiedestraße 10. Das Jahr 1700 brachte ein wissenschaftsgeschichtlich wichtiges Ereignis. Unter Vermittlung der Tochter Ernst Augusts und brandenburgischen Kurfürstin, Sophie Charlotte, richtete Kurfürst Friedrich III. die von Leibniz angeregte Berliner Akademie der Wissenschaften ein und berief Leibniz als deren ersten Präsidenten. 1707 zeigten die

Studien zur welfischen Geschichte ihre Erfolge. Der erste von drei Bänden (bis 1711) der von Leibniz zusammengetragenen Quellen zur welfischen Geschichte erschien.

Mit dem Tod der Kurfürstin Sophie 1714 schmolz Leibniz' politischer und kultureller Einfluß am Hof dahin. 1715 wurde ihm von der Landesherrschaft ein Rückzug aus den Staatsgeschäften nahegelegt. Am 14. November 1716 starb er; Hof und Bevölkerung nahmen wenig Anteil an der Trauerfeier und der Beisetzung in der Neustädter St. Johanniskirche. Man gedachte seiner häufiger erst in den Folgejahrzehnten. 1750 erschien der erste Band der von ihm zusammengetragenen „Origines Guelficae“, eine Quellensammlung zur welfischen Geschichte, und 1790 ermöglichten private und königliche Stiftungen die Anlage einer Gedenkstätte für den bedeutenden Gelehrten, des Leibniztempels, der zunächst am Westende der Esplanade (Waterlooplatz) aufgestellt wurde und seit 1935 im Georgengarten steht.

Leibniz gelang es zwar nicht, der unangefochtene Fürstenberater zu werden. Er baute aber ein internationales Netzwerk wissenschaftlicher Kommunikation auf. Er war Vordenker vieler wichtiger wissenschaftlicher Erkenntnisse in zahlreichen Disziplinen. Er repräsentiert umfassend das barocke Interesse an der Totalität des Wissens. Manchen Menschen in Niedersachsen ist er dennoch eher wegen des zwei Jahrhunderte später nach ihm benannten Kekses bekannt.

Merkantilismus und Wirtschaftsmodernisierung

Typisch für den niedersächsischen Raum des 17. und 18. Jahrhunderts ist die im Vergleich zu den nahen Niederlanden deutlich geringere Stellung der Städte. Die wichtige Ausnahme war Hamburg als Em-

porium des Zentrums, als „Tor zur Welt“. In der hochwertigen Produktion gewerblicher Güter vermochten die niedersächsischen Städte, anders als phasenweise im Mittelalter, seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr international zu konkurrieren. Was der Markt seit Ende des 16. Jahrhunderts nicht mehr leistete, versuchten die Territorialstaaten zu kompensieren. Ihre Anstöße konnten allein aus Kapitalmangel kaum wirtschaftlicher Art sein, sondern wirkten primär im politisch-kulturellen Bereich. Dementsprechend dominierten in der Stadtförderung die drei Hauptbereiche territorialstaatlicher Aktivitäten: Bürokratie, Militär und Hofhaltung.

In den Territorialstaaten profitierten die Residenzstädte am meisten von der fürstlichen Förderung. Besaß Hannover am Ende des Mittelalters im Vergleich zu Braunschweig, Lüneburg und Goslar lediglich nachrangige Bedeutung, so gedieh die Stadt bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts zu einem in übernationale Verbindungen integrierten eigenständigen Hauptort zwischen Hamburg, Berlin, dem rhein-mainischen und dem rheinisch-westfälischen Gebiet. Daher ist Hannover ein gutes Beispiel dafür, wie während der frühen Neuzeit innerhalb der den weltökonomischen Metropolen nachgeordneten Räumen ein Konzentrationsprozess auf wenige lokale Zentren begann. Die an Zahl reduzierten Hauptorte gelangten samt ihrem Umland in führende Positionen, was sich deutlich im Verkehrsnetz der Chausseen unmittelbar vor dem Eisenbahnbau ausdrückt.

Details der Außenverflechtungen zeigen, dass Niedersachsen während der frühen Neuzeit stark von den westlichen ökonomischen Zentren beeinflusst wurde. Innerhalb der modernen Weltsystemtheorie werden solche Gebiete „Halbperipherie“ genannt. Seit dem 16. Jahrhundert verdienten Arbeitssuchende aus

Westniedersachsen saisonal und bisweilen dauerhaft ihr Brot als so genannte Hollandgänger außerhalb der Region. Niedersächsische Territorialstaaten verdingten ihre Soldaten an die im Westen gegeneinander kämpfenden Mächte oder nahmen deren Subsidien Gelder. Der im Binnenland (in den Börden) angebaute Weizen wurde nur zu Festtagen im Land konsumiert, im Übrigen aber u.a. nach England verschifft. Auch die bäuerliche Anteilswirtschaft, das charakteristische Meierrecht, kann unter dem Gesichtspunkt der Außenverflechtungen gesehen werden. Die Bauern waren in der Mehrzahl - ob persönlich frei oder nicht - Lebenszeiterbpächter zu Anerbenrecht. Der Landesherr erhielt zumeist ein bis zwei Dienstage pro Woche, der Grundherr vorrangig Naturalleistungen. Der Anteil der freien Verfügbarkeit über die Arbeitszeit lag höher als in ostelbischen Gebieten der Gutsherrschaft und niedriger als in rheinischen Gebieten der reinen bäuerlichen Pacht.

Die Landesfürsten nutzten das Prinzip der Konkurrenzfähigkeit durch Imitation, um ihre Territorien zumindest wettbewerbsfähig zu halten. Stets spielte die Förderung der Gewerbe eine wichtige Rolle. Dazu wurden externe Arbeitskräfte angelockt, beispielsweise als nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes 1689 viele Hugenotten aus Frankreich fliehen mussten. Mit einer größeren Zahl besser ausgebildeter wirtschaftender Menschen unabhängig zu werden von teuren Importen, den Geldabfluss zu mäßigen und eine aktive Handelsbilanz zu erzielen war das oft gesetzte, aber selten erreichte Ziel des später so benannten „Merkantilismus“. Erfolgreich waren am ehesten kleinere Territorien, voran Braunschweig-Wolfenbüttel. Selbst in kleineren Städten wurden arbeitsteilige, nicht zunftgebundene Großhandwerksbetriebe gefördert (Manufakturen) oder mit der Glasher-



Wie dieser ambulante Korbwarenhändler aus der Gegend um Königslutter (ca. 1830) waren viele Menschen aus den ländlichen Unterschichten auf Gewerbe und Kramhandel angewiesen.

stellung in Grünenplan und der Porzellanherzeugung in Fürstenberg Spezialindustrien neu aufgebaut.

Wegen der Dominanz einer mittelbäuerlich geprägten Agrarwirtschaft war die Protoindustrialisierung, also die im 16. Jahrhundert begonnene gewerbliche Durchdringung ländlicher Räume, nicht nur eine halbproletarische, sondern auch eine bäuerliche Wirtschaftsform, wie die Räume Osnabrück, Schaumburg und das Wendland belegen. Neben die städtische gewerbliche Wirtschaft trat im 18. Jahrhundert zunehmend die ländliche. Flachsweberei und Leinenweberei dominierten in Niedersachsen. Die in vielen Teilen des Raumes hergestellte, meist grobe, Leinwand gelangte im 18. Jahrhundert in die Niederlande, nach England, Spanien, Portugal, nach Nordamerika und in die Karibik. Der internationale Export niedersächsischer Einfach-, Roh- und Halbfertigprodukte trug zur engeren Bindung des

niedersächsischen Raumes an die Handelszentren Westeuropas bei.

Die Aufwertung der Fleckensiedlungen als lokale Markttorte hängt hiermit unmittelbar zusammen. Das Marktgeflecht wurde in der niedersächsischen Fläche vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts offensichtlich rasch verdichtet. Viele dieser Flecken unterhielten Handelsverbindungen nach Hamburg, Bremen, Braunschweig oder Hannover.

Deutlich wird die Beschleunigung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den niedersächsischen Territorialstaaten am Ausgang des 18. Jahrhunderts, als einmal mehr die Bevölkerungszahl zu wachsen begann und das wirtschaftliche Tal der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg durchschritten war. Was nun an Neuerungen in Landwirtschaft und Gewerbeförderung erprobt und zumeist „von oben“ durchgeführt wurde, galt in Teilen Westeuropas schon als seit langem verwirklicht. Die sich spürbar wandelnde soziale und wirtschaftliche Lage des ländlichen Raumes in Deutschland Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts regte den Prozess der Agrarreformen an. Von den Kameralisten, also den Staatsökonomien der Zeit, wurde die Binnenkolonisation hoch bewertet. Ein Beispiel hierfür ist die zwischen 1763-65 erfolgte Ansiedlung kurhannoverscher Soldaten, die weitgehend der ländlichen Unterschicht entstammten und als Gewerbetreibende, Hollandgänger oder Fuhrleute auf neugeschaffenen Kleinstellen im Raum zwischen Hunte und Mittelweser arbeiteten. Die gute Agrarkonjunktur ließ Rationalisierungen und Modernisierungen in der Agrarwirtschaft zu. Die kameralistischen Reformansätze gerieten allerdings am Ausgang des 18. Jahrhunderts ins Stocken, weil die Bauern in der überwiegenden Mehrheit an der genossenschaftlichen Ordnung und die Grundherren am überkommenen Agrarsystem festhalten wollten.

Der Harz als europäischer Wirtschaftsraum

Im Rahmen der territorialstaatlichen Wirtschaftsförderung wurde zwar die bei Osnabrück und im Schaumburgischen sowie im Deister oder Osterwald anstehende Steinkohle genutzt, doch reichte die Bedeutung nicht wesentlich über die Versorgung regionaler Schmieden hinaus. Weiterhin fanden Obernkirchener, Velpker oder Bentheimer Sandstein ihren Absatz ebenso wie die den heimischen Ton verarbeitenden Töpfereiartikel des Ith-Hils-Raumes. Die Lüneburger Saline konnte wegen der internationalen Konkurrenz nicht mehr die Mengen des 16. Jahrhunderts produzieren. Die kleineren, territorialstaatlich geförderten Salinen errangen nur lokale Bedeutung. Wie nie zuvor stand bei Rohstoffgewinnung und -verarbeitung der Harz voran.

Hatten im 16. Jahrhundert die braunschweig-wolfenbüttelschen Welfenherzöge im Wesentlichen den Oberharzer Bergbau gefördert, so geschahen Neuaufteilungen im Zusammenhang mit den Erbauseinandersetzungen nach dem Tod des Herzogs Friedrich Ulrich 1634 und weiteren Tauschvorgängen. Vom so genannten Kommunionsharz fielen vier Siebtel an die in Hannover regierenden Welfen, drei Siebtel an diejenigen in Wolfenbüttel. Diese Ordnung blieb bis 1789 bestehen, dann gelangte der Oberharz an Hannover, der Unterharz an Braunschweig. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erwuchs um das Harzer Berg- und Hüttenwesen mit der Bergwarenhandlung gleichsam ein Staatskonzern mit großer regionaler Ordnungsmacht und internationaler Ausstrahlung.

An der Spitze stand je ein Berghauptmann, dem das Bergamt unterstand. Dieses war in die Abteilungen „von der Feder“ (Verwaltung) und „vom Leder“ (Betrieb) unterteilt. Mit durchschnittlich

knapp einer Tonne Silber pro Jahr am Rammelsberg und bis zu 15 Tonnen pro Jahr im Oberharz wurde eine beachtliche Menge dieses lukrativen Edelmetalls erzeugt, im 18. Jahrhundert zeitweilig fast zwei Drittel der deutschen Silberproduktion. Ein Teil wurde zur Münzprägung in den welfischen Territorien benötigt. Ebenso bedeutend war das Blei, das zur Silbergewinnung im Harz genutzt, aber auch exportiert wurde und für zahlreiche Gebrauchsgegenstände, ja auch zur Waffen und Munitionsherstellung verarbeitet wurde. Daneben stand eine ebenfalls exportorientierte Eisenproduktion.

Zur Trockenhaltung der Stollen wurde eine differenzierte Wasserbewirtschaftung ersonnen, in der Teiche als Speicher eine wichtige Funktion zum Betreiben von Wasserrädern wahrnahmen, die wiederum die Pumpen wie auch die Fahr- und Förderwerke in Gang hielten. Der Wald, dringend notwendig für die Gewinnung von Holzkohle zur Verhüttung, wurde einer kontrollierten, für andere Regionen als vorbildlich geltenden, Forstwirtschaft unterstellt. Stetig wurde die Verhüttungstechnik verbessert. Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft und Verhüttung griffen allerdings tief in den Naturhaushalt ein. Schwefel- und Schwermetallemissionen schädigten Boden, Wald und Menschen.

Zur Versorgung der Bergwerke und der Hütten sowie der Menschen, die in den Oberharzer Bergstädten keine klimatischen Bedingungen für ertragreiche Landwirtschaft vorfanden, war ein breit organisiertes Beschaffungssystem nötig. Hiervon profitierten auch die Harzrandstädte, wo Kornmagazine angelegt wurden oder umfangreiche Fuhrarbeiten zwischen Harz und Harzrand zu erledigen waren. Schätzungsweise dürften bis zu 10.000 Menschen in die Montanwirtschaft des Harzes einbezogen oder von ihr abhängig gewesen sein.

Bergbau und Hüttenwesen gerieten nicht zuletzt wegen zunehmender auswärtiger Konkurrenz in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts in eine wirtschaftlich schwierige Lage, die erst Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Erschließung des neuen Lagers am Rammelsberg wieder günstiger wurde. Weder die beginnende Romantisierung des Harzwaldes noch der frühe Harztourismus konnten im 19. Jahrhundert wesentliche Besserungen bringen. Bald nach 1800 war der Oberharz ein Abwanderungs- und Auswanderungsgebiet.

Die Bedeutung des Harzes für die europäische Montanwirtschaft bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts kann, trotz großer Forschungsanstrengungen der letzten Jahre, noch nicht exakt gewürdigt werden. In den welfischen Territorien nahm das Berg- und Hüttenwesen eine gesonderte Funktion war. Einerseits war die Verwaltung so autonom, dass sie gleichsam einen Staat im Staate darstellte, andererseits dürften die Erträge wesentlich die Staatshaushalte finanziert haben.

Aufklärung und moderne Bildung

Bergbau und Hüttenwesen beruhten auf Erfahrung und tradiertem Wissen, das innerhalb des engeren Montanbereiches weitergegeben wurde. Das höhere Bildungswesen orientierte sich nicht an technischen Anwendungen, sondern blieb zunächst den klassischen Disziplinen (Theologie, Jura, Medizin, Philosophie) vorbehalten. So war die 1576 eingerichtete welfische Universität Helmstedt ein Hort der evangelischen Religionsunterweisung im reformatorisch-humanistischen Geist Philipp Melancthons und des naturrechtlichen Denkens. Die von dem Theologieprofessor Georg Calixt (1586-1656) entwickelte Konzeption, die getrennten Konfessionen auf der Grundlage frühchristlicher Lehraussagen wieder

zu vereinen, beschäftigte das ganze 17. Jahrhundert führende Politiker und Theologen. War die Universität Helmstedt im ersten Jahrhundert ihres Bestehens im evangelischen Deutschland eine bedeutende Ausbildungsstätte für Theologen und Staatsbedienstete, so verlor sie diese Bedeutung zum Ende des 17. Jahrhunderts und wurde 1810 geschlossen. Die 1610 zunächst in Stadthagen gegründete schaumburgische Universität Rinteln spielte bis zu ihrer Auflösung ebenfalls 1810 nur wegen ihrer Rechtsgutachten eine über das hessische Territorium hinausgehende Rolle.

Mit der Universität Göttingen erhielt Niedersachsen eine der Aufklärung verpflichtete und bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in Niedersachsen konkurrenzlose Universität. 1734 nahm sie mit 113 Studenten ihre Arbeit auf. Ihre Entstehung geht im Wesentlichen auf den hannoverschen Minister Gerlach Adolf von Münchhausen (1688-1770) zurück und war als Konkurrenz gegen das preußi-

sche Halle und auch gegen das braunschweig-wolfenbüttelsche Helmstedt zu verstehen. Hatte in der 1694 eröffneten Universität Halle bereits, anders als in Helmstedt, die empirische Wissenschaft Fuß fassen können, so sollte in Göttingen diese ganz im Geist der Aufklärung im Mittelpunkt stehen.

Der Name Georgia Augusta verwies auf den Kurfürsten und englischen König Georg II. Auch diese Universität war davon geprägt, Männer auszubilden, die zukünftig vorrangig im Staatsdienst tätig werden sollten. Die Berufung der Professoren oblag nicht den Fakultäten, sondern blieb in Staatshand. Doch erstreckte sich die Herkunft der Studentenschaft bald, mit norddeutschem Schwerpunkt, auf das ganze Reich und auch auf England und Frankreich. Weitgehende Zensurfreiheit, religiöse Toleranz, der Aufbau einer frei zugänglichen Universitätsbibliothek und die Ergänzung um eine ganz der Forschung gewidmete Akademie der Wissenschaften trugen wesentlich zur



Die Universität Helmstedt war am Ende des 16. und im 17. Jahrhundert eine wichtige Ausbildungsstätte für Theologen und Juristen.

Attraktion bei. Gerade in den Rechtswissenschaften, der Medizin, der Mathematik und auch der Geschichte lehrten angesehene Wissenschaftler.

Für die tätige Aufklärung, die mit rationalem Denken Verbesserungen für die Menschen erbringen wollte, standen weniger die Universitäten, vielmehr Diskussionszirkel wie Lesegesellschaften oder die Korrespondenz zwischen Gleichgesinnten im Mittelpunkt. Dies senkte gesellschaftliche Schranken und ließ dem Bürgertum die Möglichkeit zu besserer Bildung und offenerem Denken. Gerade die Aufstiegschancen in der Verwaltung schienen die Grenzen zwischen dem traditionellen Landadel und dem im Territorialstaat avancierten Bürgertum zu verwischen. Beamte, Ärzte, Advokaten aus dem Bürgertum, wie sie in Göttingen ausgebildet wurden, verstanden sich weniger als Stadtbürger denn als Bürger im Staat: Sie brachten Aufklärung, individuelle Bildung, Naturzugewandtheit oder so genannte englische Freizügigkeit miteinander in sinnvolle Verbindung. Allmählich ging das altadlig-hofadlig geprägte gesellschaftliche Leben über in eine neue, von bürgerlichen Beamten und Literaten bestimmte Form. Vom durchschnittlichen Stadtbewohner blieb dieser Betrieb bewusst distanziert, öffnete sich aber gegenüber der Politik in einer gedanklichen - freilich kaum tätigen - Auseinandersetzung mit den überkommenen absolutistisch-aristokratischen Herrschaftsverhältnissen.

Bildungsbürgertum und Adel traten in vorsichtigen Kontakt. Die Verbindung herzustellen half der gemeinsame Staatsdienst.

Boie, Hölty, Leisewitz, Zimmermann u. a. ließen Hannover am Ausgang des 18. Jahrhunderts zu einem literarischen Mittelpunkt gedeihen. 1775 kam Heinrich Christian Boie, Mitbegründer des Bundes „Göttinger Hain“, für sechs Jahre als

Sekretär der Militärverwaltung nach Hannover; er galt als diskreter Vermittler der führenden zeitgenössischen Literatur. Gleichzeitig ließ sich Ludwig Christoph Heinrich Hölty, 1748 in Mariensee bei Neustadt am Rübenberge geboren, der Dichter schwermütiger oder auch naiv-volkstümlicher Gedichte und Balladen, hier wieder nieder. 1776 erschien das Trauerspiel „Julius von Tarent“, das den 1752 in der Calenberger Neustadt Hannovers geborenen Johann Anton Leisewitz bekannt machte. Bereits 1767 war der Schweizer Johann Georg Zimmermann als königlicher Leibarzt an den Hof berufen worden. Er war bald ebenso Modearzt des Adels wie der Bürger. Dem breiten schriftstellerischen Werk Zimmermanns entstammen zahlreiche Schilderungen der Situationen in und um Hannover. Ernst Brandes, zentrale Figur des politischen, gesellschaftlichen und literarischen Hannovers am Ausgang des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, und August Wilhelm Rehberg, der als Schriftsteller, Philosoph und Politiker Bekanntheit erlangte, setzten sich früh im reformkonservativen Sinn mit der Französischen Revolution auseinander. Karl August von Hardenberg skizzierte während der Zeit, die er bis 1782 im hannoverschen Staatsdienst verbrachte, die Leitlinien der später in Preußen z.T. verwirklichten Reformpolitik. Gerhard Johann David (von) Scharnhorst wirkte zunächst in Schaumburg-Lippe, lehrte an der hannoverschen Artillerieschule und skizzierte Ideen, die er hernach in Preußen zur Heeresreform umsetzte. Johann Christian Kestner kehrte 1773 als Archivsekretär in seine Heimatstadt zurück und heiratete Charlotte Buff aus Wetzlar. Die von Goethe bewunderte Frau ist als Lotte im „Werther“ verewigt. 1777 wurde Georg August Christian Kestner geboren. Als Diplomat und Kunsthistoriker machte er sich einen Namen. Seine Kunstsammlung lieferte den

Grundstock für das später nach ihm benannte Museum in Hannover.

Die kurfürstliche Bibliothek (heute Landesbibliothek Hannover) im Archivgebäude zählte 1801 bereits 103.000 Werke. 21.000 Bände umfasste 1791 die Privatbibliothek des Geheimsekretärs Georg Friedrich Brandes. Auch andere höhere Beamte verfügten mittlerweile über größere Büchersammlungen. Viele kleine, private Lesezirkel entstanden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Es lag nahe, dass 1799 etliche Honoratioren der Stadt eine der Aufklärung verpflichtete umfassendere Lesegesellschaft (Societäts-Bibliothek, später Museumsgesellschaft) in der Leinstraße 22 einrichteten, der alsbald über 200 Personen angehörten. Auch solche Leseclubs halfen, die kulturellen Interessen der Bürger zusammenzuführen und Standesunterschiede innerhalb der gebildeten Gruppe zu verwischen. Bücher und Zeitungen zu halten, die von der im Land vorherrschenden Meinung abwichen, verbot das königliche Zensuredikt von 1793, das den Umlauf revolutionärer Schriften zur Zeit des Höhepunktes der Französischen Revolution verhindern sollte. Nach Hamburg, aber noch vor Bremen, war Hannover dennoch von 1700 bis 1765 die zweitwichtigste Bücherstadt Norddeutschlands mit 11 % der Neuerscheinungen, wurde dann aber von Göttingen überflügelt.

Kritik keimte auf, wurde aber schnell unterdrückt. Adolf Freiherr Knigge aus Bredenbeck bei Hannover formulierte radikale Aufklärungsgedanken, doch fielen diese kaum auf fruchtbaren Boden. 1788 veröffentlichte er, für drei Jahre in Hannover lebend, hier die ersten beiden Bände seiner kritisch-aufklärerischen Schrift „Über den Umgang mit Menschen“, die keinesfalls Benimmbücher waren. Hieran knüpften sich diverse politische Kontroversen gerade mit Zimmermann an, die im Rechtsstreit zugunsten

Knigges ausgingen, seine Stellung aber verschlechterten. Gustav Friedrich Wilhelm Großmann, 1788 als Hoftheaterdirektor nach Hannover berufen, wurde mehrfach wegen der Aufführung herrschaftskritischer Stücke gerügt. 1794 wurde er ins Clevertorgefängnis eingeliefert, nachdem er in einem Schauspiel die Ausbeutung der Bauern und die Unfähigkeit der Herrscher kritisiert hatte, und erhielt Berufsverbot.

Vervollkommenung des Menschen mit Hilfe der Rationalität, im Sinne individueller Glückseligkeit, aber auch der Gemeinnützigkeit, waren die der Aufklärung verpflichteten Ziele. Hierfür stand wie kaum ein anderer Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781). 1770 wurde er nach wechselvollem Leben an die angesehene Wolfenbütteler Bibliothek berufen (Herzog-August-Bibliothek). Seine Schriften für Vernunft, Menschlichkeit, Freiheit und Toleranz, gegen Fürstenwillkür, Vorurteil und kirchliche Bevormundung sollten bei den Lesern und



So könnte es gewesen sein: Lessing und Mendelssohn während eines Gesprächs in Wolfenbüttel (Federzeichnung von 1912/13)

den Zuschauern seiner Theaterstücke vorurteilsfreie Erkenntnis wecken. Aber auch der Braunschweiger Hof war nicht so tolerant, Lessings Streit mit einem konservativen lutherischen Pfarrer zu unterstützen, sondern unterwarf ihn der Zensur in Publikationen über Religionsfragen. Während Lessings Wirkens im Herzogtum Braunschweig erschienen seine Werke „Emilia Galotti“ und posthum das zentrale Drama im emanzipatorischen Geist, das Lessing Weltberühmtheit verlieh, „Nathan der Weise“.

Beginn der agrarischen Modernisierung - die Celler Landwirtschaftsgesellschaft

Von der Aufklärung ließen sich viele Fürsten inspirieren und waren bemüht, die Prinzipien der Vernunft in den Landesangelegenheiten walten zu lassen, um eine Modernisierung des Staatswesens zu erreichen. Allerdings bestand die Gefahr, dass sich rationales Denken gegen die monarchischen und ständischen Prinzipien der Zeit wenden konnte und Kritik nicht allein der Optimierung des Staatswesens diene, sondern dessen Leitstrukturen an sich in Frage stellte, so wie es in Frankreich 1789 geschah.

In vermittelter Form gilt dies für den Leitsektor der Ökonomie in der alten ständischen Gesellschaft, die Landwirtschaft. In Westeuropa, vorrangig in Teilen der Niederlande und Englands, wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zunehmend deutlich, dass nur eine Landwirtschaft, die das alte grundherrschaftliche System hinter sich ließ, die notwendigen Innovationen leisten konnte, um die Ernährung der stetig steigenden Bevölkerung zu sichern. Aus wirtschaftlichem Druck und aufklärerischer Rationalität gedieh eine agrarische Bewegung, die in adligen und bürgerlichen Zirkeln zu Diskussionen um verbesserte Erträge nach der Boden-

verbesserung durch Klee als Zwischenfrucht oder den Nutzen des Stallmistes führte.

Landwirtschaftliche Gesellschaften wurden in Anlehnung an englische Vorbilder in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts auch in Deutschland gegründet, eine der bedeutendsten befand sich in Celle. Sie ging auf einen bürgerlich-adligen Gesellschaftszirkel in Celle zurück, der daraus resultierte, dass Celle bis 1705 eine der welfischen Residenzstädte gewesen war, landwirtschaftliche Ausschüsse hier weiterhin tagten und das Oberappellationsgericht Kurhannovers hier angesiedelt war. 1764 wurde die Gesellschaft gegründet. Legationsrat Jobst Anton von Hinüber eröffnete die erste Sitzung. Er verlas Auszüge aus Briefen Burchard Christians von Behr, des seinerzeit für die deutschen Lande Georgs III. von England zuständigen Geheimrats in London. Behr teilte mit, dass Georg III. nach dem Beispiel anderer Länder auch „in dero deutschen Provinzen eine Gesellschaft ökonomischer Patrioten“ für sehr wünschenswert halte. In „einmütiger Freude und Bereitwilligkeit“ beschlossen die Anwesenden, diesem königlichen Ansinnen nachzukommen. Die acht anwesenden Herren, die in den ersten Jahren ab 1764 das Leitungsgremium der Gesellschaft bildeten, waren hierauf allesamt gut vorbereitet. Ein Geistlicher, vier dem Altadel angehörende Gutsbesitzer und Amtsträger der Landschaft, zwei Gutsbesitzer ohne ständische Ämter, ein hoher Beamter: Sie alle hatten sich bereits mit Modernisierungen in der Ökonomie und im Staatswesen beschäftigt, ja Neuerungen der Agrarwirtschaft teils selbst erproben lassen. Im Mittelpunkt stand zunächst die Information der großen Grundbesitzer über Neuerungen in der Landwirtschaft. Hierzu wurde eine eigene Zeitschrift gegründet, aus der später die bedeutenden „Annalen der niedersächsischen Landwirtschaft“ erwuchsen.

Bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert gewann die Gesellschaft insgesamt fast 300 Mitglieder. Mehr als ein Drittel hiervon waren Angehörige des Kameral-, Forst-, Militär- und Fortifikationswesens, Adlige und staatliche Beamte also, mehr als ein Viertel studierte Bürger, ein weiteres knappes Viertel gewerbetreibende Bürger, dazu etliche Gutsbesitzer ohne besonderes Amt, kein eigentlicher Bauer. Hieran wird deutlich, wie sehr die agrarische Innovation eine Bewegung der aufgeklärten Herrscher, des Adels und der Bürger war. Die ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder lieferten Beiträge zur landwirtschaftlichen Innovation und Agrarreform für das Publikationsorgan der Gesellschaft. Auf diese Weise trug die Gesellschaft wesentlich zur Diskussion über Agrarverbesserungsmaßnahmen bei, der sich auch die anfänglich skeptische Mehrheit des landständischen Adels kaum entziehen konnte. In charakteristisch aufklärerischem Optimismus hoffte die Gesellschaft aber auch, durch verständliche Reformschriften, die an die Pastoren verteilt wurden, die Bauern selbst zu agrarökonomischen Veränderungen zu bewegen.

Bekannt wurde die Königliche Landwirtschaftsgesellschaft den Zeitgenossen und der Nachwelt durch Albert Daniel Thaer (1752-1828). Von 1784 bis 1828 war er Mitglied des engeren Ausschusses der Gesellschaft. Er hatte Medizin studiert, arbeitete seit 1778 als Stadtphysikus und Zuchthausarzt in Celle, wurde 1780 zum Hofmedikus und 1796 zum Leibarzt ernannt. Auf seinen Äckern und Wiesen bei Celle experimentierte er mit seinen „Grundsätzen des rationellen Ackerbaus“ und verwirklichte viele Ideen, die er über den englischen Landbau gelesen hatte. Im preußischen Möglin erhielt Thaer die Chance, eine landwirtschaftliche Lehranstalt mit einem Versuchsgut aufzubauen, und er lehrte von 1810 bis 1818 Landwirtschaft an der neuen Berliner Uni-

versität. Er war einer der großen Schrittmacher für Innovation in der Landwirtschaft. Er erzielte viele Erfolge in der Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsführung, der Verbreitung von Fruchtwechselsystemen, der Entwicklung des Kartoffelanbaus und der Schafzucht.

Viele Vertreter der Celler Gesellschaft zeigten: Wenn die landwirtschaftliche Innovation nicht allein auf die Domänen und adligen Güter beschränkt bleiben sollte, dann mussten Reformen die bauerlichen Bindungen an den Grundherrschaft lösen, mussten die Brachen beendet, der Drei-Felder-Zyklus beseitigt und die Gemeinheiten separiert, also aufgeteilt werden.

Revolution im Kleinstaat? Der schaumburg-lippische Bauernaufstand

Ideen zur Verbesserung der Landwirtschaft trafen am Ausgang des 18. Jahrhunderts keineswegs nur auf eine dumme Bauernschaft, die unbelehrbar in einfachen Verhältnissen weiterexistieren wollte. Bäuerliche Proteste und bäuerliche Anregungen zur Verbesserung von Staatswesen und Ökonomie zeigten sich am Ausgang des 18. Jahrhunderts in etlichen Teilen Niedersachsens und besonders anschaulich in Schaumburg-Lippe zwischen 1784 und 1793.

Anlass der bäuerlichen Proteste waren, wie so oft, Steuererhöhungen in dem durch den Siebenjährigen Krieg, durch den extremen Ausbau des Militärwesens zur Zeit des Grafen Wilhelm und durch absolutistische Misswirtschaft verschuldeten Territorialstaat. Seit 1784 wurde eine über 80-prozentige Zusatzkontribution erhoben, die dem von Hannover und Preußen erzwungenen Straßenbau dienen sollte. Die Bauern weigerten sich bis hin zur Reichskammergerichtsklage, die neuen

Lasten zu tragen. Nach dem Tod des starrsinnigen Grafen Philipp Ernst 1787 zeichnete sich unter der Regentin Fürstin Juliane ein Kompromiss ab. Über einen Vergleichsentwurf wurde gar ein Plebiszit unter allen Hofbesitzern gehalten. Den Bauern sollten alle alten Rechte bestätigt und ihnen sollte Akteneinsichten bei der Erhebung von Zusatzsteuern gewährt werden. Die Landesherrschaft war sogar bereit, hierüber mit den Bauern einen Vertrag zu schließen. Aber die Bauern lehnten mehrheitlich den Vergleich ab, denn auch er enthielt zusätzliche Steuerforderungen. Viele Dorfschaften erhoben zugleich sehr unterschiedliche Detailforderungen bis hin zur gänzlichen Abschaffung der grundherrschaftlichen Ordnung. Im März 1793 begann die Landesherrschaft, unterstützt von Entscheidungen des Reichskammergerichts, die Zusatzkontributionen gewaltsam einzutreiben. Daraufhin leisteten knapp 1000 Bauern des Amtes Stadthagen offenen, gewaltsamen Widerstand.

Im April 1793 marschierte auf Ansuchen der schauburg-lippischen Regierung und mit Genehmigung des Reichskammergerichts preußisches und hannoversches Militär ein. Der Steuerkompromiss wurde gewaltsam durchgesetzt. Einige der bäuerlichen Akteure konnten verhaftet werden. Sie wurden zu Geld- und Zuchthausstrafen verurteilt. Die einen gesonderten Prozess führende Stadt Stadthagen hingegen vermochte ihr altes Recht der Rechnungskontrolle wiederzuerlangen.

Grundherr war in ca. 90% der Fälle der Landesherr, unterste landesherrliche Instanz das Amt. Da die Landstände entmachtet waren, glich das Land einer großen Grundherrschaft mit territorialstaatlicher Funktion. Nur die Stadt Stadthagen besaß noch relevante Sonderrechte. In der Grafschaft Schaumburg-Lippe trafen also Landesherrschaft und Bauern im Konflikt-

fall unmittelbar aufeinander. Was zunächst als Revolte gegen die Landesherrschaft um erhöhte Steuerforderungen erscheint, gerät in ein anderes Licht, wenn auf die rasche Zunahme der unterbäuerlichen Gruppen im Dorf geschaut wird. Träger der Oppositionsbewegung waren Bauern, die größere Höfe besaßen, besser gebildet waren und durchaus bereits marktorientiert wirtschafteten. Innerhalb des Dorfes, oft auch im Verbund mehrerer Dörfer, organisierten die Bauern die Bestellung der in Gemenelage einer Vier- bis Sechsfelderwirtschaft aufgeteilten Besitzparzellen, die Nutzung der Gemeinheiten, die Zehntleistungen sowie die Dienstleistungen gegenüber dem Landesherrn, und sie führten die Gemeindekasse. Über alles wachte der Bauer- oder Hachmeister, dessen Amt zumeist in Reihe unter den Vollbauern umlief.

Viele Dörfer verfügten über einen bestimmten Versammlungsplatz, an dem, oft zu festen Terminen, Gemeindeangelegenheiten erörtert wurden. Die Bauern besaßen zwar keine politischen Mitspracherechte im Kleinstaat, was aber an institutionalisierter gemeindlicher Selbstorganisation fehlte, wurde durch die große Selbständigkeit der die dörfliche Ordnung bestimmenden Vollbauern auf ihren Höfen mehr als wettgemacht. Einige führten z.T. nur mit den Marschbauern der Küste vergleichbare Betriebe mit viel Personal und enger Marktanbindung. Streng von ihnen sozial getrennt lebten die Kleinbauern und Handwerker. Kleinstellenbesitzer waren oft von gemeindlichen Rechten ausgeschlossen. Jedoch gehörten soziale Hierarchisierung und wechselseitige Abhängigkeit eng zusammen. Denn die Über- und Unterordnung wurde durch vertikale Beschäftigungen von Dienstpersonal, durch zwangsgegebene Nachbarschaftshilfen und durch Arbeitsteilungen häufig wieder aufgehoben.

Der Landesherrschaft gelang es nie, die dörflichen Informationszirkel zu erfassen. Selbst bei den Amtsmännern herrschte keine klare Kenntnis darüber, welche Personen zu den aktivsten des Widerstandes gehörten und wie die Kommunikation zwischen ihnen erfolgte. Man ging irrtümlich von einer Rädelsführertheorie aus, war auf Denunzianten angewiesen, auch zufällig im Dorfkrug Aufgeschnapptes. Es gab also so etwas wie ein bäuerliches kommunikatives Netzwerk, das keine Führungspersonen im engeren Sinne verlangte. Vielmehr handelte die Akteursgruppe relativ gleichberechtigt und homogen. Die Gastwirtschaften waren eine wichtige Nachrichtenbörse. Exterritoriale Marktorte boten darüber hinaus einen sicheren Platz des Austausches und der Information.

In einem größeren Territorialstaat mit stehendem Heer und hierarchisierten Gerichtswesen hätten die Untertanen keine entsprechende Revoltenchancen gehabt, zumal, wenn der Staat mit dem Landtag noch ein politisches Forum besaß, das Konflikte mildern helfen konnte. Erfolgreich war der Protest letztlich nicht. Die Steuer-, Dienst- und Abgabenprobleme sowie die Gemeinheitsnutzungen blieben ungelöst; die Notwendigkeit der umfassenden Agrarreformen wurde stetig deutlicher. Die Bevölkerung wuchs immer rascher. In diesem Gebiet mit Anerbenrecht hieß das, die Zahl der unter- und außerbäuerlichen Dorfbewohner schwoll an und die sozialen Spannungen im Dorf nahmen zu. Die Dorfbestimmenden Vollbauern wollten sich den wandelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der Agrarkonjunktur und des Bevölkerungswachstums anpassen, aber das Dorf als Bereich des Friedens, der Nachbarschaft und der guten Wirtschaft erhalten. Die Landesherrschaft war allein interessiert, die landwirtschaftliche Ökonomie zu fördern, um die Kassenein-

nahmen zu erhöhen und den Staatseinfluss auf dem Lande zu vergrößern. Die Bauernrevolte hatte den status quo für die Gemeindebestimmenden Vollbauern gesichert, nicht aber die territorialstaatlichen Ansprüche aufgehoben, nicht die Nutzungsmöglichkeit zusätzlicher Ackerflächen erbracht und nicht die innerdörfliche Konkurrenz durch die stetig wachsende Zahl nicht gemeindeberechtigter Kleinstellenbesitzer gemindert.

Widerstand konnte mittlerweile auf Unterstützung durch einige juristisch geschulte und politisch geübte Bürger und vereinzelt auch Adlige rechnen. Alle Personen, die mit den Bauern kooperierten, sahen Aufklärung nicht allein als ein geistiges, sondern immer mehr als ein politisches Problem. Über die schon lange üblichen Rechtshilfen hinaus gab es also Verquickungen der Bauern mit außerbäuerlichen reformfreudigen Personen und in der Sache auch mit dem Vorgehen der Städte. Zwar gab es kein geschlossenes städtisch-bäuerliches Vorgehen, doch die Ähnlichkeit der Forderungen ist deutlich. Bindeglied der Interessen war der Wunsch einzelner Personen, die sich an der Aufklärung orientierten, nach Einfluss und Reform im Staat. Das eröffnete neue Konflikte mit dem ideell durchaus der Aufklärung zugewandten Staat, der aber nach autoritären Prinzipien handelte. Beim Austragen des Streites zeigte sich allerdings einmal mehr, dass Aufklärung und Absolutismus im Prinzip unvereinbar waren.

Die Konfliktbereitschaft minderprivilegierter Gruppen am Ausgang des 18. Jahrhunderts wuchs generell und spitzte sich 1792/93 zu. Viele im Staatsdienst stehende oder dem Staat nahe stehende Personen nutzten in allen Konfliktfällen die propagandistische Möglichkeit, Oppositionen, Widerstandsbewegungen und Revolten mit dem Revolutionsmakel zu stigmatisieren. Vertreter oppositioneller

Gruppen mussten sich zumindest seit 1793 hüten, Frankreichssoziationen aufkommen zu lassen. Unmittelbaren Einfluss aus Frankreich gab es aber nicht. Hier handelten keine Revolutionäre, die den Kreisen „norddeutscher Jakobiner“ angehörten, und Revolutionsemissäre aus Frankreich sind nicht nachzuweisen. Immerhin war der Alphabetisierungsgrad der Landbevölkerung sehr hoch, es lief Schrifttum aus Frankreich und von deutschen Jakobinern um, und die relativ liberale Pressezensur wurde erst zu Beginn der neunziger Jahre drastisch verschärft. Und ganz offensichtlich wurde die Hoffnung der Oppositionsbewegung auf Erfolg durch die politische Situation seit dem Herbst 1792 gestärkt. Insofern trug die Französische Revolution zur Intensivierung der Konflikte vielleicht bei. Sie waren aber regionalinternen Ursprungs.

Für die Jahre nach 1789, insbesondere das Jahr 1793, sind in Niedersachsen viele weitere Einzelbeispiele für die Unzufriedenheit von Bauern und Bürgern mit den herkömmlichen Verhältnissen zu finden. Die vielen kleinen Proteste, Eingaben oder Aktionen zeigen aber keine Geschlossenheit, die sozial oder regional übergreifend hätten Erfolge erzielen können. In den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts erkannten zudem die Landesherrschaften, welches Bedrohungspotential in tätiger Aufklärung steckte. Sie verschärften die Kontrollen und gingen härter gegen Kritiker vor.

Menschen in Stadt und Land

Das schaumburg-lippische Beispiel zeigt vieles von den sich am Ende des 18. Jahrhunderts andeutenden Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Dennoch hatte sich das Alltagsleben der Menschen seit dem Mittelalter nur wenig verändert. Viele Aussagen über Wohnen,

Essen und Trinken beispielsweise könnten mit wenigen Nuancierungen wiederholt werden, wie sie für das Mittelalter formuliert wurden. Allerdings sind wir gerade seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts viel besser über Einzelheiten der Alltagskultur informiert. Dazu trägt einerseits die Zunahme entsprechender Schriftzeugnisse bei, andererseits das Überkommen von Gebrauchsgegenständen bis in unsere Zeit. Die soziale Kluft zwischen arm und reich, hochadlig oder kleinbäuerlich drückte sich weit ausgeprägter in Wohnung und Kleidung aus als im Mittelalter. Insofern erscheint die überkommene ständische Gesellschaft am Ende ihrer Zeit am ausgeprägtesten.

Die Bürger der niedersächsischen Städte spielten in der frühen Neuzeit eine geringere Rolle als im Mittelalter. Mit Ausnahme Hannovers und am Ende des 18. Jahrhunderts Bremens stagnierten die niedersächsischen Städte, und die internationale Handelseinbindung der wenigen größeren Städte nahm ab. Das Fernhändlerpatriziat wurde seit dem 17. Jahrhundert durch eine Juristenelite ersetzt. Die Mehrzahl der Städte zählte weit weniger als 5000 Einwohner und bot allein einem regionalen Gewerbe Platz. Das in Gilden und Ämtern organisierte Handwerksbürgertum prägte das städtische Bild. Stetig nahm der landesherrliche Einfluss in städtischen Angelegenheiten zu. Bürgerliche Feste orientierten sich mehr und mehr am fürstlichen Vorbild. So beteiligten sich die Hannoveraner am höfischen Karneval des welfischen Fürsten. Nur in den größeren Städten bildeten sich unter dem Zeichen der Aufklärung neue intellektuelle Zirkel. Gerade diese trugen am Ausgang des 18. Jahrhunderts zur wachsenden Kritik an den überkommenen Herrschaftsverhältnissen bei.

Die Landbevölkerung bestand unterdessen keinesfalls überwiegend mehr aus Bauern. Neben den Dorfhandwerkern

nahm die Zahl der Kleinstellenbesitzer zu, die auf Nebenerwerb und Wanderarbeit angewiesen waren. Vielleicht strenger noch als in den Städten wurden auf dem Land innerörtliche soziale Hierarchien gepflegt. Dies wurde überlagert von wachsender Disziplinierung des Verhaltens durch Kirche sowie Schule und die zunehmende Reglementierung des Lebens durch staatliche Aufsicht. Kirchliche Moralvorstellungen und der Drill, mit dem ein Teil der Männer in ein hierarchisches Soldatenleben gepresst wurde, trugen zur Verhaltensgleichschaltung bei.

Es hat den Eindruck, als ließe die Intensität der lokalen und regionalen Volkskultur während der frühen Neuzeit nach. Aber hierüber sind wir schlecht informiert. Dies gilt auch für die sozial sehr differenzierten und inhomogenen Außenseiter und Randgruppen der frühneuzeitlichen Gesellschaft in Niedersachsen. Zu diesen zählten Menschen, die von der bestimmenden Mehrheit aus betrachtet, den falschen Glauben hatten, aber keineswegs arm sein mussten, also Juden und, bis auf kleine Gebiete, auch Katholiken und Calvinisten/ Hugenotten. Die bäuerlichen und bürgerlichen Gruppen prägten das Gesellschaftsbild, selbst wenn sie nicht mehr in der Mehrheit waren. Kleinstellenbesitzer, erst recht Knechte, Mägde und Dienstpersonal, dann Soldaten, Wanderarbeiter und fahrendes Volk unterlagen Ausgrenzungsmechanismen, die auch mit Disziplinierungsmaßnahmen (Zucht- und Armenhäuser, Arbeitsverordnungen) durchgesetzt wurden. Dieser Blick auf die sozialen Gruppen in Niedersachsen vermittelt nicht den Eindruck einer besonderen Dynamik. Innerhalb dieser strukturellen Konstanz werden eine nur schwache Rolle des Bürgertums und eine Dominanz der feudalen Herrschaft deutlich. Beide Aussagen gelten für die frühe Neuzeit mehr noch als für das Mittelalter.

Regionen in Niedersachsen - Mithalten durch Imitation

Was veränderte sich vom Mittelalter zur frühen Neuzeit? Niedersachsen lag im frühen und hohen Mittelalter am nordöstlichen Rand der europäischen Wirtschaftszentren und im Spätmittelalter in der Mitte zwischen den ökonomisch hoch entwickelten Landschaften sowie den vom europäischen Handel erreichten Randzonen Skandinaviens und Osteuropas. Diese Position ökonomischer Zuordnung, aber politischer Selbständigkeit, zwischen hoch entwickelten Gebieten (Zentrum) und gering entwickelten Gebieten (Peripherien) ist für die dem 16. Jahrhundert folgenden Phasen als so genannte Halbperipherie gekennzeichnet worden. Sucht man eine Unterscheidung vom Mittelalter zur frühen Neuzeit für die Geschichte Niedersachsens, so ist zunächst eine Verstärkung dieser Zwischenlage, dieser halbperipheren Situation, zu erkennen. In der hochwertigen Produktion gewerblicher Güter vermochten die niedersächsischen Städte nicht mehr international zu konkurrieren. Die einfache Warenproduktion verlagerte sich mehr und mehr auf das billiger arbeitende und genügend Arbeitskräfte besitzende Land. Es zeigt sich seit dem 16. Jahrhundert eine allmähliche Wandlung von der mittelalterlichen, auf Europa beschränkten, zu der frühneuzeitlichen, auf die Welt ausgreifenden Situation. Im Mittelalter blieb das wirtschaftliche Beziehungsgeflecht Niedersachsens auf Europa orientiert. Sobald aber die neuen Wirtschaftszentren Westeuropas (in zeitlicher Reihenfolge: Antwerpen, Amsterdam, London) während ihres Hinausgreifens in die Welt immer mehr Kapital häuften und in den Handelskreislauf reinvestieren konnten, konnte Niedersachsen insgesamt nicht mithalten.

Diese halbperiphere Lage innerhalb der interregionalen Wirtschaftsbeziehungen änderte sich bis ins 19. Jahrhundert

nicht grundsätzlich. Trotzdem waren - gemessen an Osteuropa - die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des niedersächsischen Raumes selbst gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) weiterhin modern und entwickelt, gegenüber dem Westen hingegen rückständig.

Die innere Struktur des niedersächsischen Raumes wandelte sich während der frühen Neuzeit entweder durch Einflüsse von außen oder aber durch das Eingreifen der sich auch im niedersächsischen Raum festigenden Territorialstaaten, insbesondere der hannoverschen und braunschweigischen Welfen. Ihnen verdankt der Oberharz als neue Bergbaulandschaft seine rasche Entwicklung. Die Gliederungen zwischen den Regionen blieben im Wesentlichen bestehen, aber innerhalb der Regionen veränderten sie sich zugunsten der Hauptorte. Das waren die wichtigen binnenländischen Städte, auf die sich die Beziehungen von der Fläche her neu ausrichteten. Unter den neuen Weltmarktbeeinflüssen gedieh Hamburg seit dem 16. Jahrhundert zu einem Vorort des modernen Westens Europas, gleichsam ein Stück Zentrum in der Halbperipherie. Emden nahm eine deutlich abgeschwächte, aber vergleichbare Funktion im 16. Jahrhundert wahr, Bremen seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts. Zum neuen internen Hauptort stieg vor allen anderen Hannover auf. Braunschweig blieb bei geringerer Dynamik wichtig. Lüneburg oder Osnabrück erlitten Verluste, Städte wie Goslar oder Einbeck verloren radikal. Wurde eine von den Weltmarktbeziehungen nicht positiv beeinflusste Stadt nicht wenigstens vom Territorialfürsten gefördert (z.B. Aurich oder Bückeburg), sank sie während der frühen Neuzeit zur Bedeutungslosigkeit ab. Es begann, weit vor der Industrialisierung, also ein Konzentrationsprozess auf wenige Hauptorte: im Fernhandel auf

Hamburg, in Verwaltung, Kultur und Bildung auf die Residenzstädte. Entsprechend gelangten die an Zahl reduzierten Hauptorte samt ihrem Umland in führende, in der Industrialisierungsphase dann neu genutzte Funktionen, die sich im Verkehrsnetz der Chausseen unmittelbar vor dem Eisenbahnbau ausdrückten. Nun lag Hannover wie eine Spinne im Netz, nicht mehr Braunschweig.

Verglichen mit den Niederlanden oder England blieb die Gesellschaftsordnung stabil. Es dominierten die mittelbäuerlichen Betriebe und das an Zahl vergleichsweise geringe Handwerkerbürgertum der eher kleinen Städte. Die Herrschaft des Adels und der Landesfürsten nahm selten despotische Züge an. Selbst, wenn die Bauern, wie in Teilen Westniedersachsens, unfrei waren, konnten sie über ihren jeweiligen Haushalt und über die Gemeindeangelegenheiten recht eigenständig entscheiden.

Die Mehrzahl der Bevölkerung lebte weiterhin unabhängig von Marktbeziehungen. Externe Krisen wirkten sich daher nur gedämmt auf die einzelne Kleinstadt oder das einzelne Dorf aus. Im Regelfall bestand die weitgehende Selbstversorgung innerhalb einer Region fort. Die Mehrzahl der Bevölkerung verfügte über eine eigene, zumindest bescheidene landwirtschaftliche oder gewerbliche Ernährungsgrundlage, die das Überleben in Krisenzeiten erleichterte. Die so genannte „moralische Ökonomie“ blieb gewahrt. Trotz anfänglicher landesherrlicher Gegenbemühungen existierten Zünfte weiterhin und wurden in den Flecken, also kleinen Minderstädten, gar neu geschaffen. Hoch war die Konstanz der Gemeindeverbände in Bruderschaften und Stadtvierteln der städtischen Bewohner sowie in Kirchspielen, Markgenossenschaften usw. der ländlichen Bewohner. Im Vergleich zum Westen Europas blieb der Anteil der außerhalb dieser Ordnung

stehenden Personen gering, ebenso wie der Anteil von Spitzenvermögen.

Die relative gesellschaftliche Stabilität drückte sich vielfach aus: Keine dramatischen Veränderungen der Geschlechterbeziehungen, keine rasche Wandlung herkömmlicher Verhaltensweisen, kein Entstehen von Massendelinquenz. Das Meierrecht verweist hierauf ebenso wie die indirekte Beteiligung der Bauern an der regionalen und lokalen Verwaltung. Während sich das Zentrum rasant veränderte und die Peripherien z.T. in wenigen Jahrzehnten umstrukturierte, verlief der historische Wandel in der Halbperipherie gemächlich:

- keine Gutsherrschaft, keine rein landwirtschaftlichen Rentensysteme; kein einheitlicher Absolutismus, aber auch keine eindeutigen Vor- und Frühformen des Parlamentarismus;
- Ballung von so genannten Nebenländern der Nachbarstaaten, aber zunehmende Verselbständigungsmöglichkeiten;
- Bemühen der Territorialstaaten um eine Reglementierung aller Lebensbereiche ihrer Untertanen, aber faktisch völliger Misserfolg einer Sozialdisziplinierung noch am Ende des 18. Jahrhunderts;
- Verflechtung mit den Zentren des Welthandels, aber hohe Autarkie;
- durchaus bereits Verlagssystem, Protoindustrialisierung und Manufakturen, aber lange Konstanz der traditionellen Sozialordnung;
- Rückgang der Bedeutung vieler Städte, aber Konzentration bisher differenzierter städtischer Leistungen auf einige wenige Hauptorte;
- verminderte Bedeutung der städtischen Handelshäuser, aber wachsende Bedeutung einzelner Unternehmer und der staatlichen Wirtschaftsförderungen.

Eine große Chance hatte die Halbperipherie generell: Sie konnte Zentrumser-

fahrungen übernehmen und die dort erkannten Fehler vermeiden, nachholende Modernisierung gedieh daher zum niedersächsischen Wirtschaftsprinzip. Während sich Westeuropa rasch veränderte und seine Peripherien, z.B. die neuen überseeischen Kolonien, in wenigen Jahrzehnten umstrukturierte, verlief der historische Wandel in der Halbperipherie gemächlich. Daher blieben während der frühen Neuzeit die im Mittelalter geprägten Wirtschaftsregionen Niedersachsens so beharrlich bestehen.

Durch imitierende Konkurrenz und nachholende Modernisierung versuchten gerade halbperiphere Gebiete aufzuholen. Für diese ist zwar im Gegensatz zum sich rasch verändernden Zentrum die relative Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung charakteristisch und die räumliche wie zeitliche Mittelstellung zwischen Frühkapitalismus und Refeudalisierung. Doch ließ sich innerstaatliche Dynamik durch Übernahme von außen erzeugen. Aufgeklärter Absolutismus scheint ein Indiz hierfür zu sein. Er erfüllte eine innovatorische Funktion in Regionen, wo der Rückstand gegenüber dem Zentrum gering war und Hoffnung bestand, durch Reform „von oben“ jenen aufzuholen.

Gerade die protestantischen Territorialstaaten in Norddeutschland waren wichtige Träger der ökonomischen Sozietäten, denen in großem Umfang englische Fachliteratur zur Verfügung stand. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beteiligten sich die kurhannoverschen Landstände, wie u.a. die Celler Landwirtschaftsgesellschaft zeigt, an Modernisierungsdiskussionen. Dies verweist darauf, dass von den ständischen Verfassungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts trotz mancher Unterschiede Verbindungen zu den Repräsentativverfassungen des frühen 19. Jahrhunderts zu ziehen sind und Reformdenken des späten 18. Jahrhunderts in Reformtätigkeiten des frühen 19. Jahrhunderts

übergehen konnte. Die regionalen Bauernrevolten am Ausgang des 18. Jahrhunderts sind in den Kontaktbereich zwischen ständischer Reformbereitschaft seit der Mitte des 18. Jahrhunderts und den durchgeführten Reformen des frühen 19. Jahrhunderts einzuordnen. Die Proteste und Unruhen wurden vereinzelt von Landständen unterstützt. Teils war die landständische Repräsentation der Bauern ein von ihnen verfolgtes Ziel.

Diese Ereignisse müssen im Zusammenhang mit dem Anwachsen der sozialen Probleme und Differenzierungen im ländlichen Raum am Ausgang des 18. Jahrhunderts gesehen werden. Denn parallel zur Französischen Revolution, aber ohne direkte Beeinflussung durch sie, nahmen die offen ausgetragenen Konflikte über Veränderungen und Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft zu. blieb Gedankengut der Aufklärung am Ausgang des Siebenjährigen Krieges noch auf die gebildeten Führungsgruppen beschränkt, so erreichte es eine Generation später vereinzelt auch die Bauern. Letztlich festigte sich allerdings mit der wachsenden Distanz gegenüber der Französischen Revolution die konservative Grundhaltung der führenden politischen Gruppen.

Am Ende des 18. Jahrhunderts deutete sich in vielen Bereichen an, dass die Modernisierungsbemühungen noch nicht ausreichten, um den Abstand zum Zentrum zu verringern. Zugleich verweisen diese Veränderungen aber auf zahlreiche endogene Entwicklungspotentiale. Gemessen an der Zeit um 1500 war um 1800 die Arbeitsteilung innerhalb der

Gesellschaft und zwischen den Regionen im niedersächsischen Raum wesentlich differenzierter. Hierbei spielen die physisch-geographischen Bedingungen des niedersächsischen Raumes ihre unübersehbare Rolle: Küstennähe, Verkehrsdurchgangslage, Rohstoffe usw. Am Ausbau der Chausseen unmittelbar nach dem Siebenjährigen Krieg zeigt sich beispielhaft, wie bewusst sich Kurhannover der zentralen Verkehrslage war und welche Bedeutung dem interregionalen Speditionshandel zugemessen wurde.

In vielen Gebieten arbeitete mittlerweile ein differenziertes und z.T. spezialisiertes Landhandwerk für überregional agierende Verleger und Händler. Der Kommerzialisierungsgrad war generell gestiegen. Von den Seehäfen wurden Massengüter aufgenommen. Der Import wurde finanziert durch den Absatz von heimischen Rohstoffen und Halbfertigprodukten. Für Westeuropa waren Gebiete wie der niedersächsische Raum daher wichtige Absatzmärkte transatlantischer und asiatischer Importwaren. Im Gegenzug kamen u.a. Blei, Textilien, Töpferwaren oder Getreide auf den internationalen Markt. Breite Teile der niedersächsischen Gesellschaft waren nunmehr als Konsumenten und als agrarisch-gewerbliche Produzenten in überregionale Beziehungen eingeordnet. So blieb der niedersächsische Raum zwar hinsichtlich der räumlich funktionalen Hierarchisierung gegenüber den westeuropäischen Zentren weiterhin in halbpipherer Stellung, doch gedieh das interne Entwicklungspotential mit wachsender überregionaler Integration.

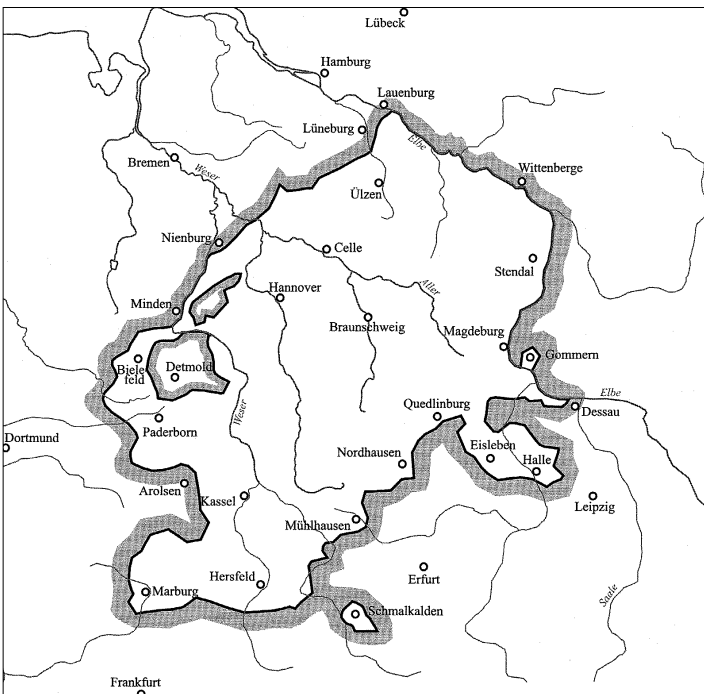
Nachholen (19. Jahrhundert)

Napoleonische Zeit - Innovationen und Zusammenbrüche

Trotz aller sich andeutenden Veränderungen am Ausgang des 18. Jahrhunderts bestand noch die traditionelle landwirtschaftliche Ordnung, herrschten noch in den Territorien die Fürsten gestützt auf den hiesigen Adel, ohne eine Konstitution, die auf den Menschenrechten beruhte. Aber die USA und Westeuropa wiesen neue Wege, und auch in Niedersachsen zeigten sich wirtschaftlich und politisch neue Richtungen. Die innenbürtigen Kräfte für einen wirtschaftlichen und politischen Fortschritt blieben freilich schwach. Die Anregungen kamen meist von außen und von oben.

In den Kriegen mit Frankreich zeigte sich die rückständige staatliche Organisa-

tion des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“. 1803 wurden die vielen kleinen Herrschaften, voran die kirchlichen, in größere Gebietseinheiten überführt, um die westrheinischen territorialen Verluste zu kompensieren (Reichsdeputationshauptschluss). Die bis dahin in Niedersachsen bestehenden geistlichen Fürstentümer Osnabrück und Hildesheim wurden aufgelöst. Hannover erhielt das ehemalige Hochstift Osnabrück, während das Hochstift Hildesheim zunächst ebenso wie die frühere Reichsstadt Goslar und das Untereichsfeld in preußischer Hand war und erst 1815 an Hannover gelangte. Oldenburg vergrößerte sein Territorium insbesondere durch den Zugewinn der münsterschen Ämter Cloppenburg und Vechta (Niederstift Münster, „Oldenburger Münsterland“). Für wenige Jahre existierte im Westen das Herzogtum Arenberg-Meppen.



Karte des Königreichs Westphalen 1812: in napoleonischer Zeit standen große Teile Niedersachsens direkt oder indirekt unter französischer Herrschaft.

Noch im selben Jahr wurde die neue Ordnung im englisch-französischen Krieg verändert. Ab 1803 geriet Kurhannover – mit kurzer Unterbrechung einer preußischen Zeit – bis 1813 unter napoleonische Herrschaft, weil es, wie schon im Siebenjährigen Krieg, als Anhängsel an England Teil des wichtigsten Gegners Frankreichs war. Als größtes der alten Territorien gehörte der Süden Kurhannovers seit 1807 gemeinsam mit Hildesheim und Braunschweig zum französischen Königreich Westphalen, einem von Marburg bis Halle und Uelzen reichenden neugeschaffenen Staat. Hier wurde Napoleons Bruder Jérôme als König eingesetzt und bezog Residenz in Kassel. 1810 gelangte das nördliche Hannover an Frankreich, als Napoleon den gesamten norddeutschen Küstensaum einschließlich Oldenburg annectierte, um die Kontinentalsperre gegenüber England besser zu kontrollieren. Nur Schaumburg-Lippe blieb formal unabhängig, da es einst rechtzeitig dem Rheinbund beigetreten war.

Im Königreich Westphalen war eine Verfassung errichtet worden, die alle wesentlichen bürgerlichen Freiheitsrechte gewährte. Als 1808 der napoleonische Code Civil auch im Königreich Westphalen in Kraft trat, folgten ihm die Gewerbefreiheit und die Ablösung der alten bäuerlichen Lasten. Die Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung oder die Abschaffung von Standesvorrechten: Für die Menschen zeigten sich hoffnungsvolle Ansätze, doch diese wurden selten ausgebaut. Als bald überlagerten die Klagen über zu hohe materielle Belastungen die Vorteile der Liberalisierung. Bisweilen kam es zu Übergriffen der Soldaten auf die Zivilbevölkerung. Da die Masse der Menschen zunehmend unter den umfangreichen Nahrungs- und Futtermittelablieferungen, unter den Steuern, Truppeneinquartierungen und Soldatenaushebungen litt, stieg der Unmut ständig. Als Napoleon sich schließlich

geschlagen geben musste, begrüßten daher die Menschen das Ende der Franzosenzeit, obgleich sofort alle politischen Liberalisierungen beendet wurden. Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig, der so genannte „Schwarze Herzog“, wurde als erfolgreicher preußischer General der Befreiungskriege gefeiert.

Der Wiener Kongress 1815 legte die Grundstruktur auch für die Grenzen der Länder des heutigen Niedersachsens: das nun zum Königreich erhobene ehemalige Kurfürstentum Hannover (mit dem einstigen Hochstift Hildesheim, der Stadt Goslar, dem Untereichsfeld, der Niedergrafschaft Lingen, – endgültig – der Grafschaft Bentheim, Arenberg-Meppen und Ostfriesland), das Herzogtum Oldenburg, das Herzogtum Braunschweig, das Fürstentum Schaumburg-Lippe. Das Kurfürstentum Hessen besaß weiterhin den Südostteil der alten Grafschaft Schaumburg, das Fürstentum Waldeck die Grafschaft Pyrmont und die Hansestadt Hamburg das Amt Ritzebüttel (später Cuxhaven) samt Neuwerk.

1806 war, drei Jahre nach dem Reichsdeputationshauptschluss, das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ aufgelöst worden. Mit dem Wiener Kongress wurde neun Jahre später aus 37 souveränen Fürsten und vier freien Städten der Deutsche Bund gegründet, der bis 1866 Bestand hatte. In Deutschland begann die Zeit des „monarchischen Prinzips“. Die liberalen bürgerlichen Kräfte, die voll Optimismus den Befreiungskrieg mitgetragen hatten, sahen sich als bald getäuscht. Der Aufforderung der Wiener Schlussakte, in den Staaten eine Verfassung einzurichten, kam umgehend nur Schaumburg-Lippe nach. Hannovers Verfassung von 1819 war restaurativ. Charakteristisch ist zudem, dass sich Hannover in den neuen katholischen Landesteilen (Teile vom Emsland, Teile von Hildesheim und Eichsfeld) noch schwerer tat als Oldenburg (Münsterland), den

Nichtprotestanten staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuzubilligen. Der liberalen Regierung durch den Geheimen Kabinettsrat Rehberg folgte 1821 die konservative Ära des Grafen Münster. In Nord- und Westdeutschland wurde die politische und wirtschaftliche Übermacht Preußens unterdessen gar zu deutlich. Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe kooperierten mit Preußen.

Agrarreformen

Trotz wiederkehrender wirtschaftlicher Einbußen seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts wuchs die Bevölkerung weiter. Die Agrarreformdiskussion des späten 18. Jahrhunderts hatte nur zu wenigen ersten Ergebnissen geführt. Vereinzelt waren gemeinschaftlich genutzte Wald-, Weide- und Heideflächen aufgeteilt worden. Oft waren die bäuerlichen Dienste zwar nicht abgelöst, aber gegen eine Geldzahlung abgestellt worden. Brachenbesömmern (Zwischenfrüchte auf Brachland), speziell durch Kleeanbau, hatte sich verbreitet. Die Moorkultivierung im westniedersächsischen Raum wurde vorangetrieben. Die in der Zeit der französischen Herrschaft anfänglich geförderte Bauernbefreiungen wurden in der politischen Restaurationsphase nach 1815 zurückgenommen, und Krisenerscheinungen in der Agrarproduktion hatten die Euphorie gegenüber Neuerungen in der Landwirtschaft vermindert.

Zwar lässt sich die Julirevolution in Frankreich 1830 nicht für alle Veränderungen in unserem Raum verantwortlich machen. Doch immerhin: Schlechte Ernten, Teuerung und Arbeitslosigkeit ließen zu dieser Zeit auch viele Menschen in Niedersachsen unwillig sein. Die politisch Gebildeten fragten sich, warum z.B. im Landtag des Königreiches Hannover, den der König 1819 gegen den Willen der

Stände geschaffen hatte, nur wenige Repräsentanten des Volkes vertreten waren, so dass jegliche Reform vom Adel erfolgreich abgewehrt wurde.

Im Herzogtum Braunschweig stürmten am 7./8. September Braunschweiger Bürger das Schloss, setzten es in Brand, und der unbeliebte Herzog Karl II. floh. Nach längeren Verhandlungen übernahm sein Bruder Wilhelm, unterstützt von den politisch und wirtschaftlich wichtigen Gruppen im Herzogtum, die Herrschaft. Als sich in Niedersachsen viele weitere Unruhen zeigten, wurde auch in Hannover das restaurative Ministerium des Grafen Münster abgelöst, und die heimliche Reformdiskussion der vergangenen Jahre schwoll an. Der Regierungsantritt Wilhelms IV. in England nach dem Tode Georgs IV. erleichterte dies. Ein liberales Staatsgrundgesetz wurde beraten und trat 1833 in Kraft. Zwischen Hannover und seinen Nachbarstaaten wurden Verhandlungen aufgenommen, um die gewerbebehinderlichen Zölle zu beseitigen. 1834 konnte der Hannoversch-Oldenburgische Steuerverein gegründet werden, dem sich 1836 Braunschweig und Schaumburg-Lippe anschlossen. Erste Schutzzölle gegen englische Textilprodukte wurden eingeführt, um die jungen frühindustriellen Gewerbe zu sichern.

Stets werden die Agrarreformen im Königreich Hannover hervorgehoben, weil sie in vielerlei Hinsicht Vorbild für die nachfolgenden Vorgänge in anderen niedersächsischen Territorien wurden und weil, anders als in Preußen zuvor, die Ablösungszahlungen so gehalten waren, dass Landabtretungen zugunsten von Großgrundbesitzern gering blieben. Vorrangig getragen vom Osnabrücker Johann Carl Bertram Stüve (1798-1872) wurden 1831/33 und 1842 die wichtigsten Agrarreformgesetze im Königreich Hannover in Kraft gesetzt. Was bisher regional erprobt worden war, erfasste für die folgenden

Jahrzehnte das gesamte Königreich. Alle Grundlasten der Bauern wurden gegen Geldzahlungen und nur in Ausnahmefällen durch Landabtretungen abgelöst. Konsequenterweise wurden die Gemeinheitsteilungen fortgeführt: Erst die Generalteilungen, als die von mehreren Gemeinden zusammen genutzten Wälder oder Weiden separiert wurden, schließlich die Spezialteilungen, wenn nun der einem Dorf verbleibende Gemeinheitsrest anteilig an die Hofbesitzer kam. Die Gemeinheitsteilung ließ die Brachen verschwinden. Die Verkoppelung brachte schließlich eine Neuordnung der Fluren und Wege. Durch alles zusammen wurde die bäuerliche Gemeinde als Zwangsgemeinde aufgehoben.

Am meisten Land erhielten die Großbauern, am wenigsten die Kleinstellenbesitzer. Da diese aber vor allen anderen auf die Gemeinheit angewiesen waren, um ihr zur Ernährung dringend nötiges Vieh weiden zu können, bekamen häufig alle Hofbesitzer einen Sockelanteil von der Gemeinheit, z. B. 0,5 ha. So erlangte auch der Kleinstellenbesitzer ein wenig Land.

Alles geschah selbstverständlich unter staatlicher Obhut, doch nicht ohne Anhörung der Bauern. Für die Verkoppelung musste genau vermessen werden, in welchem Flurstück die einzelnen Hofbesitzer Parzellen besaßen. Den Boden teilte man in Bonitätsklassen ein. Jeder Grundbesitzer sollte nach der Flurbereinigung ebensoviel Land gleicher Güte bewirtschaften können wie zuvor. Dann erfolgte die Neuordnung der Parzellen. Die einheitlich bewirtschafteten Feldeinheiten (Zelgen) der Mehrfelderwirtschaft wurden aufgelöst. Die in vielen Teilen Niedersachsens verbreiteten schmalen, langen Wölbäcker von ca. 0,2 ha, einst aus pflug- und wassertechnischen Gründen sehr nützlich, legte man zu neuen Feldern von etwa einem Hektar und mehr zusammen,

die allesamt nun von einem Wegesystem erschlossen wurden. Bisweilen wurden sogar Höfe aus dem engen Dorfkern an den Dorfrand verlegt. Das gesamte Verfahren war sehr kompliziert. Damit nach erfolgter Zustimmung kein „Verkoppelungsinteressent“ widersprechen konnte, hielt man den gesamten Vorgang in einer umfangreichen Urkunde, dem Verkoppelungsrezess, fest. Dieser und die dazugehörige Verkoppelungskarte bleiben bis heute Grundlagen für Grundstücksangelegenheiten im ländlichen Raum.

In den Dörfern begann eine Arbeitsteilung, die diejenige der Zeit seit dem 16. Jahrhundert weit übertraf. Die Arbeitsmehrbelastung der Vollbauern nach den Agrarreformen und während der schnellen Produktionssteigerungen war so stark gewachsen, dass sie nicht nur mit Hilfe der Tagelöhnerarbeit ausgeglichen werden konnte, sondern das Aufgeben der im Hause mitbetriebenen handwerklichen Tätigkeiten verlangte. Vor dem Maschineneinsatz stand also in den Dörfern die Arbeitsteilung, ähnlich wie in den Städten des späten Mittelalters oder in den vorindustriellen Manufakturen des 18. Jahrhunderts. Noch arbeiteten die Handwerker für die dörfliche und nachbardörfliche Nachfrage. Erste Arbeitskräfte verdienten schon außerhalb des Dorfes Geld, je nach dem, welche Zuerwerbsquellen nahe lagen, oder ob Wanderarbeit möglich war.

Im alten Dorf vor den Agrarreformen waren die streng in soziale Gruppen getrennten Bauern unmittelbar aufeinander angewiesen, weil der Flurzwang und die Gemeinheitsnutzung sie zum gemeinsamen Handeln verpflichtete. In der bäuerlichen Gemeinde musste über zentrale Fragen des Wirtschaftens entschieden werden. Nun aber, da jeder Bauer unabhängig von Flurzwang und Gemeinheitsnutzung arbeitete und da nach den

Lastenablösungen neue Arbeitskraft freistand, war man im Dorf nur noch mittelbar, nämlich durch Arbeit, aufeinander angewiesen. Sobald sich die Bauern von Fremdarbeitskräften frei machen und Maschinen arbeiten lassen konnten, gaben sie Teile ihrer Verpflichtungen gegenüber den restlichen Dorfbewohnern auf, weil die Abhängigkeiten entfielen. Sobald die Dorfhändler dem Marktdruck preiswerter Fabrikzeugnisse und alsbald städtischer Warenhäuser erlagen, mussten sie sich beruflich zur Stadt orientieren, weil das Dorf keine Arbeit mehr bot. Sobald die Tagelöhner über ausreichende Verkehrsmittel verfügten (Eisenbahn, in Stadtnähe Straßenbahn) konnten sie sich Arbeit dort suchen, wo sie angeboten wurde.

Mit dem Abschluss der Agrarreformmaßnahmen, also zumeist in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war die Grundlage für eine neue Landwirtschaft und die heutige Kulturlandschaft gefestigt. Der Ackerlandanteil stieg von 1850 bis 1900 um mehr als ein Viertel (heute liegt er kaum höher als 1850), während gleichzeitig die Ernteerträge pro Hektar um mehr als ein Drittel anwuchsen. Viel mehr Menschen konnten nunmehr ernährt werden, obgleich der Maschineneinsatz zunächst noch gering blieb. Arbeitsintensiv musste die Landwirtschaft betrieben werden, besonders als seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr Bauern in den fruchtbaren Lössbörden und in Gebieten guten Bodens im Berg- und Hügelland sowie in der Geest (z.B. Uelzen) dazu übergingen, die ertragreiche Zuckerrübe anzubauen. Kleine Zuckersiedereien wurden zu großen Fabriken ausgebaut bzw. neu gegründet. Erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte man begonnen, den noch geringen Zuckeranteil (2-3%) aus Runkelrüben herauszukochen. Durch gezielte Weiterzüchtung wurde der Zuckergehalt der Rübe wesentlich erhöht.

Um 1900 holte man aus einer Rübe schon über 15% Zucker heraus. Das Rübenblatt konnte an das Rindvieh verfüttert werden, die Rübe selbst ist eine gute Vorfrucht für Getreide. Insgesamt: Rüben erbrachten den höchsten Ertrag, mussten freilich gehackt, verzogen und mit einer zweizackigen Grabegabel geerntet werden. So verwundert es nicht, dass auf den Gütern saisonal Wanderarbeiter aus dem östlichen Mitteleuropa bei der Ernte halfen. Auf den kargen Böden setzten sich andere Sonderkulturen durch, die den Getreideanbau ergänzten, voran der ebenfalls arbeitsintensive Kartoffelanbau.

An dem baulichen Erscheinungsbild der Dörfer gingen diese großen Veränderungen nicht spurlos vorbei. Heute prägen weite Ziegeldachflächen die alten Dorfkerne, sofern diese noch intakt sind. Dreiseithofanlagen, aus rotem Backstein gemauert, werden als alte Höfe bezeichnet. Doch sie sind kaum über 100 Jahre alt. Das herkömmliche niedersächsische Hallenhaus genügte, gerade in den Gebieten mit guten Böden, den Ansprüchen der neuen Landwirtschaft nicht mehr. Der Dachboden als Speicher reichte nicht aus, eine Scheune musste her. Diese wurde parallel zum alten Haus gebaut, nicht aus Fachwerk, das mit Lehmziegeln oder, noch altertümlicher, mit Weidengeflecht und Lehmschlag gefüllt wurde, sondern wenigstens aus Fachwerk mit Ziegelsteinen und immer öfter nur aus Ziegelsteinen. Seitlich versetzt bot das Scheunentor den Ackerwagen Einlass, wurde möglicherweise repräsentativ mit Sandsteinsäulen geschmückt. Auch die kleinen Ställe links und rechts der Diele des Hallenhauses wurden zu eng, als stetig mehr und größeres Vieh für immer längere Zeit im Stall stand. So verband man die neue Scheune mit dem alten Haus durch einen Stallteil.

Ausgedient hatte nun das niedersächsische Hallenhaus als „Alles-unter-einem-

Dach-Gebäude“. Es wurde zum Wohnhaus umgebaut. War es gar baufällig oder konnte der Bauer besonders intensiv vom Zuckerrübenboom profitieren, dann fiel das Hallenhaus und wich einem durchaus bürgerlichen Klinkerwohngebäude mit rückseitig angefügtem Stallteil. Eine Ziegelsteinmauer trennte Hof und Straße; fertig war die „Rübenburg“. Die Nebenerwerbsbauern, beispielsweise frühere Kötner, hatten hieran weniger Anteil. Ihre Gebäude wurden meist nur mit einem Stallvorbau ergänzt. Die vielen neuen Anbauer im Dorf, die gar kein Land mehr beackerten, sondern nur noch einen Garten besaßen, bauten sich aus Klinkern die typischen Zwerchgiebelhäuser mit seitlichem oder separaten kleinen Schuppen und Stall.

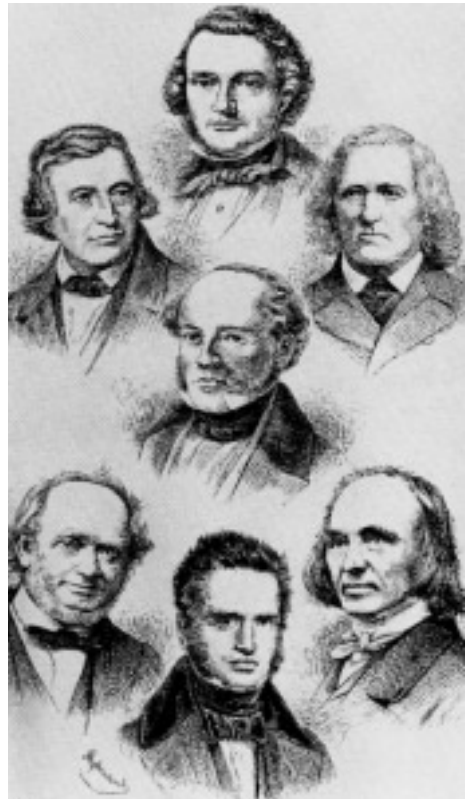
Für Niedersachsen als Agrarland besaßen die Reformen im Landwirtschaftssektor sehr große Bedeutung. Das mittlere Bauerntum wurde stabilisiert und in die Lage versetzt, zur agrarischen Gesamtversorgung Deutschlands beizutragen. Die prinzipiell eher konservativen Staaten Niedersachsens zeigten sich im wichtigsten Wirtschaftsbereich reformfähig und traditionsverhaftet zugleich.

Restitution der alten politischen Ordnung - Die „Göttinger Sieben“

Das Königreich Hannover war das größte Land im Gebiet des späteren Niedersachsens und der viertgrößte Staat des Deutschen Bundes. Nach der Juli-revolution 1830 in Frankreich waren nicht nur die Agrarreformen im Königreich Hannover vorangetrieben worden, sondern es hatte eine Verfassungsdebatte begonnen, die zu dem Staatsgrundgesetz mit Zweikammersystem samt Budgetrecht führte. 1837 bereits endete die behutsame Liberalisierung. In England war Thronfolge in weiblicher Linie möglich, im

Königreich Hannover nicht. Die Personalunion endete. König Ernst August (1771-1851), wegen des ihm von seinem treuen Volk gewidmeten Denkmals vor dem hannoverschen Hauptbahnhof von den Hannoveranern oft despektierlich „Bahnhofsvorsteher“ genannt, erließ am 5. Juli 1837, kaum eine Woche nach seinem festlichen Einzug in Hannover, sein Regierungspatent, mit dem das Staatsgrundgesetz in Frage gestellt und sodann am 1. November aufgehoben wurde.

Etliche Göttinger Professoren protestierten in einem an die Universitätsleitung gerichteten Schriftstück. Sieben unter ihnen, die sich nicht beugen wollten, mussten dies am 11. Dezember 1837 mit der Entlassung, quasi einem



Sieben Göttinger Professoren protestierten gegen die Aufhebung des Hannoverschen Staatsgrundgesetzes und wurden ihres Amtes enthoben.

Berufsverbot, bezahlen: Friedrich Christoph Dahlmann, wesentlicher Verfasser des Staatsgrundgesetzes, die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm, der Jurist Albrecht, der Theologe und Orientalist Ewald, der Historiker und Germanist Gervinus und der Physiker Weber. Sie verwiesen auf den Eid, den sie auf die Verfassung abgelegt hatten. Rechtsgrund ihrer Entlassung aber war, ganz fadenscheinig, die öffentliche Verbreitung des Protestes. Wohl 400 Studenten, fast die Hälfte der Göttinger Studentenschaft, demonstrierten hiergegen öffentlich. In vielen Städten Deutschlands fanden die sieben Professoren Unterstützung durch die liberale Öffentlichkeit. Eine Änderung der Situation ergab sich nicht, und der Deutsche Bund verhielt sich hinhaltend. Den „Göttinger Sieben“ ist eingedenk ihres politischen Mutes und zur Stärkung von Liberalität, Toleranz und demokratischen Tugenden mit dem vom Bildhauer Floriano Bodini zwischen 1995 und 1998 geschaffenen Kunstwerk neben dem hannoverschen Landtag ein Landesdenkmal gesetzt worden.

Gefährlich erschien der konservativen Regierung unter dem Minister Georg Schele von Schelenburg nach der Entlassung der sieben Göttinger Professoren ein zunächst behutsam formulierter, aber von allen anwesenden Ratsherren getragener Protest des Magistrats der Residenzstadt Hannover 1839 beim Deutschen Bund gegen die zunehmende spionierende Staatsaufsicht. Stadtdirektor Wilhelm Rumann wurde umgehend abgesetzt. Über 1.000 Bürger zogen protestierend vor das Schloss Montbrillant (Standort des heutigen Universitätshauptgebäudes), und Ernst August beugte sich dem richterlichen Freispruch des Magistrats, ja musste Rumann eine Pension gewähren.

Das Königreich Hannover galt in der öffentlichen Diskussion seit 1837 als be-

sonders konservativ, und der interne Verfassungsstreit währte fort, doch wurde in vielen Sachbereichen der öffentlichen Verwaltung ganz pragmatisch weitergearbeitet.

Revolution 1848 – das Beispiel Oldenburg

Tendenziell waren die inneren Verhältnisse in allen niedersächsischen Staaten vor 1848 ähnlich. Es mangelte, mit Ausnahme der größeren Städte, voran Braunschweigs, an einem liberalen Bürgertum, das ähnlich tatkräftig wie im deutschen Südwesten hätte politisch agieren können. Dennoch waren auch die Menschen in Niedersachsen an der deutschen Revolution beteiligt. Als charakteristisches Beispiel für den agrarischen, noch nicht von Industrialisierung oder Eisenbahnnetz erreichten niedersächsischen Raum eignet sich hierfür das Großherzogtum Oldenburg. Dem Überkommen verhaftet, war Oldenburg neben Hessen-Nassau der einzige Staat im Deutschen Bund, der dem Auftrag der Bundesakte, eine landständische Verfassung einzurichten, nicht nachgekommen war. Mehr als die Gemeindeordnung von 1831 hatte die Oldenburger Verfassungsbewegung nach 1830 nicht erreichen können. Immerhin war die Zensur so milde, dass neue Presseorgane über die wirtschaftliche Krise der vierziger Jahre oder über die liberale Bewegung in Südwestdeutschland berichteten. 1847 wurde der Großherzog in Petitionen an das nicht eingelöste Versprechungsverprechen erinnert.

Ein eilig geschriebener Verfassungsentwurf wurde nicht mehr diskutiert, denn rasch verbreitete sich 1848 die Kenntnis von der französischen Februarrevolution. Aus dem katholischen Oldenburger Münsterland waren keine aufbe-

gehenden Stimmen zu hören, wohl aber aus der Frankreich nahen Exklave Birkenfeld und aus Jever, das erst jüngst seine Unabhängigkeit verloren hatte, auch aus dem zu Oldenburg gehörenden Fürstentum Lübeck. Dazu mischten sich behutsamere Meinungen aus der Stadt Oldenburg und auch aus der Staatsverwaltung. Der Großherzog musste reagieren, hob am 10. März 1848 die Zensur gänzlich auf und forderte die Amtsausschüsse und Stadtvertretungen auf, 34 Männer zur Beratung einer Verfassung zu benennen. Die Wahl war von weiteren Petitionen und von Protesten gegen das indirekte Wahlverfahren begleitet, das auch für die Wahlen zum Frankfurter Paulskirchenparlament angewendet wurde und große Teile der Bewohnerschaft ausschloss. Zudem protestierten Schauer- und Schiffszimmerleute, Landarbeiter und Heuerlinge gegen die sozialen Verhältnisse. Bis zum Jahresende waren ca. 20 politische Vereine gegründet worden, die sich sozialen Fragen oder dem deutschen Einigungsgedanken widmeten.

Der im September 1848 zusammen tretende Landtag besaß trotz der eine kleine Wählergruppe begünstigenden Wahlverfahrens eine liberale Mehrheit. Das Staatsgrundgesetz vom 18. Februar 1849, nach hartem Ringen mit der großherzoglichen Verwaltung ausgehandelt, war eine liberale Verfassung, die u.a. religiöse Toleranz, Trennung von großherzoglichem und staatlichem Gut, Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit, Budgetrecht des Landtages und die Grundrechte gewährleistete. Auch das enge Zensuswahlrecht wurde etwas gelockert. Der noch im aufgeklärt absolutistischen Denken verhaftete Großherzog Paul Friedrich August (1783-1853) hielt sich fortan, ohne innere Anteilnahme, an die Verfassung.

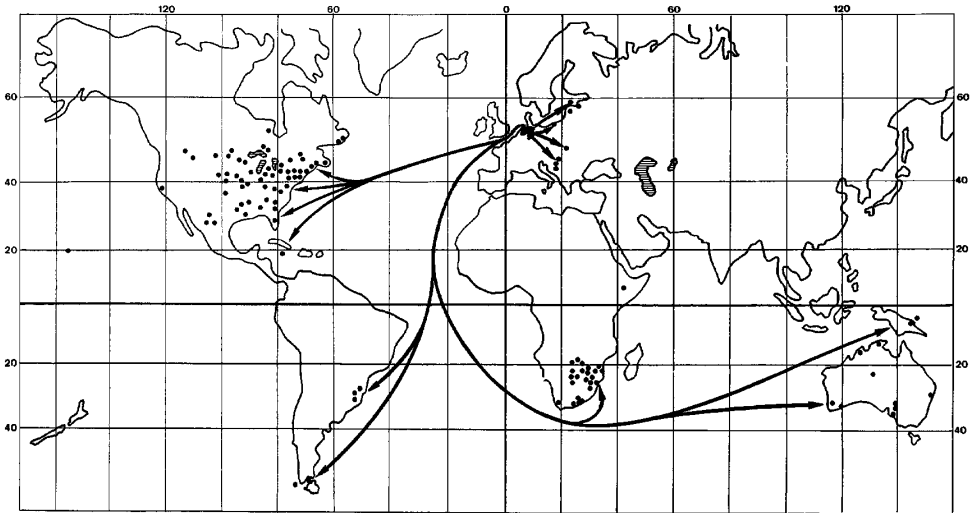
In den anderen drei niedersächsischen Staaten zeigte sich die Zeit von 1848 ähn-

lich unspektakulär. In Braunschweig hatte die Liberalisierungsphase nach 1830 keine Abbrüche erfahren wie in Hannover. Anders als 1837 verhielt sich auch der hannoversche König 1848 geschickt, berief den Oppositionspolitiker Stüve als Innenminister ins Kabinett, wo dieser wesentliche Neuerungen in die Wege leitete: die hannoversche Städteordnung mit ihrer bürgerlichen Selbstverwaltung in den Gemeinden, Trennung von Legislative und Exekutive, Aufhebung der Zensur, Einführung einer einheitlichen Staatskasse, Abschaffung der adligen Standesvorrechte und Öffentlichkeit der Ständerversammlung.

Dies alles zeigt, was die Agrarreformen ebenfalls andeuteten, die Bereitschaft zur Reform von oben, wenn nur der äußere oder innere Druck genügend groß wurde. Eigenständige Innovationen wurden kaum geschaffen, vielmehr in anderen Teilen Deutschlands und Europas entworfene Vorbilder übernommen. Im Vergleich zu Südwestdeutschland oder Westeuropa blieb das bewahrende Moment stets stärker als das modernisierende. Dies gilt auch für die Auseinandersetzung mit der neuen sozialen Frage des 19. Jahrhunderts: Massenarmut und Proletarisierung.

Massenarmut und Auswanderung

Das sich am Ende des 18. Jahrhunderts deutlich abzeichnende Bevölkerungswachstum setzte sich trotz vieler kleiner agrarischer Krisen fort. Von den zwanziger bis zu den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts stieg die Einwohnerzahl in Niedersachsen überschlägig um 20 %, im Königreich Hannover z.B. von ca. 1,6 Millionen Menschen auf knapp 2 Millionen. Da Handel, Gewerbe und frühe Industrie nur in wenigen Zentren beschei-



In der Mitte des 19. Jahrhunderts wanderten viele Menschen aus Niedersachsen aus. Die meisten ließen sich in den USA nieder.

dene Aufwärtstendenz zeigten, blieb das Bevölkerungswachstum wie bisher fast völlig auf den ländlichen Raum beschränkt. Hier hatte, im 16. Jahrhundert beginnend und im 18. Jahrhundert sich durchsetzend, das ländliche Gewerbe manchen Arbeitsplatz schaffen können. Die Protoindustrialisierung, also die gewerbliche Durchdringung des ländlichen Raumes, nahm in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts stetig zu. Einerseits wurden einfach in Handarbeit zu fertigende Produkte vom internationalen Markt verlangt, andererseits blieb Menschen, die außer einer Unterkunft und etwas Garten nichts besaßen, keine andere Möglichkeit, als in Wanderarbeit, Tagelohn und Gewerbe tätig zu sein (halbproletarische Haushalte).

Über die traditionell protoindustriellen Gebiete, wie das Osnabrücker Land mit seinem Leinengewerbe, und die kleinstädtischen Textilmanufakturen hinaus nahm das nichtzünftige Handwerk vor allem im Berg- und Hügelland zu. Hier lassen sich neben dem weit verbreiteten Garnspinnen Spezialisierungen finden wie das

Zigarrendrehen in den Dörfern um Pyrmont oder die hoch entwickelte Wolltextilproduktion im Eichsfeld. Da die Staaten die Qualitätskontrolle förderten, konnten Waren gleich bleibenden Standards geliefert werden, so im hannoverschen Wendland, wo das Leinenheimgewerbe seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts rasch gedieh.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts galten Stadt und Land in Niedersachsen als mit Handwerkern überbesetzt, vor allem mit Gewerben, die wenig Qualifikation benötigten. Die Möglichkeiten, sich außerhalb der landwirtschaftlichen Tätigkeiten den Lebensunterhalt zu sichern, wuchsen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zwar in den Dörfern, da nach den Agrarreformen eine neue Arbeitsteilung begann. Zugleich aber verschlechterte sich die allgemeine Lage. Für Garnspinnerei und Weberei wurden die englischen Fabriken zu einer Konkurrenz, die hiesige Preise rasch unterbieten konnte. Zudem verloren die Niederlande ihre Funktion als Wirtschaftsmotor im Westen. Die Zahl der saisonal arbeitenden

Hollandgänger, wohl 30.000 um die Jahrhundertwende, ging bis 1860 auf weniger als 5.000 zurück. Auch die weiterhin intensiv betriebene Moorkolonisation in Ostfriesland und in Oldenburg konnte nur kleinen Bevölkerungsgruppen eine Zukunft bringen, zumal die Arbeitsbedingungen hart und die Chancen auf eine Überwindung der Armut in den Fehnkolonien gering blieben.

In dieser Zeit boten die USA Hoffnung. Unter Missachtung der den Indianern gegebenen territorialen Sicherheiten begann in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine rasche Westexpansion. Zunächst wurde die Prärie durchquert, Oregon sowie Kalifornien gerieten in den Blickpunkt, dann der mittlere Westen zur Besiedlung freigegeben. 1854 wanderten mehr als 400.000 Menschen in die USA ein. Neben dem von Hungerkrisen geplagten Irland kam aus Deutschland eine etwa gleichstarke Auswanderergruppe, gemeinsam stellten Iren und Deutsche fast zwei Drittel der USA-Einwanderer zwischen 1851 bis 1860. Nur unterbrochen vom amerikanischen Bürgerkrieg 1861-1865 kamen sodann bis zum Ende der neunziger Jahre die meisten Einwanderer aus Deutschland. Besonders im mittleren Westen, im Gebiet von Illinois bis hinunter nach Texas, lassen sich in den USA viele Orte nachweisen, die sich auf Einwanderung aus Niedersachsen beziehen. Die dort verbreiteten Familiennamen verweisen noch heute auf die Herkunftsgebiete. Es sind vor allem niedersächsische Räume, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts dicht besiedelt waren und in denen das ländliche Gewerbe beheimatet war, also z.B. Teile des Osnabrücker Landes oder Schaumburgs.

Als Ziel der Auswanderung standen die USA bei weitem an erster Stelle. Aber es gab auch Gruppen, die beispielsweise aus dem Sollingraum nach Jamaika gelangten, als dort die Sklavenarbeit aufge-

hoben wurde. Es könnten allein aus Niedersachsen, exakt lässt sich die Zahl nicht bestimmen, bis zu 300.000 Menschen ausgewandert sein.

Auswanderung war bis auf geringe Ausnahmen ein Unterschichtenphänomen. Städtische Bürger und erbende Bauern blieben, höhere soziale Kreise ohnehin. Meist gingen ganze Gruppen aus einer Siedlung, im Allgemeinen weitaus mehr Männer als Frauen, bisweilen ganze Familien. Bis zum Bau der Eisenbahn reisten viele Menschen auf der Weser nach Bremen. Dort spezialisierte man sich rasch auf das lukrative Auswanderergeschäft. Die Gründung der Stadt Bremerhaven nach 1827 bei Geestemünde geht nicht nur auf die im Vergleich zu Bremen bessere Erreichbarkeit durch die vergrößerten Hochseeschiffe zurück, sondern auch auf die Massenauswanderung.

Die Obrigkeiten in den niedersächsischen Staaten betrachteten die Auswanderung zwiespältig. Gern entledigten sie sich auf diesem Wege unbeliebter Personen, doch fürchteten sie einen zu großen Verlust von Menschen. Allmählich setzte sich aber die Erkenntnis durch, dass der drohenden Massenarmut nur mit Auswanderung zu begegnen war. Die Auswanderungserlaubnis wurde erleichtert, bei Männern aber darauf geachtet, dass sie ihren Pflichten zum Militärdienst nachgekommen waren.

Viele Auswanderer hatten nach der strapaziösen Überfahrt einen ebenso schwierigen Weg in den mittleren Westen vor sich. Dort bekamen sie zwar Land, mussten es aber in eigener Arbeitskraft urbar machen. Nicht alle Auswanderer fanden gute Bedingungen in den USA vor und manche waren auf falsche Versprechungen hereingefallen. Etliche kamen zurück. Ortsnamen wie Texas (bei Hameln und Gifhorn) verweisen in Niedersachsen noch heute darauf.

Eisenbahnen

Seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts ebte der Auswandererstrom aus Niedersachsen allmählich ab. Dies steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Industrialisierung. Die regionale Industrialisierung, voran im Berg- und Hügelland und in der traditionell städtereichen Zone von Osnabrück bis Braunschweig, setzte ebenso wie der Eisenbahnbau erst spät ein, da mit der landwirtschaftlichen und auf heimischen Rohstoffen aufbauenden gewerblichen Produktion bis weit in das 19. Jahrhundert hinein ein Grundeinkommen der Bevölkerung gesichert werden konnte.

Zwar war und ist Niedersachsen ein Verkehrsdurchgangsland, doch die Verkehrsnetze boten zunächst wenig Hoffnung auf eine Verbesserung des für gewerbliche Intensivierung so wichtigen Handels. In England war vorgeführt worden, dass die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, also zunächst Kanäle und Straßen, dann Eisenbahn, für eine Industrialisierung ebenso unerlässlich war wie das Vorhandensein von Arbeitskräften, die Verfügbarkeit über Rohstoffe und die Schaffung von Absatzmärkten. Trotz vieler Pläne blieb ein umfangreicher Kanalbau jedoch außerhalb der oldenburgischen und ostfriesischen Fehngebiete aus. Anderes galt für den Chausseebau. Hier hatte das Königreich Hannover eine Vorreiterrolle schon in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts übernommen.

Als 1835 die erste Deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth verkehrte, begann auch in Niedersachsen eine lebhafte Diskussion, in der vor allem im Herzogtum Braunschweig der ökonomische Nutzen der Eisenbahn rasch erkannt wurde. Bereits 1838 wurde die Linie Braunschweig-Wolfenbüttel eröffnet. Preußen vor allem, aber auch Braun-

schweig, drängten Hannover, sich an Eisenbahnprojekten zu beteiligen. Hier waren die Vorbehalte groß, sei es aus Sorge vor militärischer Nutzung der Bahn oder vor einem Verlust der Geschäfte heimischer Fuhrbetriebe. Auch schreckte das schwierige Verfahren, das Land für die Trassen zu bekommen, und schließlich fehlte stets das Geld. Daher wurden Staatsbahnen gegründet. Sie bedienten sich privater Kapitalbeschaffung dank sicher verzinsten Anlagen.

Ab 1844 waren Hannover und Braunschweig mit einer Eisenbahn verbunden. Bis in die 1860er Jahre wuchs das Netz rasch. Mit Ausnahme einer Querverbindung durch das westliche Niedersachsen bestanden bereits alle noch heute existierenden Hauptlinien. Daran schloss sich eine Phase des Baus von Nebenlinien und Kleinbahnen an. Eisenbahnknotenpunkte wurden die Basis neuer Städte, so Lehrte. Städte, die sich dem Eisenbahnbau widersetzen, waren der Stagnation ausgeliefert, so Eldagsen. Städte, die Eisenbahnanschluss erhielten, hatten für viele Jahre gute Entwicklungsmöglichkeiten, denn voran stand der Gütertransport. Für Massengüter, gewichtige Rohstoffe und Fertigprodukte ergaben sich ganz neue Vermarktungsnetze. Und schließlich entstand um das Eisenbahnwesen herum ein eigenständiger Gewerbe- und Industriezweig.

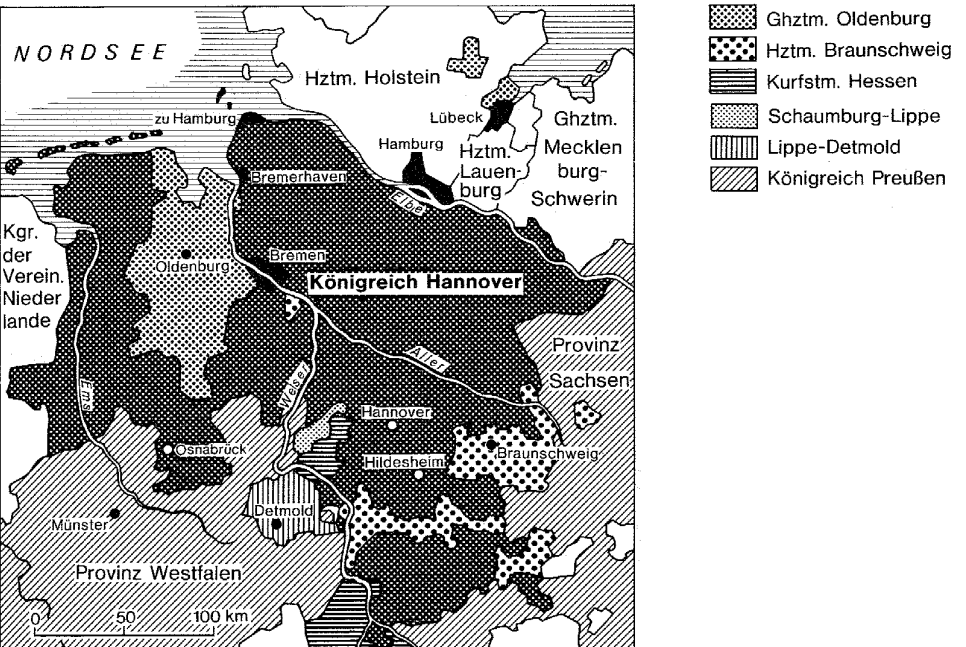
Preußen in Niedersachsen

Tief in die politische Geschichte Niedersachsens schnitt die Annexion des Königreichs Hannover 1866 durch Preußen ein. Seit dem 17. Jahrhundert bereits umgaben im Osten und im Südwesten brandenburgische Besitzungen die niedersächsischen Fürstentümer. Bei der Anlage von Chausseen und beim Eisenbahnbau, bei der Aufhebung der Zollgrenzen in

Deutschland und der Durchsetzung von zumindest regionaler Gewerbefreiheit hatte Preußen stets Interessen, die auf den Großstaat ausgerichtet waren, der so unterschiedliche Gebiete wie Ostpreußen oder das Ruhrgebiet umfasste. Preußen war die Vormacht im Deutschen Bund und vor allem in Norddeutschland.

In Hannover hatte sich König Ernst August schließlich den neuen innen- und außenpolitischen Gegebenheiten angepasst. Als sein blinder Sohn Georg V. 1851 die Herrschaft antrat, setzten sich Realitätsferne und ein gleichsam mystischer Konservatismus durch. Außenpolitisch vermochte Georg die herausragende Stellung Preußens nicht an- zuerkennen, und innenpolitisch hob er 1855 die liberale Verfassung wieder auf. Anders als die übrigen drei Staaten Niedersachsens, die sich Preußen anpassten, suchte Georg Autonomie bei lockerer Bindung an Österreich. In der sich zuspitzenden Kon-

frontation zwischen den beiden Großmächten im Deutschen Bund um Schleswig-Holstein setzte er in formaler Neutralität faktisch allein auf die Habsburger. Preußen marschierte im Bundeskrieg 1866 gegen Hannover. Am 29. Juni kapitulierte die nicht auf den Krieg vorbereitete hannoversche Armee im thüringischen Langensalza. Am 3. Juli wurde das österreichische Hauptheer bei Königgrätz in Nordböhmen geschlagen. Mit dem Prager Frieden vom 23. August 1866 wurde der Deutsche Bund aufgelöst. Damit war einer kleindeutschen Reichsgründung ohne Österreich, wie sie 1871 erfolgte, der Weg bereitet. Das Königreich Hannover aber wurde am 20. September 1866 von Preußen ebenso annektiert wie Kurhessen, Nassau und die Stadt Frankfurt. Der von Preußen initiierte Norddeutsche Bund ersetzte bis zur Reichsgründung 1871 die nach der Auflösung des Deutschen Bundes feh-



Der Raum Niedersachsen zwischen 1815 und 1866: mit der Annexion des Königreichs Hannover 1866 wurde Preußen die wichtigste Macht in Niedersachsen.

lende überstaatliche Organisation.

Das entmachtete Welfenhaus, die Mehrheit des Adels und des lutherischen Klerus, große Teile der Staatsverwaltung und viele Menschen gerade auf dem Lande machten nach der Annexion aus ihrer antipreußischen Haltung kein Hehl. Das Wirtschaftsbürgertum in den Städten und liberal eingestellte Menschen, voran der Nationalliberale Politiker Rudolf von Bennigsen, sahen dagegen die Vorteile auf dem Weg zu einem deutschen Nationalstaat und vor allem zu einer im ehemaligen Königreich dringend notwendigen ökonomischen Modernisierung. Die entstehende Sozialdemokratie setzte ohnehin auf überregionale und internationale Kooperation.

Preußen beließ das hannoversche Staatsgebiet als eigenständige Provinz in seinen herkömmlichen Grenzen mit Hannover als Hauptstadt. Der Provinziallandtag erhielt u.a. Befugnisse für das Kultur- und Sozialwesen, für den Straßen und Eisenbahnbau und die agrarischen Verbesserungsmaßnahmen. Mit der Reichsgründung von 1871 nach dem deutsch-französischen Krieg mussten auch die drei nichtpreußischen Staaten in Niedersachsen viele Rechte in Gesetzgebung und Verwaltung an das Reich abgeben. Die Militärhoheit entfiel.

Als in Braunschweig 1884 das Herzogshaus ausstarb, wären die entmachteten hannoverschen Welfen erbberechtigt gewesen. Da diese Preußen gegenüber unversöhnlich blieben, machte erst 1913 die Hochzeit des Prinzen Ernst August, einem Großsohn des letzten hannoverschen Königs, mit der Kaisertochter Viktoria Luise den Weg für die Erbfolge frei.

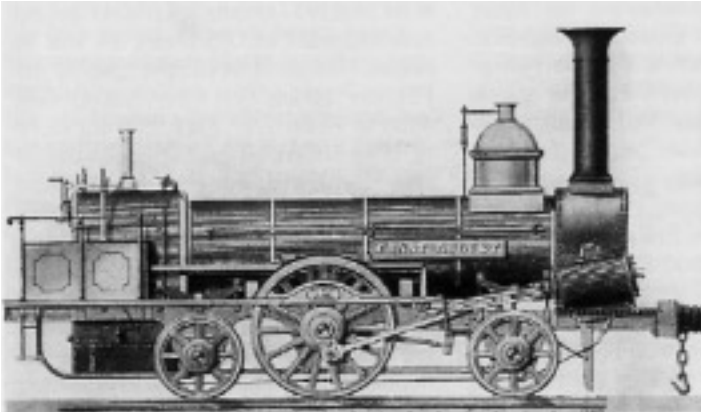
In der Rückschau wird die Annexion Hannovers 1866, anders als von vielen Zeitgenossen, als nützlich angesehen. Die neue Provinz Hannover partizipierte an den Vorteilen der preußischen Gewerbe-freiheit, an den nun weiträumigen, nicht

von Zöllen blockierten Handelsverflechtungen und an der Modernisierung des Verwaltungsaufbaus. Dennoch formierte sich in der Provinz Hannover eine antipreußische politische Bewegung, die sich in der Deutsch-Hannoverschen-Partei etablierte. Sie stützte sich auf den Adel, auf Teile des konservativen Bürgertums und auf die Mehrheit der Bauern in der Geest. Aus den ähnlich laufenden Konfliktlinien mit Preußen und dem Reich heraus kooperierte die welfische Partei oft mit dem katholischen Zentrum. In den allmählich wachsenden industriellen Ballungsgebieten gewann die Sozialdemokratie zunehmend an Bedeutung.

Industrialisierung und Urbanisierung – das Beispiel Hannover

Die vergleichsweise bescheidene und inselartige Industrialisierung Niedersachsens erhielt durch das Eisenbahnnetz und in den Jahren nach 1866 durch die preußische Gewerbeliberalität im ehemaligen Königreich Hannover einen kräftigen Anstoß. Die über gewerbliche Produktion hinausgehenden Impulse liegen aber zeitlich früher. Vorreiter, noch vor dem traditionell gewerblich wichtigeren Braunschweig, war der Raum Hannover.

Hannover war seit 1636 Residenzstadt. Hiervon profitierten auch Handel, Verkehr und Gewerbe. Im Dorf Linden, westlich der Calenberger Neustadt, waren darüber hinaus bereits seit dem 17. Jahrhundert zahlreiche Gewerbe angesiedelt worden. Die günstige Verkehrslage, die gesicherte Versorgung aus dem agrarisch ertragreichen Umland und die im Deister anstehende Steinkohle ermöglichten es Vater und Sohn Egestorff, in Linden schon während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts von der Kalkbrennerei zur Maschinenfabrikation überzugehen.



Die erste 1846 in Linden gebaute Lokomotive für die hannoversche Staatsbahn erhielt den Namen Ernst August.

Begünstigend wirkten sich nicht nur die kurzzeitigen Gewerbefördernden staatlichen Initiativen nach 1830 aus, sondern auch die frühe Gemeinheitsteilung, Verkoppelung und Lastenablösung, die in Linden schon 1840 beendet waren. August Söhlmann wartete 1833 in seiner Lederwarenfabrik im viergeschossigen Gebäude an der Lindener Ihmebrücke mit einer Neuheit auf: Eine Dampfmaschine betrieb die Borkenmühle und die Lederwalke. Johann Egestorff hat diesen ersten industriellen Einsatz einer Dampfmaschine im Königreich Hannover noch miterlebt. Im Jahr darauf starb er. Sein Sohn aber sollte mit dieser Maschine Erfolg ernten. Georg Egestorff (1802-1868), ältestes Kind Johanns, setzte in seiner 1835 gegründeten Eisengießerei und Maschinenfabrik erstmalig eine 6 PS starke Dampfmaschine ein. Da aber erst wenige andere Betriebe maschinenabhängig arbeiteten, blieb Egestorffs Maschinenfabrik zunächst ein mit ca. 50 Beschäftigten arbeitender großer Handwerksbetrieb, in dem Eisenwaren verschiedener Art hergestellt wurden.

Viel wichtiger erschien zum damaligen Zeitpunkt die mechanische Baumwollweberei, die 1837 von zwei Bankiers und zwei Kaufleuten an der Ihme gegründet wurde. Denn im Calenberger Land und besonders in Linden arbeiteten schon

viele Weber, die den stetig wachsenden Textilbedarf deckten. Eine einzige Dampfmaschine betrieb nunmehr sechzig Webstühle und diverse weitere Arbeitsgeräte. Noch lagen die Produktionskosten hoch, und auf dem Lande konnte feinere Qualität angeboten werden. So beschäftigte diese Fabrik zwar 50 Arbeiter, ohne freilich der Heimindustrie der Kleinbauern gefährlich zu werden.

In Hannover entstand um Karl Kar-marsch 1831 die Höhere Gewerbeschule, die Vorläuferin der heutigen Universität. In den Folgejahren begannen sich die Handelserleichterungen dank der Zollvereine auszuwirken, doch den wesentlichen Industrialisierungsschub bot die Einbeziehung Hannovers in das Eisenbahnnetz ab 1843. Als Borsig in Berlin bereits 100 Lokomotiven hatte bauen lassen, wurde am 4. Juni 1846 die erste Egestorffsche Lokomotive von 24 Pferden durch die Altstadt zum neuen hannoverschen Bahnhof gezogen. Auch die anderen Lindener Betriebe profitierten vom zusätzlichen Bedarf der Eisenbahn.

So verdienten in Linden und Umgebung um 1850 wohl schon ca. 1.000 Personen ihr Geld nicht als Bauern, Handwerker und Gesinde, sondern als Lohnarbeiter. 14 Stunden am Tag arbeiteten sie, dazu kam der oft lange Fußweg vom Heimatdorf zum Arbeitsplatz. Viele

Arbeiter versuchten, in Linden direkt zu wohnen. Auf diese Weise überholte Linden, mit Ausnahme von Hannover, rasch die Bevölkerungszahl der alten Flecken und Städte des Calenberger Landes. Die Wohnsituation der Arbeiter kann man sich kaum schlecht genug vorstellen. Selbst wenn die Menschen in der Altstadt Hannovers Unterschlupf fanden, ging es ihnen nicht besser. Die wohlhabenden Hannoveraner bauten sich Villen am Stadtrand, Teile der Altstadt wurden in den folgenden 100 Jahren zum Slum.

Am 1. April 1848 wurde in Hannover ein Arbeiterverein gegründet, der auf einen drei Jahre älteren Gesellenleseverein zurückging. In den ersten Tagen des Aprils 1848 streikten 300 Arbeiter der Egestorffschen Maschinenfabrik für eine kürzere Arbeitszeit. Egestorff kam den Arbeitern entgegen, fortan wurden nur noch 11 Stunden pro Tag gearbeitet. Dies waren Randerscheinungen der Revolution von 1848.

Die Liberalisierungsphase nach 1848 reichte aus, um neue Initiativen in Bewegung zu setzen, die von der Regierung hernach durchaus behutsam gefördert wurden. Als 1854 endlich das Königreich Hannover dem Deutschen Zollverein beitrug, kam die günstige Verkehrslage Hannovers und seiner Umgebung ganz zur Geltung. Zölle im Binnenland entfielen fortan, und gegen die billigen englischen Textilien schützten hohe Einfuhrzölle. Von Osten nach Westen, von Norden nach Süden banden nunmehr Eisenbahnlinien das politische Zentrum des Königreiches in den nationalen Güteraustausch ein. Die Calenberger Börde gewährleistete die Ernährung wachsender Menschenmengen.

Kohle stand im Deister bei Bredenbeck, Wennigsen und Barsinghausen an. Nur Eisen fehlte und das nötige Kapital zum Weiterführen der Industrialisierung: 1856 wurden bei Osnabrück unter staat-

licher Förderung die Georgsmarienhütte, 1858 bei Peine die Ilseder Hütte gegründet, 1856 in Bückeburg eine niedersächsische Bank. Neben vielen kleingewerblichen Neugründungen profitierten hiervon in Linden die Egestorffsche Maschinenfabrik, die 1857 schon 780 Beschäftigte zählte, und die nach englischer Planung ausgestattete, als Aktiengesellschaft finanzierte Lindener Baumwollspinnerei und Weberei, die 1855 ihren Betrieb aufnahm und deren Beschäftigtenzahl bald 1.000 erreichte. In den folgenden Jahren ließ der Bankier und Unternehmer Adolph Meyer seine Mechanische Weberei auf über 400 moderne Webstühle vergrößern.

Die Lindener Industrialisierung hatte mit der Baustoffverarbeitung begonnen. Nun, im ersten Boom nach 1848, traten, wie generell in Deutschland, die Textilerstellung und die Maschinenfabrikation in den Vordergrund. Doch die wirtschaftliche Prosperität hatte ihren Preis. In Hannover klagte man über die Luftverschmutzung, weil der vorherrschende Westwind den Rauch herüberblies. Leine wie Ihme verloren ihre Sauberkeit. Und die Arbeiter, die Lindens Einwohnerzahl zu Beginn der sechziger Jahre auf 10.000 anwachsen ließen, fanden immer schwieriger Unterkunft. Rasche Erweiterungen Hannovers und Lindens, auch die als vorbildlich bekannte neue Arbeitersiedlung Fannystraße, konnten nur mühsam den notwendigen Wohnraum sichern. Ende der 1850er Jahre trat Stagnation ein. Als die preußische Annexion 1866 die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit aller Einwohner brachte, machten sich in der Lindener Industrie die Erleichterungen sofort bemerkbar, indem die Beschäftigtenzahlen rasch wieder wuchsen.

Vom neuen Boom kündeten beispielsweise Dampfziegeleien. Im Übrigen trugen die Unternehmungen Henry Bethel Strousbergs vor allen anderen das indu-

strielle Wachstum, obgleich Strousberg nur zweieinhalb Jahre in Linden wirkte. Nach Georg Egestorffs Tod 1868 erwarb er dessen Eisengießerei und Maschinenfabrik. Egestorff war noch ein patriarchalisch gesonnener Unternehmer gewesen, der sich um seine Arbeiter kümmerte. Strousberg dagegen herrschte über ein ganzes in Deutschland verstreutes Mischunternehmen, in dem das Lindener Werk nur eines von vielen blieb. Von ihm wurde endgültig die handwerksnahe Produktion aus den Werkshallen vertrieben, und die Massenproduktion genormter Teile zog ein. In Rumänien baute Strousberg die Staatsbahn auf, deren Lokomotiven er in Linden herstellen ließ. Die dortige Maschinenfabrik wuchs schnell zum größten Unternehmen der Region.

Schon zwei Jahre nach der Gründung der Lindener Bahnhöfe am Küchengarten und Fischerhof lag der dortige Warenumsatz doppelt so hoch wie in Hannover. Die Arbeiterzahl in den Strousbergschen Werken schnellte auf über 2.000 empor, obgleich die Produktion rationalisiert wurde. 1873 zählte man knapp 6.400 Arbeiter in Linden, zwei Drittel der gesamten Arbeiterschaft im Raum Hannover. Der Rest arbeitete in Hannover selbst oder in den Ziegeleien, Kalkbrennereien, Kohlengruben usw. Die meisten Arbeiter kamen entweder als Tageswanderer aus den umliegenden Dörfern oder als dauerhaft Bleibende aus den Harzrandregionen, Pommern, Schlesien und Sachsen. Für die zugewanderten Arbeiter in Linden ließ Strousberg zwischen der Göttinger Straße und dem Werksgelände eine Arbeiterwohnsiedlung bauen, doch den Aufstieg der politischen Arbeiterbewegung, die sich parallel mit dem Zuwachs in Linden zwischen 1867 und 1872 konstituierte, konnte er nicht verhindern. Dafür war die materielle Lage der Arbeiter zu schlecht, die Arbeit

zu hart und die Wohnsituation meist zu miserabel. Während mit dem Geld der Gründerjahre eine Aktiengesellschaft nach der anderen eingerichtet wurde, und entsprechend aus der Strousbergschen Fabrik nach dessen Ausscheiden die „Hanomag“ entstand, wuchs Linden allmählich zum „roten Linden“. Schon die umfangreichen Streiks 1905/06 der Arbeiter in Hannover, Linden und in den Bergbauorten am Deister hatten gezeigt, dass die junge gewerkschaftliche und politische Organisation es den Arbeitern ermöglichte, ihre Forderungen vorzutragen und zum Teil sogar durchzusetzen. Diese Streiks wandten sich gegen materielle Not nach den Nahrungsmittelpreissteigerungen der Zeit, sie richteten sich gegen eine deutlich spürbare Rationalisierungswelle in der Wirtschaft, gegen unwürdige Arbeitsbedingungen und politische Entmündigung.

Der einer Boomphase anlässlich der Reichsgründung von 1871 und der französischen Reparationen folgende so genannte Gründerkrach hatte die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Hannovers kaum aufgehalten. Die Verkehrsgunst der Stadt ließ sie und Linden im Zusammenhang mit der Industrialisierung Deutschlands rasch weiterwachsen. Aus der Residenz und Handwerkerstadt wurde bis zum Ersten Weltkrieg eine Industriestadt von überregionaler Bedeutung. Firmen wie die Conti, Pelikan, Bahlens, Riedel de Haen zeigen, wie wenig nunmehr die hiesigen Rohstoffe als vielmehr die hervorragenden Verkehrssituationen die wirtschaftliche Expansion förderten. Dass ab 1905 auch im Calenberger Land (Empelde, Ronnenberg) Kali gefördert wurde, geriet fast zur Nebensächlichkeit gemessen am Erfolg, den die Verkehrsverflechtungen den neuen Industrien boten, zumal 1909 der Seelzer Verschiebebahnhof den Betrieb aufnahm. 1875 wohnten in Hannover

schon 87.000, in Linden 21.000 Menschen, während die Dörfer ihre Einwohnerschaft seit dem 17. Jahrhundert höchstens verdoppelt hatten. 1891 und 1907 fanden die ersten größeren Eingemeindungen nach Hannover statt. 1909 zog das 1885 zur Stadt erhobene Linden nach und vergrößerte sich um Limmer, Davenstedt, Badenstedt, Bornum und 1913 Ricklingen. Diese Orte hatten ihr dörfliches Antlitz noch nicht verloren, doch an ihren Rändern wuchsen die Wohnsiedlungen, wenige Bauern und Gewerbetreibende wurden reich durch Grundstückverkäufe und Häuserbauten.

Dieser strukturelle Wandel spiegelt sich klar in den Wahlergebnissen wider. Die Sozialdemokraten bzw. ihre Vorläufer erhielten bei überregionalen Wahlen im Wahlkreis Hannover/ Linden trotz zum Teil eingeschränkter politischer Entfaltungsmöglichkeiten 1867 11,1%, 1878 26,4%, 1912 53,0%; zur gleichen Zeit sank der welfische Stimmenanteil von 68,4% über 44,6% auf 11,1%, derjenige der Liberalen stagnierte um 31,6%, 24,3% und 26,7%.

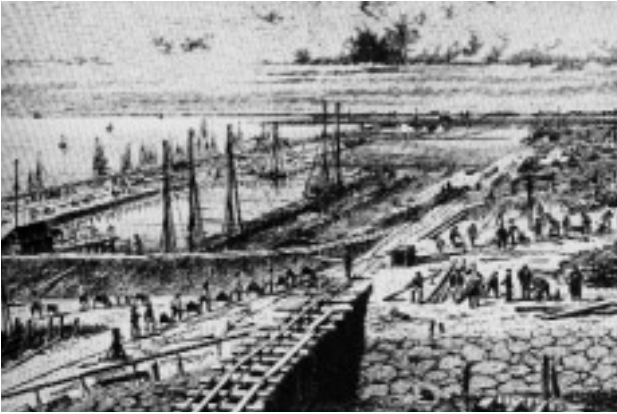
Regionen in Niedersachsen – Nachholen zwischen Identität und Zivilisationskritik

Industrialisierung in Niedersachsen geschah regional und nicht flächenhaft. Zentren nächst Hannover waren vor allem Braunschweig, sodann Osnabrück und generell das Gebiet des Berg- und Hügellandes. Hier boten die Gewerbetradition und die heimischen Rohstoffe (z.B. der Asphalt bei Eschershausen oder das Holz für die Möbelindustrie in Lauenau, Bad Münder und Springe) den Ansatzpunkt für die Gründung vieler kleiner und mittlerer Betriebe. Selbst in der Geest konnte unter Sonderumständen eine örtliche Industrialisierung stattfinden wie in

Bomlitz bei Walsrode. Hier wurde eine frühneuzeitliche Papiermühle zur Pulvermühle umgenutzt, die bald zu einer weltweit exportierenden Munitionsfabrik gedieh. Die oldenburgischen Städte Delmenhorst und Nordenham profitierten von der Nähe zum Meer.

Einen Sonderfall stellt Wilhelmshaven dar. Hier, in geschützter Lage am Jadebusen, hatten bereits französische Admirale während der napoleonischen Zeit einen Kriegshafen konzipiert. Preußen griff die Idee auf und erwarb ab 1856 von Oldenburg das Terrain für eine Marineanlage. 1869 erhielt das Militärgelände seinen Namen nach König (später Kaiser) Wilhelm I. Als seit der Reichsgründung 1871 der Kriegshafen rasch wuchs, wurde auf oldenburgischer Seite die Stadt Rüstringen ausgebaut, die 1937 mit Wilhelmshaven vereinigt wurde. Die auf die Marinebedürfnisse ausgerichtete Monostruktur hat nach dem Zweiten Weltkrieg zu schweren ökonomischen Problemen der um 1900 stark prosperierenden Stadt geführt. In vielerlei Hinsicht ist die Entwicklung des von niedersächsischem Gebiet umschlossenen Bremerhavens ähnlich.

Allmählich entstanden Vorformen des für Niedersachsen heute so wichtigen Tourismus. Bad Pyrmont hatte im 18. Jahrhundert gekrönte Häupter angezogen, so Zar Peter den Großen. Bad Nenndorf war zur Zeit des Königs Jérôme expandiert, und Norderney wurde bereits von der welfischen Herrscherfamilie in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufgesucht. Mit der romantischen Hinwendung zur Natur gewann der Harz eine neue Bewertung trotz der großen Bergbau- und Hüttengebiete. Seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts galt auch die Lüneburger Heide nicht mehr als öde, von menschlicher Gestaltung geschaffene Wildnis, sondern als in ihrer Kargheit faszinierende Landschaft. Zu diesen Umbewertungen trug die Heimatbe-



1861 wurde die „Alte Einfahrt“ für den Marinehafen Wilhelms-hafen gebaut.

wegung bei, im Fall der Heide speziell Hermann Löns (1866-1914).

Gegen Industrialisierung und Urbanisierung richtete sich in Niedersachsen zunehmend Kritik, die bäuerliche und regionale Traditionen idealisierte. Aus dem Prozess der Territorientwicklung hatte sich ergeben, dass zunehmend der Name Niedersachsen mit dem welfischen Hoheitsgebiet verbunden wurde. Den letzten Anstoß gab die Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen 1866. Um ein häufiges Missverständnis zu vermeiden: Die antipreußische Bewegung welfisch orientierter Gruppen ist nicht gleichzusetzen mit der niedersächsischen Heimatbewegung. Allerdings gibt es viele Verwandtschaften, auch personeller Art, und immer dann, wenn es nicht opportun erschien, einen Begriff, der an die Welfen erinnern könnte, zu verwenden, nutzte die welfische politische Bewegung den Begriff Niedersachsen.

Die am Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung gewinnende Heimatbewegung hatte einen gewichtigen und eigenständigen Kern in und um Bremen. Hier, wie auch in Hannover, bediente man sich des alten Sammelbegriffs Niedersachsen, um primär auf das hiesige bäuerliche Element hinzuweisen, das es gegen Verstädterung und Proletarisierung zu schützen und als gesellschaftliches Vorbild

zu pflegen gälte. Bemerkenswerterweise waren es in Wirtschaft und Staat gut etablierte Bürger, die solche Gedanken formulierten. Rasch durchmischte sich produktive Heimatpflege, die vor zu schneller Veränderung und unwiederbringlicher Zerstörung bewahren wollte, mit antizivilisatorischer politischer Haltung, die gerade nach dem Ersten Weltkrieg nationalistisch bis völkisch wurde. Von der Heimatbewegung wurden die angeblich so einigenden Bänder, die Niedersachsen zusammenhielten, gewebt, seien sie die gemeinsame Abstammung von den Altsachsen oder aber das Hallenhaus, womöglich mit den als altsächsisch postulierten Pferdeköpfen, oder der Beginn der niedersächsischen Geschichte vor etwa 1200 Jahren im Kampf Widukinds gegen den „Sachsenschlächter“ Karl. Da verwies politisch manches auf den Nationalsozialismus, im ökologischen Gedanken der Heimatpflege aber auch auf die heutigen Umweltbewegungen.

Dies macht die merkwürdige Trennung und zugleich Durchmischung des frühen Heimatgedankens mit der romantischen Verklärung einer als besser angesehenen alten bäuerlichen Welt auf der einen Seite und mit den Bemühungen um Erhaltung bewährter regionaler Identität auf der anderen deutlich. In den katholischen Gebieten, Teilen des Emslandes, im Oldenburger

Münsterland, in und um Hildesheim oder im Eichsfeld, wurde die überkommene regionale Kooperation und das besondere katholische Selbstbewusstsein gestärkt. Dies geschah in der Auseinandersetzung mit den Zugriffen aus Oldenburg oder Hannover auf herkömmliche Organisationsformen des Alltagslebens und der Institutionen. Die identitätstiftende Kraft von Tradition und regionaler Geschichte wurden genutzt, ohne dass dies zwingend rückwärtsgewandte Idealisierung heißen musste.

Anders als in den Jahrhunderten zuvor zeigte sich Regionalität am Ausgang des 19. Jahrhunderts nicht nur in den spezifischen Lebens- und Wirtschaftsweisen eines Gebietes, in seiner politischen Verfasstheit, seinem territorialen Zuschnitt oder der dynastischen Verbindung, sondern in der Artikulation durch Menschen, die in diesem Gebiet wohnten. Ausgelöst wurde dieses durch Angleichung und externe Überformung. Hierin zeigt sich die charakteristische Kraft von Regionalität gegen Zentralismus, aber auch gegen unreflektiert als solche bewertete Bedrohung.

Die soziale Kluft weitete sich: zwischen dem Proletariat in den wenigen industriellen Zentren, den Kleinstellenbesitzern und Landarbeitern einerseits und andererseits den traditionellen Führungsgruppen, den Bauern und der wachsenden Zahl von Personen, die in Verwaltung und Wirtschaft reüssierten. In den größeren Städten und den Gewerbeorten gewann die Sozialdemokratie zunehmend an Bedeutung. Auf dem Lande herrschten die liberalen und konservativen Parteien vor, in der Provinz Hannover die Welfenanhänger, die auf Reichsebene in ihrer anti-preußischen Haltung mit dem politischen Katholizismus kooperierten. Wiederum gilt, dass gemessen an den Gebieten Europas mit weit stärkerer und schnellerer Industrialisierung die soziale Differenzierung vergleichsweise gering blieb. Niedersachsen kannte keine Urbanisierung

wie das Ruhrgebiet und keine Massenproletarisierung wie einst in den englischen Industriegebieten. Mit ca. 30 % lag um 1900 der Anteil Erwerbstätiger im gewerblichen Sektor um 5% niedriger als im Reich. Plattdeutsch blieb in seinen kleinteiligen Ausformungen die Alltagssprache, Hochdeutsch die Ausnahme für Verwaltung und Oberschicht. Die ländlich-bäuerlichen und die kleinstädtisch-bürgerlichen Milieus waren weiterhin prägend.

Die sich in der frühen Neuzeit andeutende Tendenz, dass nur wenige Hauptorte wuchsen, während die Mehrzahl der kleinen Städte zwar auch Aufwärtsentwicklungen kannten, aber hinter den wenigen wichtigen Städten zurückblieben, setzte sich fort. Ungewöhnlich gering war die Mobilität im Vergleich zum Reichsdurchschnitt. Das in vielen Bereichen schmale Wachstum reichte allerdings aus, bis zum Jahrhundertende die Auswanderungswelle abebben zu lassen, ja in der noch kaum mechanisierten Landwirtschaft auf saisonale Arbeitskräfte Ostmitteleuropas angewiesen zu sein. Die wesentlichen Landschaftszonen Niedersachsens bildeten sich weiterhin deutlich ab. Gewerbliche Intensivierung fand vor allem im Berg- und Hügelland statt, industrielle Urbanisierung in den Städten am Rande der Lößbörde und in guter Verkehrslage. In der Landwirtschaft fiel die Geest trotz auch hier steigender Erträge gegenüber den Lößgebieten relativ zurück, da auf den guten Böden die Spezialisierung und Intensivierung größeres Wachstum brachte. Die sich im Mittelalter bereits andeutende Differenzierung Niedersachsens in bestimmte Regionen veränderte sich nicht prinzipiell.

Die ökonomischen Zentren lagen wie bisher im Westen Europas. Die gegenüber Niedersachsen weiterhin wirtschaftlich bedeutungsvolleren Niederlande waren in ihrer Überlegenheit von England abgelöst worden. Frankreich und die hochindustri-

alisierten Teile Deutschlands drängten nach. Im Osten der USA zeigte sich seit dem Ende des Bürgerkriegs eine Wirtschaftskapazität ungeahnter Größe. Selbst wenn Deutschland an der Wende zum 20. Jahrhundert Teil des Zentrums im Weltssystem wurde, es waren Hamburg, Berlin, der rhein-mainische Raum und nun allen voran das Ruhrgebiet, die rascher expandierten als die industriellen Hauptorte

in Niedersachsen. Die Durchsetzung Niedersachsens mit inneren Peripherien nahm im interregionalen Vergleich trotz des wirtschaftlichen Gesamtwachstums zu. Wie schon für die frühe Neuzeit gilt, dass die damit verbundene nachholende Modernisierung und die Konkurrenzfähigkeit durch Imitation auch ihre Vorteile hatten, beispielsweise in relativer sozialer Stabilität oder der Vermeidung von schlimmen ökologischen Schäden.

Konkurrieren (20. Jahrhundert)

Nach dem Ersten Weltkrieg - neue politische Systeme

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der niedersächsische Raum von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. Anders als der Reichstag wurden die Landesvertretungen und örtlichen Räte nach verschiedenen Formen des Zensuswahlrechts gewählt. Frauen waren ausgeschlossen. Doch über die sozialen Grenzen hinweg wurde der Beginn des Ersten Weltkrieges begrüßt.

Schon bald nach 1914 zeigten sich gerade für die Städte allerdings schwere

Rückwirkungen. Da England die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nach Deutschland unterband, war die Versorgung der städtischen Bevölkerung, anders als auf dem Land, nicht mehr gewährleistet. Mit wachsender Kriegsdauer und steigenden Alltagsnöten wuchs in den größeren Städten der Unmut. Soziale Verbesserungsvorschläge und Wahlrechtsänderungen kamen zu spät.

Als sich am 4. November 1918 in Kiel Matrosen weigerten, noch einmal mit der Hochseeflotte gegen England auszulaufen, verbreitete sich diese Nachricht wie ein Lauffeuer. Allorts schlossen sich meuternde Matrosen und Soldaten dem Widerstand gegen das kaiserliche Regime an. Die Revolution von 1918/19 ging von der Küste aus und fand in den Städten statt. Die Massenbewegung des Novembers und Dezembers 1918 war ein spontaner Aufstand. Im Dezember bereits hatten sich auf Reichsebene die gemäßigten Sozialdemokraten auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte durchgesetzt. Interessant ist der Braunschweiger Fall. Ca. ein Drittel der Landesbevölkerung von etwa einer halben Million lebte in der Hauptstadt. Seit der Industrialisierung war die dortige sozialdemokratische Bewegung deutlich radikaler als diejenige in Hannover und Linden. Früh schon wurde



Während des Ersten Weltkrieges mußten viele Frauen Arbeiten übernehmen, die bisher von Männern verrichtet wurden.

der vom Kaiser verkündete so genannte Burgfrieden zwischen den verschiedenen politischen Kräften im Reich kritisiert. 1916 und 1917 gab es große Streiks und Protestversammlungen. Als sich die SPD 1917 reichsweit spaltete, ging die Braunschweiger Mehrheit zur neugegründeten unabhängigen Sozialdemokratie (USPD).

Am 6. November 1918 traf ein kleiner Trupp Matrosen in Braunschweig ein. Binnen kurzem waren ein Arbeiter- und ein Soldatenrat gegründet. Am 8. November zogen wohl 20.000 Menschen vor das Schloss, und Herzog Ernst August musste die ihm vorgelegte Abdankungsurkunde unterzeichnen. Die „sozialistische Republik Braunschweig“ wurde ausgerufen. Tags darauf dankte in Spa Kaiser Wilhelm II. ab. Widerstand gegen den Zusammenbruch der Monarchien gab es in Braunschweig nicht. Dies belegt, wie zerrüttet das alte politische System war. Doch blieben nahezu alle Angehörigen der Verwaltung im Amt, ebenso die Kreisdirektoren und Bürgermeister. Rasch zeigte sich eine große Diskrepanz zwischen radikalen Sozialisten in den Industriebetrieben und dem Bürgertum in Braunschweig, den Kleinstädten sowie den Bauern auf dem Lande. Deren politische Vertreter schlossen bereits im Dezember 1918 ein Wahlbündnis. Als kurz vor Weihnachten im Land Braunschweig gewählt wurde, erreichte die USPD nur 14 der 60 Sitze und wurde sogar von der SPD überholt. Dies war, wie in vielen Teilen Deutschlands zu jener Zeit, die erste Wahl, bei der für ein Landesparlament keine auf dem Steuerzensus ruhende Einschränkung galt.

Gegen eine Koalitionsregierung aus USPD und SPD protestierten die radikalen Sozialisten. Generell stieg auf der Linken der Unmut gegen die sozialdemokratische Spitze in Berlin, die unter Minister Gustav Noske die Reichswehr gegen streikende

Arbeiter einsetzte. Am 9. April begann im Land Braunschweig der Generalstreik der linken politischen Kräfte. Unerwartet reagierte das Bürgertum mit einem Gegenstreik. Es drohte ein Bürgerkrieg. Daraufhin verhängte die Reichsregierung den Ausnahmezustand über das Land Braunschweig. Freikorpsstruppen rückten in der Stärke von ca. 10.000 Mann ein, bejubelt vom Bürgertum. Die Hoffnungen auf eine proletarisch-sozialistische Musterrepublik waren zerschlagen, auch wenn mit Sepp Oerter zunächst ein Ministerpräsident der USPD gewählt wurde.

Mit Ausnahme von Cuxhaven, Wilhelmshaven und von Bremen verlief die Revolution von 1918/19 keinesfalls so spektakulär wie in Braunschweig. In Hannover dominierten die gemäßigteren Mehrheitssozialisten. In den kleineren Städten mit ihrer mittelständischen Industrie wurden die alten Eliten nur vereinzelt verbal angegriffen. Für die Sozialdemokratie ergab sich hier ab 1919 zumindest die Chance, gleichberechtigt politisch mitzuwirken.

Wenig golden - die zwanziger Jahre

Oldenburg erhielt 1919 eine republikanische Verfassung, Braunschweig 1921, Schaumburg-Lippe 1922. Alle drei Länder erklärten sich zu Freistaaten. Faktisch nahm die Selbständigkeit gegenüber dem Reich stetig ab. In Oldenburg dominierte die Demokratische Partei unter Theodor Tantenzen. In Braunschweig spielte der Sozialdemokrat Heinrich Jasper zeitweilig eine führende Rolle. Im Gewerbeorientierten Schaumburg-Lippe mit dem hohen kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerungsanteil war die Sozialdemokratie vorherrschend. Dennoch besaß das Fürstenhaus, im 19. Jahrhundert zu Wohlhabenheit gelangt, ein hohes Ansehen.

Die seit den zwanziger Jahren um den

Geographen Kurt Brüning gedeihenden Forschungen zur wirtschaftlichen Entwicklung zeigten manche Verflechtungen auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens. Brüning legte Denkschriften vor, die ein Niedersachsen unter Einschluss u.a. beider Teile Schaumburgs und Lippes für sinnvoll hielten. Die von Hugo Preuß nach dem Ersten Weltkrieg ausgearbeitete, allerdings gescheiterte, Neuordnung im deutschen Reich sah als Gegengewicht zu einem übermächtigen Land Preußen ein Reichsgebiet Niedersachsen unter Einschluss von Schleswig-Holstein vor. Der welfischen politischen Partei DHP misslang schließlich 1924 ein Volksbegehren zur Wiederherstellung des Landes Hannover, um das es zur Integration anderer politischer Kräfte auch Pläne für ein Land Niedersachsen gegeben hatte.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren ambivalent. Industrialisierung und Bevölkerungsballung im Ruhrgebiet, in Hamburg, Bremen und in den wenigen großen Städten Niedersachsens ließen den Bedarf nach landwirtschaftlichen Produkten im nahen Umfeld steigen. Dies wirkte auf die niedersächsischen Agrargebiete ungleich, wie eine Gegenüberstellung der westniedersächsischen Marsch mit der südlichen Oldenburger Geest zeigt. In der Marsch herrschte traditionell eine von vollbäuerlichen Betrieben dominierte marktorientierte Viehwirtschaft mit hohem Grünlandanteil vor. In der Geest hingegen spielte der subsistenzorientierte Ackerbau eine viel größere Rolle, und die soziale Zergliederung der Bevölkerung war nicht so breit.

Gerade die als konservativ geltenden südoldenburgischen Geestbauern passten sich sehr rasch den sich wandelnden Marktbeziehungen an und trieben die Agrarmodernisierung vehement vorwärts. Diese hieß in der Marsch Intensivierung einer bereits hoch entwickelten

Rindviehhaltung, in der Geest dagegen rasches Aufholen im Kulturlandanteil, im Ackerbau und in der Viehhaltung. Die Tendenz zur Monokultur einer flächenunabhängigen Schweinehaltung zeigte sich im Raum Cloppenburg bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Der Wandel wurde durch den zwar späten, dann jedoch höchst wirksamen, Anschluss des Gebietes an die Eisenbahn beschleunigt. Nun konnte Mineraldünger importiert und der Standortnachteil des kargen Bodens gegenüber der Marsch ausgeglichen werden. Die Ballungszentren in Westdeutschland nahmen zugleich immer größere Mengen von Schlachtvieh ab. Die interne kommunikative, soziale und finanzielle Grundlage für den Veränderungsschub in der Geest bildete ein lebhaftes Vereins- und Genossenschaftsleben, das von katholischen Geistlichen und bürgerlichen Honoratioren angeregt wurde. Dank der hohen externen Vieh- und Viehproduktnachfrage konnten sich in beiden Gebieten mittelgroße Bauernhöfe behaupten, die in der Eigenversorgung überwiegend marktunabhängig blieben.

Hier wie überall aber hatte die Landwirtschaft erhebliche Einbußen durch die Unterbrechung der überseeischen Zufuhren während des Ersten Weltkrieges erlitten. Die Versorgung der Landwirtschaft mit betriebsfremden Düngemitteln war seither das zentrale Problem. Niedersachsen spielte zwar eine wichtige Rolle durch seine Kalivorkommen, große Lücken aber entstanden bei der Phosphor- und Stickstoffversorgung, die wegen der insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Lage während der Weimarer Republik nicht ausgeglichen werden konnten. Die knappen Devisen wurden für den Erwerb industrieller Rohstoffe ausgegeben oder von den Reparationsgläubigern beansprucht. 1920 lagen die Hektarerträge bei den zentralen

Nahrungsmitteln Roggen und Kartoffeln unter denjenigen von 1900 und erreichten am Anfang der 1930er Jahre im Reichsdurchschnitt nur 1,8 t/ha für Roggen und 18 t/ha für Kartoffeln.

Kaum deutete sich eine Normalisierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse an, da verfielen Ende der 1920er Jahre rasch die Agrarpreise durch ein Überangebot auf den internationalen Agrarmärkten und, ausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise, durch einen Konsumrückgang der Bevölkerung in den Industriestaaten. Selbst im stark agrarisch geprägten Niedersachsen war die Landwirtschaft noch weit von einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit entfernt. Die Mechanisierung war gering. Die andauernden Meliorationsmaßnahmen, vor allem in den Mooren Westniedersachsens, schufen kaum leistungsfähige Neuhöfe. Mitte der 1920er Jahre lag der Erwerbsanteil der niedersächsischen Bevölkerung in der Landwirtschaft immer noch bei 38,5 %. Ein letztes Mal stieg in den Dörfern der Anteil der Gewerbetreibenden. Heimgewerbe, wie bis weit in die Zeit der Industrialisierung hinein, hatte zwar kaum mehr eine Bedeutung, doch nahm die Spezialisierung der einzelnen Berufe weiterhin zu. Industriell gefertigte Waren drangen in immer größerer Menge in den ländlichen Raum vor.

Im industriellen Sektor unterlag Niedersachsen den allgemeinen Bedingungen. Die Währungs- und staatlichen Haushaltsprobleme waren nicht gelöst. Die Inflation von 1923 vernichtete die Geldvermögen. Die Reparationen und die internen sozialen Auseinandersetzungen belasteten die Wirtschaft. Nach der Währungsreform von 1923/24 wuchs allerdings die Wirtschaft rasch. Die umfangreichen Investitionen gingen aber zu Lasten einer zunehmenden Auslandsverschuldung. In dieser Situation wurde Deutschland von der Weltwirtschaftskrise

der ausgehenden 1920er Jahre getroffen. Märkte brachen zusammen, internationale Verflechtungen wurden zerstört, die Produktion war rückläufig, und die Arbeitslosigkeit nahm drastisch zu. Für viele niedersächsische Betriebe bedeutete der Ausgang der 1920er Jahre auch das Produktionsende.

Mitten in dieser Zeit liegen die so genannten „Goldenen Zwanziger“. Der Begriff kennzeichnet vorrangig die glitzernde großstädtische Massenkultur, und diese war speziell mit Berlin verbunden. Daher fand sie ihren niedersächsischen Ausdruck am ehesten in den größeren Städten. Trotz aller ökonomischen Probleme in den 1920er Jahren war eine Modernisierung der Wirtschaft nicht zu übersehen. Blieben es zu Beginn des Jahrhunderts die chemische und die elektrotechnische Industrie, die Neuerungen brachten, so nahm nun der Dienstleistungsanteil zu. Mit den Angestellten entstand eine neue soziale Gruppe in den Städten. Die Berufstätigkeit von Frauen, im Krieg allein als Ausgleich für nicht zur Verfügung stehende männliche Arbeitskraft stark gewachsen, war nach 1918 zunächst drastisch rückläufig, stieg aber mit dem zunehmenden Bedarf an Büropersonal.

Kaufhaus, Kino, sozialer Wohnungsbau, Autos, Sportveranstaltungen, Ausflug ins Grüne: Hier zeigt sich eine neue Urbanität, die den Stadt-Land-Gegensatz nicht geringer werden ließ. In der bildenden Kunst nahm Alexander Dorners „Kabinett der Abstrakten“ im hannoverschen Provinzialmuseum seit 1927 eine internationale Sonderstellung ein. In Hannover wirkte der Maler und Schriftsteller Kurt Schwitters (1887-1948), der in der NS-Zeit nach Norwegen bzw. England emigrieren musste. Die von ihm kreierte „Merzkunst“ im dadaistischen Sinne wollte Beziehungen schaffen zwischen allen Dingen der Welt. Als Basis diente ihm

die Technik der Collage für Bilder ebenso wie für Texte. In seinem Wohnhaus in Hannover-Waldhausen entstand eine auf die Etagen verteilte begehbare Raumplastik, der 1943 im Krieg zerstörte Merzbau. 1927 gründete Schwitters die Künstlergruppe „die abstrakten hannover“. 1929 übertrug die Stadtverwaltung Hannover Kurt Schwitters die Gestaltung ihrer Formulare und Drucksachen. - „Das Goldene“ war kurz, insgesamt gesehen zeigten die 1920er Jahre in Niedersachsen nur wenig hiervon.

Blut, Boden und Zerstörung

In der preußischen Provinz Hannover lag die Wählerschaft der NSDAP bereits in den 1920er Jahren teils weit über dem Reichsdurchschnitt. In Braunschweig trat die NSDAP schon 1930 in die Regierung ein. Hier wurde der Österreicher Adolf Hitler zum Regierungsrat ernannt und somit eingebürgert. In Oldenburg übernahm die NSDAP 1932 mit einer absoluten Mehrheit die Regierungsgewalt. Seit der staatsstreichartigen Einsetzung am 20. Juli 1932 eines Reichskommissars in Preußen mit seiner bis dahin sozialdemokratischen und Zentrumsregierung unterstand auch die Provinz Hannover quasi einer Reichsaufsicht. Die Wahlergebnisse zu Beginn der dreißiger Jahre zeigen, wie rasch die konservativen Wähler zur NSDAP übergingen und ihr breite Mehrheiten schufen. Aber in den katholischen Gebieten Niedersachsens und auch dort, wo die SPD sehr stark war, blieb die Distanz zum NS-Regime größer, und vereinzelt regte sich Protest. Bei der Reichstagswahl 1932 erhielt die NSDAP im Ammerland 77,8 %, im katholischen Aschendorf und Vechta aber keine 9 %, und in Hannover konnte die SPD noch 43 % bewahren.

Ende der 1920er Jahre nahmen die bäuerlichen Proteste gegen Verschlech-

terungen der Marktsituation rasch zu. Hitler, an agrarischen Fragen kaum interessiert, und die NSDAP, bislang primär stadtbezogen agierend, sahen die politische Chance, mit geringem Einsatz Teile der Landbevölkerung und der bäuerlichen Organisationen für sich zu gewinnen. Im protestantischen, ländlich-kleinstädtischen Milieu Niedersachsens fand der Nationalsozialismus frühe und ihn tragende Anhänger. Nichtsdestoweniger wurde auf dem Lande in Durchmischung von Anpassung und Resistenz die milieugebundene Identität gewahrt.

Die sich zu Anfang der 1930er Jahre anbahnende Kooperation der national-konservativen Parteien und Verbände mit der NSDAP manifestierte sich in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931. Die selbsternannte „nationale Opposition“ wollte die Demokratie stürzen. Eine Woche nach Formierung der „Harzburger Front“ ließ Hitler in Braunschweig ca. 100.000 SA-Leute aus dem ganzen Reich aufmarschieren.

Die Weltwirtschaftskrise hatte die deutsche Wirtschaft mittlerweile stark geschädigt. Zu Beginn des Jahres 1933 waren fast 8 Millionen Menschen arbeitslos. Dies schwächte die politischen Organisationen der Arbeiterschaft. Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, war, trotz zuvor zurückgegangener Wahlergebnisse, mit einer breiten Unterstützung der NSDAP aus Niedersachsen zu rechnen. Die systematische Zerstörung der Presse und der Organisationen der politischen Linken begannen auch in Niedersachsen bereits im Februar 1933. Am 11. April 1933 wurde der erste Häftling in das KZ Moringen (bei Göttingen) eingewiesen. Die drei Emslandlager hatten binnen kurzem ca. 4.000 Häftlinge, die Mehrheit aus der Arbeiterbewegung (Protestlied „die Moorsoldaten“). Hier war der überzeugte Pazifist Carl von Ossietzky ab 1934 inhaftiert. Als er den Friedensnobelpreis für 1935



Wolfsburg geht auf die „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ zurück. Hitler legte 1938 den Grundstein für das Volkswagenwerk.

erhielt, wurde er unter internationalem Druck freigelassen, starb aber an den Folgen der Haft.

Da für viele anpassungsbereite Menschen alsbald mit Verbesserungen der sozialpolitischen Leistungen und Abnahme der Arbeitslosigkeit positive Änderungen der Alltagssituationen eintraten und der Mythos gepflegt wurde, die Deutsche Arbeitsfront hebe die Klassegegensätze auf, konnte sich die große Mehrheit immer weniger der Anziehungskraft des NS-Staates entziehen. Aus dem Kreis des in Verwaltung und Wirtschaft wichtigen Bürgertums kam die Großzahl der „Märzgefallenen“, die rasch der NSDAP beitraten. Die Mehrzahl der Menschen erlag dem Hitlermythos und ließ sich von kurzfristigen innen- und außenpolitischen Erfolgen blenden, während die Unterdrückung von Minderheiten, die Diskriminierung der Juden und, seit der Autarkiepolitik, die Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges bereits mitten in den 1930er Jahren begannen. Über die Zwangsmechanismen des Staates, die eingeschränkte Meinungsfreiheit und die zunehmende Bespitzelung wurde hinweggeblickt.

Wo Stadtbere sich nicht anpassten, wurden sie, so Oberbürgermeister Ernst Böhme in Braunschweig, verhaftet und gewaltsam zum Rücktritt gedrängt. Im ländlichen Raum gelang es der NSDAP nach der Machtübertragung 1933, mit den bekannten Praktiken und gegen nur fallweisen regionalen Widerstand Landräte und Gemeindeverwaltungen gleichzuschalten. Der Aufbau des Reichsnährstandes durch Darré schuf einen umfassenden Organisationsrahmen für die Landwirtschaft, doch löste dieser nicht die Probleme der Überschuldung, der Steuerverweigerung, der Arbeitskräfteabwanderung, ja der generell mangelnden Marktanpassung. Das Reichserbhofgesetz wurde von vielen Bauern als Hindernis für eine sinnvolle Hofführung aufgefasst und verschärfte die Entschuldungsprobleme. Niedersachsen wurde ganz im Sinne der Heimatbewegung als „altgermanisches“ Bauernland gepriesen. Die wichtigen Blut- und Boden-Veranstaltungen der Nationalsozialisten fanden in Niedersachsen statt: der Reichsbauerntag in Goslar und das Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln. Auf tradierte historische Regionalität wurde hierbei nicht geachtet.

Viel Verfolgung, aber im engeren Sinne wenig Widerstand gab es in Niedersachsen. Widerstand leistete am ehesten die politische Linke in den großen Städten. Auf dem Lande und in den Kleinstädten blieb allein eine gewisse Renitenz gegen als unsinnig erachtete Maßnahmen. Die katholischen ländlich-kleinstädtischen Milieus erwiesen sich am resistentesten. Die evangelischen Kirchen schlossen sich dem neuen System mit hoher Anpassungsbereitschaft und nur geringen Ausnahmen an. Generell überwogen bei weitem die Zustimmung und das Mitmachen. Der stetig ausgebauten Überwachungs- und Verfolgungsapparat tat das Seine hierzu.

Mit dem Gesetz über den Neuaufbau der Länder wurde die Eigenstaatlichkeit von

Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe beendet. Als Verwaltungseinheiten blieben die drei Länder ebenso wie die preußische Provinz Hannover bestehen. Die NSDAP-Parteigäue Osthanover, Südhannover-Braunschweig und Weser-Ems sowie Westfalen Nord (mit beiden Teilen Schaumburgs) übernahmen zunehmend politische Aufgaben. Charakteristisch für den NS-Staat war die Vermischung von Leitungskompetenzen und die Konkurrenz zwischen Organisationen, die keine klaren Entscheidungsstrukturen schufen und daher einem kleinen Kreis, letztlich Hitler, alle Freiräume beließen, ohne, so im Fall des Massenmordes an Juden, eigentliche Befehle erteilen zu müssen. Eine neue regionale Gliederung blieb im Wesentlichen aus. Allein das „Groß-Hamburg-Gesetz“ von 1937 schlug Harburg dem erweiterten Hamburg zu. Das alte Amt Ritzebüttel mit dem hamburgischen Cuxhaven kam an Hannover, Wilhelmshaven an Oldenburg.

Die heutigen Städte Wolfsburg und Salzgitter gehen auf Neugründung bzw. Zusammenlegung während der NS Zeit zurück. Die „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“, das spätere Wolfsburg, verdankt vermutlich Hitlers persönlicher Entscheidung ihre Entstehung. Hier sollte der von Ferdinand Porsche konzipierte Volkswagen, für den alsbald 300.000 Bürger sparten, gebaut werden. Um das an Mittellandkanal, Ost-West-Bahnstrecke und neukonzipierter Autobahn gelegene Werk war eine nach NS-Vorstellungen musterhaft entworfene Großsiedlung geplant. Die 1938 beginnenden Bauarbeiten kamen aber bis auf zwei größere Baukomplexe in der heutigen Stadt Wolfsburg und über die Fabrik nicht hinaus. Mit Kriegsbeginn wurde das Werk Rüstungsbetrieb, das viele tausend Zwangsarbeiter beschäftigte. Von Beginn an für die Rüstung waren die „Hermann-Göring-Werke“ in Salzgitter geplant. Um

von Importen unabhängiger zu werden, sollten die wenig ergiebigen Eisenerze des Raumes ausgebeutet werden. Im Ende 1937 begonnenen Hüttenwerk wurde 1940 der erste Hochofen betrieben. Auch hier arbeiteten auf die Dauer in der weitestgrößten Zahl Zwangsarbeiter, und die städtebauliche Neuordnung kam in der NS-Zeit nicht voran.

Von den ca. 15.000 Juden im Gebiet Niedersachsens haben fast nur die wenigen überlebt, die vor der Massenvernichtung Deutschland haben verlassen können. Die Mehrheit der Juden lebte in den Städten, in den Viehzuchtgebieten Westnied Sachsens häufiger aber auch im ländlichen Raum. Obwohl hier eine lange gute Kooperation zwischen Bauern und jüdischen Viehhändlern bestanden hatte, fügte sich die Landbevölkerung der beginnenden Judenvernichtung. Überall in den Städten brannten auch in Niedersachsen am 9./10. November 1938 die Synagogen. Der sozialen und religiösen Diskriminierung schloss sich wirtschaftliche Ausplünderung der Juden an. Das unwürdige Leben in so genannten Judenhäusern begann und dann ab 1941 die Deportation mit dem Massenmord in den Vernichtungslagern: der Holocaust.

Mit dem großen Truppenübungsplatz bei Munster, den anfänglichen NS-Vorzeigeobjekten Wolfsburg und Salzgitter, seinen wenigen, aber kriegswirtschaftlich wichtigen Industriestandorten und mit seinen großen Landwirtschaftsgebieten war Niedersachsen eng mit der Vorbereitung des Krieges, der Rüstung und der Versorgung verbunden. Anders als während des Ersten Weltkrieges war die Nahrungsmittelversorgung ab Kriegsbeginn 1939 relativ gut geplant, so dass trotz aller Mängel in der Durchführung der Kriegswirtschaftsverordnung die niedersächsische Landwirtschaft wesentlich half, den Krieg zu ernähren. Ausländische Arbeitskräfte wurden alsbald



Nach einem Fliegeralarm verlassen Stadtbewohner den Luftschutzbunker (Foto aus Oldenburg 1945).

zwischen rücksichtsloser Ausbeutung und verhaltener Toleranz als notwendig im einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb akzeptiert. Vor allem die altindustrialisierten Städte, voran Hannover und Braunschweig, trugen zur Kriegsvorbereitung bei. Hier profitierten Industrie und zuliefernde Gewerbe von der Rüstungswirtschaft. Mit zunehmender Kriegsdauer wurden immer mehr arbeitsfähige Menschen aus Ostmittel- und Osteuropa deportiert und in der Industrie eingesetzt. Ab 1942 wurden die KZs in den Dienst der Wehrwirtschaft gestellt. Niedersachsen ist durchsetzt von einer Vielzahl von Arbeitslagern und KZ-Außenlagern, die im seltensten Fall abgeschieden lagen, sondern den Menschen in Stadt und Land bekannt waren.

Die Zahl der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die in Rüstungsindustrie, Landwirtschaft, auf Baustellen, in Stadtverwaltungen usw. arbeiteten, dürfte am Kriegsende bei fast 600.000 gelegen

haben. In Hannover waren es allein 45.000 Menschen, im Gau Weser-Ems insgesamt 100.000. Die Rüstungsindustrie wäre ohne diese ausbeuterischen, oft menschenverachtenden Knechtschaftsarbeitsverhältnisse schon längst zusammengebrochen. Während der letzten drei Kriegsmonate fanden allein im Lager Bergen-Belsen wohl 34.000 Menschen den Tod. Wenig verbreitet ist die Tatsache, dass wahrscheinlich bis zu 100.000 russische Kriegsgefangene in Niedersachsen gestorben sind, die Mehrzahl verhungerte in unwürdigsten Kriegsgefangenenlagern unter freiem Himmel.

Die große Mehrheit der angepassten Menschen in Stadt und Land bemerkte von 1939 bis 1941 noch wenig vom Krieg. Propaganda und das Bestreben, so viel Normalität wie möglich im Alltagsleben zu bewahren, prägte die politisch gesteuerte Stimmung. Die ersten Bombenangriffe der Alliierten 1940 wurden systematisch bagatellisiert. Am 10. Februar 1941 aber wurde Hannover Opfer des ersten großen

Luftangriffs auf eine deutsche Großstadt, 1943 war Hannover bereits großflächig zerstört. Braunschweig 1944.

Von Westen her rückten die alliierten Truppen vor und erreichten am 10. April 1945 Hannover, am 12. April Braunschweig. Am 30. April beging Hitler in Berlin Selbstmord. Am 15. April wurde das KZ Bergen-Belsen befreit. Den Siegern zeigte sich ein erschütterndes Bild von Gewaltexzessen, Menschenverachtung und Tod. Am 4. Mai nahm Feldmarschall Montgomery bei Lüneburg die Teilkapitulation der Wehrmacht am britischen Frontteil entgegen, am 9. Mai war der Krieg mit der Gesamtkapitulation Deutschlands zu Ende. Etwa 300.000 Soldaten aus dem niedersächsischen Gebiet waren im Krieg gestorben oder galten als vermisst, 132.000 Männer waren in russischer Kriegsgefangenschaft. Wohl 15.000 Menschen waren in den Städten Opfer des Bombenkrieges geworden. Fast alle Juden Niedersachsens waren ermordet worden. Niedersachsen hatte, so sagte der Pfarrer, SPD-Minister in Niedersachsen und spätere Berliner Bürgermeister Heinrich Albertz im Jahr 1953, ca. 640.000 Kriegsoffer auf allen Seiten zu beklagen.

Kontinuität zwischen Zusammenbruch und Neuanfang

Überleben - das allein stand zunächst im Mittelpunkt. Viele Menschen waren zudem psychisch schwer geschädigt. Vermeintlich brave Familienväter hatten sich an der Front oder in Lagern als brutale Mörder gezeigt. Andere Männer konnten ihre schlimmen Leiden und Erfahrungen aus Krieg- oder Gefangenschaft nie verarbeiten. Viele vor und im Krieg geborene Kinder erlebten fortan eine „vaterlose Gesellschaft“. Frauen waren von Flucht, mangelnder Aufnahmebereitschaft oder Bombennächten traumatisiert. Am wenigsten waren die Bewohner der ländlichen Räume und der Kleinstädte vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden. Zerstörungen blieben hier gering, doch starben auch aus diesen Gebieten viele Männer im Krieg. Am meisten hatten die Städte gelitten. Emden war zu 74% zerstört, Wilhelmshaven zu 62%, Osnabrück zu 55%, Hannover und Braunschweig zu 52%, Hildesheim zu 43%. Zu Kriegsende lebten 600.000 Evakuierte aus den niedersächsischen Großstädten, aus dem Ruhrgebiet, Hamburg und Bremen im ländlichen Raum Niedersachsens.



Emden, hier das Rathaus am Delft, war die am schlimmsten im Zweiten Weltkrieg zerstörte Stadt Niedersachsens.



Das Land Niedersachsen entstand 1946 aus den Ländern Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Hannover und Braunschweig.

Es gab keine „Stunde Null“. Die Menschen, die den Krieg selbst in seinen unsinnigsten Jahren getragen hatten, diejenigen, die den Nationalsozialismus trotz seiner ungeschminkten Inhumanität unterstützt hatten, machten weiter. Viele wollten nicht eingestehen, dass sie in einem Teil ihres Lebens ethisch und moralisch versagt hatten. Viele waren als junge Menschen wie selbstverständlich in das NS-System hineingewachsen, von ihm geprägt, standen ohne Perspektive und suchten neue Orientierung. Etliche sahen aber auch die Chance zu einem Neuaufbau in Demokratie und Humanität und setzten sich kritisch mit ihrer nahen Vergangenheit auseinander. Manche konnten aus dem Exil

zurückkehren und den demokratischen Neuaufbau gestalten.

Die Infrastruktur war zerstört, die Versorgung der Menschen bedroht, die Arbeitslager und KZs wurden aufgelöst. In einer solchen Situation mussten Chaos, Anarchie und Rache verhindert werden. Dies gelang nicht zuletzt durch den Aufbau einer straffen Militärverwaltung der Alliierten. Der niedersächsische Raum gehörte zur britischen Besatzungszone, Bremen und Bremerhaven zur amerikanischen. Die in großer Zahl neu eingesetzten Leitungspersonen waren vom Bürgermeister bis hinauf zum Oberpräsidenten allein ausführende Organe ohne eigene Entscheidungskompetenz. Die Demokra-



Manche der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge konnten wenigstens einen Teil ihrer Habe mit in den Westen bringen (Foto aus Vegesack, 27. März 1945).

tisierung sollte von unten geschehen, begann daher in den Kommunen. Nach britischem Vorbild wurde die Trennung in hauptamtliche Verwaltungsleitung (Gemeindedirektor) und ehrenamtliche Ratsrepräsentation (Bürgermeister) eingeführt und auch auf die Landkreise übertragen. Im September und Oktober 1946 fanden die ersten Kommunalwahlen statt.

Bereits im Mai 1945 hatte Kurt Schumacher sein sozialdemokratisches Büro in Hannover eröffnet. Am 6. Oktober 1945 trafen sich Vertreter der wieder belebten SPD in Wennigsen am Deister zur ersten überregionalen Konferenz. Auch die weltliche politische Bewegung formierte sich als Niedersächsische Landespartei, später Deutsche Partei. CDU und FDP entstanden im bürgerlichen-christlichen und bürgerlich-liberalen Spektrum neu. Die alten Länder im Gebiet Niedersachsens einschließlich der zuvor preußischen Provinz Hannover blieben in ihren alten Grenzen im Wesentlichen bestehen. In ihnen wurden ebenfalls noch 1945 Ministerpräsidenten und 1946 Landtage eingesetzt.

Das Bundesland Niedersachsen entstand 1946 keineswegs aus dem Nichts. Zumindest seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts war manches vorbereitet worden, so dass sich der Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf als Oberpräsident, später Ministerpräsident für Hannover in Anlehnung an die deutsch-hannoversche politische Bewegung im Laufe des Jahres 1945 bereits soweit durchzusetzen vermochte, dass ein „Gebietsrat Niedersachsen“ für die noch eigenständigen Länder und die hiesigen Provinzen des aufgelösten Landes Preußen eingerichtet wurde. Braunschweiger Pläne für ein vergrößertes Land im Südosten scheiterten ebenso wie entsprechende Oldenburger Vorhaben für den Nordwesten. Bremen und Bremerhaven standen nicht zur Disposition. Ergebnis langer Verhandlungen war nach manchen zähen Widerständen die am 23. November 1946 verkündete und ab 1. November rückwirkend gültige Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung: Aus den Ländern Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Hannover wurde das Land Nie-

dersachsen mit seiner Hauptstadt Hannover gegründet. Der eingesetzte Landtag konstituierte sich am 9. Dezember 1946 und wählte den bisherigen hannoverschen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf zum ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten. Dieser bildete ein Allparteienkabinett wie auch nach der ersten Landtagswahl am 20. April 1947.

Unter dem Stichwort „reeducation“ lief parallel die bis 1950 durchgeführte Entnazifizierung. Als diese von deutschen Spruchkammern übernommen wurde, gab es in vielen Fällen ein gegenseitiges Reinwaschen („Persilschein“), zumal sich rasch zeigte, dass auf Fachkräfte, die dem alten Regime gedient hatten, nicht verzichtet werden konnte. Noch 1945 öffneten Schulen und Hochschulen wieder ihre Tore. Gerade im Schulsektor gelang unter Einsatz von bereits in der Weimarer Republik aktiven Pädagogen um den niedersächsischen Kultusminister Adolf Grimme eine Neuorientierung. Demokratisch lizenzierte Medien wurden begründet, darunter in Hannover die so bekannten Zeitschriften „Stern“ und „Spiegel“.

Die Einwohnerzahl Niedersachsens erhöhte sich von 1939 mit 4,5 Millionen Menschen auf 6,2 Millionen im Oktober 1946. Die weitaus größte Menge der Bevölkerungszunahme stellten die Flüchtlinge ab Winter 1944 und die Heimatvertriebenen 1945 und 1946. Viele ließen sich in der Hoffnung, bald wieder zurückkehren zu können, im Osten Niedersachsens nieder. Nur die wenigsten fanden angemessene Unterkünfte. Die Vielfachbelegung von Häusern, Wohnungen und Baracken unter Zurückdrängung jeglicher Privatheit war Alltag. Noch im Sommer 1947 wohnten ca. 300.000 Menschen in Wohnlagern, noch 1950 wurde der Fehlbedarf an Wohnungen mit 730.000 beziffert. Zur selben Zeit fristeten bis zu 13.000 Überlebende des Holocausts nahe dem ehemaligen

Lager Bergen-Belsen in einem eigenständigen Gemeinwesen ihr Dasein, bis eine Großzahl von ihnen in den neugegründeten Staat Israel reisen konnte. Viele Zwangsarbeiter, die noch 1945 in ihre osteuropäische Heimat zurückkehrten, erwartete dort die Erfahrung des Verlusts der sozialen Anbindung und erneute Unterdrückung unter dem Vorwurf der Kooperation mit den Nationalsozialisten.

Niedersachsen folgte in der prozentualen Aufnahme von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen unmittelbar Schleswig-Holstein und Bayern. Fast 2,2 Millionen Menschen, ca. ein Drittel der Bevölkerung Niedersachsens, waren im Jahr 1947 als Flüchtlinge oder Evakuierte registriert. Die Mehrzahl kam aus Schlesien, gefolgt von Ostbrandenburg/Ostpommern und Ostpreußen. Wegen der Zerstörung der größeren Städte lebten zwei Drittel in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern. Heinrich Albertz, seit 1948 Minister für Flüchtlingsangelegenheiten, machte sich keine Illusionen, wenn er die Überfremdungsängste der Landbevölkerung kritisierte und immer wieder gleiche Lebensbedingungen für Heimatvertriebene und Flüchtlinge im Vergleich zur ländlich-kleinstädtischen Stammbevölkerung forderte.

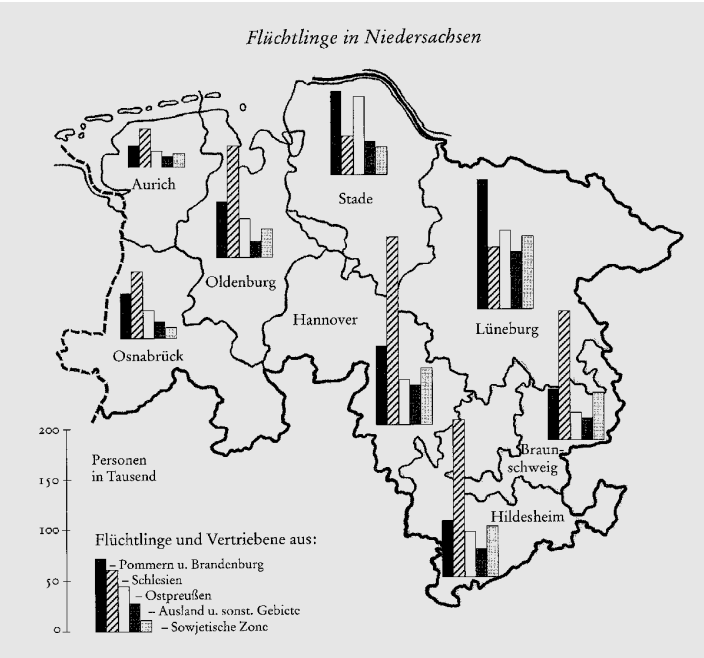
Gerade dort, wo wenig Erfahrung mit sich wandelnden Arbeitsverhältnissen und sozialer Fluktuation bestand, war die Bereitschaft der Stammbevölkerung gering, den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen erträgliche Lebensverhältnisse zu gewähren. Wer nicht plattdeutsch sprach, war in vielen Teilen des ländlichen Raumes zunächst einmal ausgeschlossen. Hinzu kamen unterschiedliche Alltagsbräuche bis hin zu konfessionellen Konflikten. Anfänglich rückten Heimatvertriebene und Flüchtlinge am ehesten in Arbeitsverhältnisse nach, die auf dem Lande während des Krieges von Fremdarbeitern erbracht worden waren. Noch 1950 lag der Anteil an Arbeitern unter den Heimat-

vertriebenen und Flüchtlingen bei drei Vierteln, im Falle der Stammbevölkerung aber bei kaum mehr als einem Drittel. Doch waren Motivation und Wille zur Wiedererlangung einstiger sozialer Positionen groß.

Demontagen der Industrien, insbesondere in Wilhelmshaven und Salzgitter, reduzierten die ohnehin raren Arbeitsplätze zusätzlich. Die Ernährungslage und die Versorgung mit Brennstoff blieben prekär. Im Frühjahr 1948 stellte sich Ministerpräsident Kopf an die Spitze eines „Hungermarsches“ der hannoverschen Metallarbeiter zum britischen Hauptquartier. Erst im Zusammenhang mit der Währungsreform am 21. Juni 1948 endete die Bewirtschaftung der Lebens- und Versorgungsmittel. Die Entscheidung britischer Offiziere, im Volkswagenwerk nicht nur Reparaturen durchführen, sondern auch den später so benannten „Käfer“ bauen zu lassen, war eine für Niedersachsen ungemein bedeutende Weichenstellung. Der künftige Erfolg war freilich

noch nicht abzusehen, als im März 1946 blumengeschmückt der 1.000 Volkswagen das Werk verließ. Auch Hannovers Zusage, auf einem ehemaligen Rüstungsindustriegelände bei Laatzen 1947 eine erste Industriemesse durchzuführen, ließ die spätere Bedeutung dieser Veranstaltung noch nicht ahnen. Nach der Währungsreform stieg die Arbeitslosenquote kurzzeitig auf 22%, und im Landtag fanden sich keine Mehrheiten für grundlegende gesellschaftspolitische Reformen.

Evakuierte und nach Kriegszerstörung ihres Wohnraumes auf das Land geflohene Städter versuchten so rasch wie möglich in ihren Wohnort zurückzukehren. Sie verließen als erste die Dörfer und Kleinstädte. Heimatvertriebenen und Flüchtlingen war dies verwehrt. Sie organisierten sich daher nicht nur vor Ort, sondern schufen sich mit dem BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) eine eigene politische Partei, die bei ihrer ersten Beteiligung an den Landtagswahlen 1951 ca. 15 % der Stimmen gewann. 1963 schied der BHE be-



Die Mehrheit der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ließ sich im östlichen Teil Niedersachsens nieder.

reits aus dem Landtag aus. Die mittlerweile voranschreitende Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge war dem Wirtschaftswachstum zu verdanken. Allen anderen Orten voran beruht Wolfsburgs Wachstum und der Erfolg des VW-Werkes auf dem Zuzug und der Arbeitskraft von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen. Sobald Heimatvertriebe und Flüchtlinge aber den ländlichen Raum verließen, fehlten dort billige Arbeitskräfte, und schon aus diesem Grund nahm der Zwang zur Mechanisierung zu. 1948 wurden in Niedersachsen ca. 14.000 Traktoren gezählt, 1961 waren es fast 125.000.

Konkurrieren - Beharrung versus Modernität

Mit der fast 550 km langen Grenze zur sowjetischen Besatzungszone, dann DDR, hatte Ostniedersachsen bis 1989 einen Teil seines Hinterlandes verloren. Zusammengehörige Orte oder Regionen waren getrennt. Hiervon war insbesondere der Landkreis Lüchow-Dannenberg nachteilig betroffen. Immerhin konnte die Zonenrandförderung manchen wirtschaftlichen Ausgleich leisten. Die Öffnung der DDR-Westgrenze und die anschließende Wie-

dervereinigung halfen, an Traditionen anzuknüpfen, stellen aber die Gebiete, für die eine Zonenrandförderung nun entfiel, vor neue Herausforderungen.

Die regionale Vielfalt Niedersachsens blieb trotz der vielen Veränderungen der Nachkriegszeit in alter Form bestehen. Gerade in den Gebieten, die sich einst vom hannoversch-welfischen und vom preußischen Einfluss hatten freihalten können, voran in Oldenburg und in Schaumburg-Lippe, hielt die Sorge vor einer zentralisierenden Vereinnahmung an. Oldenburg und Braunschweig waren zunächst immerhin eigenständige Verwaltungsbezirke. Von den sechs zur späteren Abstimmung gelangenden Volksbegehren über die Neugliederung des Bundesgebietes waren 1956 die beiden aus Niedersachsen erfolgreich, eben diejenigen aus Oldenburg und Schaumburg-Lippe. In den abschließenden Volksentscheiden von 1975 stimmten in Oldenburg 31,0 % und in Schaumburg-Lippe 39,5 % der Abstimmungsbeteiligten für die Wiederherstellung eigener Länder. Dies reichte nicht aus, um eine entsprechende Entscheidung des Bundestages herbeizuführen, jedoch half es, über die Traditionsbestimmungen der vorläufigen niedersächsischen Verfassung hinaus, Einrichtungen kultureller Eigenständigkeit in beiden Landesteilen zu fördern. So ist Niedersachsen weiterhin kein „Zentralstaat“. Vielmehr können die regionalen kulturellen Spezifika von Ostfriesland bis zum Eichsfeld weiterhin gepflegt werden.

Das Wirtschaftswachstum zur Zeit der jungen, 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland verlief in Niedersachsen langsamer als im Durchschnitt. Dies lag nicht zuletzt an der stark landwirtschaftlichen Prägung. 1960 waren in Niedersachsen immer noch ca. 20% der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig, im Bundesgebiet nur 14%. Regionale Förderung des ländlichen Raumes



Die Grenze zwischen der britischen und sowjetischen Besatzungszone zerschneidet traditionelle Verbindungen Niedersachsens nach Osten.



In den 1960er Jahren nahm die Mechanisierung der Landwirtschaft rasch zu. Der traktorgezogene Mähdrescher bestimmte das Bild der Getreideernte.

war daher stets von besonderer Bedeutung. Als großer Erfolg gilt der Emslandplan, der über Jahrzehnte erhebliche Strukturverbesserungen im Südwesten Niedersachsens schuf. Küsten- und Zonenrandgebiet erhielten spezielle Förderungen. Ebenso diente die kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform in der Mitte der 1970er Jahre der Effektivierung lokaler und regionaler Strukturen, rief aber in vielen, sich im Verlust ihrer Autonomie als vereinnahmt fühlenden Gemeinden langwährendes Unverständnis hervor.

In den Städten war bis zum Ende der 1960er Jahre die Wohnungsnot allmählich gemildert. An den Rändern der Städte waren große Neubausiedlungen entstanden, die am Ende der 1960er Jahre monumentalen Charakter annahmen. Solche Planungen waren im vorherrschenden Wirtschaftsoptimismus gediehen. Die infrastrukturellen Einrichtungen folgten oft nicht oder wurden im Rahmen von räumlicher Funktionsteilung gar nicht geplant. Dies führte zu entsprechenden sozialen

Problemen wie in den hannoverschen Vororten Mühlenberg oder Vahrenheide.

Allmählich reichte im phasenhaft anhaltenden Wirtschaftswachstum das Angebot der vorhandenen Arbeitskräfte trotz anhaltender Landflucht nicht mehr aus. Auch in den niedersächsischen Städten wurden aus strukturschwachen Gebieten des mediterranen Raumes Arbeitskräfte angesiedelt, die überwiegend zunächst einfachere und schlechter bezahlte Tätigkeiten übernehmen mussten.

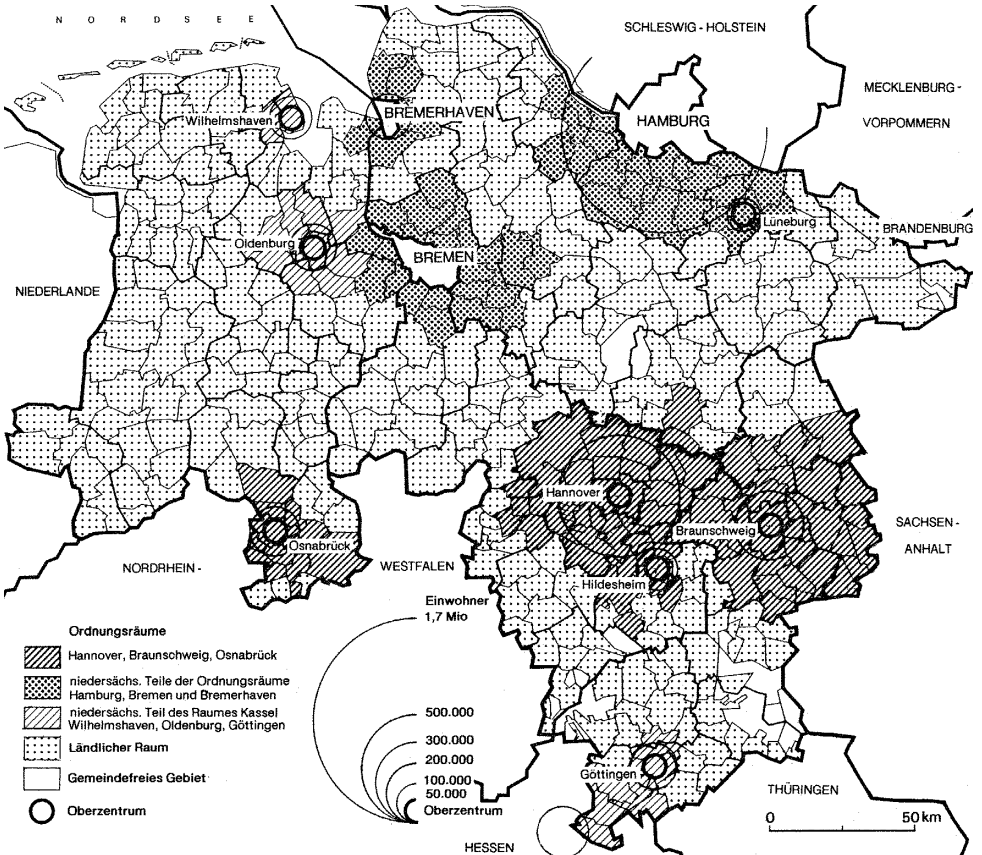
In der Struktur der politischen Parteien zeigte sich in den 1950er Jahren zunächst ebenfalls ein langes Beharren. Der Deutschen Partei gelang es aber nicht, sich dauerhaft auf Bundesebene zu etablieren. Viele ihrer Vertreter wechselten Anfang der 1960er Jahre zur CDU. Damit hatte die „deutsch-hannoversche“ politische Bewegung kein wirksames politisches Sprachrohr mehr. Desgleichen schlossen sich viele Vertreter des BHE der CDU an. Die CDU verlor damit die enge Anlehnung an den politischen Katholizismus und öffnete sich den protestan-

tisch-bürgerlichen Wählern. Rechtsradikale Parteien von der SRP der Nachkriegszeit bis zur NPD Ende der 1970er Jahre fanden immer wieder Zulauf. Die FDP entfernte sich allmählich von nationalliberalen Traditionen. In der SPD, bis Mitte der 1970er Jahre stärkste politische Kraft, spielte die Klientel aus dem traditionellen Arbeitermilieu eine zunehmend geringere Rolle zugunsten akademisierter Gruppen. Seit Mitte der 1970er Jahre etablierten sich ökologische Protestbewegungen als Partei der Grünen. Ihr Aufstieg ist gerade in Niedersachsen mit dem Widerstand gegen die Zwischen- und Endlagerung von atomarem Abfall im

hannoverschen Wendland verbunden.

1969 lag das Pro-Kopf-Einkommen in Niedersachsen noch immer 11,3% niedriger als im Bundesdurchschnitt, und es waren noch 14% der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig im Gegensatz zu 10% im Bundesdurchschnitt. Unter den konjunkturell guten Bedingungen seit Ausgang der 1960er Jahre wurden viele Reformplanungen für Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft formuliert. Hierzu gehört die Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück ebenso wie die genannte kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform.

Zugleich setzte mit der Individual-



Ländliche Räume und wenige Oberzentren prägen Niedersachsen (Landesraumordnungsprogramm 1994).

motorisierung eine Umkehr der Stadt-Land-Migration ein. Immer mehr Städter zogen hinaus aufs Land, um dort den Wunsch nach einem Einfamilienhaus zu verwirklichen. Die Dörfern besaßen mittlerweile nicht nur Elektrizität, sondern auch Wasserleitung und Kanalisation, und die Mechanisierung der Landwirtschaft nahm rasch zu. Die Löhne in der Landwirtschaft konnten mit denjenigen der Industrien nicht mithalten, zumal VW neue Werke in Hannover und Emden gründete. Staatliche Förderungen halfen, die seit den Agrarreformen im Wesentlichen unveränderten Fluren neuzuordnen (Flurbereinigung) sowie Wege- und Grabsysteme anzulegen. Seit den 1970er Jahren war klar, dass im ländlichen Raum immer weniger Höfe in der stetig kapitalintensiveren Landwirtschaft würden mithalten können. Aufgrund der wachsenden städtischen Konkurrenz gaben parallel dörfliche Handwerksbetriebe und Einzelhandelsunternehmen auf. Vorrangig im Ring um die größeren Städte wurden die Dörfer zunehmend zu Wohn-Pendler-Orten, in denen die Freizeit-Feierabend-Gemeinschaft der städtisch sozialisierten Neubürger dominierte. Von dieser so genannten Suburbanisierung profitierten vornehmlich mittlere Orte, die, oftmals als Hauptorte der vergrößerten Gemeinden, das Handels- und Dienstleistungsangebot verbessern konnten.

Gleichzeitig verloren die traditionellen, auf heimischen Rohstoffen basierenden Industrien an Bedeutung. Der Kohlebergbau im und am Rande des Berg- und Hügellandes kam ebenso zum Erliegen wie der Erzbergbau am Rammelsberg. Die Eisenverarbeitung in und bei Peine sowie Salzgitter erlitt Einbußen. Bald zeigte sich, dass auch der Kalisalzabbau nur noch an wenigen Standorten konkurrenzfähig war. Werftindustrie, wie in Emden, oder Fischerei, wie in Cuxhaven, litten unter Einbußen. Die Versuche, die Verluste

Wilhelmshavens als Marinestandort mit Ansiedlung neuer Industrien auszugleichen, scheiterten letztlich. Niedersachsen verzeichnete 1983 schon wieder eine Arbeitslosenquote von 11,3%.

Allen voran dem Automobilbau mit seinen Zuliefererindustrien hat Niedersachsen zu verdanken, dass ein ökonomischer Rückfall ausblieb. Ohne den Volkswagenkonzern wäre Niedersachsen ein weitaus ärmeres Land. Damit ist Niedersachsen aber auch abhängig vom Wohlergehen der Automobilindustrie. Daneben verhielt sich ein zweiter Sektor zunehmende Expansion, nämlich derjenige der Dienstleistungen. Hier konnte zunächst Braunschweig von seinen wissenschaftlichen Einrichtungen profitieren und Hannover von der äußerst günstigen Verkehrslage, erst recht seit dem Fortfall der innerdeutschen Grenze. Für Hannover erwies sich vor allem die Industriemesse mit ihren vielen Folgeausstellungen bis hin zur weltgrößten EDV- und Computermesse von herausragender Bedeutung. Ohne diese Vorbereitungen hätte Hannover nicht im Jahr 2000 Standort der Weltausstellung sein können. Das Konkurrieren zwischen den Regionen zeigte für Niedersachsen manche Erfolge.

Viele Umstrukturierungen in Wirtschaft und Dienstleistungen deuteten sich in den 1970er Jahren an. Der CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht verstand es, die Modernisierungen mit den kulturellen Traditionen in Niedersachsen zu verknüpfen. In den 1980er Jahren zeigten sich aber die inneren Widersprüche immer deutlicher. Die Anti-Atomkraft-Bewegung war letztlich erfolgreich, als der Ministerpräsident 1987 eingestehen musste, dass die Gesamtkonzeption von Zwischen- und Endlager im Wendland nicht durchzusetzen sei. Auch rief die rasche Umgestaltung des ländlichen Raumes durch Flurbereinigung, Zersiedlung der Fläche oder Zerstörung historischer Bausubstanz immer mehr Kritiker auf den Plan. Die Heimatbewegung, die ihre

Nähe zur Vorbereitung des Nationalsozialismus nicht hatte leugnen können und zu vergeisen drohte, erhielt Zulauf von jüngeren, sozial und ökologisch interessierten Menschen. Vielerorts entstanden Geschichtswerkstätten, die das bedrohte lokale historische Erbe zu retten gedachten. Stadtsanierung und Dorferneuerung hießen fortan immer weniger Abreißen und Neubauen, sondern wurden unter denkmalpflegerischen und erhaltenden Argumenten neu gedacht. Auf diese Weise blieb die Hamelner Altstadt ebenso erhalten wie so manches Rundlingsdorf im hannoverschen Wendland.

Die 1990er Jahre haben nicht den oft

erhofften Modernitätsschub gebracht. Die Chancen, die durch die EXPO 2000 hätten entstehen können, wurden von vielen nicht gesehen. Das im 20. Jahrhundert in Niedersachsens charakteristische Konkurrieren im Modernisierungsprozess war nur partiell erfolgreich. Anders als die Bundesländer im Westen und Süden Deutschlands mit ihren traditionell großen Gebieten an Industrien und Dienstleistungen, anders auch als die vom starken Nachholbedarf geprägten neuen Bundesländer, ist für Niedersachsen weiterhin das Spannungsfeld von Beharren versus Modernität charakteristisch. Vielleicht ist dies ein nützliches Zukunftspotential.



Zur EXPO 2000 war die Welt in Hannover zu Gast (Foto: Martin Stöber).

Zukunftspotentiale im historischen Gefüge

Niedersachsen ist schön. Es hat faszinierende Landschaften, mit Ausnahme des Hochgebirges alle, die Deutschland zu bieten hat. Große Teile Niedersachsens sind landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, die mannigfachen Elemente traditioneller Kulturlandschaft bewahrt haben. Viele Dörfer und Kleinstädte pflegen trotz des Suburbanisierungsprozesses die Charakteristika ihrer früheren Erscheinungsbilder. Selbst für die größte Stadt, Hannover, wird von Externen die Überschaubarkeit gelobt. Der Küste und dem Harz bieten sich wegen ihrer landschaftlichen Besonderheiten gute Möglichkeiten zur Optimierung der touristischen Potentiale.

Über die Systemumbrüche hinweg gilt Niedersachsen als ein Land, in dem die traditionellen sozialen Milieus ihre Bindungskraft auch für sich als modern verstehende Menschen bewahren. Allerdings gibt es kaum das „typisch Niedersächsische“, das sich in einfacher Form marktfördernd einsetzen ließe. Beispielsweise ist das in vielen Teilen Niedersachsens verbreitete Schützenwesen nicht ein alle Niedersachsen umfassendes Band, sondern charakteristisch für das bodenständig-protestantische Milieu dörflicher, kleinstädtischer oder stadtteilbezogener Bürger. Aber die lebensweltliche Verbindung mit dem Herkunftsort oder das sich Aneignen neuer lokaler Identität im aktuellen Wohnort, die „symbolische Ortsbezogenheit“, ist immer wieder anzutreffen.

Zwischen Hannover-Linden oder Bückeburg, Baltrum oder Wustrow, Nordhorn oder St. Andreasberg prägen ganz unterschiedliche Faktoren diese Milieubindung. Was dabei Heimat ausmacht, ist keineswegs etwas Statisches. Wenn soziale, orts-

gebundene Milieus sich selbst bei internem Wandel als stabil erweisen, so neigen diese zur Ausgrenzung anderer, als fremd bewerteter Milieus: Abschottung ist nicht nur „Schuld der Fremden“. Die Beharrungskraft gegenüber dem als fremd Eingestuftem verlangt korrespondierend dazu die allmähliche Anpassung der „Neuen“ an die „Alten“ und trägt zur relativ geringen Weiterentwicklung des Tradierten bei. Dies hat sich bei der schleppenden, aber letztlich erfolgreichen Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge gezeigt. Sie waren für den wirtschaftlichen Aufschwung unverzichtbar, haben das kulturelle Leben bereichert, sie und ihre Nachfahren sind aber heute Niedersachsen und in die Traditionen der niedersächsischen Orte und Regionen eingebunden. Dies lässt auch im Hinblick auf neue Zuwanderungsgruppen Optimismus zu.

Die regionalen Verhältnisse und die interregionalen Verflechtungen gediehen nie so, dass der niedersächsische Raum eine im jeweiligen historischen Weltmaßstab herausragende Stellung hätte erlangen können. Er hielt aber Anschluss, und die Integration in das internationale System nahm zu. Gemessen an den im interregionalen Geflecht gegebenen Entwicklungspotentialen des niedersächsischen Raumes errang speziell die Stadt Hannover seit dem Mittelalter immer mehr Bedeutung und gedieh in der frühen Neuzeit zu einem Hauptort, bis schließlich im 20. Jahrhundert im weiten Umkreis nur noch Hamburg, Berlin, Frankfurt, Düsseldorf und Köln als bedeutungsvollere Städte und Bremen als gleichwertige Stadt übrig blieben. Deutschland gehört heute zum Zentrum des modernen Weltsystems. Zentrumsregionen sind stets mit inneren Peripherien durchsetzt. Die Fläche Nord-

westdeutschlands ließe sich als aktuelle innere Peripherie beschreiben, aus der sich allerdings einzelne Regionen herausheben: der interne Hauptort Hamburg, noch deutlich vor Hannover und Bremen. In Zeiten, zu denen staatliche Kräfte eine zunehmende Entwicklungsrolle übernahmen, konnte über mehr als drei Jahrhunderte das bis dahin in mittlerer Reihe stehende Hannover gedeihen. Heute, da eine globalisierte Weltwirtschaft das historische Geschehen prägt, könnte langfristig Wolfsburg eine vergleichbare Entwicklung nehmen.

Die für das ausgehende Mittelalter festgestellte regionale Gliederung Niedersachsens wurde in den Folgejahrhunderten intern verändert und unterlag prinzipiellen historischen Formationsveränderungen wie dem Übergang von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft. Dennoch erscheint eine Differenzierung in sieben Regionen einmal mehr als sinnvoll, die wie einst Unterschiede Westniedersachsens zum mittleren und östlichen Niedersachsen anzeigt.

Ostfriesland hat in hohem Maße Eigenständigkeiten bewahrt, wie u.a. die weite Verbreitung der plattdeutschen Sprache zeigt. Ostfriesland kennt im agrarischen Bereich weiterhin den Unterschied zwischen Marsch und Geest samt deren ehemaligen Mooregebieten. Landwirtschaft und Kleingewerbe besitzen bis heute hohe Bedeutung gegenüber der geringen Industrialisierungsdichte und dem schmalen Dienstleistungsangebot. Eine Sonderrolle spielt seit dem 16. Jahrhundert Emden, allerdings heute trotz des VW-Werkes mit den erheblichen Strukturproblemen einer Hafenstadt. Die Funktion des interregionalen mittelalterlichen Handels mit Agrargütern hat, so mag man behaupten, der Tourismus übernommen.

Die Seemarschen und anrainenden Geestgebiete der Weser- und Elbemündung (Elbe-Weser-Winkel) sind wie einst eng mit Bremen und Hamburg verflochten. Der Marsch-Geest-Gegensatz ist

in der Agrarwirtschaft deutlich, wird aber von den Suburbanisierungsringen der beiden großen Städte überlagert. Die innere Fläche ist von der Landwirtschaft geprägt. Stade hat, wie in Mittelalter und früher Neuzeit, eine gewisse Sonderposition halten können.

Der landwirtschaftlich orientierte, aber von Verkehrsdurchgangslinien erfasste Raum Südwest-Niedersachsens galt über lange Zeit als rückständig, hat aber eine auf den traditionellen Werten beruhende Veränderung erfahren. Die bäuerlich-kleinstädtischen Strukturen und konfessionellen Milieus boten Sicherheit über eine Agrarmodernisierung hinaus. Osnabrück, als zurzeit von den Bewohnern besonders positiv bewertete Stadt, steht mit guten Zukunftsaussichten wie einst im Mittelpunkt.

Das südniedersächsische Berg- und Hügelland gilt trotz seiner günstigen Verkehrslage mittlerweile als Sorgenkind. Die traditionelle Mischung von Landwirtschaft, Rohstoffverarbeitung und Gewerbe hält überregionaler Konkurrenz zurzeit nicht stand. Die Vielfalt der Erwerbsmöglichkeiten und der Nutzung neuer Marktchancen besitzt aber langen zeitlichen Rückhalt. Dies drückt sich jüngst in der Vielzahl von Initiativen aus, die die aktuelle Situation mit Kreativität von innen her zu überwinden. Im Harz jedoch hat die fast völlige Einstellung des Bergbaus nicht durch den Tourismus aufgefangen werden können. Dieser steht zudem unter hohem Konkurrenzdruck.

Die mittelniedersächsische Börde samt dem Harzvorland ist ungebrochen das verkehrsmäßig am besten eingebundene, am dichtesten besiedelte, städtereichste und das höchste Bruttosozialprodukt erwirtschaftende Gebiet Niedersachsens. Mit seinen Standorten Hannover, Braunschweig und im Nordosten nun Wolfsburg scheint es ökonomische Zukunftsprobleme meistern zu können.

Die mittlere niedersächsische Geest ist

weiterhin ein Kerngebiet der Landwirtschaft. Die Verstädterungsringe von Hamburg, aber auch von Bremen und Hannover reichen weit in sie hinein. Lüneburg hat am Ostrand seine eigenständige Position zu halten vermocht. Im Westen hat seit der frühen Neuzeit Oldenburg, will man es zu diesem Gebiet hinzurechnen, seine regionale Bedeutung stetig steigern können.

Die östliche niedersächsische Geest hat im Norden mit Lüchow-Dannenberg einen Landkreis, der nach dem Zusammenbruch der Protoindustrialisierung den wirtschaftlichen Anschluss nicht wieder gewonnen hat. Teile des ehemaligen Zonenrandgebietes haben in westlichen Orten Brandenburgs und Sachsens-Anhalts ernstzunehmende Konkurrenz erhalten. Die Ausstrahlungskraft Wolfsburgs reicht aber weit.

Mit Niedersachsens Geschichte ist trotz aller kleinräumigen Differenzierungen offensichtlich stets verbunden, dass es einerseits zu jeweiligem Weltniveau nicht reichte, aber andererseits innerhalb der gegebenen Verhältnisse trotz interner Widerstände Aufstiegsbedingungen genutzt werden konnten. Dies ist künftigen Entwicklungen keineswegs abträglich. Bei relativer sozialer Stabilität kann Wandel vorrangig als nachholende Modernisierung geschehen und verhilft durch Imitation zu Konkurrenzfähigkeit, ja, zum Überholen von Konkurrenten, ohne dass dabei die Fehler allzu rascher Veränderungen gemacht werden müssen. Die damit einhergehende Leitmentalität der Menschen ist freilich, von den jeweiligen Weltmetropolen aus gesehen, recht provinziell und durchschnittlich.

Für dieses Niedersachsen, dessen räumliche Vielfalt aus dem Mittelalter herührt und dessen wirtschaftliche Mittelmäßigkeit schon vor der Industrialisierung feststand, war stets die Mittellage zwischen Ost und West, Nord und Süd prä-

gend. Diese hat über die Jahrhunderte hinweg eine Durchmischung von Abkapselung und Öffnung geschaffen und eine gewisse historisch-kulturelle Vielfalt ermöglicht, die aber stets eine kräftige konservative Komponente besaß. Darauf beruhen regionale Identitäten, und in dieser liegt die Kraft zu kreativem Wachstum.

Steuerung von oben war in Niedersachsen immer vergleichsweise stark, nahm aber fast ausnahmslos keine despotischen oder unterdrückenden Formen an. Lokale oder regionale Freiräume wurden nie gänzlich zurückgedrängt, schlimmstenfalls nur kurzfristig. Diese Mischung ließe heute ein ausgeprägtes Subsidiaritätsprinzip zu. Als Historiker möchte man den Politikern und Planern gern zurufen, sie mögen nicht die Modernitätsfloskeln nachbeten oder den meinungsbildenden Versuchungen der Lobbyisten erliegen, sondern auf die Wünsche der Menschen hören. Jene werden sich immer dann als nicht unerfüllbar zeigen, wenn unter hohem ethischen Standard gefragt wird, wie früher im Ort und in der Region Konflikte gelöst und Zukunftsprobleme bewältigt wurden, welche Schwierigkeiten dabei auftauchten und welche kreativen Veränderungen erreicht wurden. Bürgerbeteiligungen in Planungsprozessen, Verbundprojekte, runde Tische, Zweckverbände usw. sind nicht von ungefähr auf diesem Wege: für die Menschen und mit den Menschen.

Kalter Machtmissbrauch, brutale Zwangsmaßnahmen, Massennechtschaft der Menschen, dieses alles kennt Niedersachsen nur aus wenigen räumlichen oder zeitlichen Sonderfällen, aber nie dauerhaft. Diese gewisse Mitmenschlichkeit und vergleichsweise verträgliche soziale Ungleichheit sind Vorteile von Gebieten, in denen ein internationaler Anschluss zwar gegeben war, aber die dörflich-kleinstädtischen Milieus vorherrschten. Die Verhältnismäßigkeit zu gewohnten menschlichen Dimensionen blieb gewahrt. Hieran sollte

künftige Politik und Planung anknüpfen. Zum einen muss genau beobachtet werden, in welchen Bereichen der Weltwirtschaft ökologisch vertretbare und sozial zu verantwortende Zukunftschancen liegen, zum anderen muss das aus den historischen regionalen und lokalen Besonderheiten erwachsene Potential der Menschen gefördert und für die Innovationen eingesetzt werden.

Niedersachsen war stets sehr differenziert, zugleich insgesamt eher mittelmäßig

und ein wenig dem Fortschritt hinterher. Das hat vergleichsweise auskömmliche Lebensbedingungen geschaffen, die Chance geboten, ohne allzu viele Fehler aus den Vorbildern zu lernen, und oft neue Zukunftspotentiale geformt. Konkurrenzfähigkeit durch Imitation und nachholende Modernisierung sind daher niedersächsische Prinzipien. Das Motto „sturmfest und erdverwachsen“ sollte für Niedersachsen neu formuliert werden: bodenständig, aber zukunftsfähig.

Literaturhinweise

Allgemeine Literaturhinweise

Brosius, Dieter: Niedersachsen. Geschichte im Überblick. Hannover 1992

Brüning, Kurt und Schmidt, Heinrich (Hg.): Niedersachsen und Bremen. Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Stuttgart 1986

Dannenberg, Hans-Eckhard und Schulze, Hans-Joachim (Hg.): Geschichte des Landes zwischen Elbe und Weser. Stade 1995-96

Das Bundesland Niedersachsen. Einführung in Aufbau und Entwicklung. Berlin 1980

Eckhardt, Albrecht und Schmidt, Heinrich (Hg.): Geschichte des Landes Oldenburg. Oldenburg 1987

Geschichte Niedersachsens. Hildesheim und Hannover ab 1977 [bisher erschienen Bände 1 – 2,1 – 3,1 – 3,2; siehe Literaturhinweise zu Kapitel 3]

Geschichtlicher Handatlas von Niedersachsen. Neumünster 1989

Gründung des Landes Niedersachsen. Darstellung und Quellen. Hannover 1986
Haase, Carl (Hg.): Niedersachsen. Territorien, Verwaltungseinheiten, geschichtliche Landschaften. Göttingen 1982

Hauptmeyer, Carl-Hans: Calenberg. Geschichte und Gesellschaft einer niedersächsischen Landschaft. Hannover 1983

Hauptmeyer, Carl-Hans (Hg.): Landesgeschichte heute. Göttingen 1987

Hauptmeyer, Carl-Hans und Rund, Jürgen (Hg.): Quellen zur Dorf- und Landwirtschaftsgeschichte. Der Raum Hannover im Mittelalter und in der Neuzeit. Bielefeld 1992

Hucker, Bernd Ulrich u.a. (Hg.): Niedersächsische Geschichte. Göttingen 1997

Jarck, Horst-Rüdiger und Schildt, Gerhard (Hg.): Braunschweigische Landesgeschichte. Braunschweig 2000

Kaemling, Werner: Atlas zur Geschichte Niedersachsens. Braunschweig 1995

Kaufhold, Karl Heinrich: Historische Grundlagen der niedersächsischen Wirtschaft. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 57, 1985, S. 69-105

Keyser, Erich: Niedersächsisches Städtebuch. Stuttgart 1952

Klein, Rudolf (Hg.): Niedersachsen-Lexikon. Frankfurt a. M. 1969

Knieling, Jörg u.a.: Leitbilder für die Zukunft der Region. Vom Modewort zum Instrument der Regionalentwicklung. Wiesbaden 1996

Kuss, Horst und Mütter, Bernd (Hg.): Geschichte Niedersachsens neu entdeckt. Braunschweig 1996

Küster, Hansjörg: Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa. München 1995

Landstände und Landtage. Der Weg zur demokratischen Volksvertretung in Niedersachsen. Hannover 1996

Niedersachsen. Ein Porträt. Hannover und Braunschweig 1999

Niedersachsen. Politische Landeskunde. Hannover 1993

Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hg.): Niedersachsenmonitor 2002. Hannover 2002

Pollmann, Birgit: Niedersachsen in Geschichte und Gegenwart. Hannover 1979
Schmidt, Heinrich: Politische Geschichte Ostfrieslands. Leer 1975

Schnath, Georg (Hg.): Geschichtlicher Handatlas Niedersachsen. Berlin 1939

Schnath, Georg: Vom Sachsenstamm zum Lande Niedersachsen. In: Land Niedersachsen - Tradition und Gegenwart, Hannover 1976, S. 11-89

Schnath, Georg u.a.: Geschichte des Landes Niedersachsen. Freiburg 1994
Schrader, Erich: Die Landschaften Niedersachsens. Ein topographischer Atlas. Hannover 1965

Seedorf, Hans Heinrich: Topographischer Atlas Niedersachsen und Bremen. Neumünster 1977

Seedorf, Hans Heinrich und Meyer, Hans-Heinrich (Hg.): Natur- und Kulturgeschichte eines Bundeslandes. Neumünster 1992 (Landeskunde Niedersachsens 1)

Seedorf, Hans Heinrich und Meyer, Hans-Heinrich (Hg.): Niedersachsen als Wirtschafts- und Kulturraum. Neumünster 1996 (Landeskunde Niedersachsens 2)

Stellmacher, Dieter: Niedersächsisch. Düsseldorf 1981

Literaturhinweise zum Kapitel Aufbauen (bis um 1500)

Beiträge zur Steinzeit in Niedersachsen. Oldenburg 1997

Denecke, Dietrich: Beziehungen zwischen Stadt und Umland in Nordwestdeutschland während des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit. In: Stadt im Wandel 3, 1985, S. 191-218

Engel, Franz: Die ländlichen Siedlungen in Schaumburg-Lippe und ihre Geschichte. In: Ders., Beiträge zur Siedlungsgeschichte und historischen Landeskunde, 1970, S. 162-196

Freimark, Peter: Juden in niedersächsischen Städten. In: Stadt im Wandel 3, 1985, S. 457-468

Hanse, Städte, Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500. Magdeburg 1996

Hauptmeyer, Carl-Hans: Die Landgemeinde in Norddeutschland. In: Landgemeinde und Stadtgemeinde in Mitteleuropa. Ein struktureller Vergleich (hg. v. Peter Blickle) München 1991, S. 359-381

Hauptmeyer, Carl-Hans: Leitlinien der Wirtschaftsgeschichte Niedersachsens 1000-1500. In: Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag. Bd. 1 (hg. v. Hans-Jürgen Gerhard) Stuttgart 1997, S. 347-371

Heinrich der Löwe und seine Zeit. München 1995

Krumwiede, Hans-Walter: Kirchengeschichte Niedersachsens. Von der Sachsenmission bis zum Ende des Reiches. Göttingen 1995

Patze, Hans (Hg.): Grundlagen und frühes Mittelalter. Hildesheim 1985 (Geschichte Niedersachsens 1)

Pollmann, Birgit (Hg.): Schicht, Protest, Revolution in Braunschweig 1292-1947/48. Braunschweig 1995

Rolle, Renate u.a. (Hg.): Archäologie in der Region. Untersuchungen zur Urgeschichte, Siedlungs-, Wirtschafts- und Lebensweise im südlichen Niedersachsen. Göttingen 1990

Schmidt, Günther: Die alte Grafschaft Schaumburg. Göttingen 1920

Schubert, Ernst (Hg.): Politik, Verfassung, Wirtschaft vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert. Hannover 1997 (Geschichte Niedersachsens 2,1)

Wegner, Günter (Hg.): Leben, Glauben, Sterben vor 3000 Jahren. Bronzezeit in Niedersachsen. Oldenburg 1996

Literaturhinweise zum Kapitel Mithalten (bis um 1800)

Achilles, Walter: Die Lage der hannoverschen Landbevölkerung im späten 18. Jahrhundert. Hildesheim 1982

Albrecht, Peter: Die Förderung des Landesausbaues im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im Spiegel der Verwaltungsakten des 18. Jahrhunderts (1671-1806). Braunschweig 1980

Biegel, Gerd (Hg.): Lessing in Braunschweig und Wolfenbüttel. Braunschweig 1997

Deike, Ludwig: Die Entstehung der Celler Landwirtschaftsgesellschaft. Ökonomische Sozietäten und die Anfänge der modernen Agrarreformen im 18. Jahrhundert (hg. v. Ilse Deike und Carl-Hans Hauptmeyer) Hannover 1994

Finster, Reinhard und van den Heuvel, Gerd: Gottfried Wilhelm Leibniz. Hamburg 2000

Hauptmeyer, Carl-Hans: Die Bauernunruhen in Schaumburg-Lippe 1784-1793. Landesherr und Bauern am Ende des 18. Jahrhunderts. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 49, 1977, S. 149-207

Hauptmeyer, Carl-Hans: Die Residenzstadt [Hannover]. Von der Residenznahme 1636 bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Geschichte der Stadt Hannover 1, Hannover 1991, S. 137-264

Hauptmeyer, Carl-Hans: Stadt-Land-Weser. Zur wirtschafts- und sozialhistorischen West-Ost-Differenzierung Niedersachsens im 15. und 16. Jahrhundert. In: Die Weser. Einfluß in Europa (Hg. v. Neithart Bulst u.a.) Schloß Brake 2001, S. 7-19

Hauptmeyer, Carl-Hans: Niedersachsen in Spätmittelalter und früher Neuzeit. Anwendungsaspekte der Geschichte des Weltsystems für die Regionalgeschichte. In: Zeitschrift für Weltgeschichte 2/2, 2001, S. 53-77

Heuvel, Christine van den und Boetticher, Manfred von (Hg.): Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von der Reformation bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Hannover 1998 (Geschichte Niedersachsens 3,1)

Kaufhold, Karl Heinrich (Hg.): Bergbau und Hüttenwesen im und am Harz. Hannover 1994

Leerhoff, Heiko: Niedersachsen in alten Karten. Eine Auswahl von Karten des 16. bis 19. Jahrhunderts aus den niedersächsischen Staatsarchiven. Neumünster 1985
Müller, Siegfried: Stadt, Kirche und Reformation. Das Beispiel der Landstadt Hannover. Hannover 1987

Oberschelp, Reinhard: Niedersachsen 1760-1820. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur im Land Hannover und Nachbargebieten. 2 Bde. Hildesheim 1982

Pätze, Hans (Hg.): Kirche und Kultur von der Reformation bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Hildesheim 1983 (Geschichte Niedersachsens 3,2)

Petri, Franz: Herzog Heinrich der Jüngere von Braunschweig-Wolfenbüttel. Ein niederdeutscher Territorialfürst im Zeitalter Luthers und Karls V. In: Archiv für Reformationsgeschichte 72, 1981, S. 122-157

Stanelle, Udo: Die Hildesheimer Stiftsfehde in Berichten und Chroniken des 16. Jahrhunderts. Hildesheim 1982

Literaturhinweise zum Kapitel Nachholen (19. Jahrhundert)

Berding, Helmut: Napoleonische Herrschaft und Gesellschaftspolitik im Königreich Westphalen 1807-1813. Göttingen 1973

Bomann, Wilhelm: Bäuerliches Hauswesen und Tagewerk im alten Niedersachsen. Hannover 1992 (Nachdr. 3. Aufl. 1933)

Bucholz, Ernst Wolfgang: Ländliche Bevölkerung an der Schwelle des Industriezeitalters. Der Raum Braunschweig als Beispiel. Stuttgart 1966

Eckhard, Albrecht: Von der bürgerlichen Revolution zur nationalsozialistischen Machtübernahme. Der Oldenburger Landtag und seine Abgeordneten 1848-1933. Oldenburg 1996

Es begann mit 12000 Talern. Geschichte des Straßenbaus in Niedersachsen. Hildesheim 1989

Henkel, Anne Kathrin: Ein besseres Loos zu erringen, als das bisherige war. Ursachen, Verlauf und Folgewirkungen der hannoverschen Auswanderungsbewegung im 18. und 19. Jahrhundert. Hameln 1996

Kaufhold, Karl Heinrich: Die Anfänge des Eisenbahnbaus in Niedersachsen. In: Beiträge zur niedersächsischen Landesgeschichte (Hg. v. Dieter Brosius und Martin Last) Hildesheim 1984, S. 364-387

Krumwiede, Hans-Walter: Kirchengeschichte Niedersachsens. Vom Deutschen Bund 1815 bis zur Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland 1948. Göttingen, 1996

Meschkat-Peters, Sabine: Eisenbahnen und Eisenbahnindustrie in Hannover 1835-1914. Hannover 2001

Niemann, Hans-Werner: Grundzüge der Industrialisierung in der Provinz Hannover. In: Beiträge zur Niedersächsischen Landesgeschichte (Hg. v. Dieter Brosius und Martin Last) Hildesheim 1984, S. 388-399

Oberschelp, Reinhard: Politische Geschichte Niedersachsens 1803-1866. Hildesheim 1988

Sabelleck, Rainer (Hg.): Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz 1866. Hannover 1995

Schneider, Karl Heinz und Seedorf, Hans Heinrich: Bauernbefreiung und Agrarreformen in Niedersachsen. Hannover 1989

Treue, Wilhelm: Niedersachsens Wirtschaft seit 1760. Von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Hannover 1964

Uelschen, Gustav: Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1961. Hannover 1966

Wächter, Hans-Helmut: Die Landwirtschaft Niedersachsens vom Beginn des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Bremen-Horn 1959

Literaturhinweise zum Kapitel Konkurrerieren (20. Jahrhundert)

Buchholz, Marlis und Füllberg-Stollberg, Claus u.a. (Hg.): Nationalsozialismus und Region. Bielefeld 1996

Dohnkel, Kay: Nationalsozialismus in Norddeutschland. Ein Atlas. Hamburg 2001

Grebing, Helga: Niedersachsen vor 40 Jahren. Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 60, 1988, S. 213-227

Grebing, Helga: Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen. Hannover 1990

Hartung, Werner: Konservative Zivilisationskritik und regionale Identität am Beispiel der niedersächsischen Heimatbewegung 1895 bis 1919. Hannover 1989

Hauptmeyer, Carl-Hans und Rund, Jürgen (Hg.): EXPO 2000. Die Firma. Hameln 2002

Herlemann, Beatrix: Der Bauer klebt am Hergebrachten. Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsen. Hannover 1993

Korte, Heinrich und Rebe, Bernd: Verfassung und Verwaltung des Landes Niedersachsen. Göttingen 1986

Obenaus, Herbert (Hg.): Im Schatten des Holocaust. Jüdisches Leben in Niedersachsen nach 1945. Hannover 1997

Schneider, Karl Heinz: Der langsame Abschied vom Agrarland. In: Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen (Hg.

v. Bernd Weisbrod) Hannover 1998, S. 133-160

Schneider, Ulrich: Niedersachsen 1945. Hannover 1985

Semmelroggen, Bernd: Niedersachsen als Region in Europa. Chancen und Grenzen regionaler Mitwirkung im Rahmen der europäischen Integration. In: Neues Archiv für Niedersachsen, 1996, H.1, S. 5-14

Weisbrod, Bernd (Hg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen. Hannover 1995

Weisbrod, Bernd: Region und Zeitgeschichte. Das Beispiel Niedersachsen. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 68, 1996, S. 91-105

Ausgewählte Internetseiten

<http://www.geschichtsatlas.de/>
n-21, Schülerwettbewerb zur Landesgeschichte

<http://www.nananet.de/institut/stadtarchiv/ANKA/geschichte/index.html>
Netzwerk Landesgeschichte Niedersachsen

<http://www.nlpb.de/>
Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung

<http://www.nls.niedersachsen.de/>
Niedersächsisches Landesamt für Statistik
<http://www.regionalforschung.de>
Niedersächsisches Institut für Historische Regionalforschung e.V., Hannover

<http://www.staatsarchive.niedersachsen.de>
Staatsarchive in Niedersachsen

<http://www.spuren-finden.org/>
Lernwerkstatt Geschichte, Historisches Seminar, Universität Hannover

<http://wwwuser.gwdg.de/~paufgeb1/index.html>
Institut für Historische Landesforschung, Universität Göttingen

Abbildungsnachweise

Die Abbildungen wurden aus folgenden Werken entnommen:

Neithard Bulst u.a. (Hg.), Die Weser – Einfluß in Europa. Brake 2001 (Weserrenaissance-Museum Brake)

Albrecht Eckhardt, Heinrich Schmidt (Hg.), Geschichte des Landes Oldenburg. Oldenburg 1987 (Holzberg)

Bernd Ulrich Hucker u.a. (Hg.), Niedersächsische Geschichte. Göttingen 1997 (Wallstein)

Carl-Hans Haupmeyer, Souveränität, Partizipation und absolutistischer Kleinstaat. Hildesheim 1980 (Lax)

Horst-Rüdiger Jarck, Gerhard Schildt (Hg.), Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig 2000 (Appelhaus)

Horst Kuss, Bernd Mütter (Hg.), Geschichte Niedersachsens neu entdeckt. Braunschweig 1996 (Westermann)

Land Niedersachsen. Tradition und Gegenwart. Hannover 1976 (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)

Klaus Mlynek, Waldemar R. Röhrbein (Hg.), Geschichte der Stadt Hannover 1. Hannover 1992 (Schlütersche)

Hans Patze (Hg.), Grundlagen und frühe Mittelalter (Geschichte Niedersachsens 1) Hildesheim 1985 (Lax)

Niedersachsen. Ein Porträt. Hannover und Braunschweig 1999 (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)

Hans Heinrich Seedorf, Hans-Heinrich Meyer (Hg.), Niedersachsen als Wirtschafts- und Kulturraum (Landeskunde Niedersachsen 2). Neumünster 1996 (Wachholtz)

Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer

Jg. 1948 - 1972 Staatsexamen Lehramt an Gymnasien - 1975 Promotion - 1978 Habilitation - 1983 Universitätsprofessor für „Geschichte des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit unter Einschluß der Regional und Lokalgeschichte“ am Historischen Seminar der Universität Hannover - 1998 Vorsitzender des „Niedersächsischen Instituts für Historische Regionalforschung e.V.“ - Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Anwendung der Regionalgeschichte, Stadtgeschichte, Geschichte ländlicher Räume, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Niedersachsens, allgemeine Geschichte des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit.

